

# AUFTRAG



Schwerpunkt:  
Weltfriedenstag

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

# INHALT

## BESINNLICHES

„Ich war durstig, ihr gabt mir zu trinken“ ( <i>Johannes Paul II.</i> )	3
Keine Gerechtigkeit ohne Liebe ( <i>Carmen Arroyo de Galinduste</i> )	5
Das Wort des Bischofs ( <i>Johannes Dyba</i> )	6
Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Sicherheitspolitik“	7
„Woche für das Leben“ 1993	13
Eröffnung am 8. Mai in Bonn	13
Leben im Alter	13

## WELTFRIEDENSTAG

Willst Du den Frieden – Komme den Armen entgegen	16
Und führe uns nicht in Versuchung	24
Frieden ist mehr als Nichtkrieg ( <i>Jürgen Bringmann</i> )	26
GKS-Bonn – Festakt Weltfriedenstag 1993 ( <i>bt</i> )	28
Drei wichtige Aspekte für den Dienst in den Streitkräften	29
Weltfriedensgottesdienst in Hildesheim im Spiegel der Presse	31
Weltfriedenstag im Lager Hammelburg ( <i>Eva Albert</i> )	32
Friedensgottesdienst mit Bischof und Soldaten	34
Predigt Bischof Joachim Reinelt	35
Weltfriedensgottesdienst in Munster/Örtze	37
Ansprache des Vorsitzenden der GKS im WB II ( <i>Dieter Erkes</i> )	37
Die Orthodoxie fand nicht den Weg nach Assisi ( <i>Guido Horst</i> )	38
Der Papst fordert ein Zeugnis für den Frieden	41
Kirche: Aggressoren stoppen	42
Soldatsein im Lichte christlicher Friedensethik ( <i>Siegfried Granrath</i> )	45
ZdK-Präsidentin zum Krieg in Bosnien und Kroatien	67

## KIRCHE UND STAAT

Abschottung ist keine Lösung	68
Zur Solidarität herausgefordert	72
Pressebericht ( <i>Auszug</i> )	76
Auf dem Weg zur Einheit ( <i>Bernd Harder</i> )	76
Demokratie – Marktwirtschaft – Wohlfahrt	78
Wider eine neue Wehleidigkeit ( <i>Johannes Becher</i> )	81
Militärische Interventionen im ehemaligen Jugoslawien keine Lösung	85
Kirchenaustritte – warum? ( <i>Helmut Fettweis</i> )	86

## GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Zum Solidarpakt	89
Mut vor Herrscherthronen ( <i>Paul Schulz</i> )	92
Brief	92
VBE: Religions- und Ethikunterricht kein Gegensatz	94
Gigantomanie der Unverständigen ( <i>Helmut Fettweis</i> )	96
Tschechien: Nach 45 Jahren wieder Militärseelsorge ( <i>Joachim G. Görlich</i> )	97
„Der Krieg wird sich ausweiten“ ( <i>Hermann Hofmann</i> )	98
Hirtenstab, Mönchskutten und die Einheit Bosniens ( <i>Matthias Jacob</i> )	99
Polen und Deutsche als Vorreiter ( <i>Joachim G. Görlich</i> )	102

Der Papst sucht Zugang zum Denken der Muslims ( <i>Guido Horst</i> ) .....	103
„Christen und Muslime vor der Herausforderung der Menschenrechte“ .....	106
Diskussion über die Liebe ( <i>Anne Bahrs</i> ) .....	107
Die Alten werden entdeckt ( <i>Willy Trost</i> ) .....	109
Computer verhindern chemische Katastrophen ( <i>Wolfgang Altendorf</i> ) .....	110

## AUS GKS, PGR UND AMI

33. Woche der Begegnung vom 26. bis 30. April 1993 .....	112
Zentrale Versammlung 1993 ( <i>Helmut Fettweis</i> ) .....	112
Eichsfeld ( <i>Friedrich Brockmeier</i> ) .....	115
Duderstadt ( <i>Friedrich Brockmeier</i> ) .....	117
Heiligenstadt ( <i>Friedrich Brockmeier</i> ) .....	118
Erklärung der GKS zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien .....	119
Militärdekan Köster verabschiedet ( <i>Helmut Fettweis</i> ) .....	123
Predigt Dekan Köster .....	124
Verabschiedung durch MGv Dr. Ernst Niermann .....	126
Grußwort durch LRDir Dr. von Gilsa, BMVg – VRI 4 .....	129
Rede des Bundesvorsitzenden der GKS ( <i>Jürgen Bringmann</i> ) .....	131
Neuer Personalreferent im Katholischen Militärbischofsamt .....	132
Leitungskreiseminar in Polen ( <i>Friedrich Brockmeier</i> ) .....	133
Für ein besseres Verständnis – Barrieren überwinden ( <i>Jędrzej Lukawy</i> ) .....	146
Arbeitskonferenz WB III .....	150
Sicherheitspolitische Veranstaltung in Freyung ( <i>Heinrich Vierlinger</i> ) .....	151
Rede anlässlich der Verabschiedung von Oberstleutnant Fritz Werner vom BwZK in Koblenz ( <i>Markus Berger</i> ) .....	153
Fahrt der GKS-Hammelburg ( <i>Eva Albert</i> ) .....	161

## INFORMATIONEN .....

## BESINNLICHES

**„Ich war durstig,  
ihr gabt mir  
zu trinken“**

**Die Botschaft von Papst Johannes Paul II. für die Fastenzeit**

*„Mich dürstet“ (Joh 19,28)*

Liebe Brüder und Schwestern!

1. In der heiligen Fastenzeit schlägt die Kirche aufs neue den Weg ein, der hinaufführt, auf Ostern zu. Unter der Führung Jesu und in seinen Fußstapfen leitet sie uns zu einer Durchquerung der Wüste an.

### **Wasser aus dem Felsen**

Die Heilsgeschichte hat der Wüste eine tiefe religiöse Bedeutung gegeben. So konnte das auserwählte Volk, unter der Führung des Mose und später von anderen Propheten erleuchtet, inmitten von Entbehrungen und Leiden Gottes treue Gegenwart und Barmherzigkeit erfahren: Es nährte sich vom Brot, das vom Himmel fiel, und löschte seinen Durst mit dem Wasser, das aus dem Felsen sprang. Das Volk Gottes ist gewachsen im Glauben und in der Hoffnung auf das Kommen des Messias und Erlösers.

Auch Johannes der Täufer hat in

der Wüste gepredigt, und die Massen zogen zu ihm hinaus, um als Zeichen der Buße in den Wassern des Jordan die Taufe zu empfangen: Die Wüste war ein Ort der Bekehrung, um den aufzunehmen, der kommen würde, um die Trostlosigkeit und den Tod – Folgen der Sünde – zu überwinden. Jesus, der Messias der Armen, die er mit seinen Gaben beschenkt (vgl. Lk 1,53), hat sich zu Beginn seines Sendungsauftrags in die Lage dessen versetzt, der in der Wüste Hunger und Durst leidet.

Liebe Brüder und Schwestern, ich lade euch ein, in dieser Fastenzeit über das Wort des Lebens nachzudenken, das Christus seiner Kirche hinterlassen hat, damit sie den Weg jedes ihrer Mitglieder erleuchte. Erkennt die Stimme Jesu, der in dieser Fastenzeit besonders im Evangelium, bei den Gottesdiensten und in den Ermahnungen und Ermunterungen eurer Bischöfe zu euch spricht. Hört die Stimme Jesu, der vor Müdigkeit erschöpft und halb verdurstet am Jakobsbrunnen zur Samariterin sagt: „Gib mir zu trinken!“ (Joh 4,7). Blickt auf den ans Kreuz geschlagenen, sterbenden Jesus und hört seine kaum vernehmbare Stimme: „Mich dürstet“ (Joh 19,28). Heute wiederholt Christus seinen Anruf, und in unseren ärmsten Brüdern erlebt er noch einmal die Qualen seines Todeskampfes.

Wenn uns die Kirche durch die Praxis der Fastenzeit auf den von Christus vorgezeichneten Wegen der Liebe und Hoffnung geleitet, macht sie uns begreiflich, daß das christliche Leben ein schwindendes Interesse an den überflüssigen Gütern und das Aufsichnehmen einer Armut zur Folge hat, die uns frei und bereit macht, Gottes Gegenwart zu entdecken und unsere Brüder mit immer engagierter Solidarität und in einer immer weiter reichenden Gemeinschaft anzunehmen.

Erinnert euch also an das Wort des Herrn: „Und wer einem von diesen Kleinen auch nur einen Becher frisches Wasser zu trinken gibt, weil es ein Jünger ist – amen, ich sage euch: Er wird gewiß nicht um seinen Lohn kommen“ (Mt 10,42). Und legt euer Herz und eure Hoffnung in diese anderen Worte: „Kommt her, die ihr von meinem Vater gesegnet seid, ...denn ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben“ (Mt 25,34 – 35).

2. Damit die Mitglieder der Kirche während der Fastenzeit 1993 die Solidarität und brüderliche Liebe, die mit dem geistlichen Anliegen und Streben dieser gewichtigen Zeit des Jahres verbunden sind, konkret in die Tat umsetzen, bitte ich sie, den Männern und Frauen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, die von der dramatischen Versteppung und wüstenartigen Verödung ihres Bodens heimgesucht werden, und sich um jene zu kümmern, denen

es – wie das bereits auf zuviel Gegenden der Welt zutrifft – an diesem elementaren, aber für das Leben unentbehrlichen Gut, dem Wasser, mangelt.

Es beunruhigt uns heutzutage, zu sehen, wie die Wüste vordringt und sich auf einst blühende und fruchtbare Landschaften erstreckt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Ursache für die Unbebaubarkeit der zu Wüsten verödeten Landstriche wie auch für die Verunreinigung bis dahin gesunder Gewässer sehr oft der Mensch war. Wer die Güter der Erde nicht achtet und sie mißbraucht, handelt ungerecht, ja kriminell, denn sein Tun führt für unzählige Brüder und Schwestern zu Verelendung und Tod.

Wir sind ernstlich besorgt, wenn wir sehen, daß ganze Völker, Millionen von Menschen in Armut gestürzt werden, unter Hunger und Krankheiten leiden, weil es ihnen an Trinkwasser mangelt. Der Hunger und zahlreiche Krankheiten hängen in der Tat aufs engste mit der Dürre und mit der Verunreinigung der Gewässer zusammen. In Gebieten, wo es nur selten regnet und die Wasserquellen versiegen, wird das Leben immer anfälliger, geschwächt und geht so zurück, daß es schließlich verschwindet. Diese Heimsuchung erfahren riesige Gebiete Afrikas. Aber man begegnet ihr auch in manchen Regionen Lateinamerikas und Australiens.

Außerdem ist für alle ganz klar,

daß die ungezügeltere industrielle Entwicklung und die Anwendung von Technologien, die das naturgegebene Gleichgewicht stören, der Umwelt dadurch schwere Schäden zugefügt haben, daß sie ernste Katastrophen auslösten. Wir laufen Gefahr, den künftigen Generationen in vielen Teilen der Welt das Drama des Durstes und der Wüsten als Erbe zu hinterlassen.

### Der Wüste Einhalt gebieten

Ich lade euch herzlich ein, die Einrichtungen, Organisationen und Sozialwerke großzügig zu unterstützen, die sich um Hilfe für die Völker bemühen, die von Nahrungsmittelmangel oder Durst betroffen und den Schwierigkeiten eines ständigen Vordringens der Wüste ausgesetzt sind. Ebenso ermuntere ich euch zur Zusammenarbeit mit den Forschern, die eine wissenschaftliche Analyse sämtlicher Faktoren der Ausdehnung der Wüstengebiete und die Entdeckung von Mitteln für eine entsprechende Abhilfe anstreben.

Vermöchte doch die tätige Hochherzigkeit der Söhne und Töchter der Kirche, ja aller Menschen guten Willens die Erfüllung der Prophezeiung des Jesaja zu beschleunigen: „In der Wüste öffnen sich Quellen, und Bäche fließen in der Steppe. Der glühende Sand wird zum Teich, und im durstigen Land sprudelt Wasser hervor“ (Jes 35,6-7)!

Von ganzem Herzen segne ich euch im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.

Aus dem Vatikan,  
am 18. September 1992  
Johannes Paul II.

(aus Deutsche Tagespost vom 6.2.1993)

## Keine Gerechtigkeit ohne Liebe

Die Sakramente sind Mittel, welche die Kirche zur Bekehrung und Heiligung derjenigen Christen anbietet, die treue Anhänger Jesu Christi werden wollen. Wenn wir uns dem Sakrament der Eucharistie nähern, um es zu feiern, in die Erinnerung zu rufen und zu erleben, ladet uns die Kirche zur Rührung vor Gottes Wort ein, das uns viele Unliebe in dieser Welt überwinden hilft.

Als Jesus das letzte Abendmahl mit seinen Jüngern einnahm, wußte er um Haß, Beleidigungen, Streitigkeiten, Irrtümer, Zwiespalt, Ver zweiflung, Traurigkeit und Ungerechtigkeiten. In Anbetracht dieser vielfältigen Schwierigkeiten im menschlichen Zusammenleben sagt er: „Tut dies in meinem Gedenken“, weil ich die Liebe bin, die Vergebung, die Einigkeit, die Wahrheit, der Glaube, die Hoffnung, die Freude der Welt. Ich bin das Leben.

Vor einer durch derart viele Ungerechtigkeiten zerrütteten Welt

erscheint Er als das Licht, das die Finsternis erleuchtet.

Wohin führt uns die Eucharistie?

Es ist das Sakrament für die nach Gott und seiner Güte hungernden Menschen. Es mahnt, uns mit Gottes Söhnen an den Tisch zu setzen, um uns zu sättigen.

Es ist das Sakrament zur Anteilnahme am Dasein der Menschheit, mit all seinen Freuden und Leiden.

Die Eucharistie macht uns solidarisch, weil wir alle gleichen Ursprungs sind und mit gleichem Ende und die gleiche Erde bewohnen.

Gelangen wir zur Eucharistie mit der Vergebung unserer Ungerechtigkeiten? Kommen wir aus der Eucharistie mit dem Willen, uns zu bessern?

Jesus gab uns bei der Feier des Abendmahls das Gebot der Liebe. Gerade die Liebe ist die christliche Eigenheit. Die Liebe soll die soziale Gewohnheit der Christen sein, sie sollen sich den Mitmenschen öffnen, den anderen Aufmerksamkeit schenken, um ihnen zu helfen, zu verzeihen und zu dienen im Bestreben, daß sie so geliebt werden mögen, wie Gott uns liebt.

Von Gott lernen, gerecht zu sein, wie Gott gerecht ist und auf Gute und Böse regnen läßt, seine Feinde liebt, damit sie, wenn sie wollen, sich bekehren und Gott im Himmel preisen.

Die Liebe führt uns zur Gerechtigkeit, und unsere Gerechtigkeit zeigt uns, wie weit unsere Lie-

be reicht.

Die Eucharistie muß der Ursprung der Gerechtigkeit sein, aber nicht wie die weltliche, sondern wie die von der Theologin Dolores Arriola genannte „Gerechtigkeit der Liebe“.

*Carmen Arroyo de Galinduste  
Abteilung Dolores Bigourdan*

## Das Wort des Bischofs

### Bei den Aposteln

„Du aber stärke deine Brüder!“ Für diesen Auftrag Jesu an Petrus hat der gegenwärtige Nachfolger Petri offenbar ein ganz besonderes Charisma. Wie oft hat sich das schon wiederholt: daß Männer der Kirche, Mitbrüder, mit Sorgenfalten bei ihm einkehrten und gelöst, gestärkt und ermutigt aus dieser Begegnung kamen. In den letzten Wochen durften die deutschen Bischöfe bei ihren Ad-limina-Besuchen in Rom wieder einmal diese Erfahrung machen.

Nach jahrelanger Konfrontation mit gehässigen Medien, unzufriedenen Funktionären und innerkirchlichen Auseinandersetzungen ist allein das Abstandgewinnen schon einmal wohltuend. Unter dem Himmel von Rom und im Schatten der Peterskuppel relativieren sich die Nabelperspektiven gereizter Ortskirchen recht bald und müssen der Gesamtschau der

Weltkirche weichen, die sich gegenwärtig in einem unübersehbaren großen Aufbruch befindet. Wenn man hört, daß die Zahl der Priesterseminaristen in den jungen Kirchen Afrikas und Asiens allein von 1986 bis heute um etwa 50 Prozent gestiegen ist (von 14000 auf 21000), kann man eigentlich nur etwas beschämt auf die bei uns vielerorts angebotenen Schrumpfstrategien schauen.

Natürlich weiß man in der Weltkirche von unseren Malaisen; schließlich manifestiert sich die Glaubenskrise heute nirgendwo deutlicher als in dem mitteleuropäischen Reich der Übersatten, das sich von Holland rheinaufwärts in die Schweiz und bis nach Österreich erstreckt. Aber gerade angesichts dieser Bedrohung, meinte Johannes Paul II., „sollten wir, Papst und Bischöfe, mehr denn je zusammenstehen“. Denn das ist ja gerade das Katholische an unserer Kirche, daß wir uns nicht von jedem Wind des Zeitgeistes auseinanderblasen lassen, sondern, daß wir, allem politischen und gesellschaftlichen Druck zum Trotz, „festhalten an der Lehre der Apostel und an der Gemeinschaft...“ (Apg. 2,42).

Daß das Band zwischen unserer Ortskirche und dem Heiligen Stuhl nicht abreißt, dafür bürgt schon die außerordentlich positive Erinnerung, die der Heilige Vater an seine Tage in Fulda hegt und pflegt, und sein felsenfestes Vertrauen auf das Wirken des heiligen

Bonifatius in unserer Mitte. Davon hat er mehrfach beredt Zeugnis abgelegt, und dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen sollte unser aller Ziel sein.

Unmittelbar vor den Festtagen nach Fulda zurückgekehrt, überraschte mich dann die in diesem Jahr lawinenartig angestiegene Weihnachtspost. Das war beim besten Willen nicht mehr alles zu schaffen, und deshalb möchte ich mich auch auf diesem Wege für die vielen weihnachtlichen Grüße und Gebete bedanken mit herzlichen Segenswünschen für das Jahr des Heiles 1993!

*Ihr Bischof  
Johannes Dyba*

*(aus NIMM v. 14. 1. 93)*

## **Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Sicherheitspolitik“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien**

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat in erster Linie ethnologische Ursachen. Er zeigt erschreckend deutlich, wie wenig selbst humanitäre Mindeststandards in einer solchen Konfrontation gewahrt werden können. Brutale Gewalt wird ohne Rücksicht auf, ja sogar hauptsächlich



gegen die Bevölkerung der betroffenen Gebiete angewendet. Dies geschieht unter planmäßigem Einsatz von Methoden einer menschenrechtswidrigen Vertreibungspolitik (sogenannte „ethnische Säuberungen“), die für Hunderttausende Menschen Flüchtlingselend nach sich zieht. In Internierungslagern werden die Gefangenen systematisch Grausamkeiten ausgesetzt. Sogar vor massenhaften Vergewaltigungen scheut man nicht zurück, um Menschen bis zu ihrem Zerschlagen zu demütigen und Haß und Unversöhnlichkeit auf lange Zeit festzuschreiben.

In dieser Situation verfügt niemand im politischen oder gesellschaftlichen Raum über Konzepte, wie die Kämpfe rasch beendet und das Leid der betroffenen Menschen wirksam gelindert werden könnte. Dies gilt auch für die Kirche. Gleichwohl dürfen wir vor der Brutalität, mit der in Europa erneut zum Mittel des Krieges gegriffen wird, nicht kapitulieren; auch deshalb nicht, weil ansonsten die Gefahr zunimmt, daß sich das Geschehen im ehemaligen Jugoslawien an anderen Orten in und außerhalb Europas wiederholt. Im folgenden sollen daher einige orientierende Überlegungen zu verbleibenden Möglichkeiten des Handelns aufgezeigt werden; wir wollen damit dazu beitragen, daß sich die Chancen erhöhen, solche Optionen politisch umzusetzen.

### **Vorrang für politische Konfliktlösungen**

Das Beispiel Jugoslawien zeigt, welche Bedeutung einer gezielten Prävention gewaltsamer Konflikte zukommt. Ist ein Konflikt erst auf die Ebene der Gewaltanwendung eskaliert, so nehmen erfahrungsgemäß auch die Probleme des Konfliktmanagements und der Konfliktbewältigung stark zu, weil Eigendynamiken, emotionalen und irrationalen Faktoren eine wachsende Bedeutung zukommt. Vor allem Systeme der Früherkennung und Prävention für zwischenstaatliche Konflikte und ebenso für drohende innerstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen können derartigen Situationen wirksam vorbeugen.

Deswegen sind die Methoden und Mechanismen friedlicher Konfliktbearbeitung und Streitbeilegung auszubauen; vor allem aber bedarf es des politischen Willens der Verantwortlichen und der Völker, die bereits vorhandenen Möglichkeiten wirklich zu nutzen. Dies gilt besonders für Fälle, in denen schwerwiegende Verletzungen individueller Menschenrechte oder eine massive Benachteiligung von Minderheiten zu erwarten sind. Das internationale Recht muß in dieser Richtung weiterentwickelt und in den nationalen Verfassungen verankert werden. Konstruktive, unterstützenswerte Ansätze finden sich im Rahmen der KSZE und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Kurzfristig ist eine aktivere und wirksamere Krisenpolitik im Hinblick auf die Situation im ehemaligen Jugoslawien auch deshalb dringend erforderlich, weil eine regionale und überregionale Ausweitung des Krieges über das derzeit betroffene Kampfgebiet hinaus droht. Die Lage in Mazedonien ist kritisch, im Kosovo sogar äußerst gespannt, und es besteht die Gefahr, daß Albanien, Griechenland, Bulgarien, Ungarn und die Türkei in diesen Krieg hineingezogen werden.

### **Unmittelbar erforderliche humanitäre Maßnahmen**

Vordringlich erscheint derzeit die Versorgung der notleidenden Bevölkerung in den Kampfgebieten, insbesondere in den belagerten Räumen und Städten. Dazu ist verstärkter politischer Druck auf die Konfliktparteien erforderlich. Die Internierungslager aller Kriegsparteien müssen einer ständigen Kontrolle durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) unterstellt und ihre Versorgung sichergestellt werden. Denn vorrangig kommt es auf eine Beendigung der systematisch verübten Greueltaten an den Internierten und eine baldige Auflösung dieser Lager an. Freigelassene Internierte sollten so schnell wie möglich im Ausland Aufnahme finden können. Dies gilt vor allem für Frauen, die während der Internierung besonders schwerwiegenden Verbrechen ausgesetzt sind.

Im Rahmen einer konzentrierten europäischen Flüchtlingspolitik müssen die erforderlichen finanziellen Mittel und sonstigen Hilfsgüter bereitgestellt werden, um möglichst vor Ort eine menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung aller Flüchtlinge zu gewährleisten. Wenn Flüchtlinge nicht in den Nachbarstaaten wenigstens vorübergehend Hilfe und Schutz erhalten konnten, so bleiben sie zwangsläufig darauf angewiesen, im weiteren europäischen Umfeld elementaren Schutz für Leib und Leben zu suchen.

### **Politische Initiativen zur Einstellung der Kampfhandlungen**

Der Spielraum für eine Verschärfung des politischen Drucks ist noch nicht ausgeschöpft. So lassen sich die bisher verhängten Sanktionen gegen Restjugoslawien – von denen die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten ausdrücklich ausgenommen ist – zweifellos wirksamer kontrollieren und durchsetzen. Gleichzeitig sollten die vom Handels- und Wirtschaftsembargo besonders betroffenen südosteuropäischen Staaten finanziell unterstützt und vor serbischen militärischen Übergriffen geschützt werden.

Im Sinne einer Verschärfung der politischen Reaktionen kommen folgende Maßnahmen in Betracht:

- Auf diplomatischer Ebene:

Eine Abberufung der Botschafter aus Restjugoslawien, Schließung der eigenen Botschaften, Ausweisung des Botschafters Restjugoslawiens und Zwangsräumung der Botschaften.

- Auf wirtschaftlichem Gebiet: Konsequente Anwendung des Handels- und Wirtschaftsembargos gegenüber Restjugoslawien, insbesondere eine Unterbindung der Benzin- und Öllieferungen, des Stromenergieverbundes, der Verkehrswege und des internationalen Telekommunikationsnetzes. Technisch dürfte dies zu tragbaren Kosten realisierbar sein (es ist aber damit zu rechnen, daß zur Durchsetzung einer solchen Politik ggf. Waffen eingesetzt werden müssen).

Die für ein Ende der Gewaltpolitik und eine gerechte Friedensregelung eintretenden politischen Kräfte in der Region verdienen nachdrückliche Unterstützung. Dies könnte z. B. durch eine ausgewogenere und objektivere Information der Bevölkerungen von außen, aber auch durch die Unterstützung der Kräfte, die sich im Lande selbst um Frieden bemühen, erreicht werden (Rundfunk, Fernsehen). Der Opposition könnte auch dadurch, daß man ihr im Ausland geeignete Foren zu öffentlicher Artikulation anbietet, zu größerer Wirksamkeit verholfen werden.

Eine Einstellung der Kampfhandlungen, eine Deeskalation

des Konflikts und die Unterstützung einer Friedensregelung ließe sich außer durch verschärfte Sanktionen ggf. auch durch abgestufte Anreize gezielt fördern. Denkbar wäre z. B., Zwangsmaßnahmen in kalkulierter Weise zurückzunehmen und wirtschaftliche Hilfen für die Überwindung der Kriegsfolgen (Wiederaufbau, medizinische Hilfen für Kriegsoffer, Hilfen für Flüchtlinge und ihre Wiederansiedlung) anzubieten. Eine vollständige Umsetzung eingegangener Verpflichtungen für eine Friedensregelung und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards sowie des Schutzes von Minderheiten wären dafür aber eine wichtige Voraussetzung – gerade im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens in multiethnisch besiedelten Gebieten.

Insgesamt ist festzuhalten, daß für alle politischen Bemühungen, den Konflikt auf dem jetzigen Gewaltniveau einzudämmen und zu beenden, nur noch begrenzte Zeit zur Verfügung steht. Dies ergibt sich vor allem aus der Dynamik des bisherigen Konfliktverlaufs, aber auch aus der Tatsache, daß der Konsens im UN-Sicherheitsrat brüchig zu werden droht. Im Hinblick auf die Situation im Kosovo, in Makedonien, im Sandzak und in der Wojwodina wäre ein verstärkter Einsatz von UN-Blauhelmkontingenten, verbunden mit politischen Initiativen zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, geboten.

## **Maßnahmen zur Aufdeckung und Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen**

Es bedarf institutioneller Vorkehrungen, um Menschenrechtsverletzungen der Kriegsparteien zu dokumentieren und soweit wie möglich verfolgen zu können. Die Einrichtung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit zur Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollte unterstützt werden. Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, Verstöße gegen längst geltende humanitäre oder andere internationalrechtliche Standards nicht sanktionslos zu lassen. Dadurch würde unterstrichen, daß sich niemand rechtlich wie politisch folgenlos auf staatliche Souveränität berufen kann, um auf diese Weise Freiräume für die Verletzung fundamentaler Menschenrechte zu reklamieren.

## **Einwirkungsmöglichkeiten seitens der Kirchen**

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften vor Ort wie im benachbarten Ausland müssen in erster Linie eine Vermittlerrolle wahrnehmen und Möglichkeiten beispielhaften Versöhnungshandelns ausschöpfen. Sie müssen mit ihrer politisch-moralischen Autorität auf eine Deeskalation des Konflikts, auf ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen und auf eine Garantie für die ungefährdete Versorgung der notle-

denden Bevölkerung hinwirken. Die Beachtung der Menschenrechte und eine gerechte Friedensregelung müssen ihnen vordringliches Anliegen sein. Insbesondere müssen sie sich dagegen wenden, daß einzelne ihrer Vertreter die betriebene brutale Gewaltpolitik noch theologisch-ethisch legitimieren. Kurzfristig sollte außerdem geprüft werden, wie weit Kirchen einen Beitrag dazu leisten können, daß heraufziehende Konflikte frühzeitig wahrgenommen und entschärft werden. Vor allem mittel- und langfristig friedenspolitisch wichtig ist auch der Ausbau der Ökumene und die Verstärkung eines gleichberechtigten Dialogs zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

## **Zur Problematik territorialrechtlicher Veränderungen im Interesse eines Friedenskompromisses**

Die Nichtanerkennung gewaltsam veränderter Grenzen ist als ein wichtiges Prinzip des internationalen Rechts anzusehen, das verhindern soll, daß Aggressionspolitik sich lohnt. Denn jede faktische Anerkennung von Annexions- oder Vertreibungspolitik läuft grundlegenden Standards des internationalen Rechts und einer gerechten Ordnung unter den Völkern zuwider. Die im ehemaligen Jugoslawien entstandene Spannung zwischen diesem Prinzip und den praktischen Erfordernissen einer tragfähigen Waffenstillstands-

vereinbarung oder eines Friedensschlusses verdeutlicht die diesem Prinzip innewohnende Problematik. Deswegen darf vom Prinzip der Nichtanerkennung gewaltsam veränderter Grenzen allenfalls dann abgewichen werden, wenn nur so eine für alle Konfliktparteien annehmbare regionale Friedensordnung erreichbar erscheint. Im Rahmen der KSZE oder der EG sollte denjenigen geholfen werden, für die eine territoriale Veränderung mit einschneidenden Benachteiligungen, ja Unrecht verbunden wäre.

Wesentliche Bestandteile einer Friedensregelung müßten die Absicherung des Minderheitenschutzes, des Rückkehrrechts für Flüchtlinge sowie alternativ die politische und finanzielle Unterstützung für eine Wiederansiedlung an anderen Orten sein. Eine Aufrechterhaltung von Flüchtlingslagern auf Dauer ist abzulehnen. Insbesondere auf dem Gebiet der Minderheitenrechte und des -schutzes bestehen heute erhebliche Defizite, obwohl gerade dieser Dimension eines rechtlich geregelten Zusammenlebens herausragende Bedeutung zukommt.

### **Zur Frage bewaffneter Interventionen**

Bewaffnetes Eingreifen in die Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien steht grundsätzlich vor dem Problem, einerseits dem moralischen Gebot der

Nothilfe für wehrlose Menschen verpflichtet zu sein und andererseits vermeiden zu müssen, durch eigenes Tun die Leiden der Menschen nur noch zu vergrößern. Eine selektive Aufhebung des Waffenembargos kann nur dann erwogen werden, wenn die politischen Möglichkeiten zur Beendigung der Auseinandersetzung konsequent genutzt wurden, eine begründete Aussicht darauf besteht, die Verhandlungsbereitschaft der Konfliktparteien zu fördern und eine unkontrollierte Ausweitung des Konflikts vermieden werden kann. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation erachten wir diese Bedingungen als nicht erfüllt.

Zwangsmaßnahmen, die Gewalt einschließen, dürfen nur als äußerstes Mittel eingesetzt werden, und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß sie auf das unabdingbar notwendige Minimum beschränkt bleiben, hinreichende Aussicht auf Erfolg haben und in ein politisches Friedenskonzept eingebunden sind. Insbesondere bei einem umfassenden Einsatz von Landstreitkräften ist jedoch zu befürchten, daß sich der Krieg unkontrollierbar und ohne eine Aussicht auf eine vereinbarte Friedenslösung ausweitet. Am ehesten kontrollier- und begrenztbar dürften bewaffnete Vorkehrungen zur Unterbindung von Verstößen gegen das Embargo bleiben, obwohl auch diese nicht frei von Risiken sind.

Die bisherigen Bemühungen der

Vereinten Nationen zielten deswegen darauf ab, die politischen Einwirkungsmöglichkeiten auszuerschöpfen; auch die Entsendung von Blauhelm-Kontingenten erfüllte eine solche primär politische Funktion. Doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bislang noch weitgehend an einem Konzept für eine regionale Friedensordnung fehlt. Die vorrangige ethische Aufgabe liegt deswegen darin, den politischen Willen der Regierungen und Völker Europas wachzurufen und zu stärken, das gemeinsame Interesse an Frieden in Europa jedem partikularen nationalen Nutzenkalkül voranzustellen.

*Bonn, 11. März 1993*

## „Woche für das Leben“ 1993

### Eröffnung am 8. Mai in Bonn

„Leben im Alter“ ist das Thema der diesjährigen Woche für das Leben, die im dritten Jahr gemeinsam von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken durchgeführt wird. Durch eine Vielzahl von Initiativen und Veranstaltungen sollen in den Diözesen, Pfarrgemeinden, Verbänden und Organisationen Themen wie Zusammenleben der Generationen, Partnerschaft im Alter, Vereinsamung alter Menschen, Pflegebedürftig-

keit sowie Sterbehilfe und Sterbegleitung angesprochen werden.

Die diesjährige Woche für das Leben, die vom 9. bis 16. Mai durchgeführt wird, will die Bedeutung der älteren Menschen für Familie und Gesellschaft, Staat und Kirche bewußt machen, ihren Rang und ihre Würde betonen und für ein besseres Miteinander der Generationen werben.

Eröffnet wird die diesjährige Woche für das Leben am 8. Mai in Bonn durch den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Karl Lehmann, und die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch. Frau Prof. Ursula Lehr spricht zu dem Thema „Leben im Alter – eine Herausforderung an alle Generationen“. Die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rösch, wird ein Grußwort sprechen.

Bisher wurden in der Woche für das Leben folgende Themen angesprochen: 1992 „Schutz des ungeborenen Lebens“, 1992 „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“.

### Leben im Alter

Die „Woche für das Leben“ will als gemeinsame Aktion von Deutscher Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken in Kirche, Staat und Gesellschaft das Bewußtsein für Sinn, Würde und Wert des menschlichen Lebens in allen Phasen schärfen. Schwerpunkt für 1993

bilden die Anliegen des Lebens im Alter.

Alle, die sich haupt- oder ehrenamtlich in der Familie, in der Pfarrei oder im Verband in diesem Anliegen engagieren, sind herzlich eingeladen, die „Woche für das Leben“ durch ihren persönlichen Einsatz zu unterstützen.

### Älterwerden heute

Im Jahr 1900 waren im damaligen Deutschen Reich 8 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt, 1990 sind es in der Bundesrepublik 20 %, im Jahr 2030 werden es 30 % sein. Der höchste Anstieg ist bei den über 80jährigen zu verzeichnen. Ende des 19. Jahrhunderts betrug die durchschnittliche Lebenserwartung 35 Jahre, heute ist sie mehr als doppelt so hoch. Hauptgrund für die Zunahme der gestiegenen Lebenserwartung sind bessere Lebensbedingungen und bessere medizinische Versorgung. Gleichzeitig geht der Anteil der Kinder und Jugendlichen zurück, die „Geburtenrate“ sinkt.

### Herausforderung für ein Miteinander der Generationen

Der Anteil der älteren Generation in der Gesellschaft wird größer, dennoch gilt sie meist als Rand- und Problemgruppe, weil Altern und Alter oftmals unter dem Blickwinkel der „Altlast“ und „Rentenlast“ diskutiert wird und ältere Menschen so als Leistungsgeminderte, Behinderte, Hilfs- und

Pflegebedürftige gesehen werden. Von dem relativ kleinen Teil älterer Menschen, die im hohen Grade unterstützungs- und pflegebedürftig sind, wird schnell auf ein schwieriges und depressives Leben im Alter geschlossen.

Eine Kultur der Verständigung, des Miteinanders und der Solidarität der Generationen untereinander ist gefordert!

### Den Sinn des Alters neu entdecken

Fragt man die Menschen, ob sie alt *werden* wollen, antworten die meisten ohne Umschweife mit Ja. Aber alt *sein* will niemand.

Angesichts der immer größeren Lebenszeitspanne im Alter werden Fragen nach der Lebensgestaltung im Prozeß des Älterwerdens immer bedeutsamer. Die Lebensgestaltung bedarf dann oftmals einer neuen Sinngebung.

### Die „Woche für das Leben“ 1993 will neu bewußt machen,

- daß das Alter eine Lebensphase ist, die es bewußt zu gestalten gilt und die vielfach neuer Sinngebung bedarf,
- daß es den „alten“ Menschen nicht gibt und man die Gruppe der älteren Menschen differenziert betrachten muß,
- daß nur ein solidarisches Miteinander der Generationen das Leben in seiner ganzen Spanne menschlich macht,
- daß jeder Mensch nach einer

langen Schaffensperiode in Familie und Beruf ein Recht auf eine gesicherte und würdevolle Zeit des Alters hat,

- daß eine Gesellschaft die älteren Menschen keinesfalls nach dem Nützlichkeitsprinzip bewerten darf, weil sie sich andernfalls um die Chance bringen würde, von ihnen zu lernen, und weil sie nicht zuletzt ihre Humanität verlieren würde,
- daß ältere Menschen in der Gesellschaft noch vielfältige Verantwortung übernehmen und Leistungen erbringen können,
- daß Altern und Sterben Phasen unseres Lebens sind, die der bewußten Annahme und menschlichen Bewältigung bedürfen.

### **Die „Woche für das Leben“ setzt sich ein für**

- Anerkennung der Würde und Rechte älterer Menschen,
- Solidarität zwischen den Generationen,
- gerechte Renten- und Sozialleistungen für ältere Menschen,
- eine aktive Lebensgestaltung im Alter und Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben,
- Anerkennung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements älterer Frauen und Männer in Kirche, Staat und Gesellschaft,
- Entlastung und Unterstützung all derer, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen,

- Förderung der Familie als Ort des Miteinanders,
- Anerkennung der Leistung, die durch die Pflegekräfte in den Krankenhäusern, in Alten- und Pflegeheimen erbracht wird,
- eine menschenwürdige Begleitung Schwerstkranker und Sterbender zu Hause, in Krankenhäusern, Heimen und Hospizen.

### **„Ihr Brüder und Schwestern der älteren Generation,**

Ihr seid ein Schatz für die Kirche, Ihr seid ein Segen für die Welt! Mit Rat und Tat wirkt Ihr in vielen Gremien, Vereinigungen und Initiativen des kirchlichen und zivilen Lebens mit. Ihr seid eine notwendige Ergänzung in einer Welt, die sich für den Schwung der Jugend und für die Kraft der sogenannten ‚besten Jahre‘ begeistert, in einer Welt, in der so sehr zählt, was man zählen kann. In Euch wird sichtbar, daß der Sinn des Lebens nicht nur im Geldverdienen und Geldausgeben bestehen kann, daß in allem äußeren Tun zugleich etwas Inneres reifen soll und in allem Zeitlichen etwas Ewiges.“

*(Aus der Ansprache Papst Johannes Paul II. im Liebfrauentum zu München am 19. 11. 1980).*

**ALT UND JUNG -  
HAND IN HAND!**



## WELTFRIEDENSTAG

# WILLST Du den Frieden – Komme den Armen entgegen

**Botschaft von Papst Johannes Paul II. zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 1993**

*„Willst du den Frieden...“*

1. Welcher Mensch guten Willens strebt nicht nach Frieden? Der Friede wird heute weltweit als einer der höchsten Werte anerkannt, die es zu suchen und zu verteidigen gilt. Doch während das Gespenst eines Vernichtungskrieges zwischen entgegengesetzten ideologischen Blöcken verschwindet, überziehen immer wieder schwere lokale Konflikte verschiedene Regionen der Erde mit vernichtenden Flammen. Allen steht besonders *die dramatische Lage in Bosnien-Herzegowina* vor Augen, wo das Kriegsgeschehen weiterhin jeden Tag gerade unter der wehrlosen Zivilbevölkerung neue Opfer dahinrafft und ungeheure Sach- und Umweltschäden verursacht. Nichts, so scheint es, vermag sich der sinnlosen Gewalt der Waffen zu widersetzen: weder die vereinten Bemühungen um einen

wirksamen Waffenstillstand noch der humanitäre Einsatz der internationalen Organisationen, noch das Flehen um Frieden, das einmütig aus den von blutigen Kämpfen heimgesuchten Ländern emporsteigt. Die irrige Logik des Krieges gewinnt leider immer wieder Oberhand über die wiederholten und maßgebenden Friedensaufrufen.

Außerdem macht sich in der Welt *eine andere ernste Bedrohung für den Frieden* immer besorgniserregender breit: Viele Menschen, ja ganze Völkerschaften leben heute *in äußerster Armut*. Der Unterschied zwischen Reichen und Armen ist auch in den wirtschaftlich hochentwickelten Nationen augenfälliger geworden. *Es handelt sich um ein Problem, das sich dem Gewissen der Menschheit aufdrängt*, da eine große Zahl von Menschen in Verhältnissen lebt, die ihre angeborene Würde verletzen und infolgedessen den wahren und harmonischen Fortschritt der Weltgemeinschaft gefährden.

Diese Wirklichkeit macht sich in zahlreichen Ländern der Welt in ihrer ganzen Schwere bemerkbar: in Europa ebenso wie in Afrika, Asien und Amerika. In verschiedenen Regionen müssen es Gläubige und Menschen guten Willens mit sehr vielen sozialen und ökonomischen

Herausforderungen aufnehmen. Armut und Elend, soziale Unterschiede und bisweilen gesetzlich gebilligte Ungerechtigkeiten, Bruderkriege und repressive Regimes appellieren an das Gewissen ganzer Völkerschaften überall auf der Welt.

Die vor kurzem, im Oktober, in Santo Domingo abgehaltene Vollversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe betrachtete aufmerksam die Lage in Lateinamerika und forderte, während sie den Christen wieder mit großer Dringlichkeit *die Aufgabe der Neuevangelisierung* ans Herz legte, die Gläubigen und alle, die die Gerechtigkeit und das Gute lieben, in besorgtem Ton auf, *der Sache des Menschen zu dienen*, ohne aber auch nur eine seiner innersten Bedürfnisse zu vernachlässigen. Die Bischöfe erinnerten an den großen Auftrag, der die Anstrengungen aller vereinen soll: Verteidigung der Würde der menschlichen Person, Einsatz für eine gerechte Güterverteilung, harmonische und solidarische Förderung einer Gesellschaft, in der sich ein jeder angenommen und geliebt fühlt. Das sind, wie man wohl sieht, die *unabdingbaren Voraussetzungen für den Aufbau des wahren Friedens*.

Denn wenn wir von „Frieden“ reden, soll damit viel mehr gesagt sein als nur die Abwesenheit von Kriegen; es heißt, Voraussetzungen zu fordern für die wahre Achtung der Würde und Rechte jedes Menschen, so daß ihm seine volle

Verwirklichung ermöglicht wird. Die Ausbeutung der Armen, die besorgniserregenden Elendszonen, die sozialen Mißverhältnisse bilden ebenfalls Hürden und Hindernisse bei der Verwirklichung stabiler Bedingungen für einen echten Frieden.

*Armut und Frieden:* Zu Beginn des neuen Jahres möchte ich alle zu einer gemeinsamen Betrachtung einladen über die vielfältigen Zusammenhänge, die zwischen diesen beiden Gegebenheiten bestehen.

Im besonderen möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Bedrohung lenken, die dem Frieden aus der Armut erwächst, vor allem, wenn diese zum Elend wird. Millionen von Kindern, Frauen und Männern leiden täglich unter Hunger, Unsicherheit und dem Dahinvegetieren am Rande der Gesellschaft. Solche Situationen stellen eine schwere Verletzung der menschlichen Würde dar und tragen zur sozialen Instabilität bei.

### *Die unmenschliche Wahl des Krieges*

2. Gegenwärtig haben wir es noch mit einer weiteren Situation zu tun, die Quelle von Armut und Elend ist: sie rührt vom Krieg zwischen Nationen und von Konflikten innerhalb ein und desselben Landes her. Angesichts der tragischen Geschehnisse, die vor allem aus ethnischen Gründen mehrere Gegenden der Welt blutig heimgesucht haben und noch heimsu-

chen, sei an das erinnert, was ich in der Botschaft zum Weltfriedenstag des Jahres 1981 gesagt habe, deren Thema lautete: „Um dem Frieden zu dienen, achte die Freiheit!“ Ich betonte damals, daß die unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau eines wahren Friedens die Achtung der Freiheit und der Rechte der anderen Menschen und der Gemeinschaft sei. Mein damaliger Aufruf bewahrt also seine ganze Aktualität: „Die Achtung der Freiheit der Völker und Nationen ist ein wesentlicher Bestandteil des Friedens. Es sind immer wieder Kriege ausgebrochen, und ganze Völker und Kulturen sind der Zerstörung anheimgefallen, weil die Souveränität eines Volkes oder einer Nation nicht geachtet worden ist. Alle Kontinente sind Zeugen und Opfer mörderischer Bruderkriege und Kämpfe gewesen, die durch den Versuch einer Nation, die Autonomie einer anderen zu beschränken, hervorgerufen wurden“ (Nr. 8).

Und ich fügte noch hinzu: „Ohne den Willen, die Freiheit jedes Volkes, jeder Nation oder Kultur zu achten, und ohne einen diesbezüglichen weltweiten Konsens wird es schwierig sein, die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen. . . Dies verlangt von jeder Nation und ihren Regierungen den bewußten und öffentlichen Verzicht auf Ansprüche und Ziele, die die anderen Nationen beeinträchtigen, das heißt, den Verzicht auf die Billigung jeglicher Doktrin na-

tionaler oder kultureller Vorherrschaft“ (ebd. Nr. 9).

Man kann sich leicht vorstellen, welche Folgen eine solche Verpflichtung auch für die Wirtschaftsbeziehungen der Staaten untereinander hat. Jede Versuchung, wirtschaftliche Vorherrschaft über andere Nationen zurückzuweisen, bedeutet, auf überwiegend vom Kriterium des Gewinns inspirierte Politik zu verzichten, um sich statt dessen von dem der Solidarität gegenüber anderen, insbesondere den Armen, leiten zu lassen.

### *Armut als Konfliktquelle*

3. Die Zahl der Menschen, die heute in Verhältnissen äußerster Armut leben, ist sehr groß. Ich denke unter anderem an die dramatische Lage *in einigen afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern*. Breite Gruppen, oft ganze Bevölkerungsgürtel befinden sich in ihren eigenen Ländern am Rand des zivilen Lebens: darunter eine zunehmende Zahl von Kindern, die, um überleben zu können, außer auf sich selbst auf keinen anderen zählen können. Eine solche Situation ist nicht nur eine Beleidigung für die Menschenwürde, sondern stellt auch *eine unzweifelhafte Bedrohung für den Frieden* dar. Welche politische Organisation und welches Wirtschaftssystem ein Staat auch immer aufweisen mag, er bleibt in sich brüchig und instabil, wenn er nicht seinen schwächsten

Mitgliedern ständig seine Aufmerksamkeit zuwendet und alles nur Mögliche unternimmt, um wenigstens die Befriedigung ihrer wichtigsten Bedürfnisse sicherzustellen.

Das den ärmsten Ländern zustehende *Recht auf Entwicklung* erlegt den entwickelten Ländern die klare Pflicht auf, sich für Hilfe an jene einzusetzen. Das II. Vatikanische Konzil drückt sich diesbezüglich so aus: „Allen (Menschen) steht das Recht zu, einen für sich selbst und ihre Familien ausreichenden Anteil an den Erdengütern zu haben.“ Es ist „Pflicht, die Armen zu unterstützen, und zwar nicht nur vom Überfluß“ (Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*, Nr. 69). Darin kommt mit aller Klarheit die Mahnung der Kirche, das treue Echo der Stimme Christi, zum Ausdruck: Die Güter der Erde sind für die ganze Menschheitsfamilie bestimmt und können nicht dem exklusiven Nutzen einiger weniger vorbehalten sein (vgl. Enzyklika *Centesimus annus*, Nr. 31 u. 37).

Im Interesse des Menschen ist es daher dringend notwendig, an den ökonomischen Mechanismen jene notwendigen Zusätze anzubringen, die eine gerechtere und angemessenere Güterverteilung garantieren können. Dazu genügt aber das Funktionieren des Marktes allein nicht; die Gesellschaft muß ihre Verantwortung übernehmen (vgl. *Centesimus annus*, Nr. 48), indem sie die oft schon be-

trächtlichen Anstrengungen vermehrt, um die Ursachen der Armut mit ihren tragischen Folgen zu beseitigen. Kein Land kann es in einem solchen Vorhaben auf sich allein gestellt weit bringen. Darum ist es notwendig zusammenzuarbeiten, und das mit einer Solidarität, wie sie eine immer stärker durch gegenseitige Abhängigkeit gekennzeichnete Welt erfordert. Wenn man zuläßt, daß Situationen extremer Armut fortbestehen, legt man die Voraussetzungen für Formen sozialen Zusammenlebens, die zunehmend der Bedrohung durch Gewalt und Konflikte ausgesetzt sind.

Jeder einzelne Mensch und jede soziale Gruppe hat das Recht, daß sie die Möglichkeit erhalten, für die persönlichen und die Bedürfnisse der Familie zu sorgen und am Leben und am Fortschritt der Gemeinschaft, zu der sie gehören, teilzuhaben. Wird dieses Recht nicht anerkannt, kann es leicht geschehen, daß die Betroffenen, da sie sich als Opfer einer Struktur fühlen, die sie nicht annimmt, hart reagieren. Das gilt besonders für die Jugendlichen, die, oft ohne angemessene Ausbildung und ohne Zugang zu Arbeitsplätzen, in hohem Maße der Gefahr des Abgedrängtwerdens an den Rand der Gesellschaft und dem Risiko der Ausbeutung ausgesetzt sind. Alle wissen um das Problem der Arbeitslosigkeit, besonders der Jugend, in der ganzen Welt mit der daraus folgenden Verarmung einer

immer größeren Anzahl einzelner Menschen und ganzer Familien. Die Arbeitslosigkeit ist allerdings häufig das tragische Ergebnis der Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastrukturen in einem von Krieg oder internen Konflikten heimgesuchten Land.

Ich möchte hier kurz einige besonders beunruhigende Probleme ins Gedächtnis rufen, die die Armen bedrücken und folglich den Frieden bedrohen.

Da ist zunächst das Problem der *Auslandsschulden*, das trotz der von der internationalen Gemeinschaft, von den Regierungen und den Finanzinstituten zu ihrer Verringerung unternommenen Anstrengungen für einige Länder und in ihnen für die ärmeren Schichten weiterhin eine unerträgliche Last darstellt. Sind es etwa nicht die ärmsten Kreise der genannten Länder, die nicht selten die Hauptlast der Rückzahlung tragen müssen? Eine solche Unrechtslage kann wachsende Ressentiments, Gefühle der Frustration, ja der Verzweiflung aufkommen lassen. In vielen Fällen teilen die Regierungen selbst das verbreitete Mißbehagen ihres Volkes, was sich auf ihre Beziehungen zu den anderen Staaten auswirkt. Vielleicht ist der Augenblick gekommen, *dem Problem der Verschuldung dieser Länder im Ausland die ihm gebührende Priorität einzuräumen und es nochmals zu prüfen*. Man wird überlegen müssen, ob eine Gesamtrückzahlung dieser Schulden

oder nur eine Teilrückzahlung ins Auge zu fassen ist und welche Bedingungen mit dieser Rückzahlungsverpflichtung verbunden werden. Dabei muß man nach endgültigen Lösungen suchen, die geeignet sind, die drückenden sozialen Folgen der Entschuldungsprogramme voll aufzufangen. Außerdem wird man sich mit den Ursachen der Verschuldung befassen und die Gewährung weiterer Hilfen an die Übernahme der konkreten Verpflichtung seitens der Regierungen knüpfen müssen, übermäßige oder unnütze Ausgaben zu reduzieren – dabei ist im besonderen an die Rüstungsausgaben gedacht – und zu garantieren, daß die Subventionen tatsächlich den bedürftigen Bevölkerungsschichten zugute kommen.

Ein zweites brennendes Problem ist das *Drogenproblem*: Die Beziehung der Droge zur Gewalt und zum Verbrechen ist allen schmerzlich und tragisch bekannt. Ebenso bekannt ist auch, daß in manchen Weltgegenden unter dem Druck der Drogenhändler gerade die ärmsten Volksgruppen sich auf den Anbau von Pflanzen für die Herstellung von Rauschgiften einlassen. Die ihnen versprochenen hohen Einkünfte – die übrigens nur einen sehr kleinen Teil der aus solchen Kulturen stammenden Gewinne ausmachen – stellen eine Versuchung dar, der alle jene kaum zu widerstehen vermögen, die aus den traditionellen Anbauformen ein Einkommen be-

ziehen, das eindeutig zum Leben nicht ausreicht. Das erste, was getan werden muß, um den Bauern bei der Bewältigung dieser Situation zu helfen, besteht deshalb darin, ihnen die zur Überwindung ihrer Armut geeigneten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres Problem entsteht aus der von ernsten Wirtschaftsschwierigkeiten hervorgerufenen Lage in einigen Ländern. Sie begünstigen *massive Auswanderungswellen* in Richtung wohlhabenderer Länder, in denen dann im Gegenzug Spannungen entstehen, die das Sozialgefüge erschüttern. Um derartigen Reaktionen fremdenfeindlicher Gewalt entgegenzutreten, hilft es nicht so sehr, provisorische Notstandsmaßnahmen zu ergreifen, als vielmehr auf die Ursachen dadurch einzuwirken, daß mit Hilfe neuer Solidaritätsformen zwischen den Nationen der Fortschritt und die Entwicklung in den Herkunftsländern der Auswandererströme gefördert werden.

Eine heimtückische, aber reale Bedrohung für den Frieden ist also das *Elend*: Da es die Würde des Menschen zerstört, stellt es einen ersten Anschlag auf den Wert des Lebens dar und trifft zuallerst die friedliche Entwicklung der Gesellschaft.

### *Armut als Ergebnis des Konflikts*

4. In den letzten Jahren haben wir auf fast allen Kontinenten lokale Kriege und innere Konflikte von grausamer Heftigkeit erlebt.

Die Volks-, Stammes- und Rassen-gewalt hat Menschenleben vernichtet, sie hat Gemeinschaften gespalten, die in der Vergangenheit friedlich zusammenlebten, und hat Trauer und Haßgefühle gesät. Denn die Gewaltanwendung verschärft die bestehenden Spannungen und erzeugt neue. *Mit Krieg läßt sich nichts lösen; ja, vom Krieg wird alles ernsthaft gefährdet.* Früchte dieser Geißel sind das Leid und der Tod unzähliger Menschen, das Zerbröckeln menschlicher Beziehungen und der unwiederbringliche Verlust unermesslicher Kunst- und Naturschätze. Der Krieg verschlimmert die Leiden der Armen, ja, durch die Zerstörung von Unterhaltungsmitteln, Häusern und Eigentum und durch die Schädigung des eigentlichen Gefüges der Lebensumwelt bringt er neue Armut hervor. Die Jugendlichen sehen ihre Zukunftshoffnungen zerbrechen und werden als Opfer allzu oft zu unverantwortlichen Protagonisten von Konflikten. Die Frauen, die Kinder, die Alten, die Kranken und die Verwundeten sind gezwungen zu fliehen und befinden sich in der Lage von Flüchtlingen, die nichts besitzen außer dem, was sie bei sich haben. Wehrlos und schutzlos suchen sie Unterschlupf in anderen Ländern oder Regionen, die oft genauso arm und unruhig sind wie ihre eigenen.

Auch wenn ich anerkenne, daß die internationalen und humanitären Organisationen viel tun, um

dem tragischen Geschick der Opfer der Gewalt entgegenzukommen, empfinde ich es als meine Pflicht, *alle Menschen guten Willens aufzufordern, die Anstrengungen zu verstärken*. In manchen Fällen hängt nämlich das Schicksal der Flüchtlinge einzig und allein von der Hochherzigkeit der Bevölkerung ab, die sie aufnimmt, einer Bevölkerung, die genauso arm, wenn nicht gar noch ärmer ist als sie selbst. Nur durch die Anteilnahme und die Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft werden zufriedenstellende Lösungen gefunden werden können.

Nach den vielen nutzlosen Gemetzeln und Verheerungen ist es wohl von grundlegender Bedeutung, ein für allemal zu erkennen, daß *der Krieg niemals dem Wohl der menschlichen Gemeinschaft dient*, daß Gewalt zerstört und niemals aufbaut, daß die von ihr verursachten Wunden lange bluten und daß schließlich durch die Konflikte die bereits triste Lage der Armen noch verschlimmert und neue Armutsformen genährt werden. Vor den Augen der öffentlichen Weltmeinung läuft das trostlose Schauspiel des von den Kriegen verursachten Elends ab. Die erschütternden Bilder, die auch jüngst wieder von den Massenmedien verbreitet wurden, mögen wenigstens eine wirksame Ermahnung an alle – Einzelpersonen, Gesellschaften, Staaten – sein und einen jeden darauf hinweisen, daß das Geld nicht für Krieg noch

für Zerstörung und Tötung verwendet werden soll, sondern dafür, die Würde des Menschen zu verteidigen, sein Leben zu verbessern und eine wirklich offene, freie und solidarische Gesellschaft aufzubauen.

### *Geist der Armut als Quelle des Friedens*

5. In den Industrieländern werden die Menschen heute von der hemmungslosen Jagd nach dem Besitz materieller Güter beherrscht. Die Konsumgesellschaft läßt den Unterschied, der Reiche und Arme trennt, noch stärker hervortreten, und die krampfhaftes Suche nach Wohlstand birgt die Gefahr in sich, blind zu machen gegenüber den Bedürfnissen der anderen. Um das soziale, kulturelle, geistliche und auch wirtschaftliche Wohlergehen jedes Mitgliedes der Gesellschaft zu fördern, ist es daher unerläßlich, den unmäßigen Konsum irdischer Güter einzudämmen und den Drang nach künstlichen Bedürfnissen zu unterdrücken. *Mäßigung und Einfachheit müssen zu den Kriterien unseres täglichen Lebens werden*. Die Gütermenge, die von einem Bruchteil der Weltbevölkerung konsumiert wird, ruft eine übermäßige Nachfrage in bezug auf die verfügbaren Ressourcen hervor. Die Verringerung der Nachfrage stellt somit einen ersten Schritt dar, um die Armut zu lindern, sofern sie Hand in Hand mit wirksamen Anstrengungen für die Sicherstellung einer ge-

rechten Verteilung der Reichtümer dieser Welt geht.

Das Evangelium fordert in diesem Zusammenhang die Gläubigen auf, nicht Güter dieser vergänglichen Welt anzuhäufen: „Sammelt euch nicht Schätze hier auf der Erde, wo Motte und Wurm sie zerstören und wo Diebe einbrechen und sie stehlen, sondern sammelt euch Schätze im Himmel“ (Mt 6, 19-20). Das ist eine Pflicht, die der christlichen Berufung ebenso eigen ist wie jene, für die Überwindung der Armut zu arbeiten; und es ist auch ein sehr wirksames Mittel, um in diesem Vorhaben erfolgreich zu sein.

Die evangelische Armut unterscheidet sich ganz wesentlich von der ökonomischen und sozialen Armut. Während diese mitleidslose und häufig dramatische Merkmale aufweist, da sie als Gewalt erfahren wird, wird die evangelische Armut vom Menschen, der auf diese Weise der Mahnung Christi entsprechen möchte, freiwillig gewählt: „Darum kann keiner von euch mein Jünger sein, wenn er nicht auf seinen ganzen Besitz verzichtet“ (Lk 14,33).

Diese evangelische Armut erweist sich als Friedensquelle, weil der Mensch durch sie eine rechte Beziehung zu Gott, zu den anderen und zur Schöpfung herzustellen vermag. Das Leben dessen, der sich diese Sichtweise zu eigen macht, wird so zum Zeugnis für die absolute Abhängigkeit der Menschheit von Gott, der alle Ge-

schöpfe liebt, und die materiellen Güter werden als das erkannt, was sie sind: *ein Geschenk Gottes zum Wohl aller*.

Die evangelische Armut ist eine Realität, die diejenigen, die sie annehmen, verändert. Sie können dem Leid der Armen gegenüber nicht gleichgültig bleiben; ja, sie fühlen sich dazu gedrängt, mit Gott aktiv die vorrangige Liebe für sie zu teilen (vgl. Enzyklika *Sollicitudo rei socialis*, Nr. 42). Diese Armen nach dem Evangelium sind bereit, ihren Besitz und sich selbst zu opfern, damit andere leben können. Ihr einziger Wunsch ist es, dadurch, daß sie den anderen das Geschenk des Friedens Jesu anbieten, mit allen in Frieden zu leben (vgl. Joh 14,27).

Der göttliche Meister hat uns mit seinem Leben und seinen Worten die anspruchsvollen Wesensmerkmale dieser Armut gelehrt, die auf die wahre Freiheit vorbereitet. „Er war Gott gleich, hielt aber nicht daran fest, wie Gott zu sein, sondern er entäußerte sich und wurde wie ein Sklave“ (Phil 2,6-7). Er wurde in Armut geboren; als neugeborenes Kind war er gezwungen, mit seiner Familie ins Exil zu gehen, um der Grausamkeit des Herodes zu entfliehen; er lebte wie einer, der „keinen Ort hat, wo er sein Haupt hinlegen kann“ (Mt 8,20). Er wurde verleumdet als Fresser und Säufer, Freund der Zöllner und Sünder (vgl. Mt 11,19) und erlitt den Tod, der für Verbrecher vorgesehen war. Er pries die



Armen selig und verhiess ihnen das Reich Gottes (vgl. Lk 6,20). Er erinnerte die Reichen daran, daß der trügerische Reichtum das Wort Gottes erstickt (vgl. Mt 13,22) und daß es für sie schwer ist, ins Reich Gottes zu gelangen (vgl. Mk 10,25).

Das Beispiel Christi ist nicht weniger als sein Wort für die Christen Richtlinie. Wir wissen, daß wir alle ohne Unterschied am Tag des Jüngsten Gerichts nach unserer konkreten Liebe zu den Brüdern beurteilt und gerichtet werden. Ja, viele werden an jenem Tag entdecken, daß sie in der konkret geübten Liebe tatsächlich Christus begegnet sind, auch wenn sie ihn vorher nicht ausdrücklich kennengelernt haben (vgl. Mt 25,35-37).

„Willst du den Frieden, komm den Armen entgegen!“ Mögen die Reichen und Armen miteinander teilen, was sie besitzen, und einander als Brüder und Schwestern, als Kinder eines einzigen Gottes anerkennen können, der alle liebt, der das Wohl aller will, der allen das Geschenk des Friedens bietet!

Aus dem Vatikan,  
am 8. Dezember 1992.  
Joannes Paul II.

(nach Pressemitteilungen der DBK vom  
15.12.1992 – Dokumentation)

**LEBEN  
IM ALTER  
IST VIELFALT!**

## Und führe uns nicht in Versuchung

Kardinal Joachim Meisner hat mit 2500 Soldaten aus seinem Erzbistum am 21.1.1993 anlässlich des Weltgebetstages für den Frieden im Hohen Dom zu Köln den schon traditionellen internationalen Soldatengottesdienst gefeiert. Meisner betete zusammen mit Soldaten aus Australien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Polen, Ruanda (Afrika), der Schweiz, den USA und Beamten des Bundesgrenzschutzes um den Frieden in der Welt. Der Kardinal stellte seine Predigt unter das Leitwort: „Und führe uns nicht in Versuchung.“ (bt)

Liebe Brüder, liebe Schwestern!

Anlässlich des Weltfriedenstag, den wir am 1. Januar begangen haben, feiern wir heute diesen Soldatengottesdienst. Schon dieser Anlaß zeigt, daß Soldaten vom Evangelium her nur in einem positiven Zusammenhang mit dem Frieden möglich und denkbar sind, und zwar denkbar notwendig sind.

„Und führe uns nicht in Versuchung“, lehrt uns der Herr selbst im „Vaterunser“ zu beten. Er wußte sehr genau, wie anfällig der Mensch für das ist, was wir Versuchung nennen. Das Evangelium betont ausdrücklich: „Jesus... kannte sie alle und brauchte von keinem ein Zeugnis über den Menschen; denn er wußte, was im Men-

schen ist“ (Joh. 2, 24 u. 25). Nur der Mensch weiß oft nicht, was in ihm ist. Auch der hl. Apostel Paulus spricht im Römerbrief diese Gefährdung aus, wenn er sagt: „Wir wissen, daß das Gesetz selbst vom Geist bestimmt ist; ich aber bin Fleisch, das heißt: verkauft an die Sünde. Denn ich begreife mein Handeln nicht: Ich tue nicht das, was ich will, sondern das, was ich hasse“ (Rö 7, 14 u. 15). Jeder Mensch trägt Abgründe in sich, von denen er kaum etwas ahnt, die aber in extremen Situationen unheilbringend ausbrechen und negativ wirksam werden können. Die Bitte: „Und führe uns nicht in Versuchung“ ist deshalb für uns angebrachter als wir ahnen. Wozu der Mensch fähig ist, sollte uns nach Auschwitz und den zahllosen Gulags bewußt sein. Daß aber auch wir dazu grundsätzlich fähig sind, weil wir – wie Paulus sagt – an die Sünde verkauft sind, verdrängen wir leider weitgehend.

Die Kirche sieht in den Soldaten eine letzte Möglichkeit, das Böse im Menschen zu bannen und zu binden, damit es nicht ausbricht und Not und Tod in die Welt bringt. Der Mensch muß wissen, daß seine möglichen Untaten nicht hingenommen und einfach erduldet, sondern bestraft, und wenn es sein muß, mit Gewalt verhindert werden.

Die Furcht vor der strafenden Gerechtigkeit – verleiblicht in den Soldaten – soll die letzte Möglichkeit sein, Unheil vom einzelnen

oder von Völkern zu verhindern. Man sollte ja nicht so tun, als ob eine solche Sicht vom Menschen heute, in einem aufgeklärten Zeitalter, überholt sei. Wer am Ende des 20. Jahrhunderts so denkt oder spricht, dem scheint wirklich nicht geholfen werden zu können. Kroatien, Bosnien, Sarajevo und Somalia sprechen hier eine ganz andere Sprache.

Die Kirche ist viel realistischer. Als eine der ältesten Institutionen in der Welt kennt sie – weil sie es ja in ihrer Geschichte von Natur her immer mit Gott und den Menschen zu tun hatte – den Menschen wirklich mit allen seinen Glanz-, aber auch mit seinen Schattenseiten. Es ist nicht wahr, was die Aufklärung sagt: Wenn der Mensch nur weiß, was gut ist, tut er auch das Gute. Der Apostel Paulus sagt viel realistischer: „... ich begreife mein Handeln nicht: Ich tue nicht das, was ich will, sondern das, was ich hasse“ (Rö 7, 15). Darum die Anweisung des Herrn zur Bitte: „Und führe uns nicht in Versuchung“. Die Hl. Schrift analysiert im Jakobusbrief das Geschehen des Bösen im Menschen ganz präzise: „Jeder wird von seiner eigenen Begierde, die ihn lockt und fängt, in Versuchung geführt. Wenn die Begierde dann schwanger geworden ist, bringt sie die Sünde zur Welt; ist die Sünde reif geworden, bringt sie den Tod hervor“ (Jak 1, 14 u. 15).

Was für den einzelnen gilt, hat auch für Familien, Völker und Na-

tionen Geltung. Ganz realistisch sieht die Kirche im Soldaten aber eine Möglichkeit – und zwar die letzte Möglichkeit – den Menschen vor der Versuchung zum Bösen zu schützen, weil ihn sonst die Härte des Schwertes als Strafe trifft. Wieviel Unheil auf diese Weise bereits verhindert wurde, läßt sich statistisch kaum erfassen. Ein klassisches Beispiel für den lebensrettenden Dienst der Soldaten ist der gegenwärtig Einsatz vieler Soldaten in Somalia. Hier wird durch die militärische Eindämmung der mißbrauchten Macht Raum geschaffen, um den Hungernden und Verhungerten das importierte notwendige Brot zu geben. Im wahrsten Sinne des Wortes sind hier die Soldaten notwendig, d.h. die Notwendend. Daß Militär auch in Europa notwendig bleibt, zeigen ganz aktuell die schrecklichen Ereignisse im früheren Jugoslawien. „Und führe uns nicht in Versuchung“, dafür sind letztlich Soldaten in einem christlichen Verstehenshorizont denkbar und notwendig als eine Einrichtung, die das Böse verhindern hilft.

Weil wir Menschen „von unten“ sind, wird uns eigentlich alles zur Versuchung. Alles verlockt uns, Gott zu verlassen, den Mitmenschen zu mißbrauchen, uns selbst zu suchen, zu besitzen und die Hände zu schließen. Aber gleichzeitig dient uns auch alles zur Gelegenheit, Gott immer und den Nächsten vorzuziehen, uns selbst zu erschließen und zurückzuneh-

men, unsere Hände gebend zu öffnen.

Darum sind auch Soldaten gefährdet, Macht zu mißbrauchen. Sie wird in ihren Händen immer dort mißbraucht, wo sie zu anderem benutzt wird als durch Eindämmung des Bösen dem Frieden zu dienen, den Menschen und die Völker aus der Versuchung zum Bösen zu retten. Darauf muß jeder Soldat persönlich besonders achten, indem er täglich für sich selbst im „Vaterunser“ bittet: „Und führe mich nicht in Versuchung“. Denn die Macht ist nirgendwo leichter und schlimmer zu mißbrauchen als in militärischer Gestalt.

Macht ist aber auch andererseits nirgends segensvoller und heilbringender spürbar als dort, wo sie gleichsam in letzter Minute – und sei es mit militärischem Einsatz – Unglück und Krieg verhindert. Daß Ihnen in dieser Weise Ihre militärische Aufgabe immer bewußt bleibt und daß Sie nur dafür, aber dafür mit ganzer Kraft einsatzbereit sind, haben wir Ihnen heute und immer von Gott zu erbitten. Amen.

## **Frieden ist mehr als Nichtkrieg**

Zum Weltfriedenstag in Köln am 21. Januar erklärte der Bundesvorsitzende der GKS und Präsident Ami, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, im Maternushaus bei einem

Empfang von Kardinal Joachim Meisner in Anwesenheit vom Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, Alfred Biehle, und des stellvertretenden Generalinspektors, Generalleutnant Jürgen Schnell, u.a.: „Es ist gut und richtig, daß wir auch in diesem Jahr in unserer Kirche und gemeinsam mit ausländischen Kameraden den Welttag des Friedens feiern. So hat es im Jahr 1975 in Rom das Apostolat Militaire International (AMI) beschlossen, um damit ein Zeichen zu setzen, daß Soldaten, die Christen sind, ihren Dienst in der Intention des Friedens sehen und ausüben wollen. Dabei scheinen mir drei Aspekte wichtig:

1. Der Frieden ist noch immer gefährdet – vielleicht heute mehr denn je. Frieden ist kein Dauerzustand, er ist vielmehr eine immer wieder zu lösende Aufgabe, ein Ziel, das es zu verwirklichen gilt. Ewigen Frieden wird es in der Geschichte unvollkommener Menschen in einer unvollkommenen Welt nicht geben. Unsere Aufgabe muß es sein, den Frieden, der existiert, zu erhalten und dazu beizutragen, daß mehr Frieden möglich wird. Dies ist eine moralisch-ethische Aufgabe, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

2. Frieden ist mehr als Nicht-Krieg. Wirklicher Frieden, wie wir ihn erstreben und gegebenenfalls erkämpfen müssen, ist gekennzeichnet durch Gerechtigkeit, Freiheit, die Achtung der Würde und der Rechte der Menschen und der

Völker. Ein Friede, der diese Bedingungen nicht erfüllt, verdient die Bezeichnung Frieden nicht. Es gibt höhere Güter als einen Frieden, der nur durch das Schweigen der Waffen definiert wäre. In dem Frieden, den wir wollen, dürfen Menschen nicht durch Untätigkeit anderer Hungers sterben, dürfen Unschuldige nicht durch Marodeure, die sich Soldaten nennen, ermordet, dürfen Frauen nicht geplagt vergewaltigt, dürfen Minderheiten nicht unterdrückt oder ausgerottet werden.

3. Frieden muß unter Umständen erkämpft werden. Wir sehen uns als katholische Soldaten in der Pflicht, nicht nur für den Frieden unseres eigenen Vaterlandes, sondern zugleich als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“, wie es das 2. Vatikanische Konzil formuliert hat. Verantwortliche Politik darf heute nicht mehr nur national denken und handeln – längst geht es uns alle sehr wohl an, „wenn drunten, fern in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“. Es geht uns sehr wohl an, wenn Banden in Somalia am Hungertode Tausender die Schuld tragen – und wir dies verhindern helfen könnten. Es geht uns als Soldaten wohl an, wenn im ehemaligen Jugoslawien gemordet, geschändet, gebrandschatzt wird – und wir erkennen müssen, daß ein rechtzeitiger Einsatz militärischer Macht dies hätte verhindern können und daß heute der Einsatz von Waffen – auch durch unsere Sol-

daten – das vielleicht letzte Mittel ist, um den Greueln ein Ende zu machen oder ihre Ausweitung zu verhindern. Viele von uns werden hier und heute umdenken oder zumindest weiter denken müssen als bisher. Soldatischer Einsatz für den Frieden war immer eine ernste Aufgabe. Aber erst, nachdem – auch durch die Einsatzbereitschaft unserer Soldaten – der große Welt- und Atomkrieg für absehbare Zeit gebannt scheint, wird wieder klar, wie existentiell ernst diese Aufgabe wirklich ist. „Wenn Du den Frieden willst – komm den Armen entgegen.“ Gibt es Ärmere, die auch unseren Einsatz verlangen, als verhungerende, verstümmelte, geschändete, ermordete Mitmenschen?

## GKS – Bonn – Festakt Weltfriedenstag 1993

Der GKS-Kreis Bonn hat am 28. Januar 1993 im Collegium Josefium in Bonn den diesjährigen Weltfriedenstag unter dem Papstwort „Willst du den Frieden, komme den Armen entgegen“ gefeiert.

Der amtierende GKS-Kreisvorsitzende, Fregattenkapitän d.R. Karl-Heinz Woitzik, erinnerte in seiner Begrüßung daran, daß die Soldaten Diener der Sicherheit

und Freiheit der Völker – und zwar aller Völker – sein sollen.

Der Trierer Weihbischof, Leo Schwarz, machte in seinem Festvortrag darauf aufmerksam, daß vor 25 Jahren der Weltgebetstag für den Frieden erstmalig begangen wurde und die damalige Ansprache von Papst Paul VI. heute noch gültig sei. Im Jahr 1967 – dem Jahr der Ankündigung des 1. Weltfriedenstages – sei kein Nobelpreisträger gefunden worden, Papst Paul VI. wäre ein würdiger Empfänger der Auszeichnung gewesen. Weiter führte Schwarz aus, es sei schwer, hier bei uns von Armut zu sprechen, wenn man diese aus Lateinamerika kenne. Das diesjährige Motto des Weltfriedenstages komme nicht von ungefähr, da kein Papst je soviel Armut auf der ganzen Welt gesehen habe wie Johannes Paul II. So werde er demnächst eines der ärmsten Länder, den Sudan, besuchen. Der Festredner wies auch auf die Unterschiede zwischen der Armut in den Megastädten (über 10 Millionen Einwohner) und auf dem Lande hin. In den Riesenstädten, deren es immer mehr gebe, sei die Masse der Menschen an den Stadtrand gedrängt, wo sie dahinvegetiere. Auf dem Lande habe die Armut auch zugenommen. Dies drücke sich auch darin aus, daß 8% der Bevölkerung bis zu 84% der Ländereien besäßen. Er sprach von verlorenen Dekaden bei der Bekämpfung der Armutsursachen. Gleichzeitig wies er aber darauf

hin, daß die Situation in den betroffenen Ländern nicht ausgeklammert werden dürfe. Als Beispiele dafür nannte er fehlende Demokratisierung, Ausbeutung, Prestigedenken der Regierungen usw. Außerdem müßten gerechtere Strukturen in diesen Staaten geschaffen werden, damit die Kinder nicht weiter als Überlebenssicherung angesehen werden. Nur so könne ein Geburtenrückgang erreicht werden. Ebenso seien die Weltwirtschaftsbedingungen ein Schlüssel für Veränderungen, wofür die reichen Industrieländer verantwortlich seien. So belastet ein Prozent Zinserhöhung die bedürftigen Länder mehr als sie in einem Jahr insgesamt an Entwicklungshilfe erhielten. Auch das Flüchtlingsproblem ist nicht auf Europa beschränkt. So müßten wesentlich ärmere Länder mehr Flüchtlinge als das wirtschaftlich starke Deutschland aufnehmen. Als Beispiel führte er Malawi an, das mit seinen 8 Millionen Einwohnern 1 Million Flüchtlinge aus Mocambique beherberge.

Zum Schluß äußerte der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax fünf Gedanken, wie man den Armen entgegenkommen könne:

1. Einprägen, wie Christus gelebt habe (Armut, Knechtsgestalt, tiefste Erniedrigung),
2. Einsehen, wie es um die Welt bestellt ist,
3. Einteilen hängt von jedermanns Großzügigkeit ab,

4. Einüben, durch den Lebensstil für die Armen zu wirken,
5. Eintreten für die Armen – wobei der Weihbischof in diesem Zusammenhang ausdrücklich den deutschen Soldaten in Kambodscha, Somalia und Kroatien dankte. (bt)

### **Drei wichtige Aspekte für den Dienst in den Streitkräften**

Zum Weltfriedenstag in Bonn am 28. Januar 1993 erklärte der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, bei der Festveranstaltung im Kollegium Josephinum:

Es ist gut und richtig, daß wir auch in diesem Jahr in unserer Kirche und gemeinsam mit ausländischen Kameraden den Welttag des Friedens feiern. So hat es im Jahr 1975 in Rom das Apostolat Militaire International (AMI) beschlossen, um damit ein Zeichen zu setzen, daß Soldaten, die Christen sind, ihren Dienst in der Intention des Friedens sehen und ausüben wollen.

Das Jahr 1993 bringt für die Bundeswehr und damit für uns alle eine große Palette von Aufgaben – und sicher auch Probleme. Es wird darauf ankommen,

- den neuen, erweiterten und veränderten Auftrag der Streitkräfte zu verstehen, zu akzeptieren und auszuführen,
- Umgliederungen und Auflösungen von Einheiten und Verbän-

- den mitzutragen – dienstlich und im persönlichen Bereich,
- uns noch stärker der ethisch-moralischen Begründung unseres Dienstes als Beitrag für die Sicherheit und Freiheit der Völker und zur Festigung des Friedens bewußt zu werden und
  - für einige unter uns – erstmals seit Gründung der Bundeswehr – unseren Auftrag in der konkreten Situation einer Krise oder eines militärischen Konflikts auszuführen.

Drei Aspekte erscheinen mir unter diesen Umständen für unseren Dienst in den Streitkräften wichtig:

1. Der Frieden ist noch immer gefährdet – vielleicht heute mehr denn je. Frieden ist kein Dauerzustand, er ist vielmehr eine immer wieder zu lösende Aufgabe, ein Ziel, das es zu verwirklichen gilt. Ewigen Frieden wird es in der Geschichte unvollkommener Menschen in einer unvollkommenen Welt nicht geben. Unsere Aufgabe muß es sein, den Frieden, der existiert, zu erhalten und dazu beizutragen, daß mehr Frieden möglich wird. Dies ist eine moralisch-ethische Aufgabe.

2. Frieden ist mehr als Nicht-Krieg. Wirklicher Frieden, wie wir ihn erstreben und gegebenenfalls erkämpfen müssen, ist gekennzeichnet durch Gerechtigkeit, Freiheit, die Achtung der Würde und der Rechte der Menschen und der Völker. Ein Friede, der diese Bedingungen nicht erfüllt, verdient die Bezeichnung Frieden nicht. Es

gibt höhere Güter als einen Frieden, der nur durch das Schweigen der Waffen definiert wäre. In dem Frieden, den wir wollen, dürfen Menschen nicht durch Untätigkeit anderer Hungers sterben, dürfen Unschuldige nicht durch Marodeure, die sich Soldaten nennen, ermordet, dürfen Frauen nicht geplant vergewaltigt, dürfen Minderheiten nicht unterdrückt oder ausgerottet werden.

3. Frieden muß unter Umständen erkämpft werden. Wir sehen uns als katholische Soldaten in der Pflicht, nicht nur für den Frieden unseres eigenen Vaterlandes, sondern zugleich als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“, wie es das 2. Vatikanische Konzil formuliert hat. Verantwortliche Politik darf heute nicht mehr nur national denken und handeln – längst geht es uns alle sehr wohl an, „wenn drunten, fern in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“. Es geht uns sehr wohl an, wenn Banden in Somalia am Hungertode Tausender die Schuld tragen – und wir dies verhindern helfen können. Es geht uns als Soldaten wohl an, wenn im ehemaligen Jugoslawien gemordet, geschändet, gebrandschatzt wird – und wir erkennen müssen, daß ein rechtzeitiger Einsatz militärischer Macht dies hätte verhindern können und daß heute der Einsatz von Waffen – auch durch unsere Soldaten – das vielleicht letzte Mittel ist, um den Greueln ein Ende zu machen oder ihre Ausweitung zu

verhindern. Soldatischer Einsatz für den Frieden war immer eine ernste Aufgabe. Aber erst, nachdem – auch durch die Einsatzbereitschaft unserer Soldaten – der große Welt- und Atomkrieg für absehbare Zeit gebannt scheint, wird wieder klar, wie existentiell ernst diese Aufgabe wirklich ist. „Wenn Du den Frieden willst – komm den Armen entgegen.“ Gibt es Ärmere, die auch unseren Einsatz verlangen, als verhungernde, verstümmelte, geschändete, ermordete Mitmenschen? Ein Einsatz von Soldaten, auch der Bundeswehr, im Auftrag und Rahmen eines kollektiven Bündnisses für Recht und Frieden wäre aus der Sicht der GKS nicht nur moralisch, sondern auch völker- und verfassungsrechtlich sowohl erforderlich als auch möglich.

## Schluß

Der neue katholische Standortpfarrer von Bonn, Militärfarrer Johannes Helle, beendete mit seinem Schlußwort die Festakademie. Gleichzeitig lud er zu zwei Veranstaltungen während der Fastenzeit im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe ein. (bt)

## Weltfriedensgottesdienst in Hildesheim im Spiegel der Presse

Die Hildesheimer Allgemeine Zeitung schreibt dazu in ihrer Ausgabe vom 19. Februar 1993:

Die „Partner im Bündnis und in der Völkergemeinschaft erwarten zu Recht mehr von Deutschland, als bisher geleistet worden sei. Man müsse aber vorschnelle „und die Geschichte vergessende Schritte“ vermeiden. Das betonte Bischof Dr. Josef Homeyer gestern bei einem Empfang nach dem Friedensgottesdienst im Dom. Mehr als 900 Soldaten und Beamte des Bundesgrenzschutzes hatten an dem Gottesdienst teilgenommen.

Die Sanktionen der Vereinten Nationen im ehemaligen Jugoslawien ließen sich weitaus konsequenter durchsetzen, kritisierte der Bischof. Vor allem den Serben müsse deutlich gemacht werden, daß die Völkergemeinschaft nicht länger bereit sei, „dem Morden zuzuschauen und sich an der Nase herumführen zu lassen“. Der Bischof meinte, die christlichen Kirchen und andere Religionen hätten Möglichkeiten der Wiedernäherung und Vertrauensbildung, die es im politischen Bereich nicht



gebe. Als falsch und unverantwortlich bezeichnete es Homeyer, pauschal ein ganzes Volk zu verurteilen. Es seien immer einzelne militärische und politische Eliten und ihre Handlanger, die Unrecht begingen. An der Suche nach wirksamen Methoden zur Verfolgung von Kriegsverbrechern sollten sich auch die Kirchen unterschiedener beteiligen, forderte der Bischof.

Der Befehlshaber im Wehrbereich II der Bundeswehr, Generalmajor Hartmut Behrendt aus Hannover, dankte Homeyer für seinen Zuspruch an die Soldaten. Sie würden ermutigt, „mitzuhelfen, die Welt im christlichen Sinne zu gestalten“. Behrendt hoffte, daß der Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan eine breite Mehrheit finde. Dies sei die Voraussetzung für Soldaten in einer Demokratie. Auch humanitäre Aufgaben seien lebensgefährlich, fügte der General hinzu, dies zeige das Beispiel des ersten schwerverletzten deutschen Soldaten nach dem Krieg vor ein paar Tagen.

In seiner Predigt im Gottesdienst hatte der Bischof zuvor vor Egoismus, Nationalismus und Engstirnigkeit gewarnt. Er forderte einen Bewußtseinswandel des ganzen Volkes: „Wir alle müssen zurückstecken.“ Zwar solle der Mensch sich selbst verwirklichen und seine Freiheit leben, aber berücksichtigen, daß er auch die Freiheit des anderen zu sichern habe. Jetzt entscheide sich, ob die Welt im Chaos versinke oder eine

weltumspannende solidarische Gemeinschaft mit Wohlstand für alle aufgebaut werde.

Die Christen könnten sich stets auf ihre Befreiung durch Christus berufen. Dieser Befreiungsprozeß, „den wir allzulange mit einem Netz von Verboten und Normen verdeckt haben“, führte zur Freiheit von Angst. „Wir Christen müssen uns einmischen“, sagte der Bischof. Niemand könne angesichts der Probleme, nicht nur auf dem Balkan, „schadenfroh im Schmollwinkel sitzen“. (ph)

## Weltfriedenstag im Lager Hammelburg

**in der Christkönigskirche  
am 28. Februar 1993**

Schon traditionell ist der Gottesdienst zum Weltfriedenstag, den in der Christkönigskirche im Lager Hammelburg die Gemeinschaft Katholischer Soldaten und die Soldaten der amerikanischen Militärkirchengemeinde aus Schweinfurt mit ihren Familien am ersten Fastensonntag zusammen feiern.

Auch heuer trafen sich am Sonntag, dem 28. Februar 1993, die deutschen und amerikanischen Soldatenfamilien, um gemeinsam für den Frieden zu beten.

Die Eucharistiefeier zelebrierte Mil.Pfarrer Georg Kestel zusammen mit dem amerikanischen Cap-

Iain Father Rappl, begleitet von Liedern der Gruppe St. Johannes aus Hammelburg. Sämtliche Gebete, Lieder, Lesungen und Fürbitten wurden in englischer und deutscher Sprache gebetet.

Der neugewählte Sprecher der Gemeinschaft Kath. Soldaten, Stabsfeldwebel Rüdiger Schalke, begrüßte zu Beginn des Gottesdienstes die Anwesenden.

Mil.Pfarrer Kestel sprach in seiner Predigt vom gemeinsamen Gebet der Glaubenden um den Frieden in Assisi. Weltfrieden wird es nicht geben können, ohne den Frieden der Weltreligionen. Die Glaubenden sind nicht immer Friedensstifter gewesen, die Religionen müssen dies erkennen! Dialoge mit den anderen, Bereitschaft zur Vergebung zwischen den Religionen als Zeichen für den Weltfrieden wären ein Geschenk Gottes. Das gemeinsame Gebet in diesem Gottesdienst ist der Weg hin zu DEM, der wahrhaft den Frieden schenken kann.

Schon in der Weihnachtsbotschaft verkündeten die Engel die Ehre Gottes und den Frieden auf Erden. – Der Friede ist wie eine Werkstatt, er braucht Bausteine und kleine Schritte, jeder kann und muß in seiner Umgebung seinen Beitrag dazu leisten. Unsere kleinen Schritte sind wichtig und werden gebraucht, um dem Weltfrieden näherzukommen. In Jesus Christus ist uns dieser Friede bereits geschenkt worden. – Der Geistliche wünschte allen, sie mö-

gen diesen Frieden erleben, in den Menschen, in den Herzen und Staaten, und Gott möge seinen Segen dazu geben, daß dieser Gottesdienst ein kleiner Schritt sei auf diesem Weg.

Oberst Bernd sprach am Ende des Gebetes von der Wichtigkeit des Gebetes um den Frieden. Angesichts der Konflikte in Jugoslawien, in Somalia, in Kambodscha und sonst auf der Welt, kann mit dem Gebet erreicht werden, daß das Töten und Morden ein Ende findet; es sei bitter nötig, Gott zu bitten, er möge die Beteiligten zur Einsicht bringen, die Waffen schweigen zu lassen. Es geht noch um mehr, auch die Menschen müssen etwas tun. Friede ist ein sozialer Prozeß, alle Menschen sollten teilhaben an den Gaben des Lebens. Der Friede beginnt im Kleinen, bei unserem Nächsten; das ist konkret hier unsere Aufgabe, um im Großen den Weltfrieden zu erreichen. Wir können dazu etwas tun, nämlich bereit und willens zu sein, dem Frieden des Nächsten aktiv zu dienen. Nur der Weltfriede ist Lebensbedingung für uns und unsere Kinder.

LTC Harsfead von den amerikanischen Streitkräften aus Schweinfurt bedankte sich in seiner Ansprache für die jahrelange Freundschaft, die die beiden Militärgemeinden verbindet. Er erklärte, daß wir wohl verschiedene Nationen seien, aber nun im Gottesdienst gemeinsam um Frieden gebetet haben. Täglich erfahren wir

im Fernsehen und den anderen Medien, daß es auf der Welt keinen Frieden gibt, auch wenn es viele Demokratien gibt. Dieser Weltfriedenstag gibt uns die Möglichkeit, unser Verlangen nach Frieden zu erneuern. Wir sind aufgefordert, selbst Frieden und Freundschaft zu schenken. Er verwies auf das dem Gottesdienst folgende gemeinsame Mittagessen, das uns in Freundschaft zusammenführt.

Für den Herbst lud er die GKS zu einem Gegenbesuch nach Schweinfurt ein.

Im Anschluß an den Gottesdienst trafen sich die Mitglieder der GKS, des Pfarrgemeinderates und die amerikanischen Gäste zu einem Mittagessen im Offizierskasino.

Dabei wurde Oberstleutnant Stapper herzlicher Dank ausgesprochen für seine über 11jährige verdienstvolle Arbeit als Sprecher des GKS-Kreises Hammelburg. Der neue Sprecher, StFw Schalke, überreichte den „Königsteiner Engel“ und ein Weinpräsent.

*Eva Albert*

## Friedensgottesdienst mit Bischof und Soldaten

**in der Kathedrale in Dresden  
am 10.3.1993**

Zum ersten Friedensgottesdienst in den neuen Bundesländern versammelten sich über 100 Soldaten am 10. März in der Kathedrale in Dresden. In der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Offiziere war im Januar die Idee entstanden, einen solchen Gottesdienst zu organisieren. Mit Freude hatten die Soldaten die schnelle Zusage von Bischof Joachim Reinelt angenommen. Eingeladen waren alle katholischen und interessierten Soldaten des Wehrbereichs VII, der das Land Sachsen und kleine Teile der Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen betrifft. In diesem Gebiet sind 18000 Soldaten stationiert, darunter 3 % Katholiken.

Der Befehlshabende Divisionskommandeur des Wehrbereiches, Generalmajor Ekkehard Richter, sagte: „Ich freue mich, daß der Bischof mit dem Friedensgottesdienst ein Zeichen setzt. Die Bundeswehr ist mit ihrem Verständnis für den Menschen und seine Rechte, der nach unserer Auffassung im Mittelpunkt steht, etwas vollkommen anderes als die NVA. Christ und Soldat sein, läßt sich gut miteinander verbinden. Es ist



für uns eine wichtige Aufgabe, für Recht und Freiheit sowie den Schutz von Minderheiten einzutreten.

*(Pressestelle Bistum  
Dresden-Meißen)*

## **Predigt Bischof Joachim Reinelt**

Soldaten im Gottesdienst – damit hatten wir früher Probleme. Volksarmee – Friedensarmee, das haben wir nicht geglaubt. Hier hat sich mit Männern und Frauen, die glaubwürdig und persönlich Menschen des Friedens sein wollen und diesen Frieden aus eigenem Antrieb, nicht nur auf Befehl, schützen wollen, vieles geändert. Es ist freilich bedauerlich, daß die Menschen so feindselig sein können, daß man das kostbare Gut des Friedens durch Soldaten schützen muß. Aber es wäre Trümmerei zu meinen, ohne Armeen wäre der Frieden von selbst gegeben.

Wir haben als Christen vom Evangelium den Auftrag, sehr real die Menschen in ihrer Begrenztheit einzuschätzen. Gäbe es niemanden, der für den Schutz der anderen zuständig wäre, würde jetzt schon der Terrorist die Macht an sich gerissen haben. Aber nun ist doch auch die Frage, wie kann man wirklich Soldat des Friedens sein? Das ist natürlich ein Problem, das man in einer kurzen Predigt nicht vollständig abhandeln

kann. Aber ich möchte zwei wesentliche Punkte in diesem Gottesdienst vortragen.

1. Ein Soldat, der Frieden will, muß zuerst in sich selbst Frieden schaffen. Das ist eine der Herausforderungen eines Menschen, dem Macht anvertraut ist. Es muß in ihm selbst stimmen. Wenn einer Krieg mit sich selbst hat, mit seinem Leben nicht fertig wird, nicht klarkommt, was dieses Leben eigentlich soll, nicht weiß, woher er kommt und wohin er geht, dem traue ich nicht, vor dem habe ich Angst. Wenn der ein Gewehr in die Hand nimmt, ist das nicht ungefährlich. Und deswegen, liebe Brüder und Schwestern, die Sie in diesem Dienst stehen, ein solcher Gottesdienst ist meines Erachtens nicht ein Schmuckstück in Ihrem Dienstalltag, sondern hat etwas von einer zwingenden Notwendigkeit, auf jeden Fall für diejenigen, die etwas damit anfangen können, die sich sagen lassen, in mir muß noch manches geordnet werden, ich muß noch besser klarkommen mit meinem Leben. Wir alle müssen immer wieder neu unser Leben in Ordnung bringen. Keiner kann sagen: Ich bin perfekt. Das konnte nur ein einziger sagen, Jesus Christus, den der Vater gesandt hat, um Frieden zu stiften, weil er selbst der Friede ist. Ein Mensch und Gott, in dem alles stimmt. Das kann aus seinen Texten abgelesen werden. Was er uns heute in seinem Evangelium gesagt hat, bedeutet unüberbietbare Friedensfä-

higkeit: „Nimmt dir einer das Hemd, dann gib ihm noch den Mantel. Will dich einer zwingen, eine Meile mitzugehen, gehe zwei“. Und, verehrte, liebe Brüder, diese unbegrenzte Friedfertigkeit wird in der Kaserne zwischen Ihnen zuerst zu leben sein. Wie die Atmosphäre in unseren Kasernen ist, wie man da zueinander steht, wie man sich dort versteht, wie weit dort ein Klima der Freundschaft und des Vertrauens ist, so weit wird man Soldaten Vertrauen entgegenbringen können. Kameradschaftlichkeit: Eine große Aufgabe! Auch eine schwere Aufgabe, denn ich kann mir vorstellen, daß mit der ungewohnten Umgebung, mindestens für diejenigen, die nur einige Zeit in Kasernen sind, immer auch neue Probleme zu bewältigen sind. Verantwortungsbewußtsein und Selbstlosigkeit sind gefordert, Dienstbereitschaft auch im Sinne des Evangeliums.

2. Ein Christ, der sein Leben auf den Glauben an Gott gründet, hat die Chance zu überzeugender Kameradschaftlichkeit und der Bereitschaft zu dienen in besonderer Weise. Der Christ ist nicht einfach durch ein Bekenntnis ein besserer Mensch, sondern er wird es durch ein inneres Ringen um die Realisierung der Friedensbotschaft des Evangeliums Tag für Tag neu. Ich denke, es ist ein gutes Zeichen in einer Gesellschaft, die augenblicklich so unsicher ist, wenn ein Soldat Zeit hat, die Botschaft des

Evangeliums anzuhören. Ich glaube, es ist ein gutes Signal in einer orientierungslosen Gesellschaft, wie wir sie heute gerade auch in diesem Land vorfinden, wenn Menschen wissen, das sind Männer, die können sogar noch die Hände falten. Sie sind sich dafür nicht zu groß. Gehen Sie diesen Weg unbeirrt weiter. Es wird viele geben, die das nicht verstehen, aber das bedeutet nicht unbedingt, daß sie die Besseren sind, daß sie mehr vom Leben verstanden haben. Und bitte, bedenken Sie auch, man kann ihnen ihr Unverständnis eigentlich nicht verübeln. Hierzulande und auch im Westen unseres Vaterlandes sind inzwischen Generationen über Religion falsch informiert worden. Laßt uns den Mut haben, weiterhin den Blick ins Zentrum, in die Tiefe, ins Eigentliche zu tun. Da wird uns aufgehen, daß gerade von dort neue Kräfte erwachsen, die dazu helfen, Freundschaft zu bewirken untereinander und damit friedensfähiger zu werden.

Aber ich kann eigentlich heute diese Predigt nicht beschließen, ohne einen Gedanken zu diesem Krieg zu sagen, der in grausamster Weise gerade in unmittelbarer Nachbarschaft von uns ausgetragen wird. Es ist zweifellos richtig, daß, solange es nur irgendwie geht, verhandelt wird. Aber wir können nicht die Hände in den Schoß legen und zuschauen, wie unschuldige Kinder und Frauen hingeschlachtet werden. Es gibt

wirksame Mittel, auch ohne Waffen erfolgreich einzugreifen. Wir können uns nicht mit geschichtlichen Sentenzen einfach der Verantwortung entziehen. Ich weiß, was das für Probleme aufwirft. Und wirklich es gilt: Zu allerletzt schützen wir den anderen gut mit der Waffe in der Hand, zu allerletzt. Aber einfach sterben lassen und zusehen, das kann nicht sein. Wir müssen helfen und schützen mit allen Mitteln, die das klare Gewissen uns erlaubt. Der Friede fällt nicht in den Schoß. Er wird nur denen zuteil, die in Freiheit um die Gerechtigkeit unter allen Menschen ringen. Der Friede will aber auch erbetet sein.

## Weltfriedens- gottesdienst in Munster/Örtze

**am 10.3.1993**

Den Gottesdienst aus Anlaß des Weltfriedenstages feierte der Katholische Militärbischof, Erzbischof Dyba, mit Soldaten der Standorte Munster und Faßberg in der Lüneburger Heide. „Der Friede“, so der Militärbischof, „beginnt in meinem Ja zu Gott. Er setzt sich fort im Ja zum Mitmenschen, der genauso von Gott erschaffen ist.“ Nur auf diese Weise könne der Haß als Quelle vieler Kriege überwunden werden.

Der Militärbischof besucht die Schule der Panzertruppen in Munster und läßt sich über die Ausbildung im Heer informieren. Dabei führt er Gedankenaustausch mit Soldaten aller Dienstgradgruppen über das sich wandelnde Berufsbild angesichts neuer Aufgaben der Bundeswehr. Hierzu sucht er auch das Gespräch mit Wehrpflichtigen auf dem Truppenübungsplatz.

Gemeinsam mit Wehrpflichtigen legt der Militärbischof heute auf der Gedenkstätte Bergen-Belsen einen Kranz nieder und gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus.

*Referat Militärseelsorge und Öffentlichkeit*

*(aus NIMM Nr. 8 vom 25.3.1993)*

### **Ansprache des Vorsitzenden der GKS im WB II**

Als Vorsitzender der Pfarrgemeinderäte Munster und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Wehrbereich II spreche ich für die vielen Frauen und Männer, die als Christen und besonders als katholische Soldaten Verantwortung wahrnehmen.

#### **Verantwortung**

- als Laien in ihrer Kirche, auf die sie hören,
- als Soldaten in der Bundeswehr, in der sie dienen,
- als Bürger in ihrem Staat, den sie schützen,
- und als Mitglieder der Gesellschaft, in der sie leben.

Wer die Dokumente des 2. Vatikanischen Konzils aufmerksam studiert, stößt auf ein Leitmotiv, das immer wiederkehrt:

*Communio*, als aktive Teilhabe und Mitverantwortung aller Christgläubigen, also auch der Laien, am Leben der Kirche.

Ein bekannter Theologe beschreibt die Stellung des Laien in der Kirche als eine dreifache:

Eine sitzende, eine kniende, und eine zahlende.

Wir Katholiken in der Bundeswehr und katholische Soldaten sehen uns neben sitzen, knien und zahlen in der Pflicht, als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker über den Frieden unseres eigenen Landes hinaus Verantwortung zu übernehmen.

Der Frieden ist gefährdet! – Heute vielleicht mehr denn je. Unsere Welt ist kleiner geworden, das Zusammenleben der Menschen wird enger und konfliktreicher. Dadurch spielt die Frage nach den Möglichkeiten eines friedlichen Miteinanders der verschiedenen Gruppen und Völker eine immer größere Rolle.

Wenn jeder den anderen annehmen und achten kann, gelingen uns die kleinen Schritte, die zum Frieden führen.

Wir alle sind aufgefordert, dem Frieden zu dienen und dazu beizutragen, daß die Ursachen von Ungerechtigkeit und Krieg bewußt gemacht und abgebaut werden. Im Frieden leben erfordert nicht große Worte, sondern viele kleine

Schritte.

Willst du den Frieden, komme den Armen entgegen!

Tun wir diesen Schritt; wir müssen ihn tun, denn wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

Frieden kannst du nur haben, wenn du ihn gibst. Wir wollen den Frieden – wir kommen den Armen entgegen!

*Dieter Erkes*

## Die Orthodoxie fand nicht den Weg nach Assisi

### Das Friedensgebet mit dem Papst wurde vor allem zu einer Begegnung von Katholiken und Muslims

Vatikanstadt, 11. Januar. Wären die orthodoxen Patriarchate von Moskau, Belgrad oder Istanbul der Einladung gefolgt – „Assisi '93“, das zweite interreligiöse Gebets-treffen mit dem Papst in der Stadt des heiligen Franziskus, hätte eine beeindruckende Initiative der Christenheit zugunsten des Friedens in Europa werden können. Aber nur die vom Krieg im ehemaligen Jugoslawien Betroffenen schienen das von Johannes Paul II. am 1. Dezember vergangenen Jahres angekündigte Treffen wirklich ernst zu nehmen.

Als der Hubschrauber des Papstes am Samstag nachmittag in Assisi landete, waren es eher die fehlenden Kirchenführer, die dem Friedensgebet von vorneherein einen Stempel aufdrückten. Drei Juden waren erschienen, ebenso acht Vertreter der protestantischen und anglikanischen Gemeinschaften in Europa. Und der Vatikan hatte die Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenzen des Kontinents herbeigebeten.

Aber dann waren es vor allem katholische Christen und Muslims aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien, die dem Ruf des Papstes nach Assisi gefolgt waren, jene also, die ihre Kultstätten zerstört, sich einer gnadenlosen Verfolgung ausgesetzt und Tausende ihrer Gläubigen getötet und vertrieben sehen. Die religiösen Oberhäupter der Christen, die – ohne es zu wollen oder etwas dafür zu können – auf der anderen Seite der Front im Balkan leben, fehlten hingegen bei diesem Gebetstreffen. Besonders schmerzlich vermißte man in Assisi Metropolit Pavle von Belgrad, den Patriarchen der orthodoxen Serben.

Im Oktober 1986, als Johannes Paul II. religiöse Oberhäupter aus der ganzen Welt zu einem ersten Gebetstreffen nach Assisi geladen hatte, mag die Furcht vor einem Atomkrieg wirklich noch auf den Menschen gelastet haben. Aber in Assisi herrschte damals ein buntes Treiben. Die Stimmung war heiter, fast fröhlich, was auch daran

gelegen haben mag, daß der Auftritt des einen oder anderen Wunderheilers oder Medizinmannes am Rande der Begegnung vor den Augen neugieriger Zuschauer zu einer Art religiösem Happening geriet.

Das war am vergangenen Wochenende anders. Dunkelheit hatte sich bereits über die Basilika des heiligen Franziskus gelegt, als Johannes Paul II. im Konvent der Franziskaner die einunddreißig Vertreter der islamischen Glaubensgemeinschaft begrüßte. Aus dem umkämpften Sarajevo waren unter Leitung des Ulema Jacob Selimoski, der höchsten Autorität des Islam im ehemaligen Jugoslawien, sieben Muslims zum Gebetstreffen gekommen.

Voller Ernst reichte jeder von ihnen dem Papst vor der gemeinsamen Gebetswache in der aus groben Steinen gemauerten Kapelle des Bruders Elias die Hand. Es sind nicht mehr atomare Waffen, deren Existenz die Menschen in Angst versetzen. Heute herrscht wirklich Krieg, und die Zeugnisse der Katholiken und Muslims aus Bosnien-Herzegowina offenbarten die Nöte der unter tatsächlicher Zerstörung und Verfolgung leidenden Menschen.

„Die Schrecken der Kriege“, sagte Johannes Paul II. in seiner Ansprache während der Gebetswache am Samstagabend, „die auf diesem Kontinent und vor allem auf dem Balkan geführt werden, bewegen uns dazu, zu dem Mittel



zu greifen, das allen zu eigen ist, die glauben. Dieses Mittel ist das Gebet. Dies ist unsere Kraft, dies ist unsere Waffe. Wir sind weder stark noch mächtig, aber wir wissen, daß Gott das Flehen derjenigen, die sich an ihn mit aufrichtigem Glauben wenden, nicht ohne Antwort läßt, vor allem dann, wenn das gegenwärtige und zukünftige Geschick von Millionen von Menschen auf dem Spiele steht.“

Beeindruckend dann das Zeugnis von Uleman Selimoski aus Sarajewo. „Wir wollen diese Zeugnisse hören“, sagte der Papst, „weil sie noch besser in die Lage versetzen, für den Frieden zu beten, der ein Geschenk Gottes ist.“ Nachdem Kardinal Kuhric aus Zagreb und Erzbischof Puljic aus Sarajevo von den Zerstörungen berichtet hatten, die die katholischen Gemeinden erleiden mußten, sprach der muslimische Uleman von den Folgen des Kriegs für seine Glaubensgenossen: Zweihunderttausend Tote beklagten die Muslims, eine halbe Million Menschen seien verletzt. Hunderttausend Menschen lebten in Konzentrationslagern, über fünfunddreißigtausend Frauen zwischen sieben und achtzig Jahren seien vergewaltigt worden. Dreiundzwanzig religiöse Oberhäupter des Islam habe man getötet, sechshundertfünfzig Moscheen seien zerstört.

Nach den Zeugnissen aus den umkämpften Regionen des Balkans zogen sich die Vertreter der einzelnen Glaubensgemeinschaf-

ten in getrennte Räume zurück, um für den Frieden zu beten. Der Papst tat dies mit den katholischen Bischöfen und Delegationen der katholischen Gemeinschaften am Samstagabend in der Basilika. „Das ist der zweite Teil unserer Gebetswache“, meinte Johannes Paul II. dort in seiner Ansprache. „Die Vertreter des Islam sind an einem anderen Ort des Konvents zusammengekommen, wie es auch einige Vertreter des Judentums tun.“

Es folgten die vielleicht aufrüteldendsten Worte, mit denen Papst Johannes Paul II. an diesem Wochenende in Assisi den Krieg im ehemaligen Jugoslawien geißelte. „Ist es denn möglich, einem Menschen das Recht auf Leben und auf Sicherheit zu rauben, nur weil er nicht einer von uns, sondern ein ‚anderer‘ ist? Oder einer Frau das Recht auf Unantastbarkeit und Würde zu nehmen, nur weil sie nicht eine von uns, sondern eine ‚andere‘ ist? Und einem Kind das Recht auf ein Dach und auf Nahrung zu nehmen, nur weil es ein Kind ist, das zu den ‚anderen‘ gehört? ‚Wir‘ und ‚Sie‘ – aber sind wir nicht alle Söhne des einen Gottes, seine auserwählten Söhne? Und ist Christus nicht auf die Welt gekommen, das ‚wahre Licht‘, das jeden Menschen erleuchtet, um uns von der Sünde der Trennung und Spaltung zu befreien und uns alle in Liebe zu vereinen? Ist es also nicht Christus selbst, der noch einmal verhöhnt, erniedrigt,

mißachtet und beleidigt wird, wenn man ‚den anderen‘ verhöhnt, erniedrigt, mißachtet und beleidigt, und wenn ‚der andere‘ keinen Platz mehr hat, wo er sein Haupt hinlegen kann?“

Nach diesem Aufruf des Papstes ging der erste Tag des Gebetstreffens mit einer Lichterprozession und mit Gebetswachen in den Kirchen von Assisi zu Ende. Am nächsten Morgen dann kamen alle Teilnehmer wieder zusammen, nicht zu einem ökumenischen Gottesdienst, sondern zu einer katholischen Meßfeier, die Johannes Paul II. mit den katholischen Bischöfen konzelebrierte. Voller Respekt nahmen die Vertreter des Islam an der Messe teil – auch das im Unterschied zu dem Friedenstag von Assisi im Oktober 1986.

*Guido Horst  
(aus Deutsche Tagespost  
v. 12. 1. 93).*

## Der Papst fordert ein Zeugnis für den Frieden

Vatikanstadt. Papst Johannes Paul II. hat aus Anlaß der am Montag begonnenen Gebetswoche für die Einheit der Christen alle Gläubigen zu einem einheitlichen Zeugnis für den Frieden aufgerufen. Das sei dringend notwendig in einer von Spaltungen und Gegensätzen geprägten Welt, die nicht sel-

ten – wie in diesen Tagen – Schauplatz von mörderischer Gewalt und Bruderkriegen sei, sagte der Papst vor dem Angelusgebet am Sonntag auf dem Petersplatz in Rom.

Das Gebetstreffen für den Frieden in Bosnien-Herzegowina in Assisi am vergangenen Wochenende reihte sich in diese Perspektive ein, sagte Johannes Paul II. weiter. Am Sonntagvormittag hatte er bei einem Besuch in der römischen Pfarrei St. Elena unter Bezugnahme auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien erklärt: „Wenn die Welt das Evangelium anhören würde, gäbe es keinen Raum mehr für Unverständnis, Rachegefühle und Haß, die nicht selten die Völker, die Familien wie auch Einzelpersonen spalten und besorgniserregende Kriegsherde entzünden.“ Gleichzeitig bekräftigte er vor dem Angelus-Gebet „die vom Zweiten Vatikanischen Konzil so stark hervorgehobene ökumenische Verpflichtung“ der katholischen Kirche. Sie bedeute „einen geduldigen doktrinären Dialog“ und eine beständige Suche nach immer besseren und wirksameren Übereinkünften. Als Voraussetzung für eine wahre Ökumene nannte der Papst eine „Umkehr der Herzen“.

Beim traditionellen Neujahrsempfang für das am Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps hatte der Papst am Samstag im Vatikan blutige Konflikte in aller Welt scharf verurteilt, vor allem aber den „für ganz Europa erniedri-

genden Krieg“ in Bosnien-Herzegowina. Als Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft bezeichnete es Johannes Paul II., den Angreifer zu entwaffnen, wenn sich alle anderen Mittel wie Gespräche und Verhandlungen als wirkungslos erwiesen hätten. Die Prinzipien der Souveränität der Staaten und der Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten, sagte der Papst, „dürfen keinen Wandschirm darstellen, hinter dem gemartert und gemordet wird“.

Zugleich bekräftigte er das Recht auf humanitäre Einmischung im ostafrikanischen Somalia. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina, hob Johannes Paul II. vor den beim Vatikan akkreditierten Diplomaten aus 145 Staaten der Erde hervor, habe die Institutionen Europas in Mißkredit gebracht. Auf dem Balkan verletzten „wahrhaftige Horden“ alle nach zwei Weltkriegen vereinbarten Prinzipien zur Kriegsvermeidung. Der Papst gedachte der Flüchtlinge, der vergewaltigten Frauen, der Kranken und Mißhandelten und fügte hinzu, „praktische Gleichgültigkeit“ gegenüber Aggression, gewaltsamer Eroberung und insbesondere gegenüber der Verirrung der ethnischen Säuberung sei eine schuldhaftige Unterlassung.

Auf die Krisensituation am Golf ging der Papst vor Beginn des amerikanischen Raketenangriffs nicht ein. Er sprach sich lediglich indirekt für eine Aufhebung der

Wirtschaftssanktionen gegen den Irak aus, weil diese für die dortige Bevölkerung schweren Tribut und grausame Entbehrungen bedeuteten. Johannes Paul II. äußerte den Wunsch, daß der Heilige Stuhl bald auch diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China, Vietnam, Israel und Jordanien aufnehmen könne. An alle Verantwortlichen im Nahost-Konflikt appellierte er, den Friedensprozeß fortzuführen und auf eine „Politik der vollendeten Tatsachen“ zu verzichten.

(aus *Deutsche Tagespost* vom 19. 1. 1993).

## Kirche: Aggressoren stoppen

### Katholische Bischöfe erwägen verstärkt Militär-Einsätze

Militäreinsätze in Somalia, sogar in Bosnien? Innerhalb der katholischen Kirche ist hierzulande eine offene Diskussion über bewaffnete Eingriffe durch die internationale Staatengemeinschaft entbrannt. Dabei geht es neben der humanitären Hilfe für die Somalis auch um Aktionen der UNO gegen die serbische Aggression.

Den Auftakt setzte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, selbst. Gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ nannte er in einem Interview die

Beteiligung deutscher Soldaten an UN-Aktionen in Somalia „ganz unvermeidlich“. Aus dem bischöflichen Votum wurde in Meldungen „Lehmann für Einsatz der Bundeswehr“, im Fernsehen sogar „Kirche segnet Waffen“. Nach diesen Versionen registrierte das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz zahlreiche Protest-Anrufe.

Auch der Münsteraner Bischof Reinhard Lettmann befürwortete ausdrücklich einen Bundeswehreinsatz im Somalia. Ein solches Engagement mit UNO-Verbänden, so schränkte er sein „Ja“ am Freitag in einem Hörfunk-Interview ein, müsse aber „friedensstiftend und friedenserhaltend“ sein. Dem bischöflichen „Ja“ zu weltweiten humanitären Bundeswehrmissionen, über die auch die Politik streitet, steht innerkirchlich allerdings ein „Nein“ entgegen: Sowohl die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi als auch der Deutsche Caritasverband lehnten eine Truppenentsendung nach Somalia aus unterschiedlichen Gründen ab. Bonn wolle damit die Verfassung umgehen, meinte Pax Christi. Und der Leiter der Caritas-Auslandshilfe, Günter Hölter, betonte, als Armee bleibe die Bundeswehr auch bei einem humanitären Einsatz in Somalia eine „Eingreiftruppe“.

Sogar ein internationales militärische Eingreifen in Bosnien – strategisch, weltpolitisch und moralisch noch einmal ganz anders zu gewichten – wurde in den ver-

gangenen Tagen aus Kreisen der Bischöfe bejaht. Münchens Kardinal Friedrich Wetter sprach zum Jahreswechsel davon, den „Kriegstreibern und Banditen“ in Ex-Jugoslawien müsse mit einer „humanitären Einmischung“ das Handwerk gelegt werden. Der Limburger Bischof Franz Kamphaus plädierte nach Rückkehr von einer Sarajewo-Reise mit „Cap-Anamur“-Chef Rupert Neudeck für „zeichenhafte, begrenzte“ Militäreinsätze in Bosnien. Die „verbrecherischen, räuberischen Strukturen“ müßten bekämpft werden, meinte Kamphaus, der sich selbst ausdrücklich als „von Haus aus friedliebenden Menschen“ bezeichnete. Dabei äußerte er im Beisein und mit Zustimmung des wegen der Bonner Politik im Bosnien-Konflikt zurückgetretenen Postministers Christian Schwarz-Schilling (CDU) deutliche Kritik an der deutschen Haltung in dieser Frage: Der Regierung müsse endlich ins Gewissen geredet werden, gegen die serbischen Aggressoren mehr zu tun.

### **„Waffen in guten Händen“**

Wie ein militärischer Eingriff gegen das sinnlose Morden in Bosnien denn aussehen solle – auf eine Antwort auf diese von Militärs als Dilemma beurteilte Frage wollte sich Kamphaus ebenso wie sein Mitstreiter Neudeck auch auf Nachfrage nicht festlegen. Von „Stoppschildern“ sprach der Bi-

schof, mit denen die UNO endlich „Zähne zeigen“ könne. Und Neu-deck zog einen Vergleich zur internationalen Luftüberwachung der nordirakischen Kurdengebiete. Solche „Drohgebärden“, so Neu-deck, reichten aber nun nicht mehr aus.

Ermutigt wurden beide von der Arbeit und der Akzeptanz der bereits in Sarajewo eingesetzten „Blauhelme“, die „ihre Haut zu Markte“ trügen und für das derzeitige diplomatische Hick-Hack nicht verantwortlich seien. „Bei einem solchen Mann weiß man die Waffen in guten Händen“, sagte Kamphaus mit Blick auf den obersten UN-Soldaten in der bosnischen Hauptstadt, General Philipp Morillon. Mit Kamphaus' Äußerungen haben Kirchenstimmen zu Bosnien eine neue Dimension erreicht. Für die deutsche Kirche ist seine Forderung neu. Bischof Lehmann hatte Anfang Dezember angesichts der serbischen Greueltaten gegen bosnische Frauen noch zurückhaltend davon gesprochen, die Staatengemeinschaft dürfe dies nicht tatenlos hinnehmen. Ähnlich wie Kamphaus hatten sich bisher lediglich die katholischen Bischöfe Kroatiens und der New Yorker Kardinal John Joseph O'Connor geäußert. Ausdrücklich gegen einen Militäreingriff in Ex-Jugoslawien sprach sich vor vier Monaten der deutsche Kurienkardinal Joseph Ratzinger aus.

Grundsätzlich sprechen sich die Bischöfe im noch unveröffentli-

ten zweiten Teil des katholischen deutschen Erwachsenenkatechismus für „militärische Beiträge“ auf internationaler Ebene aus. Sie bemängeln in dem Text, der vor seiner Veröffentlichung noch vom Vatikan approbiert werden muß, das Fehlen einer „wirksamen Weltfriedensordnung“ – deshalb sollten „Zwischenlösungen“ den Frieden sichern. So müßten die einzelnen Staaten „bereit sein, einerseits auf Souveränitätsrechte zu verzichten, andererseits eigene, auch militärische Beiträge zu dieser internationalen Aufgabe zu leisten“. Wörtlich heißt es in dem Katechismus: „Wir müssen uns mit einer ganz neuen Einstellung der Friedensaufgabe stellen.“ So ganz neu war das indes nicht: Bereits in ihrer „Erklärung zum Golfkrieg“ hatten die Bischöfe 1990 „zur tätigen Solidarität mit der Völkergemeinschaft in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung“ aufgerufen. Und das liegt, wie immer wieder betont wird, auf der Linie des Zweiten Vatikanischen Konzils.

## **Dyba für Einsatz von Streitkräften**

Wenige Tage, nachdem die Bischöfe bei ihrer Herbstvollversammlung in Fulda diesen Text verabschiedet hatten, äußerte sich auch der deutsche Militärbischof Johannes Dyba zu dem Thema – in ähnlicher Richtung: „Wenn alle friedlichen Mittel zur Kriegsverhin-

derung oder Beendigung von Unrecht erschöpft sind, muß geprüft werden, ob der Einsatz von Streitkräften nicht größeres Unrecht verhindern kann“, sagte er anlässlich eines Truppenbesuchs in Washington. Dabei sei es im Sinne der kirchlichen Friedenslehre „wünschenswert“, wenn ein solcher Einsatz „deutlich unter der Verantwortung der Völkergemeinschaft“ stehe. Mit Blick auf Ex-Jugoslawien kritisierte der Erzbischof damals, die anfängliche Unentschlossenheit der Europäer habe die Aggressoren „erst ermutigt“. Seitdem hat sich Dyba allerdings mit Äußerungen in dieser Frage zurückgehalten. Nun, wo sich Bischöfe verstärkt mit Blick auf Somalia und Bosnien zu Wort melden, ist Dyba in Urlaub.

Kamphaus' Plädoyer steht vor dem Hintergrund seiner persönlichen Betroffenheit. Er berichtete von Gesprächen mit vergewaltigten Frauen, vom unsäglichen Leid der Kinder, Alten und Kranken in feuchten Kellern bei 20 Grad Kälte. Und auch Bischof Lehmann, der in dem Interview den nach Bosnien reisenden Kamphaus ausdrücklich „keinen Einzelkämpfer“ nannte, berichtet mit Blick auf den Balkan von persönlichen Erfahrungen: Zu Hause sei er täglich „an dieser Front“, weil seit fünf Jahren zwei bosnische Ordensschwestern seinen Haushalt führten. Dennoch: Einen internationalen Militäreinsatz im ehemaligen Jugoslawien hat Lehmann bislang

nicht befürwortet. An diesem Wochenende war er in Assisi und betete mit dem Papst und zahlreichen Religionsvertretern um den Frieden in einer zerstrittenen Welt.

(aus NIMM Nr. 1 v. 14.1.1993 nach KNA v. 12.1.93)

## Soldat sein im Lichte christlicher Friedensethik

**Welche Folgerungen für den einzelnen Soldaten ergeben sich daraus, insbesondere, wenn die christliche Friedensethik für einen Teil der Soldaten fremd und daher ohne Bedeutung ist?**

### A. Grundlagen der christlichen Friedensethik

#### I. Der christliche Friedenscharakter

Im allgemeinen wird unter dem Begriff „Frieden“ das Nicht-Vorhandensein gewaltsamer Auseinandersetzungen verstanden. Dieses ist jedoch nur eine sekundäre Erscheinungsform des Friedens, da sie den Eindruck des „Zufriedenseins“ vermittelt. Zum allumfassenden Frieden gehört jedoch wesentlich mehr, und da sich dieses Thema mit der Ethik des Friedens befassen wird, ist es unerlässlich, sich mit dem Friedenscharakter

ter auseinanderzusetzen. Generell sei gesagt, daß Frieden nicht nur politisch-strategisch oder analytisch betrachtet werden sollte, sondern der „Friedensgestalter“, nämlich der Mensch, muß in den Mittelpunkt des Friedens gestellt werden.

Es fällt auf, daß weit weniger über zwei entscheidende Wirklichkeiten und Größen reflektiert wird, die den erstrebten besseren Frieden bewahren, fördern und sichern sollen; die real existierenden Menschen selbst – als einzelne und als Kollektiv – und die real existierenden Staaten, die die völkerrechtlich zuständigen politischen Handelsparteien sind... Zu fragen ist, welches Wissen haben wir, das uns hoffen läßt, daß die Menschen – organisiert in Staaten mit Macht und Interessen – ihre bisher gezeigten Aggressionen und Ziele disziplinieren oder gar aufgeben, um sich politische Ziele zu setzen, die vernünftig und human sind.<sup>1)</sup>

### *1.1. Frieden mit Gott, mit sich und unter den Menschen*

Ist es in der Tat nicht wirklich so, daß der Mensch, nachdem er mit sich ins reine gekommen ist; daß er, wenn er mit sich selbst Frieden geschlossen hat, er auch nach außen Frieden verbreitet? „Friede des Menschen mit Gott, Friede des Menschen mit sich, im eigenen Herzen, Friede der Menschen untereinander gehören zusammen. Friedenswille und Frie-

densfähigkeit der Menschen sind aus dieser heilsgeschichtlichen Sicht zu beurteilen, wenn wir nicht Fehleinschätzungen über die Möglichkeiten des Friedens unterliegen wollen.“<sup>2)</sup> Sind es vielleicht diese Fehleinschätzungen über die Möglichkeiten des Friedens, die den Menschen zu falschen Schlußfolgerungen kommen lassen, denn es wird nämlich die Frage laut, ob ich als einzelner Mensch einen Friedensbeitrag leisten kann, und worin liegt, wenn sie bejaht wird, meine Kraft hierzu begründet? Die Antwort auf den ersten Teil dieser Frage lautet: Der einzelne ist sich in der Tat nicht bewußt, welchen Beitrag er zum Frieden leisten kann. Jeder Mensch – wenn er in Frieden mit einem Mitmenschen lebt – leistet einen Friedensbeitrag. Diesen Beitrag möchte ich mit der Nächstenliebe gleichstellen, die aus der Liebe zu Gott entsteht und deren Kraft ich aus meiner Religion erhalte. Die zweite Antwort lautet daher: „Die Frage ist jedoch nicht: Religion oder nicht?, sondern vielmehr: Welche Art von Religion? Fördert sie die menschliche Entwicklung, die Entfaltung spezifischer menschlicher Kräfte, oder lähmt sie das menschliche Wachstum? Eine bestimmte Religion ist, sofern es ihr gelingt, das menschliche Verhalten zu motivieren, mehr als die Summe ihrer Doktrin und Überzeugungen; sie ist in einer spezifischen Charakterstruktur des Individuums und, falls sie

von einer Gruppe geteilt wird, in deren Gesellschaftscharakter verwurzelt. Unsere religiöse Haltung ist somit als Aspekt unserer Charakterstruktur anzusehen, denn wir sind, wofür wir uns hingeben, und an was wir uns hingeben, das motiviert unser Verhalten.<sup>3)</sup>

### *1.2. Vom Frieden unter den Menschen zum Frieden der Völker*

Nun wäre es allerdings wünschenswert, wenn die Menschen friedlich miteinander auskommen könnten. Doch leider beweist uns das Gegenteil, daß die Staaten und Völker nicht friedlich zusammenleben können. Viele Einflußfaktoren verändern diese Erwartungshaltung, denn Macht, Politik und Wirtschaft sowie die unterschiedlichsten Interessen verändern das eigentlich christliche Bild der Menschen.

Innerhalb der modernen Gesellschaft haben sich zahlreiche Gruppen, Verbände und Parteien gebildet, die gleichgerichtete Interessen ihrer Anhänger vertreten und sich nicht selten heftig bekämpfen. . . Man wird bei aller Kritik bedenken müssen, daß politische Parteien in einer repräsentativen Demokratie unentbehrlich sind. Auch die sonstigen Gruppen und Verbände dürfen nicht nur negativ bewertet werden. Sie sind in gewisser Hinsicht Ausdruck des Schutzbedürfnisses der Bürger gegenüber der sich mehr ausweitenden Staatsmacht. . . Andererseits lehrt die Erfahrung, daß ein unver-

söhnliches und rücksichtsloses Sich-Bekämpfen der Gruppen, Verbände und Parteien den innergesellschaftlichen Frieden nicht nur beeinträchtigen, sondern zu zerstören vermag. Auch in den innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist deshalb das Gesetz des Friedens – bei aller Anerkennung einer berechtigten Interessenvertretung – zu beachten.<sup>4)</sup> Dieses ist der unmißverständliche christliche Friedensaufruf, der vom einzelnen über die Gemeinschaft und Gesellschaft zum Frieden der Völker gelangen will. Diese Position ist es, die den christlichen Friedenscharakter kennzeichnet und letztlich zu einem ewigen Frieden gelangen soll.

### *1.3. Gewaltlosigkeit ist kein Ausdruck von Verteidigungsunwilligkeit*

Unter dem Eindruck des christlichen Friedenscharakters entsteht immer wieder die Schlußfolgerung zur Gewaltlosigkeit. Die Gewaltlosigkeit ist zwar in den Grundzügen des Christentums verankert, stellt aber schließlich doch keine unabänderliche Forderung dar. Gewaltlosigkeit ist der Grundcharakter der christlichen Friedensethik, aber gleichzeitig steigt die Gefahr, daß die Mächtigen zur Unterdrückung von Minderheiten veranlaßt werden könnten. Daher muß die Folgerung „für die Christen – auch und gerade für christliche Politiker – das Ziel der Gewaltlosigkeit bleiben und eine dau-



ernde Verpflichtung sein, was aber nicht Verzicht auf sittlich gerechte – d.h. das Leben und die Freiheit schützende – Verteidigung bedeutet“.<sup>5)</sup> Mit diesem Konflikt lebt der gläubige und verantwortungsvolle Christ nicht nur im internationalen Staatenbund, sondern auch in seiner täglichen Umwelt.

## II. Die Naturrechte als Grundlage der Friedensethik

Als grundlegender Teil der praktischen Philosophie ist die Ethik die Wissenschaft vom Sittlichen. Sie nimmt die Normen für das sittliche Handeln aus der philosophischen Begründung der sittlichen Tatsachen und des Naturgesetzes. Insofern ist sie zu unterscheiden von der Moralthologie, die ihre Grundsätze aus dem Wort Gottes in der Offenbarung und aus dem Heil Gottes für die Menschen ableitet.

Die Friedensethik unterlag ständig dem Wandel der Kriegsmöglichkeiten. Waren bis zu einem gewissen Grad die Anwendungen von konventionellen Waffen sittlich gerechtfertigt, so vollzog man angesichts des überaus hohen Nuklearpotentials einen Wandel der sittlichen Werte. Die sittliche Rechtfertigung beinhaltete noch die atomare Abschreckung, aber „die neuere Entwicklung nuklearer Vernichtungswaffen von unvorstellbarer Wirkungskraft machte schließlich jede positive Sinnge-

bung eines zwischenstaatlichen Krieges im früheren Verständnis unmöglich... Das nukleare Zeitalter hat einen Neuansatz des Denkens über Krieg und Frieden verursacht, der aufs Ganze gesehen in seinen Ausmaßen noch nicht abzuschätzen ist.“<sup>6)</sup>

Noch sittlich zweifelhafter wurde ein begrenzter Atomschlag – möglicherweise auch als Erstschlag – bewertet. Der Golfkrieg veranlaßte daher die katholischen Bischöfe erneut, auf die Ethik der Kriegsführung aufmerksam zu machen: „Dementsprechend bleibt auch eine legitime militärische Verteidigung an ethische und völkerrechtliche Bedingungen gebunden: es müssen alle Möglichkeiten einer gewaltfreien Regelung ausgeschöpft werden. Eine militärische Aktion kommt außerdem nur dann in Frage, wenn sie im Blick auf ihrer Ziele ein angemessenes Mittel ist. Auch der Kriegsverlauf selbst unterliegt ethischen und rechtlichen Auflagen. So ist vor allem das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu wahren. Die Zivilbevölkerung ist zu schützen. „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihre Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“ (Gaudium et spes, Nr. 80.)“<sup>7)</sup>

## *II.1. Sittliches Handeln und das Naturrecht*

Abgeleitet vom Selbsterhaltungstrieb des Menschen – aber auch fast aller Lebewesen – wurde dem Menschen niemals das natürliche Recht der Selbstverteidigung versagt, denn „Selbsterhaltung ist ein Naturrecht aller Lebewesen, Selbstbehauptung im Naturrecht des Menschen, Verteidigung von Schutzbefohlenen eine sittliche Pflicht, Notwehr ein Axiom des Naturrechts und des materiellen Rechts aller Völker“.<sup>8)</sup> Diese Kategorien des Naturrechts unterliegen, nach christlichen Vorstellungen, dem sittlichen Handeln. „Es gibt Normen für das menschliche Handeln, die sich nicht aus schriftlich festgelegten Gesetzen ableiten lassen, sondern aus der Natur des Menschen, aus der Tatsache und Art seines Erschaffenseins ergeben: aus der Geistigkeit des Menschen, seiner Reinheit, seiner Bezogenheit auf Gott, seiner Geschichtlichkeit, seiner Bezogenheit auf den Nebemenschen, seiner Zweigeschlechtlichkeit.“<sup>9)</sup> Die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, deren Legitimation demzufolge als uneingeschränkt gültig erachtet werden muß, unterliegt dem sittlichen (ethischen) Handeln. Daher ist der verantwortliche Politiker verpflichtet, seine Verteidigungspolitik transparent und für jederman verständlich zu gestalten.

## *II.2. Die Kardinaltugenden des sittlichen Lebens*

Das Wort „Tugend“ bezeichnet im engeren Sinne die Kraft, das sittlich Gute zu tun. Die natürlichen Tugenden gründen in der Leib-Seele-Natur des Menschen und werden durch ständige Übungen erworben und entwickelt. Die Kardinaltugenden sind jene Tugenden, die das sittliche Leben des Menschen grundlegend tragen, es werden zu ihnen gezählt: Die Klugheit, die Gerechtigkeit, die Tapferkeit und Zucht und Maß. In allen sozialen Lebensbereichen zeigen diese Tugenden ein Verhaltensraster auf, welches in den Mittelpunkt des sittlichen Handelns, immer den Mitmenschen stellt. Auch und gerade für den Soldaten, und hier speziell für den einzelnen Soldaten, weisen sie auf Grundwerte und Grundhaltungen hin, die den Inhalt der christlichen Friedensethik deutlich erkennen lassen.

### *II.2.1. Die Klugheit als Haltung des Mutes zur Wahrheit und Wirklichkeit*

Die Grundhaltung der Klugheit besteht darin, daß der Mensch sich an der Wahrheit der Dinge orientiert... Woran können wir uns in unserem eigenen Leben und im Hinblick auf das Zusammenleben der Menschen orientieren? Wir sprachen früher häufiger vom Naturrecht. In den letzten Jahren wird dieses Wort weniger ge-

braucht. Aber das eigentlich Gemeinte ist auch heute wichtig. Es gibt Werte, die mit dem Menschsein des Menschen gegeben sind und zur Wirklichkeit des Menschen gehören, zu denen sich unser Verhalten orientieren kann. Zu solchen Grundwerten gehört z.B. der Vorrang der menschlichen Person in ihrem Recht auf Leben und Freiheit über die Dimension des Gesellschaftlichen hinaus.<sup>10)</sup> Zur Erfüllung von Auftrag und Verantwortung des Soldaten gehört es, im Sinne dieser Tugend der Klugheit den Mut zu haben, sich an der Wahrheit und Wirklichkeit zu orientieren. Er muß zu einer eigenen begründeten Meinung finden und zu einem eigenständigen und verantworteten Urteil, um nicht den Modetrends der jeweils herrschenden Meinung zu verfallen. Soldaten brauchen ein sich an der Wahrheit der Dinge orientierendes Gewissen, um nicht zu einem Instrument in der Hand eventuell gewissenlos Herrschender zu werden. Ihr Gewissen muß sich im Sinne der Klugheit an den Werten des menschlichen Lebens und Zusammenlebens orientieren. Eine Ordnung, die die mit dem Menschsein des Menschen gegebenen Grundwerte achtet und schützt, ist es wert, verteidigt zu werden.<sup>11)</sup>

### *II.2.2. Die Gerechtigkeit als Haltung, die jedem das Seine gibt*

Gerecht sein und gerecht handeln, das betrifft nicht nur unsere persönlichen menschlichen Bezie-

hungen und Urteile. Es betrifft auch unsere Haltung gegenüber der ganzen menschlichen Gesellschaft... Gerechtigkeit ist die Grundhaltung, die jedem das Seine gibt. „Jedem das Seine“ ist etwas anderes als „Jedem das gleiche“.<sup>12)</sup> Die Haltung der Gerechtigkeit ist auch für den Soldaten von besonderer Bedeutung. Eine Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, die sich um Gerechtigkeit müht, verdient es, verteidigt zu werden. Wir sprechen heute vom Friedensdienst mit der Waffe. Als Bürger muß der Soldat jedoch auch Sorge tragen, daß es zu dem äußersten Fall des Kampfes mit der Waffe gar nicht erst kommt. Er darf nicht nur auf die Sicherung des Friedens durch die Waffe vertrauen, sondern muß Sorge tragen, daß der Friede gesichert wird durch die Verwirklichung der Gerechtigkeit.<sup>13)</sup>

### *II.2.3. Die Tapferkeit als Haltung, mit der der Mensch sich für das als gut und recht Erkannte einsetzt*

Tapferkeit ist die Haltung, mit der sich der Mensch für das als gut und recht Erkannte einsetzt. Tapferkeit ist nicht Tollkühnheit und blinder Wagemut. Tapferkeit ist nicht Draufgängertum. Der Tapfere sieht die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung des Guten und Rechten in den Weg stellen. Er kann sogar Angst vor ihnen haben. Dennoch nimmt er sie in den Blick und versucht tapfer, sie zu überwinden oder zu bestehen.<sup>14)</sup> Ohne

Klugheit und Gerechtigkeit gibt es keine Tapferkeit. Aber ohne Tapferkeit können sich Wahrheit und Gerechtigkeit nicht durchsetzen. Man könnte meinen, daß die Tapferkeit eine Haltung sei, die dem Soldaten besonders angemessen ist. . . . Der Ernstfall der Tapferkeit beginnt für den Soldaten aber nicht erst im Krieg. Er beginnt schon da, wo man bereit ist, eine kostbare Zeit seines jungen Lebens einzusetzen, um das als gut und recht Erkannte zu schützen.<sup>15)</sup>

#### *II.2.4. Zucht und Maß als Haltung im Respekt vor der Würde des anderen, um eines höheren Gutes willen die eigenen Bedürfnisse einzuschränken*

In der letzten Zeit mehrten sich die Stimmen, die darauf hinweisen, daß es keinen Fortschritt ins Maßlose und Unermeßliche gibt. Gerade nüchterne Naturwissenschaftler und Zukunftsforscher weisen auf die Grenzen hin. Wenn wir kein Maß kennen und nicht Maß halten mit den Kräften der Welt und auch mit unseren eigenen Kräften, dann sind wir auf dem besten Weg, die Bedingungen unseres eigenen Lebens auf der Erde zu zerstören. Am Ende steht dann eine verschmutzte, verseuchte, verwüstete, ausgebeutete Erde.<sup>16)</sup> Im Respekt vor der Würde des anderen oder um eines höheren Gutes willen die eigenen Bedürfnisse einzuschränken, ist auch im Alltag des Soldaten in vieler Hinsicht gefordert. Gerade in

einem so engen Zusammenleben von Menschen, wie es das Soldatenleben mit sich bringt, ist es wichtig, nicht sich allein im Mittelpunkt zu sehen, um den alles kreisen muß, sondern auch die anderen zu sehen, Rücksicht zu nehmen auf andere. Auch die soldatische Disziplin hat letztlich mit dieser Tugend der Zucht und des Maßes zu tun, sowohl auf Seiten der Vorgesetzten wie auf Seiten der Gehorchenden. Sollte es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen, gewinnen Zucht und Maß noch eine ganz neue Bedeutung.<sup>17)</sup>

#### **III. Merkmale der christlichen Friedensethik**

Die Menschenrechte waren und sind die Maßstäbe, an dem alle politischen Systeme und Programme gemessen werden, sie sind ebenfalls die zentralen Aspekte aller sozialetischen Überlegungen. In den Enzykliken der Päpste sind die Menschenrechte, wie sie die UNO in ihrer Deklaration aufgestellt hat, übernommen. Die Enzyklika PACEM IN TERRIS (11.4.1963) greift auf der Grundlage der Friedensbotschaft Gottes, des Kommens Jesu und seiner Botschaft die zentralen Fragen auf, die da sind: Die Ordnung in der Schöpfung und im Geschöpf. Daraus soll die Ordnung unter den Menschen folgen, welches bedeuten soll: Die Einhaltung der Menschenrechte und die Pflichten der Menschen führen zur Erziehung des Men-

schen zur Gesellschaft und die rechte Bindung zum Staat sowie die Beziehung zwischen den Staaten und der Völkergemeinschaft.<sup>18)</sup> Diese „Friedensenzyklika“ war in den Jahren der großen Friedensbewegung teilweise die kirchliche Grundlage zu den Aussagen wie „Frieden und Sicherheit“ und „Gerechtigkeit schafft Frieden“, sie ist ein päpstliches Rundschreiben, welches auch eine große sozialpolitische Aussage beinhaltet. Die Enzyklika *ECCLESIAM SUAM* (6.8.1983) faßt wiederum die Gedanken ihrer Vorgängerin auf und gibt der Sorge um den Frieden Ausdruck. Es wird darin gefordert, „daß sich die Eröffnung eines Dialoges für einen freien und ehrenvollen Frieden von selbst entscheidet, er schließt Verstellung, Rivalität und Verrat aus. Er verurteilt einen Angriffskrieg, einen der auf Eroberung und Vormacht ausgeht, als Verbrechen und Verderben. Er muß sich außer auf die internationalen Beziehungen auf höchster Ebene auch auf das innerstaatliche Zusammenleben und deren soziale, familiäre und individuelle Voraussetzungen erstrecken, um jeder Institution und jedem Menschen den Sinn, die Verpflichtung und den Geschmack am Frieden einzugeben.“<sup>19)</sup> Zur Beendigung des Vietnamkrieges fordert Papst Paul VI in der Enzyklika *CHRISTI MATRI* (15.9.1966): Jetzt müssen die Dinge geregelt werden, und sei es mit Unannehmlichkeiten und Nachteilen, denn später müssen

sie vielleicht unter ungeheuren Verlusten und fürchterlichen Verwüstungen geordnet werden, von denen sich heute noch niemand eine Vorstellung machen kann. Er fordert weiterhin: Es müsse ein Frieden geschaffen werden, der auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Freiheit der Menschen gründet und die Rechte der Menschen wie der Gemeinschaft achtet.<sup>20)</sup>

### *III.1. Ansätze einer ökumenischen Friedensethik*

Über die katholische Friedens- und Sozialethik hinaus stellt sich auch die Frage, ob heute von einer christlichen Friedensethik gesprochen werden kann? Die evangelische Kirche Deutschlands und die katholische Kirche haben, sowohl im Golfkrieg als auch zur allgemeinen Friedenssituation, gemeinsame Erklärungen herausgegeben, aber haben sie auch einen gemeinsamen Konsens in der Ethik gefunden?

Mit verschiedenen Foren, zunächst auf nationaler (Dresden, Stuttgart), dann kontinentaler (Basel) und schließlich auf Weltebene (Seoul), hat der sogenannte ökumenische Prozeß „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Für den Fortgang der ökumenischen Bemühungen bleibt wichtig festzuhalten: Eine Konsensbildung zwischen den Vertretern der verschiedenen Kirchen war relativ unproblema-

tisch, wenn es um die Forderungen abkünftiger Prinzipien ging. Sie erwies sich als schwierig, wenn es zum einen um letzte inhaltliche und methodische Ansätze, zum anderen um konkrete Beiträge von Gemeinden und kirchlichen Gruppen zu den globalen Herausforderungen ging. Damit sind die beiden Ebenen bezeichnet, auf denen der ökumenisch-sozialethische Dialog der Sache nach weitergeführt werden muß.<sup>21)</sup>

Die weitere Bearbeitung, dieses bestimmt brisanten theologischen Themas, überlasse ich daher den Fachleuten. Allerdings muß an die christlichen Kirchen die Ermahnung gerichtet werden, trotz möglicher theologischer Auseinandersetzungen nicht den Menschen außer acht zu lassen. Wir sind es, die nach praktischen, nicht nach theoretischen Lösungsvorschlägen fragen und wir erwarten – gerade bezogen auf die Friedensethik – eine ökumenische Antwort.

### *III.2. Die unwissenschaftliche Ethik*

Die Diskussion über Frieden, Gerechtigkeit und Wahrung der Schöpfung läßt vermuten, daß die ganze Thematik unter wissenschaftlichen Aspekten erarbeitet werden soll. Wenn jedoch der Ausgangspunkt der Friedensethik im Frieden mit sich und den Menschen liegt, also im Sinne einer anthropologischen Ethik verstanden werden soll, dann darf die Ethik

nicht zu einer wissenschaftlichen Ethik heranwachsen.

Das Problem des Krieges hat nur Platz in einer Ethik, die sich selber als Kollektivethik versteht. Die bisherige, ans Individuum fixierte Ethik war eine Ethik des Krieges allenfalls insofern, als die Tugenden analysiert und propagiert wurden, die der einzelne im Kriege zu üben hatte. Aber sie war keine Ethik gegen den Krieg, keine Ethik gegen die kollektive Aggression. . . . Einer auf das Individuum abgestellten Ethik konnte auch nie der Sprung gelingen von der Frage, was der einzelne tun solle (um gut zu sein), zu der Frage, wie eine Gesellschaft im ganzen beschaffen sein muß (um nach innen und außen friedvoll zu sein). . . . Und die Ethik müßte wie seit mindestens zweitausend Jahren, unwissenschaftlich genug, sich damit begnügen, die Menschen zu mahnen, doch „guten Willens“ zu sein und einander zu lieben und mit der moralischen Besserung „bei sich selbst anzufangen“. <sup>22)</sup>

### **B. Soldatsein im Lichte christlicher Friedensethik**

#### **I. Der Soldat als legitimer Träger der Staatsgewalt**

Es gilt heute, unseren Bürgern und uns selbst wieder klarzumachen, daß sich die Existenz von Streitkräften nur aus dem Zweck des Staates begründen und rechtfertigen läßt. Wenn der Staat das Ergebnis und zugleich die Verwirk-

lichung des Willens der Bürger ist, sich im Inneren die Möglichkeit der freien Entfaltung und Weiterentwicklung und nach außen Unabhängigkeit und Sicherheit zu wahren, dann müssen diesem Staat auch die dafür erforderlichen Mittel in die Hand gegeben werden. Diese Mittel sind die Streitkräfte. Sie garantieren die Souveränität unserer Staaten nach innen wie nach außen. Sie wäre als die Fähigkeit zu definieren, die eigenen Angelegenheiten im Inneren unabhängig zu gestalten und die staatliche Unabhängigkeit nach außen zu wahren... Auf dieser Basis ist soldatischer Dienst im demokratischen Rechtsstaat auch aus christlicher Sicht nicht nur berechtigt, sondern moralische Pflicht. Der Mensch ist nicht nur ein Einzel-, sondern auch ein Gemeinschaftswesen. Weil er in der Gemeinschaft lebt, muß er Mitverantwortung für diese Gemeinschaft übernehmen.<sup>23)</sup>

### *1.1. Staatliche Gewalt und Souveränität*

Der Verfassung kommt in einem Staatsgebilde eine besondere Bedeutung zu, da sie die Staatsform und Staatsgewalt festlegt. Der Staat wiederum kommt einem gesunden Organismus gleich, denn er möchte die staatliche Funktion so leiten, daß sie den Entwicklungsmöglichkeiten des Bürgers und dem Staat nützen. Er beteiligt sich auf vielen Gebieten der Innenpolitik, der Wohlfahrt, Ordnung,

dem Fortschritt und dem Recht. Er ist auch der Moral verpflichtet. Die Außenpolitik, zu der auch die staatliche Sicherheit gerechnet wird, regelt das Verhältnis zu anderen Staaten und Ländern. Geltung und Machtstreben, aber auch Verpflichtungen gegenüber der Staatenfamilie, kennzeichnen die Außen- und Sicherheitspolitik der so verschiedenen Staaten. Alle diese Faktoren können sich wandeln, und damit verändert sich auch die Rangfolge in der Machtstellung der Staaten und Völker untereinander. Wirtschafts- und Regierungskrisen sowie Kriege beeinflussen den Rangwechsel am stärksten. Daher sichert eine solide und gut geführte Innen- und Außenpolitik die Position innerhalb der Staatengemeinschaften. Die Diskussion über die Akzeptanz der Streitkräfte macht allerdings deutlich, daß es vielen Staaten nicht gelungen ist, Notwendigkeit und moralische Berechtigung einer Verteidigungsfähigkeit deutlich zu machen, um ihren Willen innerhalb der Völkerbünde zu unterstreichen.

### *1.2. Neue Aspekte der Sicherheitspolitik*

Im Streben nach einer Sicherheit, die sich nach außen und innen richten muß, spielen die internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle. Ein souveräner Staat muß die Grundlage hierzu in seiner Verteidigungspolitik verankern. „In bezug auf die Sicherheits-

politik hat das Wort Krise Hochkonjunktur, die Krise wird als Akzeptanz-, als Legitimations- oder als Attraktivitätskrise bezeichnet. In die Krise scheint nicht dieses oder jenes Detail geraten zu sein, sondern die Sicherheitspolitik insgesamt. Die veränderte Weltpolitik hat bei der Bevölkerung das Bewußtsein, bedroht zu sein, geradezu sprunghaft vermindert. Hier ist der Ansatz für neue Aspekte in der Sicherheitspolitik zu suchen, die Legitimation der Streitkräfte muß tiefer in das Bewußtsein der Bevölkerung gelangen. Ein Ansatz kann auch die Verpflichtung des Staates zum Schutze ‚seiner Bürger‘, wie ihn die christliche Friedensethik ausdrücklich gestattet, sein.“<sup>24)</sup>

### *1.3. Neuordnung der internationalen Souveränität*

Die Souveränitätsfrage ist keine Frage, die nur auf nationale Belange eingegrenzt werden darf... Souveränität heißt, wenn in einem staatlichen Gebilde kein anderer Wille herrscht als der der Einwohner dieses Gebildes. Mit diesem staatlichen Gebilde ist genauso gut die Gemeinde wie das Bundesland wie der Bundestaat wie auch ganz Europa gemeint. Deshalb ist z. B. auf die Antwort der Frage, ob wir Souveränität zur Europäischen Gemeinschaft verlagern können, unmittelbar gekoppelt mit der Frage, welche Vollmachten hat das Europäische Parlament. Das heißt, Souveränität ist die Aus-

übung des Willens des Volkes oder der Macht des Volkes. Alle Macht geht vom Volke aus, der Macht des Volkes durch Beauftragte. Und insofern besteht überhaupt gar kein Problem mit einer Souveränitätsverlagerung auf andere Organe. Voraussetzung ist ein demokratisch entschiedener und demokratisch kontrollierbarer Prozeß.<sup>25)</sup>

## **II. Der Soldat im Lichte der christlichen Friedensethik**

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (GS, Nr. 79) Mit dieser Aussage des II. Vatikanischen Konzils läßt sich m. E. die Grunddarstellung des Soldaten im Licht der christlichen Friedensethik am ehesten verdeutlichen. Hier wird dem Soldaten auferlegt, sich selbst zu betrachten, sich selbst so zu verstehen und sich selbst so als Diener zu definieren. Von keiner anderen Berufsgruppe werden diese sittlichen Merkmale abgefordert oder angemahnt, und es obliegt dem einzelnen Soldaten zu bewerten, ob er nach diesen Kriterien seinen Dienst in das Wohl der Völker stellen will. Die Bibel erwähnt an mehreren Stellen die Tätigkeit von Soldaten, so z. B. in der Apostelgeschichte (Apg 10,1 – 48) den römischen Hauptmann Cornelius, nach diesem Offizier nennt



sich die Gemeinschaft der evangelischen Soldaten in der Bundeswehr (Cornelius-Vereinigung), die katholischen Soldaten haben sich in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zusammengeschlossen. Beiden Organisationen ist gemein, daß sie ihren Glauben leben und als Soldaten ihre innere Befindlichkeit zum christlichen Leben verdeutlichen.

### *II.1. Soldat und Christ*

Die Formel vom Friedensdienst mit und ohne Waffe hebt die Spannung zwischen Christsein und Soldatsein nicht auf. Das Gebot der Nächstenliebe und eine möglicherweise notwendig werdende Gewaltanwendung lassen sich nicht einfach in Einklang bringen. Ebenso hebt die Verfassung, die den Wehrdienst vorschreibt, die Spannung nicht auf zwischen Bemühen um Frieden und der noch vorhandenen Notwendigkeit, dafür Soldaten auszubilden. Diese Spannung darf nicht wegdiskutiert werden. Sie ist die Triebkraft dafür, daß der Frieden nicht verantwortungslos aufs Spiel gesetzt wird.<sup>26)</sup>

### *II.2. Christ und Gewalt*

Das Gewaltproblem kann jedoch nicht vernünftig erörtert werden, ohne daß die unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden, unter denen Gewalt gefordert oder gar angewendet wird. Je weniger ein politisches

System für gewaltlose Veränderungen offen ist, die von relevanten Gruppen der Bevölkerung gewünscht werden, je weniger insbesondere rechtsstaatliche und demokratische Garantien einen gewaltlosen Prozeß der Meinungsbildung und der legalen Veränderung gewährleisten, desto mehr wachsen erfahrungsgemäß die Neigung zur Gewalttätigkeit und die Bereitschaft, Gewaltanwendung hinzunehmen, ja zu rechtfertigen. Kann nun aber der Christ mit seinen ethischen Grundsätzen überhaupt Gewalt akzeptieren oder zulassen? Der Friedensauftrag muß werthöher sein als die Gewalt und kann nicht losgelöst vom Gebot der Nächstenliebe und der Versöhnung betrachtet werden. Für den Soldaten bedeutet dieses, daß er seinem Gewissen gegenüber verantwortungsbewußt handeln muß und auch seinen möglichen Gegner aus der Sicht der Liebe Gottes und der Versöhnung Gottes betrachten muß.

### *II.3. Der Soldat – Ein ethisches Berufsbild*

Admiral a.D. Wellershof hatte im Rahmen seines Generalinspekturbriefes 1/1988 Leitgedanken zu Person und Berufsauffassung der Bundeswehroffiziere vorgestellt, die im Zusammenhang mit dem Jahresthema 1989/1990 (Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten) der Gemeinschaft Katholischer Soldaten von Interesse waren. Ins-

besondere wurde auf ethische Aspekte hingewiesen, welche die hohen Ansprüche charakterisieren, an denen sich die Soldaten der Bundeswehr immer orientieren müssen, um glaubwürdige Zeugen einer Armee sein zu können, und die sich als Instrument zur Sicherung des Friedens versteht. So heißt es u.a.: „... Der Offizier muß Grenzsituationen durchdenken. Er soll sich von den klassischen Tugenden Gerechtigkeit, Tapferkeit, Klugheit und Einhaltung des rechten Maßes leiten lassen...“<sup>(27)</sup> Was hier für den Offizier als ethisch begründet wird, kann auf alle Dienstgrade übertragen werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Soldat Vorgesetzter oder Untergebener ist, denn jeder Soldat muß auf die sittlichen Merkmale des soldatischen Handelns vorbereitet werden.

#### *II.4. Bekenner zum christlichen Glauben*

Die evangelische Militärseelsorge in der Bundeswehr durchlebt zur Zeit eine schwere Krise, denn die EKD stellt die Militärseelsorge in Frage. Für die aktiven evangelischen Soldaten in der Bundeswehr beginnt damit eine Zeit des Bekenntens zum Glauben und zu ihrer Kirche. Die katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr hat den Schritt des Bekenntens bereits, nach der Auflösung der ehemaligen NVA, vollzogen. Das Bekenntnis zu einer Religion und das christliche Vorleben ist für den ak-

tiven Soldaten eine immerwährende Aufgabe. Der christliche Soldat muß auch die Kirche unter Soldaten verwirklichen, dazu muß er in Familie, Beruf und Gesellschaft als Christ leben und wirken. Er sollte durch persönliche Begegnungen zum Verständnis beitragen und als Beispiel dienen. „Daß jedermann sein Tun und Lassen moralisch vor sich selbst verantworten muß, ist ein Element der Menschenwürde und damit ein Gebot der Selbstachtung; überdies steht nach christlichem Glauben jeder mit seinem Gewissen vor Gott. Das gilt auch für den soldatischen Dienst. Die Achtung vor der Menschenwürde verbietet aber, daß ein Bürger von anderen moralische Rechenschaft über seine Entscheidung verlangt oder gar ihn zu einem öffentlichen Bekenntnis nötigt.“<sup>(28)</sup>

#### *II.5. Der Vorgesetzte in christlicher Verantwortung*

Militärische Vorgesetzte tragen für ihre Untergebenen – und dieses auf allen Ebenen – eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung spiegelt sich in den Leitlinien der inneren Führung und in der Fürsorgepflicht besonders deutlich wider. Der christliche Glaube, dessen Praktizierung und die Achtung der Menschenwürde, ist ein bedeutender Pfeiler zum verantwortungsvollen Führen. Ein kluger Vorgesetzter wird sehr behutsam mit seiner Macht und seinem Einfluß umgehen. Er wird füh-

ren und sich führen lassen. Er wird sich in dem Sinn führen lassen, indem er die Selbstachtung und die Würde des Menschen akzeptiert und seinen Untergebenen die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, beläßt. Sich führen zu lassen, bedeutet aber nicht, immer das zu machen, was andere wollen, insbesondere dann nicht, wenn es den sittlichen Normen widerspricht. Das wichtigste Element zur Verantwortlichkeit ist das Gespräch, denn nur im Gespräch kann der Vorgesetzte die Motive des Handelns seiner Untergebenen erkennen und verstehen.

### *II.6. Soldatische Tradition und christliche Werte*

Unter Tradition wird die Weitergabe von Kenntnissen, Regeln, Anschauungen und Verhaltensweisen über Generationen hinweg verstanden. Ist aber eine Tradition zu fest verankert, dann macht sie es schwer, sich den realen Veränderungen der Verhältnisse anzupassen. In Gesellschaften, in denen kaum eine Veränderung stattfindet, ist die Moral eben durch die Tradition bestimmt. Nur mit Hilfe einiger Traditionen ist Kontinuität denkbar. Nur so bewahrt ein Volk seine Identität. Dennoch findet in jeder Generation ein Aufstand gegen die Überlieferungen der Eltern statt. Je mehr die Tradition in Frage gestellt wird, desto starrer wird sie gewöhnlich von denen verteidigt, die Veränderungen nicht wahrhaben wollen. Manchmal fin-

det in der neuen Generation ein Rückgriff auf Vorstellungen und Werte statt, die vor der Zeit der Eltern geherrscht haben.

#### *II.6.1. Militärische Formen und Zeremonielle als Ausdruck von Tradition*

In der Bundesrepublik scheint im weltlichen Bereich das religiöse Element weitgehend zurückgedrängt zu sein, die Kirchen treten direkt eigentlich nur noch bei Staatsbegräbnissen in Erscheinung. Es gibt aber in den weltlichen Zeremoniellen christliche Überbleibsel, etwa bei Vereidigungen, wobei die Formel „so wahr mir Gott helfe“ Ausdruck dessen ist, daß der Eid unter Anrufung Gottes zum Zeugen geleistet wird. Auch der Große Zapfenstreich der Bundeswehr hat mit dem Kommando „Helm ab zum Gebet“ und dem Choral „Ich bete an die Macht der Liebe“ deutliche christliche Züge und wird gerade aus diesen Gründen von den Gegnern dieses Zeremoniells auf das schärfste kritisiert. . . Die Aufrichtigkeit dieser Kritik an der Verwendung christlicher Symbole kann daran gemessen werden, ob ihre Vertreter Existenz und Dienst der Bundeswehr an sich bejahen und sich tatsächlich nur gegen den Mißbrauch von Symbolen wenden oder ob sie mit der Verurteilung der traditionsbedingten Fundierung nicht im Grunde doch die Bundeswehr selbst in Frage stellen wollen.<sup>30)</sup>

### **III. Die Bedeutungslosigkeit oder das Fremdsein der christlichen Friedensethik in Streitkräften und die Folgerung für den einzelnen Soldaten**

Eine Bedeutungslosigkeit oder ein Fremdsein christlicher Friedensethik in den Streitkräften hat den Verfall der sittlich-soldatischen Werte zur Folge. Grundsätzlich sollte die Frage der christlichen Friedensethik seinen Schwerpunkt in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aller staatlichen Gewalt – also bei den Regierenden – finden. Auf die Bundeswehr bezogen, kann diese Thematik, neben dem Lebenskundlichen Unterricht im Zentrum Innere Führung, der Führungsakademie oder in den Hochschulen der Bundeswehr angeboten werden. Dem einzelnen Soldaten obliegt es, die „innere christliche Friedensethik“ zu verwirklichen, indem er, auch und gerade im täglichen Dienst, die Menschenwürde und -rechte als oberstes Gebot seines Handelns ansieht. Darüber hinaus muß dem einzelnen Soldaten verdeutlicht werden, daß sein Dienst, wenn er ihn „recht“ versieht, auch ein Beitrag zum Frieden ist. Er darf nicht den Eindruck haben, daß er außerhalb der Friedensordnung anzusiedeln sei. Der Soldat muß den gleichen Stellenwert, innerhalb der Gesellschaft, erhalten wie derjenige, der aus Gewissensgründen seinen Wehrdienst nicht ableistet, sondern statt dessen einen Zivildienst ver-

sieht. Die Stellung des Soldaten gegenüber der christlichen Friedensethik sollte ein ökumenisches Anliegen und ein Auftrag für beide Kirchen, innerhalb der Militärseelsorge, sein.

#### ***III.1. Auswirkungen auf die Streitkräfte***

Streitkräfte ohne sittliche Werte, ohne innere Werteordnung und ohne christlichen Einfluß unterliegen der Gefahr, die Menschenwürde zu vernachlässigen. Sie könnten zu einem willenlosen Werkzeug der Regierenden werden. Die militärischen Führer betrachten dann ihre persönliche Verantwortung nicht mehr auf das „Ganze“ bezogen, sondern verlagern diese ihre Entscheidungen auf eine höhere Ebene, die sie glauben nicht vertreten zu müssen. Aber auch die Gefahr der Eigendynamik von Streitkräften wäre somit latent vorhanden, nämlich dann, wenn der oberste Befehlshaber die alleinige politische Führung übertragen bekommen würde. Dann könnten die Streitkräfte zu einer diktatorischen Macht innerhalb eines Staatsgebildes umfunktioniert werden. Diese Funktion der Streitkräfte stände aber in grobem Gegensatz zur christlichen Friedensethik und hätte außerdem auch Auswirkungen auf internationale Beziehungen. In Streitkräften, in denen keine christlichen Elemente Platz haben, wird auch die Menschenführung vernachlässigt werden. Der Mensch würde hinter der militäri-

schen Funktion zurückstehen. Eine innere Führung und eine Militärseelsorge, wie wir sie in der Bundeswehr kennen, kann in solchen Armeen keinen Wert besitzen, vielmehr würden Befehl und Gehorsam als Funktionsprinzip, ohne Menschenwürde und Beachtung der Naturrechte, das „innere Gefüge“ beherrschen.

### *III.2. Folgerungen für den einzelnen Soldaten*

Die Bedeutungslosigkeit oder das Fremdsein der christlichen Friedensethik und die daraus entstehenden Folgen für den einzelnen Soldaten beziehen sich auf das Innere der Streitkräfte. Dieses heißt, daß innerhalb der Streitkräfte eine Verzerrung von Tradition und Soldatentum stattfinden könnte. Dem militärischen Führer, dem die Grundlagen des sittlichen Handelns bedeutungslos oder fremd sind, muß allerdings jede Qualität der Menschenführung abgesprochen werden. Er wäre dann auch nicht in der Lage, in einem möglichen Kriegseinsatz, die Grenzen seines Handelns zu erkennen. Dieses gilt sowohl gegenüber dem Untergebenen als auch gegenüber einem Gegner. Schon das Kriegsvölkerrecht beinhaltet Anweisungen zum „christlichen Verhalten“ oder auch zum „sittlichen Verhalten“ gegenüber Verwundeten und Gefangenen. Ein Soldat ohne dieses Wissen kann nicht „Diener für die Freiheit der

Völker“ und „Diener seines Staates“ sein.

### *III.3. Soldatischer Dienst ist kein Militarismus*

Soldatische Lebensformen und Verhaltensweisen sind als solche kein „Militarismus“. Dieser Begriff bezeichnet vielmehr die Übertragung militärischer Formen und Maßstäbe in Bereiche, in denen sie zum Widersinn werden, also vor allem ins zivile Leben. Es ist deshalb verfehlt, Soldaten als etwas ethisch Herausgehobenes der Gesellschaft als Vorbild hinstellen wie aus ziviler Sicht mit Geringschätzung abzutun. Die Erfüllung der soldatischen Pflicht ist eine Leistung persönlicher Selbstbestimmung, das eigene Ich zugunsten gemeinschaftlichen Handelns zurückzunehmen.<sup>31)</sup>

### **C. Auswirkungen der praktischen Friedensethik in den Streitkräften**

Das Bewußtsein, als Soldat der christlichen Friedensethik verantwortlich gegenüberzustehen, erscheint stark in den Hintergrund geraten zu sein. Das Wecken dieses *Bewußtseins* setzt einen Grad von Aufmerksamkeit, für die Erfahrungen und die inneren Vorgänge wie Denken und Fühlen, voraus. Dieses Bewußtsein liegt im seelischen Bereich verborgen und mußte aktiviert werden, es kann auch in jungen Jahren anerzogen werden. In der *Erziehung* spielen die Wertmaßstäbe eine große Rolle,

mit ihnen drücken die Erzieher die Tradition ihres Volkes, ihrer Kultur, ihrer Religion, aber auch ihrer Schicht aus. Eine weitere Rolle spielt die *Erfahrung*, deren Bedeutung entscheidend davon abhängt, ob sie eine direkte Beziehung zur eigenen Person hat. In der modernen Gesellschaft nimmt die Möglichkeit zu direkter Erfahrung ab. Wir erfahren mehr und mehr aus „zweiter Hand“ und können oft keine Beziehung zum eigenen Leben herstellen. Nur in der Beziehung zu unseren Mitmenschen können wir wieder erleben und erfahren. Zu den einprägsamsten Erfahrungen der zwischenmenschlichen Verständigung zählt das *Gespräch*. In unserer heutigen und schnellebigen Zeit scheint die Fähigkeit zum Gespräch abzunehmen. Einerseits fürchtet man sich, zuviel Eigenes preiszugeben, andererseits ist man so mit sich beschäftigt, daß man für die Bedürfnisse eines anderen keine Kraft mehr aufbringt. Dieses vermindert infolgedessen die Bereitschaft zum *Bekenntnis*, das keine „Beichte“ darstellen, sondern vielmehr eine allgemeine Auffassung vertreten und ein Glaubensbekenntnis verdeutlichen soll. Diese „inneren Defizite“ werden darüber hinaus zusätzlich von äußeren Einflüssen geprägt und gesteuert. Einen wesentlichen Anteil hierzu trägt die Einordnung des Menschen in eine Gesellschaft, deren Ordnung ein System von Tradition, Wertvorstellungen, Lebenserfahrungen und -bedin-

gungen ist und das Zusammenleben regelt. Die Funktion der Gemeinschaft besteht dann darin, das Erlernen der üblichen Verständigungsmittel, vor allem der Sprache, die Übernahme von Werten und Normen zu vermitteln. Sie regelt auch den Umgang mit anderen, wodurch der Gemeinschaft – in die man hineingeboren wird – eine wichtige Rolle zufällt. Werte sind als Rangbezeichnung zu verstehen, denen ein Mensch oder ein Ding im Verhältnis zu anderen Menschen oder Dingen beigemessen werden. Was der einzelne für Wert hält, wird vorbestimmt, die Sitten und Normen stellen die Regeln fest, mit denen entschieden werden kann, was richtig oder falsch ist. Sitten, die meist nicht ausdrücklich formuliert werden, umfassen alle Lebensbereiche und wirken noch dort, wo man mit eng Vertrauten zusammen oder sogar mit sich allein ist. Mit diesen „äußeren und inneren Defiziten“ ist es in der heutigen Zeit verhältnismäßig kompliziert, einen Soldaten im Lichte christlicher Friedensethik zu charakterisieren. Die Folgerungen – für den einzelnen Soldaten – die sich daraus ergeben, daß ihm die christliche Friedensethik fremd und daher ohne Bedeutung ist, ließe sich nur dann bewerten, wenn davon ausgegangen werden sollte, daß der Soldat keine christliche Grundeinstellung besitzt. Denn christliches Bekennen und Handeln sind unbedingte Voraussetzung, diese sollten ins-

besondere durch die Vorgesetzten vorgelebt werden. Als eine weitere Voraussetzung muß das Erkennen der Notwendigkeit einer demokratischen und internationalen Friedens- und Sicherungspolitik gelten. Eine christliche Verantwortung und soldatische Tradition vermittelt Normen und Werte, die auch und gerade für jeden Soldaten erkennbar sein müssen. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, kann dem einzelnen Soldaten erstens kein Vorwurf gemacht werden und zweitens kann er nicht in der Lage sein, die Folgerungen seines Unwissens abzuschätzen. Das will sagen, ohne Hinweise und Beispiel wird sich der Soldat keine Gedanken über diese Thematik machen. Hieraus läßt sich nun eine folgerichtige Frage anknüpfen, die da lautet: Wer ist der Träger der Erziehung zu einer christlichen Friedensethik?

### **I. Friedenserziehung als politische Aufgabe**

Friede ist neu zum Gegenstand des öffentlichen Streites geworden. Was Friede ist, wie er gesichert und gefördert werden kann, ist tief umstritten. Friedenserziehung ist in diesen Streit einbezogen. Die Kultusminister der Bundesländer, erfahren und geübt in der Kunst des politischen Kompromisses, sind hier im Dissens verblieben. Die der Union zugehörigen Minister wollen sichergestellt sehen, daß die Aufgabe politischer

Friedenssicherung und darin die der Bundeswehr in den Schulen positiv gemäß der Verfassung und der seit den 50er Jahren verfolgten Politik dargestellt werde. Die der SPD angehörenden Minister dagegen relativieren diese Aufgabe erheblich, indem sie sie in ein weit ausgreifendes Konzept von Friedenserziehung stellen.<sup>32)</sup> Friedenserziehung erweist sich also auch im Hinblick auf die zwischenstaatliche Sicherung und Förderung des Friedens als eine Aufgabe politischer Bildung... Dazu gehört wesentlich die Unterscheidung von Zielen und Mitteln. Militär, Wehrdienst, Bereitstellung von Waffen, Verteidigungsbereitschaft als Kriegsvorbereitung zu diffamieren statt als politisch kalkulierbare Mittel der Friedenssicherung zu diskutieren, gefährdet den innerpolitischen Frieden ebenso wie die leichtfertige Rede von Drückebergerei im Hinblick auf Wehrdienstverweigerung und das Nicht-Ernstnehmen der Ängste und der Gewissensfragen junger Menschen.<sup>33)</sup>

### **II. Neue Aufgaben für die Streitkräfte**

Das Militär der „verteidigungsbereiten Gesellschaft“ ist überwiegend noch eine Wehrpflichtarmee, aber bereits mit einer starken Freiwilligenkomponente. Vor allem in den technischen Waffengattungen überschreitet die Zahl der Längerdienenden den Wehrpflichtigenan-

teil. Das Selbstverständnis des Führungspersonals schwankt zwischen Job und Berufung. Die Dienstzeit der Wehrpflichtigen ist kürzer. Wehrdienstausnahmen werden großzügiger gehandhabt. Für Wehrdienstverweigerer gibt es als Ersatz einen Zivildienst... Das Militär der „friedensbereiten Gesellschaft“ wäre dann in logischer Fortführung dieser Trends eine Freiwilligenarmee, möglicherweise ergänzt durch einen kurzdienenden Wehrpflichtigenanteil in Form einer Miliz. Das Berufsverständnis des hochprofessionellen Freiwilligenkaders bestimmen in erster Linie marktwirtschaftliche Kriterien wie Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Dienst in der Milizkomponente ist Teil eines vorzugsweise auf freiwilliger Basis organisierten nationalen Gemeinschaftsdienstes. Die Streitkräfte sind häufig in multinationalen Verbänden organisiert. Sie unterstehen zu großen Teilen übernationalem Befehl, teils sogar supranationalem Befehl der Vereinten Nationen und dienen als Eingreif-, Konfliktregelungs- sowie Umwelt- und Katastrophenschutztruppe in einem weltweiten Sicherheitssystem mit den Aufgaben „Überwachen“, „Pazifizieren“, „Eindämmen“, „Erzwingen“, „Bestrafen“ und „Helfen“. <sup>34)</sup>

### **III. Gesellschaftsdienst für den Frieden**

Das Ineinandergreifen von Wehrdienst und Zivildienst wurde

deutlich, als in der Bundesrepublik der Wehr- und Zivildienst verkürzt wurde. In den zivilen Pflegedienst- und Hilfsdienstorganisationen befürchtete man einen erheblichen Personalmangel. Diese Gefahr wurde jedoch durch ein größeres Aufkommen an Wehrdienstverweigerern abgewendet, gleichzeitig wurden aber auch Stimmen laut, die über eine freie Wahl von Wehr- oder Zivildienst nachdachten. Nachdenkenswert ist auf alle Fälle, einen Gesellschaftsdienst als einen Beitrag zum sozialen Frieden zu verstehen. Erst wenn beide Dienste als ethisch gleichwertig betrachtet werden, könnte ein sozialer Konflikt verhindert werden, der sich im wesentlichen in der Form der Wehrgerechtigkeit niederschlagen könnte. Darüber hinaus muß auch angedacht werden, ob in diesen Gesellschaftsdienst Frauen – im Rahmen der Gleichberechtigung – eingebunden werden könnten.

### **IV. Die Friedensbotschaft der Kirchen**

Mit aller Deutlichkeit muß vorangestellt werden, daß die Kirche nicht der verlängerte Arm der Politik ist. Die Militärseelsorge in der Bundeswehr hat in der Vergangenheit ihre Positionen klar und deutlich dargelegt. Die Militärseelsorge kann auf eine lange und geschichtsreiche Tradition zurückblicken, die Anfänge lassen sich offensichtlich bis in das Jahr 1546/



47 zurückverfolgen. In der Gegenwart haben die theologischen Aussagen zur Akzeptanz der Verteidigungspolitik nichts an Deutlichkeit vermissen lassen. Aber, und das ist wichtig, die Friedensforschung wurde dabei nie in den Hintergrund gedrängt. Die Laienorganisation „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ hat in immer wieder aktualisierten Stellungnahmen die Grundwerte des christlichen Soldaten herausgestellt, so heißt es in deren Ordnung u.a.: „Das Ziel der GKS ist es, das Verantwortungsbewußtsein für den soldatischen Auftrag und die gesellschaftlichen Aufgaben zu schärfen... Der Angehörige der GKS erfüllt seinem soldatischen Auftrag gewissenhaft und überzeugend.“

## V. Friedenslehre in der Bundeswehr

Neben der bereits erwähnten Militärseelsorge verfügt die Bundeswehr über Institutionen, in denen eine Wertevermittlung und Friedenserziehung Gegenstand von Seminaren, Schulungen und Vorträgen sein kann. Hierzu zählen die Hochschulen der Bundeswehr, die Führungsakademie der Bundeswehr und das Zentrums innere Führung. In einem Vortrag hatte der Kommandeur des Zentrum Innere Führung zu den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Führungskräfte- und Zukunftsaussichten interessante Ansätze aufgezeigt:

„Aus- und Weiterbildung in Menschenführung, dem zentralen Handlungsfeld der Inneren Führung, war schon immer fester Bestandteil der Führungsausbildung. ... und wir müssen uns nach anderen Verfahren umsehen. Die gibt es, und zwar in den Führungs- und Managementtrainingsseminaren bundesweit...“ Das Führungstraining, als Baustein der Fort- und Weiterbildung, soll durch regelmäßige Seminare *das soziale Verhalten verbessern* helfen, mit den Unsicherheiten zwischenmenschlicher Beziehungen angemessen umzugehen, eigenes Führungsverhalten zu verdeutlichen und das Handlungsspektrum zu erweitern...“ Der Kommandeur führt zu diesem Themenbereich in seiner Zusammenfassung aus: „Ich sehe die Vielzahl der Probleme im Zusammenhang von gesellschaftlichem Umfeld und innerer Lage der Streitkräfte und sehe gleichzeitig bereits vorhandene Lösungsansätze – teils theoretisch, teils erprobt – und dränge deshalb mit Macht auf Umsetzung, auf Handeln. Es gilt, *das Gespräch* – auch das streitige – miteinander und mit der Gesellschaft offenzuhalten; dazu gehört, unser freiheitliches Menschenbild... zu vermitteln...“<sup>35)</sup>

## D. Schlußgedanke

Die christliche Friedensethik ist nicht nur auf den „Frieden der Völker“ ausgerichtet, sie beinhaltet auch den „Frieden der Menschen“

untereinander. Der Mensch kann diese Friedensethik nur in einer christlichen Gemeinschaft erfahren und erleben. Hierzu dient ihm gleichwohl das Naturrecht und sein Gewissen, diese vermitteln ihm die Grundwerte des menschlichen Miteinander. Diese Werte müssen gleichzeitig erlebt werden und müssen ihren Einfluß in die militärische Tradition finden. Vertrauen und Verantwortung sind für das Vorleben der christlichen Friedens- und Weltordnung wichtige Pfeiler. Eine positive christliche Grundeinstellung ist die Voraussetzung des praktischen Umsetzens innerhalb der Streitkräfte. Die Friedenserziehung – unter soziologischen Gesichtspunkten – sollte Gegenstand der Ausbildung im Bereich der Menschenführung für alle Vorgesetztenebenen werden. Diese muß dann aber auch, durch eine politisch-demokratische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, unterstützt werden. Die ethische Rechtfertigung von Streitkräften darf nicht nur die Aufgabe der Soldaten sein, sie muß vielmehr von den Regierenden deutlich gemacht werden und ihren Stellenwert in der Gesellschaftsordnung garantieren.

Die veränderte Weltsituation sollte jetzt jedoch den Blick auf eine Friedensordnung richten, bei der der christliche Friedenscharakter und die christliche Friedensethik die Grundlage zu einer christlichen Friedenserziehung sein sollte. Die neuen Entwicklun-

gen sollten auch dazu führen, daß die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik einen tieferen Stellenwert in der Gesamtbevölkerung erhalten, die dann auch innerhalb der Streitkräfte das notwendige Verständnis finden werden.

*Siegfried Granrath*

#### Quellennachweis

- 1) Günter Brakelmann, „Orientierungen eines Christen im politischen Konfliktfeld der Ost-West-Beziehungen, in: Sicherung des Friedens, Sonderausgabe Oktober 1989, Hrsg.: Arbeitskreis Sicherung des Friedens, Bonn, Seite 5.
- 2) Gerechtigkeit schafft Frieden – Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, 18.4.1983, Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, Seite 11.
- 3) Erich Fromm, Haben oder Sein, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1976, Seite 135.
- 4) Joseph Kardinal Höffner, Das Friedensproblem im Licht des christlichen Glaubens, Vortrag zur Eröffnung der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz Fulda, 21.9.1981, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, Seite 11 – 12.
- 5) Frieden und Sicherheit – Arbeitshilfen Nr. 21, Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 1981, Seite 9.
- 6) Gerechtigkeit schafft Frieden, a.a.O., Seite 33.
- 7) Gerechtigkeit schafft Frieden – Erklärungen zum Golfkonflikt. Die deutschen Bischöfe, Nr. 48, Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 1983/1991, Seite 98.
- 8) Wilhelm Heß, Wehrdienst als Friedensdienst, Königsteiner Offizierbriefe 29 (1968), Seite 43, in: Wenn Soldaten Frieden sagen, J.P. Bachem Verlag, Köln, 1988, Seite 84.
- 9) Rudolf Fischer-Wollpert, Wissen Sie Bescheid?, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, 1982, Seite 98.

- 10) Reinhardt Lettmann, Was kann der christliche Glaube zur Erfüllung von Auftrag und Verantwortung des Soldaten beitragen?, in: Worte der Kirche an Soldaten, Hrsg.: Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Bonn, 1984, Seite 149.
- 11) ebd. Seite 150 – 151.
- 12) ebd. Seite 151 – 152.
- 13) ebd. Seite 153.
- 14) ebd. Seite 153.
- 15) ebd. Seite 155.
- 16) ebd. Seite 155.
- 17) ebd. Seite 156 – 157.
- 18) Alois Wagner, „Weltfriede erfordert Weltverantwortung“, in: Rom Seminare, Begegnung mit der Kirche im Wandel der Zeit, Band II, Hrsg.: Gemeinschaft Katholischer Soldaten, J.P. Bachem Verlag, Köln, 1988, Seite 415.
- 19) Dienst am Frieden – Stellungnahme der Päpste des II. Vatikanischen Konzils und der Bischofssynode, Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 1980, Seite 15.
- 20) ebd. Seite 41/42.
- 21) Gerhard Beestermöller, Möglichkeiten und Grenzen einer ökumenischen Sozialethik. Eine Tagungsnachlese, Sonderdruck aus: CATHOLICA, Vierteljahresschrift für ökumenische Theologie, 4 – 1991, (nicht im Handel); Aschendorff, Münster, 1991, Seite 296.
- 22) Arno Plack, Die Gesellschaft und das Böse – Eine Kritik der herrschenden Moral, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., August 1991, (Originalausgabe 1967), Seite 338f.
- 23) Jürgen Bringmann, „Anwalt des Friedens – Herausforderung an den Soldaten der 90er Jahre“, in: Information für die Truppe, Heft 3/90, Seite 47/48.
- 24) Ernst J. Nagel, „Kriegsverhütung als politisch-ethische Aufgabe“, in: Christen für den Frieden – Zur Legitimation soldatischen Dienens, Verlag E.S. Mittler & Sohn, Herford, 1990, Seite 34.
- 25) „Fragen den: Dieter Wellershoff“, in: Information für die Truppe, Heft 6/90, Seite 37.
- 26) ...und wage es, Soldat zu sein – Vom Friedensdienst mit der Waffe, Ein Arbeitsbuch, Hrsg.: Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr, Bonn; Kreuz Verlag Stuttgart, 1980, Seite 57.
- 27) Zum Bild des Offiziers, in: AUFTRAG, Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Heft 178/179 – Februar 1989, Seite 95/96.
- 28) „Die Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft“, Diskussionsbeitrag der Kommission 1 „Politik, Verfassung, Recht“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Bonn, 27.10.1989, Seite 4.
- 30) Hans-Martin Ottmer, „Allgemeine Überlegungen über Symbole, Formen, feierliche Formen und Zeremonielle“, in: Symbole und Zeremonielle in deutschen Streitkräften vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, von Hans-Peter Stein, Hrsg.: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Verlag E.S. Mittler & Sohn, Herford, 1991, Seite 18.
- 31) Die Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft, a.a.O., Seite 6.
- 32) Bernhard Sutor, „Friedenserziehung als Aufgabe politischer Bildung“, in: Kirche und Gesellschaft, Hrsg.: Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach, Verlag J.P. Bachem, Köln, 1983, Seite 3.
- 33) ebd., Seite 14.
- 34) Bernhard Fleckenstein, „Streitkräfte in friedensbereiter Gesellschaft“, in: Information für die Truppe, 6/90, Seite 23.
- 35) aus: Vortrag Flottillenadmiral Ulrich A. Hundt, Kommandeur Zentrum Innere Führung, „Streitkräfte im Wandel – Möglichkeiten und Chancen der Inneren Führung“ am 18.9.1990 (auszugsweise).

## ZdK-Präsidentin zum Krieg in Bos- nien und Kroatien

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüch, hat dazu aufgerufen, nicht darin nachzulassen, den Krieg in Bosnien und Kroatien als Bruch des in der UN-Charta verankerten Gewaltverbots und als Mißachtung der KSZE-Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes anzuprangern und Maßnahmen gegen die Aggressoren zu fordern.


Gefühlen der Ohnmacht, die angesichts des anhaltenden Blutvergießens, der Vertreibungen, Vergewaltigungen und Zerstörungen, aber auch angesichts des Versagens der internationalen Politik aufkommen könnten, dürfe man sich nicht ausliefern, forderte Rita Waschbüch vor dem Geschäftsführenden Ausschuß des ZdK am Freitag, dem 19. März 1993. Sie rief die Christen dazu auf, gerade in der Fastenzeit verstärkt für die unter dem Krieg so schrecklich leidenden Menschen zu beten. Die Gemeinden bat sie, Gottesdienste für den Frieden in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien zu halten.

In diesem Zusammenhang begrüßte die Präsidentin ausdrücklich die am 11. März veröffentlichte Stellungnahme der Arbeitsgrup-

pe Sicherheitspolitik der Deutschen Kommission Justitia et Pax. In dieser Stellungnahme werden orientierende Überlegungen zu Möglichkeiten des politischen Handelns mit dem Ziel der Beendigung der Kämpfe und der Leiden der betroffenen Menschen vorgelegt.

(aus ZdK-Mitteilungen 400/93 vom 19.3.1993)

## Gewaltlos gegen Gewalt



Ein Land der Gewalt: Seit über zehn Jahren wütet der Bürgerkrieg in Peru. Besonders betroffen davon: Die Hochanden, wo sich Guerillatruppen des leuchtenden Pfades mit der Polizei und den Militärs blutige Kämpfe leisten. Aufgerieben zwischen den Fronten wird die arme Landbevölkerung. MISEREOR fördert hier ein umfangreiches Projekt. Es geht vor allem um Rechtsberatung, den Bau von Wohnunterkünften und die Einrichtung von Volksküchen. Ziel des Projekts: Unterstützung der Opfer von Gewalt.

**Post giro Köln 556-505**

**MISEREOR**

Aktion gegen Hunger und  
Krankheit in der Welt

Mozartstraße 9  
W-5100 Aachen

## KIRCHE UND STAAT

### „Abschottung ist keine Lösung“

#### Papst-Ansprache zu Lebensschutz und Asylproblem

Papst Johannes Paul II. hat in einer Ansprache an deutsche Bischöfe am Samstag zu Fragen des Lebensschutzes und zum Asylproblem in Deutschland Stellung genommen. Aus der in deutsch gehaltenen Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe, die sich zum „Ad limina“-Besuch im Vatikan aufhielten, dokumentiert die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) Auszüge:

„(...) 3. Als Lehrer des Glaubens habt Ihr oft über Themen gesprochen, die im Leben Eurer Gesellschaft aktuell sind. Die Weisungen, die Ihr zum Beispiel zum Schutz des Lebens gegeben habt, verdienen hohe Anerkennung. Es ist unmöglich, all die ausgezeichneten Initiativen zu erwähnen, die entstanden sind und unter der engagierten Leitung des Vorsitzenden Eurer Konferenz Eure Unterstützung gefunden haben. In besonderer Weise denke ich an die zahlreichen Aktionen für das Leben, bei denen Katholiken, Christen anderer Konfessionen und Menschen guten Willens, die sich nicht zu einer religiösen Gemeinschaft bekennen, gemeinsam ihre

Überzeugung vom unverletzlichen Wert des menschlichen Lebens vom Augenblick der Empfängnis an bis zum natürlichen Tod zum Ausdruck gebracht haben. Dies war auch aus dem Bewußtsein heraus möglich, daß der Wert des menschlichen Lebens seine Grundlage bereits in seinem Wesen und seiner natürlichen Würde hat und hier keineswegs ein speziell kirchliches Anliegen verfolgt wird, sondern eine Forderung der Humanität und der Menschenrechte.

Menschliches Leben ist grundsätzlich unverfügbar; und da das ungeborene Kind vom Augenblick der Empfängnis an Mensch ist und nicht erst später zum Menschen wird, kann es nicht für eine bestimmte Frist zur Disposition gestellt werden. Fristen stellen letztlich den Anspruch der Rechtsordnung in Frage, die zum Schutz des ungeborenen Lebens beitragen muß.

Eure Verfassung beginnt mit der grundlegenden Erkenntnis und dem Bekenntnis: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘ Doch gibt es immer wieder Situationen, in denen diese Erkenntnis nicht mehr selbstverständlich zu sein scheint. Ihr habt Euch in der turbulenten Debatte zum Schutz des ungeborenen Lebens nicht beirren lassen und wart Euch dessen bewußt, daß es in dieser Frage keine

modernen oder altmodischen Argumente gibt, sondern nur richtige und falsche Überlegungen. Der Maßstab für solche Überlegungen muß stets das Lebensrecht des anderen Menschen sein, auch des noch nicht sichtbaren, kleinen und stummen. Das Recht auf Leben in seiner ganzen, von Gott zugesagten Fülle kann niemals dem oft Schwächeren verweigert werden zugunsten der Verwirklichung dieses Rechtes durch einen anderen. (...)

Mit Genugtuung habe ich auch von Euren Bemühungen Kenntnis genommen, den in Bedrängnis geratenen Frauen beizustehen, auch dann, wenn sie sich gegen das beginnende Leben entschieden haben sollten. Die Kirche handelt im Sinne der Frauen, wenn sie hilft, Abtreibungen zu verhindern. Und die Kirche setzt sich für die Frauen ein, wenn sie sich für ein kinderfreundliches Klima in Eurer Gesellschaft engagiert.

4. An dieser Stelle möchte ich noch von einer anderen Herausforderung sprechen, die auf uns Christen in Europa in den nächsten Jahren zukommen wird und die die Würde des Menschen zutiefst berührt. Wir erleben, daß immer mehr Menschen mit dem Tod nichts anzufangen wissen, ja, ihr Leben so gestalten, daß die letzte Frage verdrängt wird. Unsere modernen säkularisierten Gesellschaften laufen Gefahr, Leiden, Sterben und Tod aus dem persönlichen Lebensbereich regelrecht auszublenden.

Da aber im Leben nichts sicherer ist als der Tod (...), beobachten wir als Folge dieses Verdrängungsprozesses viel Hilflosigkeit und Verzweiflung angesichts des Todes. Das problematische Sprechen von Sterbehilfe gewinnt in diesem Zusammenhang vielfach eine ganz neue Bedeutung. In Europa scheint die Vorstellung immer mehr Anhänger zu finden, daß es menschlich erlaubt sein könne, dem eigenen Leben und dem Leben eines anderen Menschen bewußt ein Ende zu setzen. Der Begriff der Euthanasie hat längst bei vielen jenen schrecklichen Klang verloren, den ihm die grausamen Geschehnisse im dunkelsten und betrüblichsten Kapitel der Geschichte Eures Landes verliehen hatten. Selbstmord und Mord werden heute bereits wieder durch Beziehungen wie Freitod und Sterbehilfe verharmlost.

Einige wenige Katholiken haben in Eurem Land erkannt, daß hier eine wichtige und wertvolle Aufgabe auf die Christen zukommt, nämlich eine Sterbebegleitung, die dem Menschen auch in der letzten Lebensphase seine Würde gewährleistet. (...)

Mein Dank und unser aller Ermutigung gilt jenen Christen, die den alten und zugleich hochaktuellen Gedanken der Hospizbewegung wiederbeleben. Wichtiger als der Bau oder Erwerb eines weiteren Krankenhauses in katholischer Trägerschaft, in dem gute Ärzte mit modernsten Geräten operieren

können, und wichtiger als etwa die erneute Renovierung eines Tagungshauses wird künftig die Förderung von Institutionen sein, die sich für die katholische Sterbebegleitung einsetzen. Hier sind Christen als Hoffnungsträger gefragt. Dies wird für uns als Kirche eine weitere Bewährungsprobe sein, weil es wiederum um die Unantastbarkeit der menschlichen Würde geht. Mehr als in manchem anderen Bereich können wir hier zeigen, worauf es letztlich ankommt: Leben lernen für den Tod und sterben lernen für das Leben. Wenn es Euch gelingt, in Deutschland rechtzeitig weitere Hospize als Inseln der Humanität einzurichten, werdet Ihr verhindern, daß sich jene durchsetzen, die nur vorgeben, sterbenden Menschen zu helfen, in Wahrheit aber vor dieser Herausforderung kapitulieren, indem sie mit Todespillen Hilfe beim Sterben in Hilfe zum Sterben pervertieren. Der sterbende Mensch will keine Tablette, um dann allein gelassen zu werden, sondern echte Hoffnung, menschliche Nähe und eine haltende Hand. Ermuntert Eure Gläubigen, diese wirklich christliche Aufgabe wahrzunehmen. Denn die Würde des Menschen ist unantastbar.

5. Es wäre ein alarmierendes Symptom, wenn in einer Gesellschaft die Sensibilität dafür verlorenginge, daß die Berufung auf das Gewissen kein Freibrief zum Töten eines anderen Menschen sein darf, weder des im Mutterleib

wachsenden noch des alten und schwerkranken Menschen, deren Existenz die ausschließlich an eigenen Interessen orientierte Lebensgestaltung anderer einschränkt. Nur ein Volk von Egoisten könnte verdrängen, daß das Gewissen, das seinen Namen verdient, stets dazu auffordert, Töten zu verhindern. (...)

10. Dankbar begrüße ich auch die offenbar sehr konkrete Planung einer Solidaritätsaktion der Deutschen Bischofskonferenz zugunsten der Menschen und Kirchen in Mittel- und Osteuropa. Diese Initiative nimmt Gestalt an in Koordination und Kooperation mit schon bestehenden Institutionen in Eurem Land und in Europa. Die Menschen in den vom Kommunismus befreiten Ländern bedürfen der finanziellen Hilfe, aber noch mehr der menschlichen Begegnung und des Austausches der sehr unterschiedlichen Erfahrungen in den vier Jahrzehnten gewaltsamer Trennung des Kontinents. (...)

11. Ihr habt Euch in den letzten Jahren in vorbildlicher Weise für Flüchtlinge und für den Schutz politisch Verfolgter eingesetzt. Im Zusammenhang mit schrecklichen Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Ausländer wurde in letzter Zeit viel über das Asylrecht diskutiert. Trotz der Klagen, in Deutschland wachse die Ausländerfeindlichkeit, bleibt festzustellen, daß Freundlichkeit gegenüber Fremden und Hilfsbereitschaft un-

ter den Menschen in Eurem Land nach wie vor groß sind. Den vielen, die Fremden in vorbildhafter Weise Hilfe zuteil werden ließen und lassen, gilt mein ausdrücklicher Dank.

In diesen Tagen und Wochen steht auch Ihr, liebe Mitbrüder, unter einem besonderen Erwartungsdruck. Es ist die Spannung zwischen grundsätzlicher christlicher Haltung und aktuellen politischen Herausforderungen. Einerseits wird von Euch gefordert, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Nächstenliebe verpflichtend ist und bleibt, andererseits dürfen aber Eure Worte die Notwendigkeit einer baldigen Lösung des Asylantenproblems nicht außer acht lassen. Ihr habt, zusammen mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, auch darauf aufmerksam gemacht.

Deutschland hat in diesen Jahren mehr Ausländer aufgenommen als irgendein anderes Land in Europa. Die Hilfen, die den Armen und Bedrängten zuteil wurden, sind vorbildlich. Allerdings muß die Kirche auch die Tatsache ernst nehmen, daß immer mehr Menschen das Gefühl haben, der Zustrom von Asylbewerbern führe zu einer Überforderung, die zur Folge hat, daß Hilfsbereitschaft in Abschottung umschlagen könne. Macht Euren Gläubigen bewußt, daß innere und äußere Ausgrenzung und Abschottung keine Lösung darstellen können, sondern zu Unsicherheit führen und sogar

in Aggression und Protest umschlagen. Die unveräußerliche Menschenwürde eines jeden einzelnen muß in Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens, die in Politik und Gesellschaft Verantwortung tragen, zwischen dem ethisch gebotenen und dem tatsächlich Machbaren garantiert werden.

Dies verlangt von Euch viel Mut und Engagement. Es besteht die Gefahr, daß das Gebot unseres christlichen Glaubens, Fremde aufzunehmen (vgl. Mt 25,35) und Gastfreundschaft zu gewähren (vgl. Röm 12,13), bei überzogenen Asylvorstellungen nicht mehr eingehalten werden kann. Die Kirche muß vielmehr in allen Teilen der Welt Gerechtigkeit und Frieden fordern, Voraussetzungen, die helfen, das Asylproblem zu lösen. Im übrigen wäre der Menschenwürde noch zutreffender Genüge getan, wenn Ihr und Euer Land fortfahren würdet, wie bisher in großzügiger Weise Hilfen für die Länder in Not zur Verfügung zu stellen (vgl. GS Nr. 84), so daß wenigstens die Menschen, die nicht aus Kriegsgebieten flüchten müssen, in ihrer Heimat verbleiben können und nicht gezwungen sind, alles im Stich zu lassen.

Helft konstruktiv mit, Voraussetzungen zu schaffen, daß das wertvolle Gut des Asylrechts in Deutschland durch eine praktikable Lösung und Präzisierung erhalten werden kann, und helft, eine Gesinnungsethik zu vermeiden,



die als Theorie keinen Bezug zum wirklichen Leben hat. Damit leistet Ihr einen Dienst, weil Ihr mithelft, ungesunde und menschenverachtende Verirrungen gerade junger Menschen zu verhindern. Als Kirche kennen wir keine Ausländer; Ihr müßt aber andererseits dazu beitragen, daß das deutsche Volk nach Jahren der gewaltsamen Teilung und der nicht ohne Schwierigkeiten verlaufenen Einigung in Frieden seine volle Identität noch findet.“

(aus NIMM 1993/2 nach KNA v. 22. 12. 1992)

## Zur Solidarität herausgefordert

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zu den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Problemen im Prozeß der deutschen Einigung.

### 1. Aufbruch im Umbruch

Die Zeit des Umbruchs in Deutschland ist auch eine Zeit des Aufbruchs. Daß Deutschland zu Einheit und Freiheit zurückgefunden hat – und das ohne Gewalt –, erfüllt uns auch heute noch mit Dankbarkeit. Jetzt können alle Menschen in Deutschland ihre Gedanken in Freiheit äußern und haben die Chance, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Auch in den neuen Bundesländern entsteht ein gesellschaftliches Le-

ben, das nicht mehr durch ideologische Zwänge gesteuert wird. Die Zeichen des Aufbaus in den neuen Ländern sind nicht zu übersehen.

Auch die alten Länder haben durch die Einigung Bereicherung erfahren, deren sie sich noch nicht voll bewußt sind – sogar in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die Gegenwart ist aber auch gekennzeichnet von besonderen Problemen und Herausforderungen. Diese sind nicht vergleichbar mit denen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Denn bei der deutschen Einigung stießen verschiedene Systeme und Lebenswelten aufeinander. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems geht die Übertragung der freiheitlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung unter anderen Voraussetzungen in den neuen Ländern mit Schwierigkeiten, Behinderungen und Verunsicherungen einher. Das erschwert es vielen Menschen in den neuen Ländern, Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft zu entwickeln. Daß viel erlittenes Unrecht nicht wiedergutmacht werden kann, führt zu Enttäuschungen.

### 2. Geistige Neuorientierung – ein notwendiger, aber langer Weg

Die einmalige Schwierigkeit bei der innerdeutschen Einigung besteht darin, daß Menschen mit grundlegend unterschiedlichen

wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Vorstellungen anfangen mußten, einander zu verstehen und miteinander zu leben – und das ohne Zeit der Vorbereitung und Eingewöhnung. Um die Zukunft verantwortlich gestalten zu können, bedarf es einer gemeinsamen Wertorientierung, die nicht so schnell verlässlich gewonnen werden kann, obwohl sie bei allen fälligen Entscheidungen vorausgesetzt wird. Dies muß zu Spannungen und Konflikten führen. Vordringliche Aufgabe ist und bleibt es daher, ein gemeinsames tragfähiges geistiges Fundament zu schaffen. Der Weg ist lang und erfordert viel Geduld. Mit einer großen Hoffnung werden wir als Kirche diesen Weg mitgehen und in vielfältiger Weise unseren Beitrag der Orientierung geben müssen.

Nur wenn diese grundlegende Orientierung gelingt, können Familienleben und öffentliche Verantwortung, Bildung und Erziehung, Rechtswesen und politische Kultur wirklich erneuert werden. Ebenso dringlich sind aber auch wirksame und schnelle Initiativen im Bereich von Wirtschaft, Arbeit oder sozialer Sicherung.

### **3. Besitzstandsdenken und Verteilungskämpfe – kein Ausweg**

Die größte Sorge stellt gegenwärtig die dramatisch angestiegene Arbeitslosigkeit dar. Sie ist zum

eine Folge eines notwendigen Strukturwandels und des Verlustes der Ostmärkte, in vielen Fällen aber auch die Folge nicht eingehaltener Investitionszusagen und rücksichtsloser Bereicherung. Weil es in der ehemaligen DDR keine Arbeitslosen – wohl aber verdeckte Arbeitslosigkeit – gab, ist der Verlust des Arbeitsplatzes dort eine völlig neue und besonders schmerzliche Erfahrung.

Mit der einsetzenden wirtschaftlichen Rezession erhält das Problem der Arbeitslosigkeit auch in den alten Bundesländern eine neue Dimension. Das betrifft sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die voraussichtliche Dauer der Arbeitslosigkeit und das Ausmaß des erforderlichen Strukturwandels. Von diesen Risiken sind bestimmte Regionen, Wirtschaftszweige und Problemgruppen in allen Teilen Deutschlands besonders hart getroffen.

Die Lösung der genannten Probleme wird durch die Finanzierungsengpässe der öffentlichen Haushalte erschwert. Den unbeweisbaren Ausgaben für den Aufbau in den neuen Ländern, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Sozialleistungen stehen infolge des Rückgangs der Konjunktur geringere Einnahmen des Staates gegenüber. Eine Finanzierung der Deckungslücke durch eine weitere staatliche Verschuldung verbietet sich, weil die Spielräume der Verschuldung weitgehend ausgeschöpft sind.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann in einer Sozialen Marktwirtschaft nur in begrenztem Maße Aufgabe des Staates sein. Seine Aufgabe ist es vor allem, verlässliche Rahmenbedingungen für private Investitionen zu schaffen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten machen Interessengegensätze und Verteilungsprobleme in einer Schärfe sichtbar, die bisher durch Wirtschaftswachstum und die zunehmende Staatsverschuldung überdeckt wurden: zwischen Ost und West, zwischen Bund, Ländern und Kommunen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Arm und Reich, Jung und Alt. Argumente der Besitzstandswahrung und die Verfolgung einseitiger Gruppeninteressen – so berechtigt sie grundsätzlich auch sein mögen – führen in dieser Ausnahmesituation nicht weiter.

#### **4. Aufbau im Osten**

Mit der Herstellung der deutschen Einheit sind die Menschen in Deutschland wieder zu einer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Schicksalsgemeinschaft geworden. Solidarität, soziale Gerechtigkeit, aber auch die wirtschaftliche Vernunft gebieten es, dem Aufbau im Osten Vorrang zu geben. Nur dann kann die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse auf Dauer hergestellt und vermieden werden, daß die neuen Länder vorwiegend Absatz-

gebiet bleiben und ihre Produktionskraft nicht genutzt wird.

Diese vorrangige Aufgabe wird bei allen Verantwortlichen, insbesondere den Tarifparteien und Gebietskörperschaften, zu schmerzhaften Entscheidungen führen müssen. Sie werden um so schwieriger, als Deutschland derzeit nicht nur die inneren Probleme des Aufbaus zu bewältigen, sondern auch die Festigung der europäischen Gemeinschaft, den Aufbau in Osteuropa und die Entwicklung der dritten Welt zu unterstützen hat. Wir haben den Eindruck, daß es Vertretern von Interessenverbänden bisweilen schwerer fällt als der Bevölkerung, Einsicht in das Notwendige zu entwickeln und Forderungen vorübergehend zurückzustellen.

Damit sind sicher nicht alle anstehenden Probleme angesprochen, wohl aber diejenigen, die uns in diesem Zusammenhang besonders dringend erscheinen. Wir Bischöfe haben in dieser Situation keine Problemlösungen anzubieten und wissen, daß die im kirchlichen und öffentlichen Dienst dauerhaft Beschäftigten zu denjenigen gehören, die von den verunsichernden Entwicklungen weniger betroffen sind. Wir halten es aber für unsere Pflicht, an einige Haltungen und sozialetische Grundsätze zu erinnern, die in der katholischen Soziallehre verankert sind.

## 5. Die personale Würde des Menschen fordert Gemeinschaft

Die grundlegende Neuorientierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der inneren Einigung Deutschlands muß Maß nehmen an der Personwürde des Menschen. Sie ist unverrechenbar, weil Gott den Menschen nach seinem Bild und Gleichnis geschaffen hat. Der einzelne Mensch ist aber Person nur in Gemeinschaft. Dies kommt zum Ausdruck in der wechselseitigen Bezogenheit der beiden Leitprinzipien der katholischen Soziallehre: Solidarität und Subsidiarität. Dabei meint Solidarität das stete Bemühen um das Wohl der Gemeinschaft und Subsidiarität, daß darin der einzelne und die jeweils kleinere soziale Gruppe das größtmögliche Maß freier Entfaltung finden.

Diese Prinzipien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen immer wieder neu ins Gleichgewicht gebracht werden. Dies fordert von jedem einzelnen, aber auch von allen Gruppen, Verbänden und Gebietskörperschaften die eigenverantwortliche Übernahme und Erfüllung der Aufgaben, die sie selber bewältigen können. Von einer Mentalität des „Nimm was Du kriegen kannst“, werden wir uns trennen müssen. Andererseits gebietet die Solidarität die Unterstützung derjenigen, die sich nicht allein helfen können.

Aber selbst ein gestärktes Bewußtsein der individuellen Mitverantwortung für das Gemeinwohl genügt allein nicht. Wirken und Einfluß der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen dürfen einer rücksichtslosen Verfolgung von Eigeninteressen nicht Vorschub leisten. Auch als Kirche haben wir uns dem zu stellen.

Der Umbruch, den wir erleben, ist auch ein Aufbruch. Not tut vor allem, daß wir alle aufbrechen und einander begegnen, Menschen aus den alten und den neuen Bundesländern. Wo Menschen einander begegnen, lernen sie einander verstehen. Das mag nicht immer leicht sein; doch liegt in der Bewältigung dieser Aufgabe die große Chance einer Erneuerung unseres Staates und unserer Gesellschaft. Diese Chance ist auch ein Anruf und eine Gnade Gottes. Sie zu nutzen, erfordert eine gemeinsame Anstrengung aller.

Mülheim den 3. März 1993  
(PRDD93G – 01 vom 4.3.93 –  
Anlage 5)

*I*ch lebe,  
und auch ihr  
werdet leben.

(Johannes 14, 19)

# Pressebericht (Auszug)

## der Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 1. bis 4. März 1993 in Mülheim/Ruhr

### 4. Militärseelsorge

Wir haben einen Bericht von Militärbischof Johannes Dyba zu derzeit aktuellen Fragen im Zusammenhang mit der Militärseelsorge entgegengenommen und besprochen. Dabei wurden folgende Aspekte behandelt:

- Auch bei einer möglichen Verringerung der Zahl der Soldaten besteht kein Anlaß, die Zahl der Militärpfarrer ebenfalls zu verringern. Derzeit sind ohnehin von den 138 Dienststellen für katholische Militärseelsorger nur knapp 100 besetzt. Nach den Erfahrungen von Erzbischof Dyba ist die allgemeine Akzeptanz und die Anerkennung der Militärgeistlichen – entgegen manchen Stimmen in der Öffentlichkeit – insgesamt sehr hoch. Die Begleitung der Soldaten und ihrer Familien durch die Militärgeistlichen am Standort und bei Sondereinsätzen wird überwiegend dankbar angenommen.
- Die Anforderungen an die Militärseelsorge sind in den vergangenen Jahren gewachsen.

Dazu haben auch die Auslandseinsätze beigetragen und die zusätzlichen Standorte in den neuen Bundesländern. Auch die derzeitige Diskussion um die zukünftige Gestalt der Bundeswehr und ihren Auftrag fordert die Militärseelsorge zusätzlich heraus.

- Sollte es zu einem erweiterten Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der UNO kommen, dann stellt auch dies die Militärseelsorge vor neue Aufgaben. Der Militärgeistliche muß immer dorthin mitgehen, wo auch die Soldaten sind.

(aus NIMM Nr. 7 vom 11.3.93)

## Auf dem Weg zur Einheit

Das Ziel ist noch nicht erreicht. Die Aufgaben der Kirche auf dem Weg zur Einheit beschrieb Generalvikar Dr. Ernst Niermann vor Bundeswehrsoldaten in Eggesin:

Vor einer möglichen Renaissance des Marxismus in der ehemaligen DDR hat Generalvikar Prälat Dr. Ernst Niermann gewarnt. Bei einem Vortrag vor Bundeswehrsoldaten in Eggesin/Vorpommern führte der Leiter des katholischen Militärbischofsamtes die Enttäuschung eines großen Teils der Bürger in den neuen Bundesländern über die Einheit insbesondere auf unterschiedliche Auffassungen von „Gerechtigkeit“ zurück: „Die

Eigenart der Situation im sich wiedervereinigten Deutschland seit 1989 liegt meiner Ansicht nach darin, daß das Verlangen nach dem bundesrepublikanischen Wirtschaftssystem mit einer Erwartung an eine gerechte Ordnung einherging, die ihre Prägung im Sozialismus erhalten hatte.“ Dort sei jene Ordnung gerecht gewesen, in der die Bedürfnisse aller nach dem Grundsatz strikter Gleichheit befriedigt wurden.

Als Beispiel nannte Niermann die Grundbedürfnisse Nahrungsmittel, Wohnung, Energie und öffentliche Verkehrsmittel. Diese seien in der früheren DDR „auf einem Billigniveau weit unter jeder Kostendeckung angeboten“ worden: „Und dies schien nun als gerecht, denn niemand mußte hungern oder frieren.“ Das „Recht auf Arbeit“ habe darüber hinaus den Menschen auch bei geringer Leistung das Bewußtsein gegeben, keine Almosenempfänger zu sein.

Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit „Gerechtigkeit nach dem Maßstab der Leistung“ konfrontiert, seien bei vielen der neuen Bundesbürger Zweifel geweckt worden, ob das neue System wirkliche Gerechtigkeit und Lebensqualität für alle mit sich bringt. Der Sozialismus hingegen, wie Niermann in einem kurzen Rückblick auf die marxistische Philosophie erläuterte, halte im Gegensatz zum demokratischen Rechtsstaat (der lediglich

die Verpflichtung aller staatlichen Organe, nach der Verwirklichung von Gerechtigkeit zu streben, festschreibe) die Verwirklichung der Gerechtigkeit für möglich. Unter den Bürgern wachse gegenüber der Politik eine Erwartungshaltung, die der Hoffnung der Christen auf Gottes Heilsstadt nahekomme. Niermann: „In den letzten zwei Jahren bin ich zur der Überzeugung gekommen, daß diese Vorstellung auch die Erwartung an das neue politische System prägt.“

Dem hielt der katholische Militärgeneralvikar entgegen, Gerechtigkeit lasse sich nicht vollendet herstellen, „weder durch die klassenlose Gesellschaft noch durch die Freiheit des Marktes“. Nach christlicher Vorstellung werde die Vollendung von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden erst vom Eingreifen Gottes in die Geschichte erwartet.

Niermann betonte, Theologie und Kirche hätten keinen Rezeptblock für politische und wirtschaftliche Maßnahmen im Sinne einer gerechteren Ordnung in der Tasche. Die Kirche möchte aber „auf vielen Wegen in den politischen Prozeß Orientierungswissen einspeichern, vor allem durch den persönlichen Beitrag der Christen, die mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Fachverstand und ihrer Verantwortung die gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv mitgestalten“. Erst recht werde die Kirche die Menschen und die gan-

ze Gesellschaft immer wieder ermutigen, sich auf die Suche zu begeben und nicht nachzulassen. Dazu gehöre unter anderem das politische Engagement des einzelnen, Hilfe für die Schwachen der Gesellschaft und nicht zuletzt das beständige Erinnern an die Würde des Menschen – „die sie auch behalten, wenn ihre ökonomische Leistung gering oder gleich Null ist“.

*Bernd Harder*

*(aus Kompaß Nr. 6/5. 3. 93)*

## Demokratie – Marktwirtschaft – Wohlfahrt

**von Bischof Karl Lehmann:**

Im Rahmen des Jahresempfanges der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen in Mainz hielt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und Bischof von Mainz, Professor Dr. Dr. Karl Lehmann, den Vortrag: „Demokratie – Marktwirtschaft – Wohlfahrt – Anmerkungen zu ihrem gegenwärtigen Verhältnis in unserem Land“. Im folgenden Auschnitt aus seiner Ansprache, „Zwischenrufe eines Zeitgenossen“, wie er selber sagt.

... Marktwirtschaft ist zur Zeit ein zentrales Grundwort der Wirtschaftsordnung, das für die einen – längst nicht nur in unserem

Land – geradezu ein Zauberwort ist und für die anderen ein Teufelswerk bleibt. In der Marktwirtschaft entscheiden Markt und Wettbewerb ständig, welche Güter und wie sie produziert werden sollen, wie die Einkommen verteilt, aufgespart, investiert und für Konsumgüter ausgegeben werden. Wettbewerb, Eigenverantwortung, freie Entscheidung und Risikobereitschaft sind die unerläßlichen Voraussetzungen für ein Funktionieren dieser dezentralen Ordnung, die eine hohe Effizienz ermöglicht. Der Staat hat dabei für eine Rahmenordnung zu sorgen. Wo soziale Härten entstehen, sorgt die Gemeinschaft im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft für einen gerechten Ausgleich. Ein ausgebautes Sozialversicherungswesen und ein gezieltes Eintreten für einkommensschwache und benachteiligte Personengruppen haben zu einem umfassenden Netz sozialer Sicherheit geführt.

Als Alfred Müller-Armack 1946 in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ prägte, war er sich der Absicht bewußt, zwei spannungsvolle Elemente einer freien und einer sozial verpflichteten Gesellschaftsordnung in eine Synthese zu bringen. Eine solche Vermittlung muß immer wieder neu gefunden werden. Man hat diese Synthese auch als dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kollektivismus benannt (W. Röpke, Die Gesell-

schaftskrisis der Gegenwart, Zürich 1942, S. 43). Dieses Leitbild funktioniert deshalb auch nicht einfach automatisch. Es kann nicht einfach wie eine Zauberformel angewandt werden, die raschen Erfolg garantiert. Den mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Soziale Marktwirtschaft manchmal für die notwendigen Transformationsprozesse in ihren Ländern so angeboten worden, als ob es keiner weiteren Voraussetzung für ihr Gelingen bedürfe. Um so größer war die Enttäuschung. Nach der Revolution folgte eher die Stagnation: Arbeitslosigkeit, steigende Preise, Inflation und Rückgang der Industrieproduktion. Es zeigte sich, daß gerade Übergänge, für die wir im Falle des Wechsels von totalitären kommunistischen Diktaturen zu demokratischen Rechtsstaaten über keine Muster verfügten, besonders verletzlich sind, viele Dilemmata enthalten und ganz gewiß für alle Beteiligten „kein Zuckerschlecken“ (R. Dahrendorf) sind. Dabei ging es nicht nur um Modernisierungsrückstand, mangelnde Anpassungsfähigkeit und fehlende Innovationsbereitschaft, um autoritäre und zentralistische Strukturen in Wirtschaft und Politik, sondern es wurde sichtbar, daß das Gelingen der Sozialen Marktwirtschaft auf ein Menschenbild und Werte angewiesen ist, deren Bedeutung wir oft selber übersehen haben. Die lange Gewöhnung an die alle Lebensumstände steuernde Anord-

nungsgewalt der Behörden hat zwar für die Menschen mancherlei Sicherheiten für das tägliche Leben gebracht, aber sie zugleich in einer radikalen Unmündigkeit gehalten. Initiativen, die nicht von der Partei kamen, wurden unterdrückt. Die alten Regime haben nicht nur eine zerstörte Wirtschaft und eine verwüstete Natur, sondern noch sehr viel mehr eine bis in das Mark geschädigte Seele hinterlassen. Heute erkennen wir besser, daß der Zusammenbruch des Sozialismus nicht nur ein geistiges und weltanschauliches Vakuum verursacht hat, sondern eine tiefe Deformation des Menschen, die eine weitreichende Orientierungslosigkeit mit sich bringt. In einer solchen Situation fehlen nicht nur die menschlichen Grundfähigkeiten, die gerade eine freie Wirtschaftsordnung braucht, nämlich schöpferische Phantasie, Eigenverantwortung und Mut zum Wagnis, sondern in ihr entstehen nur allzu leicht Resignation und Perspektivlosigkeit, aber auch Neigung zu Gewalt und Zerstörungswut. Daß sich diese vor allem auch gegen Fremde richten, ist dann nicht mehr so überraschend. Unfähigkeit zur Anpassung erzeugt eine Ablehnung des Neuen und Fremden.

Es gibt in diesem Zusammenhang die Versuchung, ein wirklich marktwirtschaftliches Denken zurückzudrängen und immer mehr vom Staat zu erwarten. Man fordert mehr Staatsausgaben, zusätz-



liche Steuern und riskiert immer höhere Staatsverschuldungen. Der Wirtschaft werden Fesseln angelegt. Die Handlungsspielräume werden kleiner. Es wird dann für immer weniger Menschen interessant, für sich selbst zu sorgen und eine hohe Leistungs-, Investitions- und Risikobereitschaft zu zeigen. Illusionen werden genährt, als könnten wir es uns leisten, weniger zu arbeiten, weniger zu sparen und weniger zu investieren und vermehrt vom Staat zu leben. Die vielfältigen Ansprüche an die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft können auf diesem Weg nicht ohne Auszehrung der Substanz befriedigt werden. Ein solches System wäre auf die Dauer auf eine Art von Selbstzerstörung hin angelegt. Es braucht nicht nur eine stetige Korrektur der Kräfte der Marktwirtschaft, die Schwächere stärker benachteiligen. Es würde allerdings von Blindheit zeugen, leugnen zu wollen, daß der „Eigennutz“ zwar ein außerordentlich leistungsfähiger Motor der freien Wirtschaftsordnung ist, jedoch auch ein hohes Maß an Rücksichtslosigkeit, Steigerung des nur individuellen Konsums usw. auslösen kann. Selbst Wilhelm Röpke hat eingeräumt, unter diesen Voraussetzungen sei die Marktwirtschaft auch ein „Moralzehrer“. Es gibt aber auch nach der anderen Seite die Versuchung, die soziale Komponente zu Lasten der Marktkräfte zu verstärken. Die Rücksichtslosigkeit beim Ausbeu-

ten des Gemeinwohls ist hier nicht weniger groß. Permanente Verteilungskämpfe gerade der mächtigen Gruppen wirken nach beiden Seiten hin zerstörerisch. Es ist uns aber gerade im Blick auf die Aufgaben in den neuen Ländern verwehrt, Verteilungskämpfe dieser Art ungerührt fortzusetzen. Sonst müssen unsere Landsleute im Osten immer mehr das Gefühl haben, von den Launen der Geschichte besonders betrogen zu sein. Dadurch wird das Selbstwertgefühl der Menschen immer mehr gebrochen.

Es muß zu den Fähigkeiten der Sozialen Marktwirtschaft gehören, daß sie in der Kraft zur Synthese neue Probleme wirklich schöpferisch lösen kann. Es gibt solche Nöte. Die Arbeitslosigkeit gehört zu den Lasten der neuen sozialen Frage. Ganz gewiß werden hier neue und andere Anstrengungen nötig sein. Wir müssen auch viel energischer die gegenwärtige Zerstörung der Umwelt stoppen und – ohne daß es zum Schlagwort werden darf – Ökologie mit Ökonomie versöhnen. Zwischen Natur und Technik wird es immer eine Spannung geben. Aber diese darf nicht zu einem lebensbedrohenden, zerstörerischen Konflikt führen. Die Marktwirtschaft muß hier etwas leisten, was eine eminente Herausforderung darstellt, nämlich den Konsum einschränken, der heute beinahe schrankenlos ist. Die Soziale Marktwirtschaft muß ihre ethische Überle-

genheit gerade dadurch zeigen, daß sie gegenüber jedem Laissez-faire-Kapitalismus wirklich die sozial Schwächeren schützt. Dies sind nicht nur und nicht allein die heute sozial Bedürftigen, denen fraglos Hilfe zukommen muß, sondern das Lebensrecht der kommenden Generationen und auch der Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen sind eine logische Folge des ethischen Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zwischen den Blöcken beinahe in einer Idylle gelebt. Wir konnten uns z. B. aus allen weltpolitischen Entscheidungen von Gewicht heraushalten. Dafür haben wir manchmal von hoher Warte aus alle diejenigen kritisiert, die zum Handeln gezwungen waren und sich auch in Irrtümer verstricken konnten. Unser Land ist größer geworden. Es muß Mitverantwortung übernehmen... Wir können uns nicht auf die „Splendid isolation“ zurückziehen...

Wir stehen am Beginn eines neuen Jahres, das uns besonders fordert. Jetzt kommt es auf gezielte Entscheidungen an. Aber wir sollten uns nicht ständig einreden, wie schwierig alles werden würde. Andere beneiden uns um unsere günstigen Ausgangsbedingungen. Die Menschen unseres Landes haben schon oft bewiesen, daß sie, wenn man nur ehrlich ist, die Ärmel hochkrempeln können und um

das Gebot der Stunde wissen. Trauen wir uns mehr zu.

*(aus Kirche und Wirtschaft, Februar 1993)*

## Wider eine neue Wehleidigkeit

### Zum Bild der Kirche in der Öffentlichkeit

„Wir sind nicht wehleidig, aber das Maß ist nun bald voll.“ So äußerte sich Bischof Karl Lehmann, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, zur „zunehmenden Hetze“ gegen Kirche und Papst in den Medien. Aber hat Bischof Lehmann recht? Ich meine: Katholiken sind viel zu oft wehleidig. Der „gute“ Katholik – bewußt zugespitzt auf diese Klischees – ist unfähig zum Streiten über verschiedene Glaubensstandpunkte, geduldig und demütig im Ertragen von Unrecht, ungeschickt im Aussprechen seines Glaubens in heutiger Sprache und leider oft humorlos. Eben diese „katholischen“ Merkmale sind es, die versteckt oder offen, bewußt oder unbewußt die derzeitige Diskussion um das schlechte Bild der Kirche in der Öffentlichkeit – der medialen Vorneweg – mit prägen.

### Eigener Standpunkt entscheidend

Welches Bild der Kirche in den Medien wahrgenommen wird, ist

immer auch eine Frage des eigenen Standpunktes innerhalb der Kirche. Nun ist es unbestritten, daß in den Magazinsendungen des Fernsehens scharf, in Ulk-Sendungen der Privaten oft dummlich, in Talk-Shows verallgemeinernd und besserwisserisch geschwätzig über Kirche und ihre Repräsentanten hergezogen wird. Der Umgangston ist schärfer geworden, Tabus gibt es kaum noch. Doch muß eben auch wahrgenommen werden: dieses Phänomen trifft alle großen Institutionen gleichermaßen, Politiker und Parteien mit meist noch bissigerer Härte, Schärfe und Radikalität. Damit gilt es sich zwar nicht abzufinden, aber die Realität wahrzunehmen, hilft dabei, aus dem geliebten Schmolllwinkel herauszukommen.

Wer das Reden über Kirche in den Medien vollständig analysieren will, der muß auch die positive Seite wahrnehmen. Und die findet sich eben nicht nur in Pfarrerserien oder kirchlichen Verkündigungssendungen (über deren zeitgemäße Aufmachung eigens zu diskutieren wäre). Wer beispielsweise die Show von Margarete Schreinemakers in SAT 1 ob ihrer Kirchenfeindlichkeit kritisiert, der muß mehrere Folgen möglichst objektiv anschauen. „Religiöses“ kommt häufig vor in „Schreinemakers Live“: Zugegeben, mal dumm-dreist wie bei Fernsehkoch Poulard („Jesus Diät“), aber eben auch kritisch engagiert in Filmbericht und Diskussion über Priesterkin-

der oder sympathisch, überraschend, werbend durch den Stepptanz einer katholischen Ordensfrau.

Die AKP sollte sich davor hüten, auf einem Auge blind zu werden. Wenn auf der Jahrestagung in Aachen (zusammen mit dem Gemeinschaftswerk Evangelischer Presse) über Ausschnitte von Sendungen diskutiert werden soll, in denen die Kirche pauschal angegriffen oder pauschal positiv dargestellt wird, sollte man sich um mehr als ein „ausschnittsweises“ Urteil bemühen. Katholischen Journalisten, die ein Wächteramt wahrzunehmen haben, steht es schlecht zu Gesicht, wenn sie Vorurteile bewahren.

Das gegenwärtige Image der Kirche in den Medien wird in katholischen Zeitungen und Zeitschriften zunehmend thematisiert. Ob „Public Forum“, „Deutsche Tagespost“, „Herder Korrespondenz“, „neue Bildpost“... und auch einige Bistumszeitungen: überall Hintergrundartikel, Kommentare, offene Briefe. Wiedergegeben wird, wie kirchliche Amtsinhaber, aber auch die Medienschaffenden selbst, die Lage beurteilen.

### Unseriöse Vergleiche

Von „medialer Christenverfolgung“ (Gerd Bacher, ORF) ist dort die Rede, von „drohendem Kulturkampf“ (Bischof Walter Kaspar), in dem die Kirche „sturmreif“ geschossen wird. Mittendrin im „Kul-

turkampf“ (Bischof Kurt Krenn) bleibt nur das laute Wehklagen und ein „Wehret den Anfängen!“, bevor die Kirche einem „Kirchenkampf im Stürmer-Stil“ (pur-magazin) zum Opfer fällt.

Ein besonders krasses Beispiel von Panikmache und unseriösem Vergleich bietet die „neue Bildpost“ (vom 21.3.) in einem Brief an Bischof Lehmann. Darin heißt es: „Wenn wir nicht aufpassen und uns wehren, bekommen wir – wie einst die Juden den Judenstern – eines Tages ein Kreuz an die Jacke genäht und werden Opfer der um sich greifenden Inländer-Feindlichkeit.“ Wer solchermaßen auf Medienschelte antwortet – und sei sie auch noch so dumm, unwahr oder gar gotteslästerlich, wird nicht für voll genommen, der verursacht erneut Häme gegen die Kirche. Hier ist das eigentliche Ziel der Kolumne offensichtlich: Die eigenen Reihen sollen in blindem Eifer gegen die „Frevler“ geschlossen werden.

### Von „Kulturkampf“ keine Rede

Zur Unangemessenheit der Anwendung des Begriffs „Kulturkampf“ auf die derzeitige Situation ist bereits viel Richtiges geschrieben worden. Überzeugend klar etwa nachzulesen bei Gernot Facius in der „Welt“ (vom 6. März): „Heute sind die Kirchen rechtlich und finanziell gesichert wie nie zuvor, sie sitzen in allen gesellschaftlich relevanten Gremien...

erfreuen sich eines von Jahr zu Jahr wachsenden Kirchensteueraufkommens (mehr als 15 Milliarden allein 1991), empfangen ansehnliche Staatsdotationen für Bischöfe und Kapitelangehörige, haben mit Kindergärten und sozialen Einrichtungen in manchen Regionen de facto ein Monopol... Nein, „Kulturkampf“ ist das falsche Etikett für die giftige Kritik, die der Kirche entgegenschlägt. Wer sich dieser Vokabel bedient, verharmlost die Repressionen im Bismarck-Staat.“

In nicht wenigen Fällen liefert „Kirche“ selbst den Stoff für Kritik und Häme. Dann hilft es nicht, sich über Rundfunkräte beim Sender zu beschweren oder über die bösen Journalisten zu schimpfen. Dann muß im eigenen Stall „ausgemistet“ werden. Sex und Gewalt sind für die Medien immer interessant – besonders dort, wo sie eigentlich nicht vorkommen können, weil sie nicht vorkommen dürfen. Eine Vielzahl von Berichten und Sendungen der letzten Monate handelte über die Verfehlungen von Hirten in dieser Hinsicht. Daß die Folge dieser Einzelfälle eine Generaldebatte über kirchliche Moral und den Zölibat ist, darf nicht verwundern.

Vielfach liegt zwischen der Kritik an „Kirche“ und der Reaktion von „Kirche“ darauf ein scheinbar unüberbrückbarer Verständigungsgraben: Journalisten – und nicht nur ihnen – fällt es zunehmend schwerer, in einem plurali-

stischen demokratischen Gefüge eine hierarchisch strukturierte „Gegengesellschaft“ widerspruchslos zu akzeptieren. In bestimmten Situationen (Entzug von Lehrerlaubnis, Verbot von Empfängnisverhütung, Entlassung aus dem kirchlichen Arbeitsverhältnis) fällt wohl einzelnen sogar das Tolerieren schwer. Wer verlangt, sich nicht dem Zeitgeist anzupassen, muß damit rechnen, von „Zeitgeistlern“ deshalb angegriffen zu werden. Die sachliche Diskussion über zugrundeliegende Wertvorstellungen sollten Kirchenglieder nicht scheuen – das kann der Gesellschaft nicht schaden, der Kirche schon gar nicht. Auch die bekannten anderen Streitfragen von Ämtern für Frauen bis hin zur Erlaubnis der Wiederheirat Geschiedener finden das mediale Interesse. Solange das so ist, ist man/frau noch nicht fertig mit der Kirche. Oft steckt hinter der Berichterstattung (und den Reaktionen darauf) eben eine Art von Beziehung zur Kirche. Schweigen über kirchliche Themen sollte viel mehr verunsichern. Widerspruch ist meist auch ein Angebot zum Gespräch.

### **Widerspruch als Gesprächsangebot**

Das muß ernst genommen werden in einer Kirche, die sich in der Welt zu Hause fühlt.

Es ist bereits angeklungen: Journalisten tun sich offensicht-

lich zunehmend schwer mit dem Verständnis kirchlicher Vorgänge. Basiswissen fehlt! In einer Berufsgruppe, in der Kircheng Austritte überdurchschnittlich häufig sind, und in der die Ansicht vorherrscht, „über alles schreiben“ zu können, sind die gedruckten oder gesendeten Beiträge oft nicht dem Wunsch der Kirche gemäß. Kirchensprache ist oft Formelsprache. Christen müssen deshalb lernen, zeitgemäß über ihren Glauben zu sprechen. Damit passen sie sich nicht dem sogenannten Zeitgeist an. Nur wer verstanden wird, kann korrekt wiedergegeben werden.

Hier können kirchliche Amtsträger und (Informations-) Stellen für Besserung sorgen. Tatsache ist aber, daß geblockt wird, die Schotten dichtgemacht werden, wenn „Gefahr im Verzuge“ ist: „Kein Kommentar“, heißt es dann oft aus bischöflichen Presse- und Informationsstellen.

### **„Exoten“ kommen groß raus**

Und wenn das Gros kirchlicher Führungskräfte für Interviews, Talkshows etc. den Medien nicht zur Verfügung steht, muß „Kirche“ mit ihren Exoten leben, die sich gerne fragen lassen und deren Aussagen dem Bild der Kirche mehr schaden als sie nutzen. Christen mit Charisma – Laien und Kleriker –, die fähig sind, Anliegen, Werte und Positionen der Kirche in verständlicher Sprache „rüberzubringen“, müssen her. Dann

kann „Kirche“ auch in der hitzigsten Diskussion über die heißen Eisen immer noch gut zur Geltung kommen.

Nicht zu vermeiden sind sicher Beiträge, die aus Haß, Ignoranz oder Besserwisserei verbreitet werden. Mit etwas Humor läßt sich manches aushalten, was nicht zu vermeiden ist. Falschaussagen müssen durch klare und glaubwürdige Fakten widerlegt werden. Wenn aus Rücksichtslosigkeit und mit fehlender Achtung vor religiösen Gefühlen die Kirche gehässig angegriffen wird, bis hin zur Gotteslästerung, so bietet das Strafgesetzbuch die Möglichkeit, nach Paragraph 166 dagegen vorzugehen.

Fazit: Die Kirche ist nicht so schlecht, wie sie vielen im kirchlichen Milieu von den Medien dargestellt erscheint. Wer aufmerksam hinschaut, zuhört oder liest, entdeckt zahlreiche positive Beiträge zu Glauben, Lebenshilfe und ethischer Beurteilung von Sachfragen. Kirche kommt noch vor – Gott sei Dank.

### **Bloß keine Märtyrерpose**

Daraus läßt sich mehr machen. Journalisten müssen besser informiert werden und nicht das Gefühl bekommen, sie würden bewußt in Unkenntnis gehalten oder gar getäuscht. Redegewandte und sprachbegabte Christen müssen bereit sein, Auskunft zu geben in Presse, Funk und Fernsehen. Das

gilt auch für Bischöfe. Schließlich Konsequenz beim Vorgehen gegen wirkliche Gotteslästerung und etwas mehr Humor und Bereitschaft, sich auch als Christ einmal hochnehmen zu lassen. Nur nicht Wohlfühlen in der Rolle der „Märtyrer“. Schluß mit einer neuen Wehleidigkeit!

*Johannes Becher*

*(aus AKP-Mitteilungen Nr. 1/1993)*

## **Militärische Interventionen im ehemaligen Jugoslawien keine Lösung**

### **Spitzengespräch zwischen Pax Christi und BDKJ**

Mitglieder des Präsidiums und des Sekretariats der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi und des Bundesvorstandes des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) berieten in Bonn grundsätzliche Fragen einer europäischen Friedensordnung sowie aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Probleme. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die auch in kirchlichen Kreisen geäußerte Forderung nach einem militärischen Eignreifen in Bosnien-Herzegowina sowie die aktuelle Diskussion um eine zukünftige Wehrform in der Bundesrepublik.

Die GesprächsteilnehmerInnen der beiden kirchlichen Organisationen stimmten darin überein, daß militärische Interventionen keine dauerhafte Befriedigung im ehemaligen Jugoslawien gewährleisten können. Die Aussicht auf eine Beendigung des Konflikts mit militärischen Mitteln, ist nach Auffassung der GesprächsteilnehmerInnen „nicht gegeben“. Besonders schlimm sei, „daß der Primat des Politischen von der europäischen Politik durch ihr Versagen in Bosnien, beispielsweise durch die Duldung von Embargobrechern aus den eigenen Mitgliedstaaten, sträflich in Zweifel gezogen worden ist.“

Pax Christi und BDKJ fordern „verstärkte humanitäre Hilfe für die notleidende Zivilbevölkerung“.

Als Ausdruck schlimmster Barbarei wurden die Vergewaltigungen von Frauen und Kindern als Mittel zur Kriegsführung bewertet. „Das neuzeitliche Völkerrecht muß deshalb konsequent bei der Verfolgung von Tätern angewendet und weiterentwickelt werden“, so die VertreterInnen von BDKJ und Pax Christi.

Im Zusammenhang mit der aktuellen wehrpolitischen Diskussion wurde übereinstimmend festgestellt, „daß es keinen sachlich begründeten Zusammenhang zwischen der Abschaffung der Wehrpflicht und Forderungen nach Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen gibt.“

An einer Wehrpflicht festzuhalten, um damit über den Zivildienst der anerkannten Kriegsdienstverweigerer weiterhin Löcher im Sozialetat zu vertuschen, wäre gleichsam „die Umkehr in der jetzt schon zweifelhaften Begründung für die Beibehaltung der Wehrpflicht“. Die VertreterInnen des BDKJ machten darauf aufmerksam, daß mit einer Beschlußfassung zur Zukunft der Wehrpflicht noch in diesem Jahr zu rechnen ist.

Die GesprächsteilnehmerInnen sehen die Notwendigkeit, einen Beitrag für eine europäische Friedensordnung zu leisten, die auf Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung aufbaut. Deshalb wurde eine weitergehende Kooperation zwischen BDKJ und Pax Christi vereinbart. Für den Katholikentag in Dresden 1994 ist eine gemeinsame Initiative geplant.

*(bdkj-pd-03 v. 12.2.1993)*

## Kirchenaustritte – warum?

Unlängst ging eine Pressenotiz um, daß man in Köln einmal aufgelistet hat, was zu den Kirchenaustritten im Jahre 1992 geführt hat – oder haben soll.

Als erster Punkt in der Begründung stand: Kirchensteuer.

Damit wird deutlich, daß es den Kirchen noch immer nicht gelungen ist, deutlich zu machen, daß

die Kirchensteuer sinnvoll ist und sinnvoll verwendet wird. (Geschichtliche Entwicklung Auftrag 202 Sept. 92, S. 136 ff.)

Nunmehr liegen aber die Haushaltspläne für die meisten Diözesen vor. Da kann jeder, der will, einsehen, was mit dem Geld gemacht wird.

Am Beispiel des Haushaltsplanes der Erzdiözese Köln, immerhin der finanziell stärksten in Deutschland, soll nun einmal aufgelistet werden, was den Menschen zugute kommt.

Im Erzbistum Köln leben 2,4 Millionen Katholiken in 815 Gemeinden. Diese Katholiken bringen 1061146300 DM an Kirchensteuern auf. (Das sind pro Kopf etwa 442 DM). Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 1208348086 DM.

Der mit qualifizierten Fachleuten – vorwiegend Laien – besetzte Kirchensteuerrat hat dem Erzbischof die Verteilung vorgeschlagen, die von diesem in Kraft gesetzt wurde. Diese Maßnahme ist notwendig, um die Gültigkeit nach Kirchen- und Staatsrecht festzulegen.

### Die einzelnen Kapitel

*Einzelplan »O«* 73,0 Mill. = 5,2 %  
Hier sind die Ausgaben der Verwaltung, der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch der Räte verankert.

*Einzelplan »1«* 422,9 Mill. = 30,0 %  
Unter dem Begriff, »Allgemeine Seelsorge« fallen nicht nur die Gehälter der Priester und der Laien im Seelsorgedienst, sondern auch

die Sachkosten in den Gemeinden. Ebenso finden sich dort die Investitionen und Reparaturen für Neubauten, Versammlungsräume und die Maßnahmen zum Erhalt der Bauten, die unter Denkmalschutz stehen.

*Einzelplan »2«* 53,4 Mill. = 3,8 %  
»Besondere Seelsorge« umfaßt alles, von der Jugend- bis zu Ausländer-, Kranken- u. Behindertenseelsorge.

*Einzelplan »3«* 306,7 Mill. = 21,8 %  
Unter »Schule/Bildung« sind alle Kosten für die kirchlichen Schulen, Schülerheime und die Erwachsenenbildung zusammengefaßt.

*Einzelplan »4«* 201,9 Mill. = 14,3 %  
»Soziale Dienste« deckt die Kosten der 800 Kindergärten und der Caritas ab, soweit sie vom Erzbistum bezuschußt werden. Aber auch kirchliche Siedlungsvorhaben werden bedacht.

*Einzelplan »5«* 106,9 Mill. = 7,6 %  
Unter »Gesamtkirchliche Aufgaben« versteht man die vielfältigen Hilfen für die neuen Länder, die Mission, die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe – die Hilfe für die Ärmsten.

*Einzelplan »6«* 168,0 Mill. = 11,9 %  
Dieser Plan mit der Übersicht über die »Finanzen und Versorgung« zeigt auf der einen Seite relativ geringe Einkünfte aus Grund- und Kapitalvermögen. Hier wird die Mär von der »reichen« Kirche ad absurdum geführt. Es wird aber auch aufgezeigt, daß Rücklagen für andere Aufgaben gebildet und Versorgung von Ansprüchen an



die Kirche gedeckt werden müssen.

*Einzelplan „7“* 75,9 Mill. = 5,4 %  
Der Einzug der „Kirchensteuer“, die Abwicklung usw. verursacht Kosten. Davon geht ein Großteil an den Staat. Dennoch ist dieser Einzug billiger als über eigene Kirchensteuerämter und somit steht mehr zur Ausgabe an die Menschen zur Verfügung.

Nimmt man aus der Gesamtsumme einmal die Gelder, die den Menschen bei uns direkt zukommen, dann sind das

- besondere Seelsorge  
53,4 Mill. = 3,8 %
- Schule/Bildung  
306,7 Mill. = 21,8 %
- Soziale Dienste  
201,9 Mill. = 14,3 %
- 562,0 Mill. = 39,9 %

Diese Summe müßte, wenn man die gleiche Versorgung sicherstellen wollte, der Staat – also NRW – für den Bereich der Erzdiözese Köln aufbringen. Aber immerhin gehören auch die Bistümer Aachen, Essen, Münster und Paderborn ebenfalls zur NRW.

Geht man aber noch einen Schritt weiter und bedenkt, daß unsere Hilfe in aller Welt mit 106,4 Mill. = 7,6 % zu Buche schlägt, dann müssen die etwas zurückstecken, die behaupten, die Kirche müsse sich der Not in der Welt einmal annehmen.

Bedenkt man jedoch auch, daß die Kirche – und ähnliches gilt für die evangelische Kirche – Arbeit-

geber für viele tausend Menschen ist, die sich der Mitmenschen annehmen – z. B. Caritas, Kindergärten, Krankenhäuser –, dann kann man aus dem Einzelplan „1“ noch einmal etliche Millionen herausfiltern.

Nicht zuletzt sollte auch an den Erhalt von Denkmälern unserer Vergangenheit – Dome, Kirchen, Klöster – gedacht werden. Ohne diese großen Zeugen einer guten Vergangenheit wäre unser heutiges Leben ärmer.

Selbst jener, der nicht viel von der Kirche als Institution halten mag, kann nicht umhin, das Wirken der Kirchen in der Seelsorge positiv zu würdigen. Wenn es die Institutionen der Kirchen nicht geben würde, gäbe es keinen, der den humanen Umgang des Menschen mit dem Menschen – gelegen oder ungelegen – anmahnen würde, die Ellenbogengesellschaft wäre perfekt, der Mensch würde des Menschen Wolf.

**Ein Zeitsplitter.** Der Umzug nach Berlin würde etwa 60 x den Jahresetat des Erzbistums Köln verschlingen.

*Helmut Fettweis*



## GESELLSCHAFT NAH UND FERN

### Zum Solidarpakt

#### Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken begrüßt es, daß die Repräsentanten von Regierung und Opposition, von Ländern und Parteien in einem großen parteiübergreifenden Konsens die Forderung nach einem Solidarpakt zur Lösung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland erfüllt haben. Dies entspricht der Herausforderung, vor der wir jetzt in Deutschland stehen.

Die Menschen in den neuen Bundesländern sind viel stärker von den Folgen des Krieges und der Teilung betroffen worden als jene in der alten Bundesrepublik. Der westliche Teil Deutschlands erhielt durch den Marshall-Plan eine wirksame Anschubfinanzierung zum Wiederaufbau. Er konnte eine freiheitliche Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung aufbauen. Dies alles war jenen Deutschen, die gegen ihren Willen dem sowjetischen Machtbereich unterworfen wurden, verwehrt. Sie wurden menschlich, politisch und wirtschaftlich entrechtet. Sie mußten einen großen Teil ihrer Arbeitsleistung für erhebliche Reparationen an die Sowjetunion aufwenden und litten unter einem unfähigen

Wirtschaftssystem, während die Anstrengungen der Westdeutschen immer mehr dem wirtschaftlichen Aufbau und dem beginnenden Wohlstand zugute kamen. Es entspricht deshalb dem Gebot der Gerechtigkeit, die Auswirkungen dieser Ungleichheiten und Benachteiligungen im Zeichen der Deutschen Einheit auszugleichen.

Der Solidarpakt kann eine einmalige Aktion sein. Wir begrüßen es, daß die jetzt getroffenen Vereinbarungen vielfältige Aufgaben von außerordentlichem Gewicht in ganz Deutschland im Blick haben: Einen neuen Bund-Länder-Finanzausgleich, den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Verringerung der Haushaltsdefizite und die Eindämmung der Staatsverschuldung, die Lösung der drückenden Altschuldenprobleme im Wohnungsbau im Osten, die Bahnreform, die Lösung von Strukturkrisen und ökologischen Problemen. Daß dabei die Finanzausstattung der neuen Bundesländer und Maßnahmen zur weitgehenden Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland Vorrang haben, ist nicht allein eine Frage der wirtschaftlichen Notwendigkeit, sondern auch der Solidarität und Gerechtigkeit.

**1. Der Solidarpakt muß einen breiten gesellschaftlichen Konsens sicherstellen und alle gesellschaftli-**

## **chen Kräfte in die solidarische Verantwortung einbinden**

Der Solidarpakt setzt besser kalkulierbare Rahmenbedingungen mit Prioritäten und Eckwerten für Politik, Wirtschaft, Tarifparteien und Bürger. Er wird aber nur dann seinem Namen gerecht, wenn alle in die solidarische Verantwortung eingebunden werden und im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen konkreten Beitrag leisten. Dabei muß es gerecht zugehen; ein jeder muß nach seiner Leistungsfähigkeit belastet werden, und es wird darauf zu achten sein, daß es bei einzelnen Gruppen nicht zu unerträglichen Mehrfachbelastungen kommt.

## **2. Die Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden muß durch äußerste Ausgabendisziplin den Solidarpakt sichern.**

Unumgänglich ist, daß Bund, Länder und Gemeinden die finanzpolitischen Voraussetzungen für den Solidarpakt bei der öffentlichen Hand erfüllen. Einsparungen in den öffentlichen Haushalten (z.B. Subventionsabbau, zeitliche Streckung beschlossener Vorhaben) und äußerste Ausgabendisziplin sind jetzt geboten; geht es doch darum, die Voraussetzungen für die konjunkturelle Erholung sowie für die Neuausstattung der neuen Bundesländer und für eine gerechte Verteilung der Finanzierungslasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen.

Eine solche Finanzpolitik der öf-

fentlichen Hände ist auch für die Unterstützung des Solidarpaktes durch die Bürger von großer Bedeutung. Erst wenn die Menschen sehen, daß der Staat und seine Repräsentanten sparsam haushalten, werden auch sie zu weitergehenden Opfern bereit sein.

## **3. Wenn die Handlungsfähigkeit unseres Staates sichergestellt bleiben soll, müssen die Bürger auch Mehrbelastungen auf sich nehmen.**

Wenn wir nicht wollen, daß unser Staat in eine gefährliche Krise gerät, weil wir von ihm ständig zusätzliche Leistungen erwarten, aber verdrossen reagieren, wenn dies zu erhöhten Steuer- und Abgabenlasten führt, dann müssen wir bereit sein, unser Anspruchs- und Besitzstandsdenken zurückzunehmen. So wie bisher kann es nicht weitergehen, weil die Handlungsfähigkeit unseres Staates und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem Spiel stehen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Familien durch den jahrelangen Stillstand in den familienpolitischen Maßnahmen schon beachtliche Vorleistungen erbracht haben.

Es ist nicht hilfreich, Überlegungen für erforderliche Kurskorrekturen sofort als „Sozialabbau“ zu diskreditieren. In unserer Gesellschaft gibt es durchaus Arme; sie kennt aber zugleich einen Wohlstand breiter Schichten. Dieser Wohlstand wird allein schon des-

halb weiter wachsen, weil im Verlauf dieses Jahrzehnts riesige Vermögenswerte, insbesondere Haus- und Grundvermögen, lastenfrei werden, an die nächste, zahlenmäßig geringere Generation vererbt und bei dieser zu erheblichen Vermögenseinkommen führen werden. Deshalb ist es gerechtfertigt und im Interesse aller, sozialpolitische Maßnahmen zu überprüfen und Möglichkeiten des Mißbrauchs schärfer zu kontrollieren.

Aber es wird auch immer dringlicher, Finanzierungsspielräume für neue gesellschaftspolitische Aufgaben (z. B. die Absicherung des Pflegerisikos) zu schaffen.

Hier stellen sich Aufgaben, die über die jetzt getroffenen Abmachungen hinausgehen.

#### **4. Die Tarifpartner müssen sich ihrer Verantwortung für den Solidarpakt stellen.**

Der Solidarpakt gelingt nur, wenn auch die Tarifpartner in ihrem Verantwortungsbereich die erforderlichen Entscheidungen treffen. Die im letzten Jahr abgeschlossenen Tarifverträge in den neuen Bundesländern nähern die Arbeitseinkommen dort an die Einkommen in den alten Bundesländern an. Das ist erfreulich, droht aber für einen Teil der Unternehmen, auch im mittelständischen Bereich, den Anpassungsprozeß zu erschweren und in der Folge Arbeitsplätze zu gefährden.

Die Tarifpartner müssen eine wachstums- und beschäftigungs-

orientierte Tarifpolitik betreiben, die den in den einzelnen Wirtschaftssektoren unterschiedlichen Bedingungen und Aussichten Rechnung trägt. Für die Stabilisierung unserer Konjunktur und für den Aufbau Ost kann es in den nächsten Jahren notwendig sein, sich in den alten Bundesländern auf eine Reallohnsicherung zu beschränken und in den neuen Bundesländern eine langsamere Anpassung als bisher geplant zu akzeptieren. Dabei sollten auch die Chancen der Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen stärker als bisher genutzt werden.

Die neuen Bundesländer dürfen nicht primär zu Absatzgebieten für Güter und Dienstleistungen aus den alten Bundesländern werden. Der Aufbau einer leistungsfähigen Industrie (und damit von Arbeitsplätzen) in den neuen Bundesländern wird auch Auswirkungen auf Produktionsstandorte und Produktionskapazitäten in den alten Bundesländern haben. Politik, Wirtschaft und Tarifparteien müssen dies offen und rechtzeitig darlegen. Auch in dieser Hinsicht gilt es, teilen zu lernen.

#### **5. Was wir jetzt brauchen, ist eine Besinnung auf das Gemeinwohl, nicht auf den Gruppenegoismus.**

Der Solidarpakt wird von uns allen in den nächsten Jahren Opfer verlangen. Sein Scheitern würde dem Gruppenegoismus Tür und Tor öffnen. Nur ein umfassender

Solidarpakt kann eine Politik für das Gemeinwohl, für ein menschenwürdiges Leben aller in Freiheit und Gerechtigkeit ermöglichen. Wenn wir ihn mit Leben erfüllen, werden wir wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch Deutschland, Europa und der weltweiten Völkergemeinschaft den geschuldeten Dienst leisten.

*Vom Geschäftsführenden Ausschuß beschlossen am 19. März 1993*

*(aus ZdK-Dokumentation vom 22.3.1993)*

## Mut vor Herrscherthronen

In unserer Gemeinschaft wird gerade dann, wenn wir über die ethischen Grundlagen des soldatischen Dienstes nachdenken, oft die Frage diskutiert, ob und wie sich der engagierte Katholik von anderen Soldaten unterscheidet. Hierzu möchte ich mit dem nachfolgenden Dokument ein praktisches Beispiel aufzeigen.

Der katholische Hauptmann Albrecht Prinz von Hohenzollern hat in einem Brief vom 14. Februar 1942 an den Regierungspräsidenten von Trier zum Ausdruck gebracht, was ihn und seine Soldaten im Krieg an der Ostfront bewegt. Er gibt in seinem Brief ein deutliches und überzeugendes Beispiel für Mut, Verantwortung, Fürsorge, Zivilcourage, Glaubens-

überzeugung und Treue zur katholischen Kirche. Insofern kann dieser Offizier uns auch heute noch ein „denk-würdiges“ Vorbild sein.

Kennt einer der Leser das Schicksal von Hptm. Albrecht Prinz von Hohenzollern? Hat der Herrgott ihm die Gnade geschenkt, den Frieden zu erleben?

Der „Auftrag“ würde gern in seiner nächsten Ausgabe darüber berichten.

*Paul Schulz*

### Brief

**Hauptm. Albrecht Prinz von Hohenzollern. Batl.-Gefechtsstand, den 14.2.1942.**

An den Herrn Regierungspräsidenten in Trier

Vor kurzem erhielt ich durch die Erklärung des Bischofs von Trier, Dr. Bornewasser, Kenntnis von der Beschlagnahme des Rudolfinums zugunsten der Reichsregierung durch Ihre Regierung auf Grund des Gesetzes über Einziehung staats- und reichsfeindlichen Eigentums.

Da ich in der Trierer Division seit längerer Zeit ein Bataillon kommandiere, kann ich Ihnen versichern, daß die bischöfliche Erklärung, die von Angehörigen an Soldaten ins Feld gesandt wurde, einen sehr lebhaften Widerhall an der Front gefunden hat. Gefreut hat sich wohl keiner über die Wegnahme des Rudolfinums. Trauer zog aber in viele Soldatenherzen ein, und es

ist nicht übertrieben, wenn ich von einer weitgehenden Erbitterung spreche, die sich bei katholischen Soldaten bemerkbar macht. Es ist ja nicht der erste Schlag, der gegen ihre Kirche, der sie mit Leib und Seele anhängen, geführt wird. Die Leute versteigen sich in den gefährlichen Gedanken, daß zu Hause die Pg's. in aller Ruhe alte Rechnungen begleichen, während sie in Rußland gut genug seien, die Köpfe hinzuhalten.

Als Offizier steht man vor der nicht einfachen Aufgabe, die Leute wieder zu beruhigen. Ich bin selber kirchentreuer Katholik, ich bin also an der ganzen Frage interessiert, und trotzdem muß auch ich beruhigen.

Aber Ihnen, Herr Präsident, schreibe ich, was der Landser fühlt, und was man sich im Unterstand beim täglichen Artilleriebeschuß so zusammendenkt.

Hier an der Front kennen wir bisher nur die bischöfl. Erklärung. Die Beweggründe der Regierung sind uns fremd geblieben.

Angesichts der in den Heeresdienst eingezogenen Geistlichen und Kandidaten dieses Standes und der in der bischöfl. Erklärung angegebenen Zahlen erscheint die dortige Begründung der reichs- und staatsfeindlichen Einstellung des Priesterseminars reichlich unglaubhaft. Und hier in der 72. Inf.-Division, in deren Reihen ein großer Teil der Priester usw. der Diözese Trier ihren Dienst als Soldaten versieht, dort als bescheidene,

aber tapfere Männer in den verschiedensten Dienststellen Gefahr, Not und Tod mit allen teilend, hier kann der Bezug auf Staats- und Reichsfeindgesetz nur mit äußerstem Unwillen aufgenommen werden und muß geradezu unverständlich wirken.

Das politisch Gefährliche ist, daß alle politische Ausrichtung unserer Soldaten an der Front durch derartige, zeitlich völlig verfehlten, sachlich meiner Überzeugung nach auch unberechtigten machtpolitischen Maßnahmen immer wieder geschädigt und beeinträchtigt wird. Unsere Soldaten sind über jeden Zweifel erhaben. Aber auch sie sind nur Menschen, ihre Aufgabe im Osten fällt ihnen schwer, die Kämpfe waren zum Teil grausam hart, die Entbehrungen und Strapazen fast unerträglich, die Verbindung mit der Heimat nur spärlich, Post läuft 1 – 1½ Monate, und seit zwei Jahren sind viele Leute noch nicht wieder auf Urlaub gewesen. Ihr Glaube an unseren Sieg, an unsere Heimat und die gerechte Volksgemeinschaft hält sie immer wieder hoch. Und dann kommen plötzlich solche Nachrichten aus der Heimat, die auch, nebenbei gesagt, allen nichtkatholischen Offizieren, mit denen ich darüber sprach, völlig unverständlich sind.

Der Soldat denkt sich dazu etwa folgendes: Als wir vor mehr als einem Jahr in den Balkan abtransportiert wurden, gab es viele Verhaltensmaßregeln über Auftreten

und Verkehr mit der fremden Bevölkerung usw. Überall stand groß geschrieben: „Achtung vor den religiösen Gebräuchen und Gesinnungen der Ungarn, Rumänen, Bulgaren und Griechen!“ „Macht mir ja nichts verächtlich!“, hieß es dauernd.

Nur bei uns im Reich scheint es niemanden zu geben, der die gleichen Verhaltensmaßnahmen für Regierungs- und Parteistellen ausgibt. Hier scheint man sich ungeübt austoben zu dürfen, als ob das Herzweh, die Überzeugung und der heilige Glaube der 75 Millionen deutscher Katholiken Heilung wäre. Noch immer scheint es bei uns jene hauchdünne Schicht typisch liberaler Kulturkämpfer zu geben, denen es nicht in den Kopf will, daß die Kirche nicht nur Hierarchie und Organisation ist, sondern weit mehr im lebendigen deutschen Volkstum und Volksglauben verankert ist, und daß die Schläge gegen die Kirche praktisch dem Schießen in die eigenen Reihen gleichkommen. So werden auch die verschiedenen Maßnahmen im Volke empfunden.

An der Front gibt es aber auch Männer, welche diese Dinge genau registrieren!

Sollte der Herr Gott uns die Gnade schenken, den Frieden zu erleben, werden sicher viele christliche Frontkämpfer zu diesen Dingen nicht mehr schweigen, sondern werden reden, damit auch im Reich auf diesem Gebiet jene Ordnung, Ruhe, Sicherheit und Ge-

rechtigkeit eintritt, die für das Zusammenleben an der Front seit 2 1/2 Jahren eine Selbstverständlichkeit ist. Hier herrschen Achtung und Liebe, und keinem fällt es ein, aus politischen Kampfesgelüsten heraus dem andern seine Ehre zu stehlen. Hier besitzt jeder „Das Seine“! Dieser Geist der Front, der Geist der selbstverständlichen Anständigkeit und gegenseitigen Achtung – auch bei verschiedener Ansicht – scheint in der Heimat immer wieder brüchig zu werden, sonst wären die dauernden, so weite Kreise empörenden Bedrückungen katholischer Organisationen in unseren Zeiten einfach nicht möglich.

(Nazigruß)

Albrecht Prinz von Hohenzollern,  
Hauptm. d. R. und Batl.-Kmdr.

Feldpost-Nr. 19151 A.

(Abschrift)

## VBE: Religions- und Ethikunterricht kein Gegensatz

### Ebert fordert stärkeren Lebensweltbezug des Religionsunterrichts

Den westdeutschen Kirchen laufen Mitglieder davon. Der Schwund spiegelt sich auch im Religionsunterricht wider. Welchen Stellenwert hat da heute noch ein Religionsunterricht, der

zwar grundgesetzlich garantiert ist, der aber nur noch von einer Minderheit für erzieherisch richtig befunden wird? Es ist an der Zeit, über neue Formen ethisch-religiösen Unterrichts nachzudenken und neue Anstöße zu geben. Aus diesem Grund veranstaltete der Verband Bildung und Erziehung am Sonnabend, 3. April, ein bundesweites Symposium zum Stellenwert des Religionsunterrichts mit dem Thema „Zwischen Lebenshilfe und Unterweisung – neue Perspektiven für den Religionsunterricht?“

„Religionsunterricht hat sein Maß am Bildungsauftrag der Schule, nicht an den Bedürfnissen der Kirche als Glaubensunterweisung. Er steht in der Mitte zwischen ‚Kirche in der Schule‘ und bloß informierender ‚Religionskunde‘. Letztere scheint deshalb ungenügend, weil Schule neben der Informationsvermittlung auch Einweisung in die sozialen Normen der Gesellschaft leisten muß.“ Diese Rahmenbedingungen nannte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Wilhelm Ebert, in seinem Vortrag zur Eröffnung des Symposiums im Evangelischen Gymnasium Hermannswerder in Potsdam vor Religionspädagoginnen und -pädagogen aus ganz Deutschland. Der VBE vertritt als Lehrgewerkschaft die Interessen von 130000 Lehrerinnen, Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern aus allen Bundesländern. In Brandenburg ist der BVE

mit dem Brandenburgischen Pädagogen Verband landesweit präsent.

Engerer Anlaß für die Tagung ist die kontroverse religionspädagogische Debatte über den Modellversuch „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“ des Landes Brandenburg. Ebert: „Religionsunterricht kann nicht ohne Alternative bleiben. Wo die ‚Grundsätze der Religionsgemeinschaften‘ abgelehnt werden und ein konfessionsübergreifender Religionsunterricht nicht möglich ist, ist daher als Alternative Ethikunterricht anzubieten.“ Der Brandenburger Versuch dürfe nicht isoliert von einer ehemaligen DDR-Schulpraxis gesehen werden, die grundlegende Fragen von Ethik, Weltanschauungen und Religion ausgeschlossen oder der Parteiideologie untergeordnet habe. Er stelle einen Versuch dar, die sozialen und ethischen Gegenwarts- und Zukunftsfragen in den veränderten Lernprozeß der hiesigen Schulen zu integrieren. Bemerkenswert sei hierbei ein inhaltliches Angebot, das durchaus auch als eine Antwort auf die Forderung nach einem besseren Lebensweltbezug des herkömmlichen Religionsunterrichts gedeutet werden könne.

Das Orientierungsbedürfnis der Kinder und Jugendlichen verlange nach deutlichen Identifikationsangeboten. Vermittelte Erfahrung von Werten müsse Identifikationsangebote machen. Nur so werde eine gewisse Lebensorientierung begründet. In einer Zeit, in der Le-



ben nicht einfach durch das Befolgen von Verhaltenskatalogen gemeistert werden könne, sei der kreative Umgang mit Normen für das Finden des Lebensdienlichen unverzichtbar. Ebert erinnerte an die „goldene Regel“ der Bergpredigt: „Alles, was Ihr wollt, daß Euch die Leute tun sollen, das tut Ihnen auch.“ Persönliche Freiheit könne nur durch Freiheit erweckt werden und lebe in der Bejahung der Freiheit des anderen. Eine positiv verstandene Religionsfreiheit wahre die Rechte von religiösen Minderheiten und Nichtgäubigen nach dem gleichen Standard wie die eigenen. Religionsunterricht sei somit für Kirche und Gesellschaft ein immer neuer Bewährungsort für eine lebendige Demokratie, so der VBE-Bundesvorsitzende.

*(VBE-Pressedienst vom 3. 4. 93)*

## Gigantomanie der Unverständigen!

Unserem Volk ist geschenkt worden, was kaum jemand für möglich gehalten hatte: Die Vereinigung.

Was Hitler in unserem Namen blutig verspielte, ist unserer Generation – zwar erheblich verkürzt – als Aufgabe wiedergegeben. Diese Aufgabe, die neuen Länder voll zu integrieren und mit den Menschen dort baldmöglichst unser freies Leben zu teilen, ko-

stet, wie man heute weiß, Unsummen. 12 Jahre Hitler und 45 Sozialismus haben das Land ruiniert.

Zum Neuaufbau sind -zig Milliarden notwendig.

Aber auch wir selbst haben Armut in den alten Ländern. Wir dürfen, soll das Einigungswerk gelingen, diese Menschen nicht vernachlässigen.

Und nun liest der staunende Zeitgenosse, daß der Bundespräsident in Zukunft das Kronprinzenpalais mit dem angrenzenden Areal nutzen soll. Mit dieser Vergabe weiß man, was nun Kanzler und Außenminister beanspruchen werden.

Die Summen werden bald die 200 Milliarden überschreiten.

Hat keiner den Mut zu sagen: So nicht und jetzt nicht!

Bevor den Rentnern, Arbeitslosen, Familien mit Kindern usw. nur eine Mark abgezogen werden darf, müssen alle unnötigen Ausgaben gestrichen werden.

Und da gibt es viele:

- Umzug Berlin
- Olympiade Berlin
- Expo 2000 Hannover
- rd. 60 parlamentarische Staatssekretäre weniger
- rd. 100 Bundestagsabgeordnete weniger
- rd.  $16 \times 10 = 160$  Landtagsabgeordnete weniger
- In den Städten und Kreistagen lassen sich ebenfalls Streichungen vornehmen
- Die Kunst am Bau – eine feste Summe in jeder Ausschrei-

bung – könnte um 10 % gekürzt werden.

- Straßen, Plätze, Fahrradwege und Umgehungsstraßen etc. in den alten Ländern könnten zugunsten der Ostländer um einige Jahre hinausgeschoben werden.

Kurz: Viele Dinge, die nicht lebensnotwendig sind, könnten aufgeschoben werden.

Dann würde die Mehrheit des Volkes sicherlich bereit sein, erneut einen angemessenen Beitrag in Form eines Solidarbeitrages zu leisten.

Denn nicht nur um unsere Zukunft geht es, sondern auch um die der leidenden Völker in aller Welt. Und dazu sind auch unsere Hilfen notwendig.

*Helmut Fettweis*

## Tschechien: Nach 45 Jahren wieder Militärseelsorge

Nach 45 Jahren Pause wird in Tschechien wieder die Militärseelsorge aufgebaut, wobei man gen Osten nach Polen schaut. Mit dem Aufbau der tschechischen Militärseelsorge wurde der US-Militärkaplan tschechischer Herkunft, Oberst Joseph Supa, von der Böhmischo-Mährischen Bischofskonferenz betraut. Im Rahmen der Fakultät für katholische Theologie an der Prager Karls-Universität

entstand ein sog. „Ökumenisches Lektorat“, das jetzt Militärseelsorger für die Seelsorge an Wehrdienstleistenden heranbilden soll.

Gleichzeitig soll an der Medizinischen Fakultät der Militärakademie in Königgrätz ein Religionsstudium für Offiziere etabliert werden.

Da es angesichts des großen Priestermangels unmöglich sein wird, alle Garnisonen mit Feldgeistlichen auszustatten, sollen für eine Übergangszeit katholische Laien, Offiziere und auch Zivilisten, zumindestens teilweise, die Funktionen eines Militärseelsorgers übernehmen. Sie sollen in Sonderlehrgängen dafür vorbereitet werden. Vorerst sollen Hl. Messen nicht auf Kasernengelände zelebriert werden, sondern in der nächstliegenden katholischen Kirche. Hochwürden Oberst Supa wird in all seinen Planungen tatkräftig vom Verteidigungsministerium der Tschechischen Republik unterstützt, heißt es seitens der tschechischen katholischen Amtskirche.

Es wird nicht ausgeschlossen, daß der Oberst den US-Waffenrock ausziehen und erster Feldbischof der neuen demokratischen Armee werden wird. Es ist vorgesehen, daß die tschechischen Militärseelsorger, ähnlich wie ihre polnischen Amtsbrüder, Uniform und Offiziersrangabzeichen (ab Hauptmann aufwärts) tragen werden.

*Joachim G. Görlich*

## „Der Krieg wird sich ausweiten“

### Zwei Franziskaner informieren über die Lage in Bosnien

„Es ist eine Schande“, empört sich Boze Vuleta kopfschüttelnd. Der Franziskaner aus Kroatien kann die Haltung von UNO und EG zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien nicht mehr verstehen. Ignorant sei man gegenüber der serbischen Eroberungspolitik gewesen. Zusammen mit seinem Ordensbruder Franjo Radman aus Sarajevo ist er im Auftrag der Ordensleitung unterwegs, um weltweit Politiker sowie gesellschaftliche und kirchliche Organisationen über die Lage auf dem Balkan und die Hintergründe des Konflikts aufzuklären. Ihre erste Station in der Bundesrepublik ist das Deutsche Sekretariat der katholischen Friedensbewegung Pax Christi in Bad Vilbel.

Hoffnung auf Frieden hat Vuleta derzeit kaum. Eine Lösung des Konflikts werde immer schwieriger. „Kein Waffenstillstand hat gehalten, die Friedenspläne sind gescheitert“, bilanziert der 37jährige. Er könne nur vor der Illusion warnen, daß die serbische Kriegsmaschinerie an den Grenzen Bosnien-Herzegowinas haltmache. „Der Krieg wird sich ausweiten“, ist Vuleta überzeugt. Der Kosovo und Mazedonien seien die nächsten Opfer.

Die beiden Franziskaner haben in Kroatien als Lehrer an Ordenschulen unterrichtet, ehe sie wegen des Krieges fliehen mußten. Nun sind sie seit Anfang des Jahres auf Reisen, um aus der Sicht der Opfer über den Krieg auf dem Balkan zu informieren. Im Januar waren Vuleta und Radman in den USA und in Kanada. In Washington trafen sie mit Vertretern der Bischofskonferenz, des Außenministeriums und mit Senator Edward Kennedy zusammen. Anschließend flogen sie zu Gesprächen nach Brüssel und zum Europaparlament nach Straßburg.

Der gute Wille, einen Beitrag zum Ende des Krieges zu leisten, sei überall vorhanden, berichten die Franziskaner. Aber es werde kaum politischer Druck auf die Serben ausgeübt, kritisierte Radman. Mit einem Kriegsverbrecher wie dem bosnischen Serbenführer Radovan Karadzic könne man keine politischen Vereinbarungen treffen. „Das ist verlorene Zeit“, sagt der 28jährige Ordensmann. Gesellschaftliche Organisationen, Kirchen und Politiker müßten Druck auf die Unterhändler Vance und Owen, auf US-Präsident Clinton und Serbenführer Milosevic ausüben, damit Karadzic abgelöst werde. Dann könne man vielleicht zu einer politischen Vereinbarung kommen. „Aber das muß schnell passieren, sonst ist ganz Bosnien ein Friedhof“, sagt Radman und fügt hinzu: „Während wir hier reden, entstehen neue Konzentra-

tionslager, werden Tausende von Frauen vergewaltigt.“ Für den Fall, daß politische Bemühungen scheitern, plädieren die beiden Franziskaner für eine militärische Intervention.

Dieser Ansicht können die Vertreter von Pax Christi nicht zustimmen. Herbert Froehlich, Mitglied im Präsidium und dort für Ex-Jugoslawien zuständig, bekennt seine „Ratlosigkeit und Ohnmacht“ gegenüber den Vorgängen auf dem Balkan: „Wir können den Herd des Übels nicht direkt ergreifen, Karadzic ist für mich nicht erreichbar.“ Er verstehe, sagt Froehlich zu Vuleta und Radman, daß „das Pein macht und Schmerz bereitet“. „Was sagen Sie denn einem 11jährigen Mädchen, das von den Serben 20- oder 30mal am Tag vergewaltigt wird?“ entgegnet Radman. „Ich würde wohl schweigen“, antwortet Froehlich. Und für Waldeemar Ruez, den Geschäftsführer von Pax Christi, gibt es „die“ große Lösung nicht, sondern „nur viele kleine Initiativen“. So fördere Pax Christi Friedensgruppen in Serbien, betreue Flüchtlingslager und bemühe sich mit der Aktion „Den Winter überleben“ darum, Flüchtlinge aus Bosnien in Privatwohnungen unterzubringen.

*Hermann Hofmann (KNA)*

(aus NIMM Nr. 8 vom 25.3.93)

## Hirtenstab, Mönchskutten und die Einheit Bosniens

### In der Herzegowina ist der Streit zwischen dem Bischof und den Franziskanern neu entbrannt

Die Kroaten der Herzegowina gelten seit jeher als eigensinnig. Besonders empfindlich reagieren sie immer dann, wenn es um ihre ureigenen überkommenen „Institutionen“ geht. Ihr goldgrün schillernder Wein und der Tabak, das karstige Gebirge, das einst herzegowinischen Räuberbanden Unterschlupf bot, und die Franziskaner sind ihnen lieb. Unlängst ist der Streit zwischen Welt- und Mönchspriestertum in Bosnien-Herzegowina neu entbrannt: Bischof Zanic richtete zu Beginn dieses Jahres, am 6. Januar, in Mostar vier neue Gemeinden ein. Zum Ärger der in Mostar ansässigen Franziskaner übergab er die Pfarreien Weltpriestern.

Ihre mit Schärfe geführte Kontroverse um die Gemeinden in der Hauptstadt der Herzegowina tragen die Beteiligten derzeit in kroatischen Zeitungen aus. Die in der dalmatinischen Hafenstadt Split erscheinende Wochenzeitung „Nedjeljna Dalmacija“ widmete dem wieder entfachten herzegowinischen Dauerstreit kürzlich einen

ganzseitigen Bericht. Der Franziskanerorden, der für seine widerpenstige Haltung gegenüber kirchlicher und weltlicher Obrigkeit bekannt sei, habe in der bereits gewohnten heftigen Form reagiert, schreibt die Zeitung. Auf den Protest des Franziskanerordens antwortete das bischöfliche Ordinariat in Mostar mit mehreren Stellungnahmen in kroatischen Zeitungen: Man habe die Diözesangemeinden in Absprache mit den Franziskanern von Mostar gegründet.

In einem Interview für die Tageszeitung „Slobodna Dalmacija“ verglich der stellvertretende Provinzial der Franziskaner in der Herzegowina, Tomislav Pervan, das bischöfliche Dekret mit einer „religiösen Bombe“. Die Verfügung zerstöre die Einheit der Gläubigen und wirke sich auf die Moral der Truppen im Verteidigungskrieg verheerend aus. In dem Zeitungsinterview hebt der streitbare Franziskaner die geistige und kulturelle Bedeutung seines Ordens für Bosnien-Herzegowina hervor.

Der Mönchsorden ist eng mit der Geschichte Bosniens und seinem Streben nach Selbständigkeit verbunden. Am 23. März 1291 übertrug Papst Nikolaus IV. zwei Franziskanern aus der kroatischen Ordensprovinz Slawonien die Mission in dem damaligen südslawischen Königreich. Die Kenntnis der Landessprache sollte den Mönchen bei der Verbreitung des katholischen Glaubens von Vorteil

sein. Besondere Verdienste erwarben sich franziskanische Ordensleute bei der Missionierung der Bogumilen. Deren neumanichäische Lehre war im zwölften Jahrhundert zur bosnischen Staatsreligion geworden.

Die Bogumilen vertraten eine äußerst strenge Sittenlehre und wehrten sich gegen die Vereinnahmung sowohl durch die katholische als auch durch die orthodoxe Kirche. Bei der Auseinandersetzung mit den Bogumilen kam den Franziskanern das Gebot der Askese zugute. In ihrem ethischen Rigorismus waren sie sich mit den Anhängern der häretischen Sekte einig. Die missionierenden Mönche zeigten mitunter Eigenschaften, die auf eine Beeinflussung durch ihre bogumilischen Glaubensgegner schließen lassen. Der Drang nach geistiger Unabhängigkeit bedingt auch die widerspenstige Haltung der Mönche in ihrem gegenwärtigen Zwist mit der kirchlichen Obrigkeit.

Als der mittelalterliche Staat 1463 unter die Osmanen fiel, bewies der Orden diplomatisches Geschick: Bereits 1464 erwirkten die Mönche in einem Vertrag mit Sultan Mehmed II. (1432 bis 1481) das Recht zur freien Religionsausübung. Damit hatten die Franziskaner während der gesamten Türkenzeit in Bosnien-Herzegowina das alleinige Recht zur Seelsorge für die katholische Bevölkerung. Dies erklärt die noch heute zu beobachtende Volksverbundenheit

der Patres.

Vier Jahrhunderte lang sorgten franziskanische Geistliche durch ihre pädagogische, wissenschaftliche und schriftstellerische Tätigkeit für die Bewahrung der kulturellen Identität der Kroaten Bosnien-Herzegowinas. Das Bewußtsein dieser bedeutenden geschichtlichen Leistung des Ordens erklärt die trotzige Stellungnahme seines stellvertretenden Provinzials Pervan zu dem gegenwärtigen Konflikt mit dem Bischof.

Trotz wachsender Schwierigkeiten mit der islamischen Bevölkerung breiteten sich die Franziskaner bis zur ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts in allen von den Osmanen eroberten Gebieten aus. Aus dieser Zeit stammt das bosnische Sprichwort: „Wohin der Türke mit dem Säbel – dorthin geht der Pater mit dem Felleisen.“

Als sich die Angriffe fanatischer Muslims auf die Ordensleute mehrten, erteilte ihnen Sultan Murat IV. 1626 eine ungewöhnliche Erlaubnis: Um sich vor Willkürakten der Janitscharen (osmanischen Soldaten) zu schützen, durften die Mönche Bauernkleider tragen. Verwegen sahen daher die Patres oft noch im neunzehnten Jahrhundert aus: Krummsäbel staken in ihren Gürteln, lange Schnauzbärte zierten die Gesichter, und die Köpfe bedeckten die kegelförmigen Fese aus rotem Filz.

Die Mönche flohen vor brandschatzenden Truppen in abgelegene

Dörfer. Um die Geistlichen vor den Osmanen zu verheimlichen, sprach die katholische Bevölkerung die Patres mit dem Wort „ujak“ (Oheim) an. Dieser einstige Deckname hat sich bis heute im Volksmund erhalten. Mit dem Volk fühlten sich die Mönche seit jeher verbunden. Engagiert nahmen franziskanische Theologen im neunzehnten Jahrhundert die romantische Idee einer nationalen Wiedergeburt auf. Der Franziskanermönch Fra Grga Martić (1822 bis 1905), der „bosnische Homer“, gehört zu den ersten Sammlern bosnischer Volkslieder. In historischen und ethnologischen Werken vertraten zahlreiche franziskanische Schriftsteller des vergangenen Jahrhunderts die Forderung nach einer politischen Selbständigkeit von Bosnien-Herzegowina.

Die von dem Orden angestrebte Autonomie des Landes brachte die aufsässigen Mönche nach der Okkupation ihrer Heimat durch Österreich-Ungarn (1878) in Konflikt mit den neuen weltlichen Herrschern. Franz Joseph I. (1830 bis 1916), Kaiser von Österreich und „apostolischer König“, bewog Papst Leo XIII. 1881 zum Aufbau einer regulären kirchlichen Hierarchie in Bosnien und der Herzegowina. Nach vier Jahrhunderten konkurrenzloser seelsorgerischer Tätigkeit betrachtete der Franziskanerorden den neu entstehenden Weltklerus als Handlanger Wiens, dessen Aufgabe einzig darin bestehe, Bosnien und die Herzego-

wina enger an Österreich-Ungarn zu binden.

Die Befürchtung der Franziskaner, in der Herzegowina an Einfluß zu verlieren, beherrscht auch den aktuellen Streit um die vier neuen Pfarreien in Mostar. Seine besondere politische Brisanz erhielt er durch die Diskussionen um eine Aufteilung Bosnien-Herzegowinas, wie sie der radikale herzegowinische Kroatienführer Mate Boban vertritt. Der Führer der herzegowinischen Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) betreibt seit längerem eine Politik der Abtrennung der überwiegend kroatisch besiedelten Westherzegowina. Von den elf bekannteren Franziskanerklöstern in dem vom Krieg gezeichneten Land lägen nach der von Boban gewünschten Grenzziehung lediglich zwei auf herzegowinischem Territorium.

Das würde das Ende der Franziskanerprovinz bedeuten, der einzigen seit dem Mittelalter kontinuierlich existierenden Einrichtung in Bosnien-Herzegowina. Insgeheim bezichtigen die Mönche wohl den Bischof, mit der Einsetzung der vier weltlichen Gemeindepfarrer die Abspaltungspolitik Bobans zu unterstützen.

*Matthias Jacob*

(aus Deutsche Tagespost v. 20.3.1993)

**Wer mich liebt,  
dem werde  
ich mich offenbaren.**

(Johannes 14, 21)

## Polen und Deutsche als Vorreiter

### Im Schatten des Kremls aufkeimender Katholizismus

Im Schatten des Kremls beginnt wieder der Katholizismus zu keimen. Es waren polnische und deutsche Gläubige, die seinerzeit den Glauben an die Moskwa gebracht hatten. Bald stießen – trotz strengen Verbots – russische Menschen dazu. Zu den Herausragendsten unter ihnen gehörten die Fürstin Sinaida Wolkonskaja und der Fürst Iwan Gagarin, aus dessen Geschlecht der erste sowjetische Kosmonaut Jurij Gagarin hervorging, der allerdings die Existenz Gottes leugnete.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts lebten immerhin schon 20000 Katholiken in Moskau, die drei Pfarrgemeinden hatten (in St. Petersburg gab es gar zwölf Pfarrgemeinden). Mit der kommunistischen Oktoberrevolution wurde der katholischen Kirche der tödliche Stoß versetzt.

Zu den herausragenden Gestalten des Moskauer Katholizismus gehörte das Ehepaar Wladimir und Anna Abrikosow. Er ließ sich zu Beginn der Kirchenverfolgung zum Priester weihen, sie trat in den Dominikanerorden ein. Bald wurde er ausgebürgert, sie gründete mit jungen russischen, polnischen

und jüdische Mädchen eine Ordensgemeinschaft und verstarb nach Folterungen 1936. Doch ein Teil ihrer damaligen Schülerinnen überlebte.

Seit einem Jahr haben die Katholiken eine eigene „Theologische Fakultät“, an der auch Orthodoxe und Andersgläubige studieren: Inzwischen 100 Personen. Es gibt auch Fernstudien, die vom Mitstreiter der Anna Abrikosow, Dominikanerpater Sergej Nikolenko, geleitet werden. Die Katholiken haben inzwischen auch eine Monatsschrift „Istina i Shisn“ (Existenz und Leben), deren Chefredakteur abermals ein Dominikaner ist, der seine illegale Weihe seinerzeit in Polen erhielt: Alexander Chmielnicki. Ein weiterer leitet den neuen katholischen Klub „Geistlicher Dialog“, nämlich Prof. Dr. Julian Schreider.

Seit 1991 ist der Pole Tadeusz Kondrusiewicz katholischer Erzbischof von Moskau. Seitdem trifft man hier auch Priester aus Polen, Deutschland, Frankreich, Italien und aus den USA an, die sich hier – wenn auch teilweise als Gastseelsorger – der Moskauer Katholiken, auch unter den hier lebenden Ausländern, annehmen. Die Deutschen werden notabene von Pater Norbert Winter betreut.

Nach den Dominikanern gibt es wieder die Jesuiten an der Moskwa. Hinzu kommen noch zwei weitere männliche Orden, voran die Salesianer. Weibliche Orden gibt es hier inzwischen zehn, wo-

von einige bereits ihre Tätigkeit seinerzeit im Untergrund aufgenommen hatten. Dazu gehören u.a. Dominikanerinnen und Salesianerinnen und vor allen Dingen die Missionarinnen der Mutter Theresa.

*Joachim Görlich*

## Der Papst sucht Zugang zum Denken der Muslims

In Benin wurde ein weiterer Aufruf zum friedlichen Zusammenwirken der verschiedenen Religionen vorgelegt.

Die Kirche achte die nichtchristlichen Religionen, besonders dann, wenn sie aufrichtig nach Gott suchten, möge diese Suche auch unvollständig sein. So bekräftigte es Papst Paul VI. in seinem bedeutenden Schreiben über die missionarische Sendung der Christen, „Evangelii nuntiandi“, nachdem bereits das Zweite Vatikanische Konzil erklärt hatte, daß die Kirche alles das wertschätze, was in den anderen Religionen an Gutem und Richtigem vorhanden sei. Aber erst unter Johannes Paul II. ist der von Respekt und dem Wunsch nach Zusammenarbeit getragene Umgang mit nichtchristlichen Religionsgemeinschaften zu einem Kennzeichen der römischen Kirchenführung ge-



worden. Der Pole Wojtyla war der erste Papst der Geschichte, der eine Synagoge besucht hat. Zweimal lud Johannes Paul II. Vertreter anderer Religionen zu einem Friedensgebet nach Assisi. Ohne viel Aufhebens gab der Vatikan sein Einverständnis, als islamische Geldgeber begannen, in Rom eine der größten Moscheen Europas zu errichten.

Regelmäßig wiederkehrende Gelegenheiten, sich den Oberhäuptern nichtchristlicher Glaubensgemeinschaften zu empfehlen, bieten jedoch die vielen Auslandsreisen des Papstes. Auch die erste Station seines zehnten Afrikabesuchs, den Aufenthalt in dem kleinen westafrikanischen Staat Benin, hat Johannes Paul II. mit zwei interreligiösen Begegnungen abgeschlossen. Er empfing Vertreter des Islam und der Voudou-Religion, die in Benin noch verwurzelt ist. Und wie so oft bei diesen Gelegenheiten, unterließ es der Papst nicht, die nichtchristlichen Religionsführer zur gemeinsamen Arbeit für den Frieden aufzurufen. „Der Weg derjenigen“, meinte Johannes Paul II. vor den Vertretern der muslimischen Gemeinschaft in Parakou, „die an Gott glauben und Ihm dienen wollen, ist nicht der des Herrschens über andere, sondern der Weg des Friedens: des Friedens der Einheit mit unserem Schöpfer, der in der Erfüllung Seines Willens seinen Ausdruck findet; des Friedens innerhalb des geschaffenen Universums, indem

man die Reichtümer der Schöpfung weise und zum Wohle aller verwendet; des Friedens im Schoß der menschlichen Familie, um gemeinsam an der Schaffung starker Bande der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit und der Harmonie in unserer Gesellschaft zu arbeiten“.

Der Versuch des Papstes, mit solchen Worten einen Zugang zum Denken der nichtchristlichen Nachbarn der Kirche zu finden, gründet auf einer sich immer wieder bestätigenden Erfahrung. Selbst in Ländern wie dem Libanon, dem ehemaligen Jugoslawien oder dem Sudan, in denen man gewaltsame Auseinandersetzung oft vorschnell als religiöse oder kulturelle Konflikte präsentiert, sind die einfachen Gläubigen der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften im Grunde von dem Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben beseelt.

In Benin, wo von knapp fünf Millionen Einwohnern sechzig Prozent Anhänger der traditionellen Stammesreligionen, ein Fünftel Katholiken und etwa sechshunderttausend Einwohner Muslims sind, leben Christen und Anhänger des Islam seit geraumer Zeit in Frieden Seite an Seite. Die Rolle, die die Religionsführer bei Prozessen der Befriedung spielen können, wurde in dem kleinen Staate vor wenigen Jahren besonders deutlich. 1990 begann für Benin eine Zeit der Demokratisierung. Siebzehn Jahre hatte Staatschef Kerekou das Land nach marxi-

stisch-leninistischem Vorbild geführt, eine Zeit, in der die katholische Kirche ihre Schulen und Kollegs verlor, ausländische Missionare ausgewiesen wurden und Priester wie Ordensleute teilweise gewaltsam an der Ausübung ihrer pastoralen Arbeit gehindert wurden. Mit der Verfassung von 1979, die das Recht auf Gewissens- und Kultfreiheit festschrieb, begann eine gewisse Entspannung zwischen Kirche und Staat. Aber erst mit dem Referendum zur Verfassungsreform vom Dezember 1990, dem im Februar und März 1991 freie Wahlen folgten, nahm die marxistische Herrschaft in Benin ihr Ende. Eine Nationale Konferenz für die demokratische Reform des Landes wurde einberufen und an ihre Spitze der katholische Erzbischof Isidor de Souza gewählt. Bei seiner Begegnung mit den katholischen Bischöfen des Landes am Mittwoch in Cotonou ging Johannes Paul II. auf diesen Beitrag der Ortskirche zur Demokratisierung des Landes nochmals ein. „Ich bin glücklich über den großen Dienst“, sagte der Papst, „den die Hierarchie dieses Landes in der Person von Erzbischof Isidor de Souza der Nation in einem wichtigen Augenblick erweisen konnte.“ Johannes Paul II. fügte jedoch sogleich hinzu, er wünsche, daß ein Oberhirte der Kirche, der „ausnahmsweise aus dem Geist des Evangeliums heraus eine zeitlich begrenzte politische Aufgabe übernommen habe, dann wieder

zu seiner eigentlichen Sendung zurückkehre, die in der Verantwortung für die Seelen besteht, wofür er die Weihe empfangen hat“. Dennoch war und ist die katholische Kirche in Benin stolz darauf, auf so direkte Weise an dem friedlichen Wandel der politischen Verhältnisse des Landes mitgewirkt zu haben.

Den Vertretern des Islam sagte Johannes Paul II. dann am Donnerstag, daß Benin Zeiten großer Schwierigkeiten durchlebt habe, jetzt aber die Zeit gekommen sei, „in der alle Einwohner des Landes ohne Unterscheidung des Stammes oder der Religion aufgerufen sind, ihre Kräfte zum Wiederaufbau zu vereinen“. Dazu gehöre die Pflege der Werte der Familie, die heute oft bedroht sei, aber bei der Bildung des Gewissens und einer friedliebenden Generation eine herausragende Rolle spiele. Christen, Muslims und die Anhänger der traditionellen Religionen müßten aber zusammenarbeiten, meinte der Papst weiter, wenn es um die Überwindung der Armut gehe. „Besonders dann, wenn aus der Armut Elend wird, stellt sie eine Bedrohung des Friedens dar.“ Der Respekt vor den anderen und die Brüderlichkeit würden mit der Ausrottung der Armut beginnen, sagte Johannes Paul II. Und die Anstrengungen, die Christen und Muslims in Benin hier gemeinsam unternehmen, seien hoch zu würdigen. Worte des Papstes, die sicherlich auch auf den beiden kommenden

Stationen seiner Afrikareise, Uganda und Karthoum, zu vernehmen sein werden.

*Guido Horst*

*(aus Deutsche Tagespost v. 6. 2. 93)*

## „Christen und Muslime vor der Herausforderung der Menschenrechte“

### **Stellungnahme der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz**

In einer Pressekonferenz, die am 15. Dezember 1992 in Bonn stattfand, hat die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz eine Stellungnahme zum Thema „Christen und Muslime vor der Herausforderung der Menschenrechte“ vorgestellt. An der Pressekonferenz nahmen Weihbischof Dr. Alfred Kleinermeiert (Trier), Beauftragter der Kommission Weltkirche für Kontakte zu den nichtchristlichen Religionen, und Dr. Heiner Bielefeldt (Heidelberg), einer der Autoren der Stellungnahme, teil. Der Text baut auf einem bereits in den siebziger Jahren begonnenen Dialogprogramm auf, an dem christliche und muslimische Wissenschaftler ver-

schiedener Disziplinen beteiligt waren.

Die Stellungnahme untersucht Schwierigkeiten und Chancen eines gemeinsamen christlich-islamischen Engagements für die Menschenrechte. Ausgangspunkt ist eine selbstkritische Besinnung auf die Geschichte der Konflikte zwischen den christlichen Kirchen und der modernen Menschenrechtsbewegung. Die wechselseitigen Vorbehalte und Mißverständnisse sind erst in jüngerer Zeit, seitens der katholischen Kirche vor allem auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil, ausgeräumt worden. Es wird sodann gefragt, ob religiös motivierte Widerstände gegen universale Menschenrechte, wie sie derzeit verstärkt im islamischen Raum zu verzeichnen sind, möglicherweise durch ähnliche Lernprozesse, wie sie in den christlichen Kirchen stattgefunden haben, überwunden werden können. Im Zentrum der Darstellung steht das Recht auf Religionsfreiheit. Daneben kommen auch einige islam-spezifische Menschenrechtsprobleme, z.B. die untergeordnete Stellung der Frau und die grausamen Körperstrafen im islamischen Recht, zu Wort. Während die christlichen Kirchen die Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit, nach langem Ringen inzwischen eindeutig anerkannt – und darin ein ureigenes Anliegen wiedererkannt – haben, ist die innerislamische Auseinandersetzung noch voll im Gange.

Neben fundamentalistischer Verweigerung oder Umdeutung der Menschenrechte gibt es freilich auch bei Muslimen eindrucksvolle Versuche, den menschenrechtlichen Freiheitsanspruch mit der religiösen Botschaft der Offenbarung kritisch zu versöhnen.

Weihbischof Dr. Kleinmeilert hob in der Pressekonferenz hervor, daß die vorliegende Stellungnahme um großen Realismus bemüht sei. Sie lasse keinen Zweifel daran, daß derzeit noch nicht abschließend prognostiziert werden könne, inwieweit die von reformorientierten Muslimen zwischen den Menschenrechten und der islamischen Tradition geschlagenen Brücken innerhalb der großen muslimischen Glaubensgemeinschaft begangen werden. Dennoch, so Kleinmeilert, verliere „das heute bereits mögliche Gespräch von Christen und Muslimen dadurch nichts von seinem Wert. Denn es realisiert erste Schritte in eine gemeinsame Zukunft; viele weitere werden noch folgen müssen.“

Weihbischof Kleinmeilert verwies zudem darauf, daß „gerade in der heutigen Situation in unserem Land, angesichts der wachsenden Vorbehalte und Vorurteile gegen alles Fremde, angesichts der rechtsradikalen Gewalt, die sich auch gegen Muslime in Deutschland richtet, diese Stellungnahme einen Beitrag zu vernünftiger Orientierung und Aufklärung leisten“ könne. Sie sei „insofern

auch ein kleiner Mosaikstein im Kampf gegen Dummheit, Ressentiments und Gewalt“.

Der Herausgeber der Stellungnahme:

Die **Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben** wird von der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz berufen. In der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe sind Professoren verschiedener Fachrichtungen versammelt. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht in der wissenschaftlichen Behandlung von Fragen aus dem Bereich der weltkirchlichen Verantwortung der Kirche in Deutschland.

Die Stellungnahme kann in Form einer Broschüre vom 16.12.1992 an bei der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1 (Tel.: 0228/103-288) bezogen werden.

## Diskussion über die Liebe

### Aufzeichnung einer glücklichen Mutter

Jener angehende Soziologiestudent, der als kleiner Bub so drollig verliebt war, daß er gestand: „Mutti, wenn ich groß bin, heirate ich dich!“ forderte, kaum der Pubertät entwachsen, seine Mutter zur Diskussion heraus und ordnete an:

„Zuerst müssen wir festlegen, was wir unter ‚Liebe‘ verstehen wollen, damit wir einen gemeinsamen Nenner haben!“ – „Dann drücke dich doch unmißverständlich aus und sage ‚Sex!‘“ antwortete die Frau dem jungen Mann. „Einverstanden! – So hast du also Raum gewonnen für die dir so sehr am Herzen liegenden Bereiche der mitmenschlichen Begegnungen, der Fürsorge und all der anderen, stets mit Pflichten verbundenen Attribute an die Liebe deiner Art. Und werden ihr diese nicht gezollt, schlägt sie nach altbekanntem Muster um in mitleidlosen, grauenhaften Haß!“

„Es ist wahr –“, entgegnete nachdenklich die Mutter, „die Menschheitsgeschichte ist von solchen Beispielen gesättigt. Zu allen Zeiten regte sie Künstler an und erfüllte nicht nur ihre großen Gestalten mit der Gnade ihres vollendeten Könnens. Es ist aber auch wahr, daß die strengen Sittengesetze, von den Menschen aus leidvoller Erfahrung mit ihren weit qualvolleren Fesseln, die ihnen das ungezügelte Ausleben ihrer Triebe anlegte, zum Schutze der Kinder geschaffen werden mußten. Generationen um Generationen haben darüber gewacht. Auch dabei sind viele Tränen geflossen.“ –

„Du redest immer von allgemeinen Gepflogenheiten. Werde doch endlich mal konkret!“

„Konkret! – Du meinst persönlich. – Ich denke, du hast längst

nachgerechnet und weißt, daß du das Ergebnis unserer Fllitterwochen bist. Liebe – meine Vorstellung von Liebe – meint nämlich das Du, den Partner, das Kind, den Vater, die Mutter, den Nachbarn und in aller gebotenen Ehrfurcht unseren Schöpfer. Sie gilt jeder Kreatur!“

„Und das Geschlechtliche, das Elementare, spielt eine gänzlich untergeordnete Rolle für dich?“

„Ach nein, mein Sohn! Wie hätte ich dich und deine Geschwister sonst empfangen, unter Schmerzen gebären dürfen? Auch ich mußte manchmal um unsere Zuneigung bangen. Aber nach jedem Streit haben dein Vater und ich doch wieder das Einvernehmen und unsere Zweisamkeit in der gemeinsamen Familie, das Ich im Du, gefunden. Ich gestehe: Das waren unsere glücklichsten Stunden. Jede Liebe braucht ein geistiges, ein religiöses Fundament, das hält, wenn die Leidenschaft vom Alltag in Ketten gelegt wurde. Eine gefestigte Liebe bindet über den Tod hinaus. Denn obgleich bekannt ist, daß die Liebe aktiviert wird von den Hormonen unseres Körpers, so ist damit doch nicht widerlegt, daß sie in unserm Herzen, in der Seele wohnt. Von dort her vermag sie sich zu verströmen zu überschwenglicher Freude und tiefster Trauer und wirksam sein weit über den Tod eines geliebten Partners hinaus.“

Mit dieser Liebe verbinden sich auch das Heimweh, die Seh-

sucht, die Möglichkeit, Trost im Gebet zu suchen und Halt zu finden durch Gottes Kraft!“

„Es steht mir wohl nicht zu, dir deine Geborgenheit zu rauben! Mit dir kann man nicht über die Liebe diskutieren!“

„Nein?! – Weil es einer solchen Diskussion zwischen uns nicht bedarf, mein lieber Junge! Ich vertraue dir! Du wirst ein Mädchen, das du liebgewinnst, nicht unglücklich machen wollen und darum trotz deiner modern-provozierenden Redeweise nach dem Herzen handeln! – Die Liebe kennt Stationen, die auch du erfahren wirst – in Leid und Lust. Aber vergiß nie deine Verantwortung!“

„Hab Dank für dieses Gespräch, Mutti!“

Anne Bahrs

## Die Alten werden entdeckt

Auffallend ist es schon, wie Öffentlichkeit und Medien plötzlich das Alter entdecken. Ganz unbewußt kommt der Verdacht auf, es könnte etwas mit den vielen Wahlen im Jahr 1994 zu tun haben. Nachdem aber auch die UNO dieses Jahr (1993) zum Jahr der älteren Generation erklärt hat, und die Woche für das Leben der katholischen Kirche Deutschlands mit dem Thema „Leben im Alter“ durchgeführt hat, hat die Neube-

sinnung auf den Wert des Alters vielleicht doch andere Gründe.

Nach vielen Jahren, in denen nur Jugend und Schönheit gefragt waren, ist nun die ältere Generation wieder im Blickpunkt. Zumindest in den westlichen Ländern wird diese Gruppe aber auch immer zahlenstärker. Dank guter Ärzte und neuer medizinischer Möglichkeiten auf der einen und zurückgehender Geburtenzahlen auf der anderen Seite wird die Generation der über 60jährigen in der Bevölkerung überstark. Neben der wachsenden natürlichen Achtung der lebenserfahrenen, ausgeglichenen und bescheidenen Älteren durch die anderen Generationen ist der wachsende Einfluß der Senioren in der Wirtschaft durch Kaufkraft, Wohnungsverbesserung und beim Urlaub unübersehbar.

Nicht unterschätzt werden sollte die Beachtung vor allem bei den Parteien. Bei den kommenden Wahlen ist zu erwarten, daß ein Drittel der abgegebenen Stimmen von der älteren Generation kommt.

Die neue Sicht des Alters sollte auch die Seniorinnen und Senioren aufhorchen lassen und veranlassen, sich zu Wort zu melden. Ihre Wünsche und Forderungen müssen in den Medien mehr Beachtung finden, denn nur, was in den Medien vorkommt, beeinflußt die öffentliche Meinung und damit die Politiker.

Es ist notwendig, das rechte Verständnis für die Pensionäre

und ihre Vorstellungen zu wecken und aus christlichem Verständnis die Achtung vor dem Alter und seiner Würde zu stärken. Auch die Senioren brauchen ihr Forum, und dies auch in der GKS und in ihren Publikationen.

*Willy Trost*

## Computer verhindern chemische Katastrophen

**Chemische Reaktionen  
können vorhergesagt werden  
Wichtig auch im Umwelt-  
schutz**

Völlig zu Recht erhielt Chemieforscher Ivar Ugi (in Estland geboren und tätig an der Technischen Universität in München) den bedeutenden Forschungspreis der Philipp-Morris-Stiftung: Er entwickelte, wie die Stiftung mitteilt, zusammen mit dem Mathematiker James Dugundji schon in den 70er Jahren ein sogenanntes algebraisches Modell, „durch das sich Moleküle und chemische Reaktionen mathematisch darstellen und auch vorhersagen lassen.“ Das bedeutet, daß man rechnende Computer damit „füttern“ kann und mit dieser computergerechten Software neue chemische Verbindungen über den Bildschirm zu entdecken

und darüber hinaus vielfältige Synthesemöglichkeiten für bestimmte Verbindungen zu errechnen vermag.

### **Für Überraschungen gut**

Nicht nur real gefährliche Versuche im Reagenzglas, auch zeitraubende, häufig in Sackgassen führende Reihen (es sind bereits über acht Millionen organische Verbindungen bekannt) können damit in der Zukunft eingespart oder entschieden verkürzt werden. Gerade auch an diesem Beispiel aus der Grundlagenforschung wird deutlich, daß die vielfältigen elektronischen Anwendungsmöglichkeiten kaum erst begonnen haben und längst nicht ausgeschöpft sind und daß diese Hochtechnologie in der Zukunft für weitere, bisher nicht einmal erahnte „Überraschungen“ gut ist. In der Tat lassen sich die häufig negativen Begleiterscheinungen des technischen Fortschritts nur durch neue, fortschrittliche Anwendungen vermeiden und meistern.

### **Synthesevorschläge aus dem Computer**

In der Chemie eröffnet das „computergestützte deduktive Lösungsmodell“ Professor Ugis eine solche revolutionäre Anwendung. Vereinfacht: der forschende Chemiker gibt dem Computer das von ihm angestrebte „Zielmolekül“ ein, wie es früher durch geduldige, vielfach in Sackgassen führende,

nicht selten riskante Versuchsabläufe zu erreichen gesucht wurde. Der Computer serviert dem Chemiker auf Grund der gespeicherten Daten Synthesevorschläge, die der Chemiker nun zu bewerten vermag. Gerade diese Kommunikation zwischen Chemiker und Computer, wie sie ohnehin in der Elektronik auch auf anderen Gebieten „kreativ“ angestrebt wird, widerlegt die These von der inhumanen maschinellen Automatik, wie sie in den 60er Jahren im Hinblick auf die neuen Techniken aufgestellt wurde.

### Seveso wäre verhindert worden

Natürlich ersetzt das neue Verfahren der „computergestützten Chemie“ nicht die herkömmliche Forschung im Labor. Sie unterstützt und erleichtert sie vielmehr. Wie es im Pressedienst der Philipp-Morris-Stiftung erläutert wird, hätte mit diesem System — wäre es damals schon anwendbar gewesen — die durch eine Nebenreaktion bewirkte Entstehung des Dioxingiftes von Seveso (Italien) vorausgesagt werden können. Ugis Verfahren der Reaktionssimulation mit der computergestützten Syntheseplanung von chemischen Verbindungen weist in der kommunikativen Anwendung prognostizierend, also vorauserkennend, auch auf derart gefährliche Nebenreaktionen hin, die durch neue chemische Verbindungen aus bekannten ungefährlichen Stoffen entstehen können.

### Vorbeugend für den Umweltschutz

Das Spektrum der Anwendung im Chemiebereich ist weit gefächert. Die computergestützte chemische Forschung wird nicht nur neue, wirksamere und für den Patienten verträgliche Arzneimittel ermöglichen, auch die Bemühungen um den Umweltschutz gravierend, vielleicht in naher Zukunft entscheidend fördern. Gerade hier kommt es auf eine präventive, also die vorbeugende und bereits in der Planung verhütende Gefährdung von Luft, Wasser und Boden an, wie sie in der Vergangenheit nur zu sehr vernachlässigt oder zu wenig erkannt wurde. Das kann nun vor allem objektiv, dazu rascher und im Ablauf weniger kostenaufwendig geschehen. Gewiß wird sich die Anwendung in der Zukunft noch erheblich und sicherlich auch im Hinblick auf andere Wirtschafts- und Forschungsbereiche ausweiten lassen.

*Wolfgang Altendorf*

**Postgiro Köln 556-505**

**MISEREOR**

*Aktion gegen Hunger und  
Krankheit in der Welt*

Mozartstr. 9 · W-5100 Aachen



## AUS GKS, PGR UND AMI

### 33. Woche der Begegnung vom 26. bis 30. April 1993

#### Zentrale Versammlung 1993

Die diesjährige Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des katholischen Militärbischofs findet 1993 im Eichsfeld, einem geschichtsträchtigen Gebiet in unserem Vaterland, statt. Im Rahmen dieser Versammlung wird auch die 33. Woche der Begegnung der GKS durchgeführt.

Es ist guter, alter Brauch, daß sich die Delegierten mit Land und Leuten vertraut machen, damit sie in ihre Heimatstandorte auch die Eindrücke ihres Tagungsbereiches mitnehmen können.

Das Eichsfeld lag lange Zeiten in der Mitte Deutschlands. Nach dem 2. Weltkrieg fiel es durch die Aufteilung der Besatzungsmächte in den Bereich der sowjetisch besetzten Teile Deutschlands.

Es wurde dann zum westlichen Gebiet der DDR und machte den damaligen Machthabern, genauso wie auch den Nazis, das „Leben nicht leicht“. Grund war der feste christliche, vorwiegend katholisch geprägte Glaube, aber zum Teil auch die geographische Lage.

Über die mannhafte Bewährung

der Katholiken im Eichsfeld, besonders in der Kreisstadt Heiligenstadt, berichtete Auftrag 1978 in Heft 95 (S. 53 ff.).

Damals im Jahre 1943 nahmen die Schüler des dortigen Gymnasiums einen alten Brauch wieder auf, sie übernahmen bei der Palmsonntagsprozession den Dienst der „Grabesritter“.

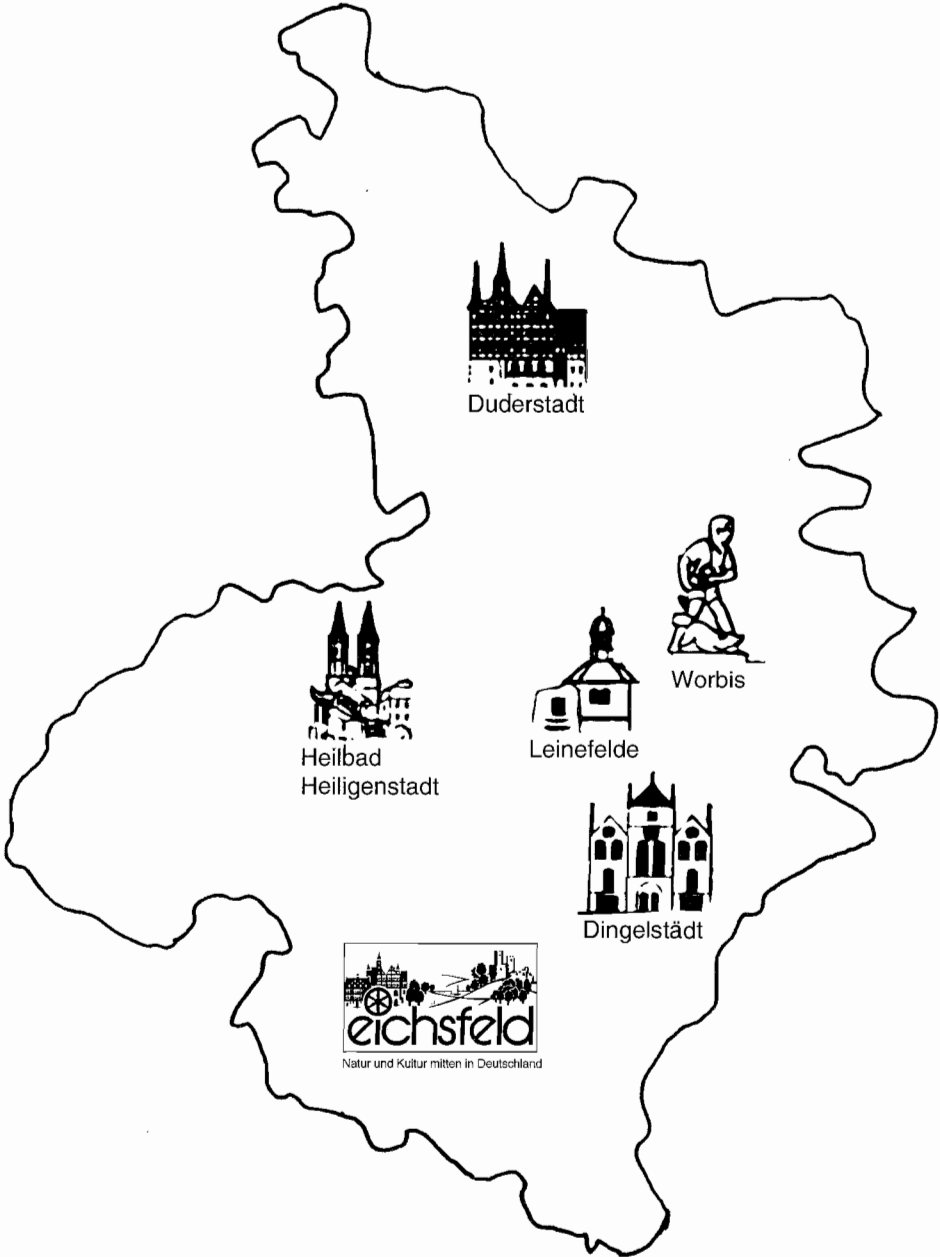
Eine lange Fehde zwischen Partei, HJ auf der einen und den jungen Männern folgte. Aber sie trugen mannhaft ihre Überzeugung vor und wurden dafür in ein Straflager überwiesen. Sie sind zum Teil aus dem Krieg nicht zurückgekehrt.

Und wenn eines Tages die Geschichte des Eichsfeldes unter der Diktatur des Sozialismus geschrieben wird, dann werden wiederum Namen von Menschen bekannt, die sich dem Terror nicht gebeugt haben.

#### Das Eichsfeld

Heutige Lexika sind in ihrer Beschreibung oft spärlich. So heißt es im Brockhaus von 1950: Eichsfeld, Muschelkalkhochfläche am Nordrand des Thüringer Beckens, in der Goburg 568 m hoch.

Wälzt man in alten Beschreibungen, dann findet man, daß es im Süden das obere Eichsfeld mit der „Hauptstadt“ Heiligenstadt (262 m), einem durchweg rauhen und öden Land, und im Norden das un-



# RENOVABIS

„Du erneuerst das Antlitz der Erde“



Hoffnung für die Menschen  
in Ost- und Mitteleuropa

Postgiroamt Köln 5445-500

tere E. gibt, „Hauptstadt“ Duderstadt (172 m) mit einem ebeneren Verlauf, mit Hügeln, Wäldern und Wiesen, einem wärmeren Klima und einem guten Grund für Feldfrüchte, Flachs und Tabak. (Brockhaus 1901). Daher heißt dieser Teil auch die „Goldene Mark“.

## Die Geschichte

Während der deutschen Gauverfassung im fränkischen Reich waren vier obereichsfeldische Gaue von Thüringern und einigen Wenden, die Duderstädter Mark von Sachsen bewohnt.

Nach den schweren Heimsuchungen des Landes in der Zeit Heinrichs des Löwen (\*1129, †1195) trat 1236 das Stift Quedlinburg die Mark Duderstadt an die thüringischen Landgrafen ab. Nach deren Aussterben kam alles an das Braunschweiger Haus. 1292 aber kaufte der Erzbischof von Mainz einen großen Teil des Eichsfeldes den Grafen von Gleichen ab. Seitdem ist der Begriff Eichsfeld mit dem Mainzer Territorium verbunden. Dazu gehörten die Städte: Heiligenstadt, Duderstadt und Worbis sowie drei Flecken und 150 Dörfer.

Im Frieden von Lunéville nahm 1802 Preußen das kurmainzerische Eichsfeld an sich.

1807 kam alles zum Königreich Westfalen.

1813 wurde das Eichsfeld von Preußen „wiedererobert“.

1815 kam infolge des Wiener

Kongresses Duderstadt und eine kleine Anzahl von Dörfern zu Hannover.

Heiligenstadt, Worbis und Mühlhausen kamen zum Regierungsbezirk Erfurt.

## Duderstadt

Dieses Landstädtchen, in dem schon Goethe auf seiner Harzreise 1777 Station machte, ist eine der schönsten Städte Deutschlands. Mit ca. 15000 Einwohnern bietet Duderstadt ein historisches Stadtbild, das weitgehend vom Krieg verschont geblieben ist. Über 500 Fachwerkhäuser bieten einen malerischen Anblick. Die katholische Kirche aus dem 14. Jahrhundert St. Cyriakus ist eine dreischiffige Hallenbasilika mit einem gotischen Portal und reichverzierten Goldleuchtern, einem romanischen Reliquienkreuz und anderen Kostbarkeiten.

Die evangelische Kirche ist aus dem 13. Jahrhundert.

Sehenswert sind auch die Mariensäule (12,5 m) und das alte Rathaus.

Die Stadt ist ein Zentrum der Fäbrikation für Flanell, Woll- und Baumwollstoffe, Handschuhe und Zigarren gewesen.

Die heutige Situation dieser Stadt ist geprägt einmal von der langen Zeit der Diktatur und dem Abschneiden von natürlichen Verbindungen nach Göttingen, Hannover usw., zum anderen durch die neue Situation nach der Vereinigung.

## Heiligenstadt

Diese Kreisstadt mit mehr als 15000 Einwohnern gehört zum Land Thüringen. Sie ist bekannt für ihre guten Schulen und war Sitz der Zigarren-, Papier-, Metall- und Textilindustrie. Seit 1929 ist sie als Heilbad (vorwiegend Kneipp) anerkannt. Sie war und ist noch heute das religiöse Zentrum des Eichsfeldes.

Es ist eine Stadt in einer weiten Talmulde, durch die die Leine fließt. Die „Berge“ in ihrem kräftigen Grün schauen von allen Seiten auf die Stadt herab. Sie beengen jedoch nicht, sondern deuten auf die Weite.

Sie hat ihren Namen von den Reliquien der Heiligen, die hier ruhen. In ihren Mauern wurde 1460 der berühmte Holzschnitzer Tilman Riemenschneider geboren (†1531). Die ehemalige Stiftskirche St. Martin (13./14. Jh.) ist das älteste Gotteshaus. Die Marienkirche ist an ihren achteckigen Türmen zu erkennen. Sie ist in gotischem Stil erbaut.

Wenig bekannt ist, daß sich Heinrich Heine (1797 – 1856) 1825 in der Wohnung des evangelischen Pfarrers in Heiligenstadt taufen ließ. Es war anlässlich einer Harzreise. (Heine 1839, Max Henes Verlag, Leipzig, S. 81/82).

Ebenso ist wenig bekannt, daß Heine seit dieser Zeit seine antichristliche Haltung öffentlich kundtat.

Ein weiterer berühmter Gast ist Theodor Storm (1817 – 1888), der

Autor des Schimmelreiters, der einige Jahre in Heiligenstadt Amtsrichter war.

Der Autor kann sich an einige markante Erlebnisse in Heiligenstadt erinnern. Hervorragend waren für den Beobachter (1938, 1939, 1943) der Fleiß und der Zusammenhalt der Menschen. Man lebte dort bescheidener als im Rheinland. Aber die Bürger waren zufrieden. Sie pflegten ihre Geselligkeit und unterhielten eine Reihe von Vereinigungen. Und in diesen Vereinen hatte die Partei nichts zu sagen. So kam es, daß hinbeordnete Partei- und Verwaltungsleute eine schwierige Lage vorfanden. Denn das Eichsfeld, und eben auch die Kreisstadt, zeigte immer „typische Wahlergebnisse“. Das paßte nicht ins Konzept der Nazis.

Zudem war es selbstverständlich, daß der Pastor oder der Kaplan immer Zutritt zu allen Festen hatte.

Waren aber einmal Parteiversammlungen nicht zu umgehen, so endeten sie meist in mehr oder minder folkloristischen Festlichkeiten. Dennoch lastete der Griff der Partei schwer auf den Menschen. Manch einer mußte seine Treue zur Kirche mit „Verbanung“, Übergehen bei der Beförderung usw. „beißen“.

Die Treue zur Kirche aber blieb ungebrochen, und so findet man heute noch eine Festigkeit, die man anderweitig nicht mehr so kennt. Allerdings sind die Auffassungen über das, was Kirche ist,

auch heute weit strenger als in anderen Landesteilen.

## Zukunft

Das Eichsfeld wird auch im kleineren Deutschland (gegenüber 1937) eine Mittelfunktion behalten. Es wird an den großen Linien der Politik liegen, ob es gelingt, dieses schöne Gebiet in unserer Heimat in die Entwicklung so zu integrieren, daß sich die Menschen wohl- und beheimatet fühlen. Es wäre tragisch, wenn sich ein Zurückziehen auf eigene vererbte Werte ohne eine notwendige – konservative – Weiterentwicklung einstellen würde. So haben unsere Delegierten auch eine Aufgabe zum Dialog einzuladen.

Helmut Fettweis

## Eichsfeld

*Bis du gewandert durch die Welt,  
auf jedem Weg und Pfad,  
schlugst auf im Nord und Süd dein  
Zelt*

*an Alp und Meergestade:  
Hast du mein Eichsfeld nicht  
geseh'n  
mit seinen burggekrönten Höh'n  
und kreuzfidelen Sassen,  
dein Rühmen magst du lassen!*

Dieser Eichsfelder Sang, den der Dichter Dr. Hermann Iseke vor ungefähr hundert Jahren schrieb, sollte uns, das Eichsfeld etwas näherbringen.

Das Eichsfeld stellt sich vor.

Zum ersten Mal wird die diesjäh-

rige Woche der Begegnung in Duderstadt stattfinden, eine Stadt, die bis vor 3 Jahren noch unmittelbar an der unmenschlichsten Grenze dem „Eisernen Vorhang“ mit Todesstreifen und Wachtürmen lag. Durch ihn wurde eines der schönsten Landschaftsgebiete Mitteldeutschlands „Das Eichsfeld“ genau in der Mitte geteilt.

Aus diesem Grund möchte ich versuchen, den Teilnehmern der Woche der Begegnung einen kleinen Einblick in das Eichsfeld zu geben.

Die erste urkundliche Erwähnung als germanischer Gau – und hier als „Land der Eichen“ – findet man im Jahre 897.

Eine fast 800jährige Zugehörigkeit zum Erzbistum Mainz prägte das „Fürstentum Eichsfeld“, welches als Enklave von einem Stadthalter des Erzbischofs auf der Burg auf dem Rusterberg und danach im Schloß zu Heiligenstadt bis 1540 regiert wurde. Nach dem Augsburger Religionsfrieden führt der Mainzer Kurfürst die Eichsfelder zum noch heute, trotz Nationalsozialismus und des bis vor 3 Jahren herrschenden Sozialismus, fest verwurzelten katholischen Glauben zurück.

Dabei wurde er von den Jesuiten tatkräftig unterstützt.

Das Königreich Preußen wurde 1802 für die linksrheinischen Gebietsverluste mit Gebieten und Städten in Mitteldeutschland, unter anderem mit dem Eichsfeld, entschädigt. Jedoch nur kurz

konnte Preußen das Eichsfeld sein eigen nennen.

Schon 1807 bekam das neugeschaffene Königreich Westfalen von Napoleon das Eichsfeld zugesprochen. Heiligenstadt wurde Hauptstadt des Harzdepartements und blieb es bis 1813. Preußen war es dann, welches das Eichsfeld 1816 in 3 Teile aufteilt. Das Untereichsfeld kam zu Hannover – und das Obereichsfeld wurde als Kreis Heiligenstadt und Worbis nochmals zerteilt.

Die wohl schmerzlichste Teilung, wie schon erwähnt, erlebte das Eichsfeld, als 1949 infolge des 2. Weltkrieges durch eine unmenschliche Grenze zwei deutsche Staaten entstanden und das Eichsfeld genau in der Mitte getrennt wurde. Nach der Wiedervereinigung zeigte sich gerade hier, daß trotz der Trennung die Gemeinschaft nicht zersört war.

Mitten im Herzen Deutschlands (der geographische Mittelpunkt liegt im Heiligstädter Ortsteil Flinsberg) bietet das Eichsfeld viele Sehenswürdigkeiten. Städte wie Heilbad Heiligenstadt, hier befindet sich eine der frühesten Ansiedlungen Deutschlands, Duderstadt – sie wird „Krone und Zier“ des Eichsfeldes genannt, eine über 1000jährige Handelsmetropole, Worbis, Leinefeld und Dingelstädt haben eine Vielzahl von historischen Bauten und romantische Winkel. An vielen Wegen, Straßen und in den Feldern zeigt das Eichsfeld durch Wegekreuze,

Bildstöcke und kleinen Kapellen, wie tief es mit der Religion verwurzelt ist.

Zeugnis dafür legten die Bewohner des Eichsfeldes oft genug ab. So legten die Eichsfelder am 21. März 1933 – es war gerade der „Tag von Potsdam“ – den Grundstein zu dem großen Leuchtkreuz (das Dr. Konrad-Martin-Kreuz) auf dem Hülfsenberg.\*) Andere Zeugnisse sind die am Palmsonntag stattfindende Leidensprozession in Heiligenstadt. Sie ist für den deutschsprachigen Raum einzigartig. In ihr werden Szenen aus dem Leben Christi als lebende Bilder oder Figuren dargestellt. Die heute mitgeführten lebensgroßen Bilder sind die gleichen, die schon in den Anfängen um 1581 mitgeführt wurden. Zu den steinernen Zeugen im Eichsfeld gehören viele

---

\*) Dr. Konrad Martin, 1812 in Geismar geboren und später Bischof von Paderborn – Bekennerbischof aus der Kulturkampfzeit, starb 1877 in der Verbannung. Er hat 8 Wochen vor seiner geahnten Verhaftung am 4. August 1874 zu 10000 Männern auf dem Hülfsenberg gesprochen und am folgenden Tag in einer Predigt vor ca. 30000 Gläubigen Abschied genommen.

Er sagte damals unter anderem: „Wer hätte noch vor wenigen Jahren es für möglich gehalten, daß wir um unseres Glaubens willen in solche Bedrängnis geraten könnten? Es ist mir ein großer Trost, daß die Katholiken des Eichsfeldes sich noch nicht ins Netz des Liberalismus haben hineinziehen lassen, daß sie noch kernhaft gesund sind, daß sie noch treu feststehen auf katholischem Grund und Boden“.

Burgen und Schlösser. Eine der bedeutendsten Burgruinen Mitteldeutschlands ist der Hanstein bei Rheinbach/Bornhagen, die mittelalterliche Höhenburg Scharfstein bei Beuren, die Grafenburg Gleichstein bei Wachstedt und die Herrenburg Bodenstein bei Wintzingen. Eisenbahnfreunde geraten ins Schwärmen, wenn sie das Eisenbahnviadukt in Lengenfeld unter Stein, welches vor mehr als hundert Jahren gebaut wurde, sehen. Es ist eine bautechnische Meisterleistung und überspannt das im Tal der Frieda gelegene Dorf.

Es gibt noch vieles, was über das Eichsfeld, seine Städte, Dörfer, Menschen, Traditionen und Lebensgewohnheiten zu schreiben wäre.

Fahren Sie abseits der Autobahnen und nehmen Sie sich Zeit. Es lohnt sich, eine schöne Landschaft zu genießen, die bis vor 3 Jahren uns noch verschlossen war.

*Friedrich Brockmeier*

## Duderstadt

„Krone und Zier“ des Eichsfeldes, so wird Duderstadt genannt.

Wenn wir zur „Woche der Begegnung in ihr zu Gast sein dürfen, sollten wir uns die Gelegenheit nicht entgehen lassen, bei einem Rundgang diesen Spruch auf seine Richtigkeit zu überprüfen.

Im Kreuzpunkt alter Handelsstraßen von Ost nach West und

von Nord nach Süd hat Duderstadt schon recht früh an Bedeutung gewonnen. Um 1400 hatte Duderstadt wie Hamburg mehr als 4500 Einwohner. Weit über 1000 Jahre ist die Stadt alt und hat eine wechselvolle Vergangenheit hinter sich. Trotz unruhiger Zeiten mit Zerstörungen, Kriegen und Feuersbrünsten, das Eichsfeld war eines der Zentren der Bauernkriege. Sie wurden damals schwer bestraft, da sie mit einem der Anführer, Thomas Müntzer, ein Abkommen geschlossen hatten. Im Dreißigjährigen Krieg wurde die Kurmainzer Exklave und Duderstadt abermals in Mitleidenschaft gezogen.

Der anschließenden Wiederaufbauphase verdankt die Stadt herrliche Bauwerke aus den verschiedenen Zeitepochen. Gotik, Renaissance, Barock und der Klassizismus sind hier vielfach vertreten.

Der Stadtkern ist einer der wenigen in Deutschland, der trotz der erwähnten Wirren unversehrt erhalten blieb. Viele schöne Fachwerkhäuser mit herrlichen Schnitzereien und Ornamenten, das alte Rathaus und die mit viel Pracht ausgestattete Cyriakuskirche, die noch heute Bauteile aus dem 13. Jahrhundert vorweist, zeugen von der Schönheit der Baukunst vergangener Zeiten.

Überall in der Stadt spürt man die lange Zugehörigkeit zum Erzbistum Mainz, zu dem sie bis 1802 gehörte.

*Friedrich Brockmeier*



## Heiligenstadt

*„Gern ins Ausland reist der  
Deutsche,  
er verbringt die Ferien da,  
schweift zu gerne in die Ferne,  
und das Gute liegt so nah.  
Muß man denn ins Ausland  
reisen?  
schau den Harz voll Poesie,  
und ganz kurz, glich hinger'm  
Horze  
läßt doch's Eichsfeld dichte  
bi...!“*

Diese Zeilen über das Eichsfeld schrieb der bekannte Couplettdichter und -sänger Otto Reutter, der seine Jugend im Eichsfeld und in Heiligenstadt, der alten Hauptstadt des Fürstentums Eichsfeld, verbrachte.

Fast genau so alt wie Duderstadt (Heiligenstadt wurde 973 zum ersten Male urkundlich erwähnt) bekam sie, im Mittelpunkt des Eichsfeld, gelegen, 1227 von Erzbischof Siegfried II. die Stadtrechte verliehen.

Wenn man von den Berghöhen in das Tal der Leine blickt, wird das Auge von den Türmen der drei bemerkenswerten gotischen Kirchen angezogen. Diese Kirchen umgeben imposante barocke Bauten und hübsche Fachwerkhäuser.

Eine in stattlichem Ausmaß erhaltene Stadtmauer, reizende Gäßchen, alte und neue Straßen, eine wunderschöne Parkanlage und die bewaldeten Berghöhen von Iberg und Dün runden das Bild einer dem Besucher aufgeschlossenen

Stadt ab. Überall spürt man auch hier den Einfluß fast 800jähriger Zugehörigkeit zum Erzbistum Mainz.

Diesen Eindruck muß auch der Herr Geheimrat Goethe von der Stadt gehabt haben, als er auf der Reise nach Pyrmont in Heiligenstadt rastete, denn er vermerkte: „Diese Stadt ist im ganzen sehr reinlich und nach dem Brande, den sie 1739 erlitten hat, ziemlich regelmäßig erbaut.“

Um bei berühmten Persönlichkeiten zu bleiben, Heiligenstadt kann eine Vielzahl von ihnen aufweisen. Der wohl berühmteste Sohn ist der 1460 geborene Bildschnitzer Tilman Riemenschneider. Heinrich Heine ließ sich 1825 in der St. Martinkirche taufen. Von 1856 bis 1864 war Theodor Storm hier als Kreisrichter tätig und schrieb in dieser Zeit acht Novellen, drei Märchen und zahlreiche Gedichte. Charlotte Heidenreich von Seibold, die erste Frauenärztin Deutschlands, ist eine Tochter dieser Stadt.

Athanasius Kircher, der große Physiker, und Professor Fuhlrott, der Entdecker des Neandertalers, wirkten am Jesuitenkolleg bzw. am Gymnasium. Ein Thomas Müntzer und Wallenstein stehen für die kriegerischen Zeiten, die auch an Heiligenstadt nicht vorbeigingen.

Wie schon in der Beschreibung über das Eichsfeld, so sind die typischen Sitten und Gebräuche meist in den Traditionen der katho-

lischen Kirche verwurzelt. Nochmals sei hier die Leidensprozession in Heiligenstadt erwähnt. Selbst Theodor Storm war von ihr so beeindruckt, daß er in seiner Novelle „Veronika“ Motive aus dieser Prozession verwendete. Heute hat die Eichsfeldmetropole, die seit der Wiedervereinigung in der Mitte Deutschlands liegt, ca. 17500 Einwohner. Sie bekam 1950 den Status „Heilbad“.

Einige Sehenswürdigkeiten seien noch erwähnt. St. Martin, die Altstädter Kirche St. Marien mit St.-Annen-Kapelle, die Neustädter Kirche St. Ägidie mit Mariahilf-Kapelle, die Gerharduskirche des Redemptoristenklosters, das Jesuitenkolleg, das Alte Rathaus, das Alte Kornhaus mit Herren- und Frönmühle und das Mainzer Haus (Literaturmuseum Theodor Storm).

*Friedrich Brockmeier*

## Erklärung der GKS zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien

### Zur Lage

Mit Empörung und wachsender Sorge beobachten wir die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien. Schon am 15. November 1991 forderten wir in einer Erklärung die Beendigung der Gewalttaten, den

Rückzug der Konfliktparteien, die Sicherstellung der Minderheitenrechte und eine Neuordnung der Region nach dem Willen der Betroffenen. Was damals bei raschem und energischem Handeln vielleicht noch möglich gewesen wäre, ist heute durch die Eskalation von Gewalt und Unrecht nicht mehr vorstellbar.

Wir wenden uns erneut an die Öffentlichkeit, weil wir der Auffassung sind, daß jetzt nicht nur energische Schritte zur Beendigung des Blutvergießens und zur Verhinderung einer Ausweitung geboten sind, sondern auch grundsätzliche Folgerungen für die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen kollektiver Sicherheit gezogen werden müssen.

Die kulturelle, religiöse und ethnische Spaltung Jugoslawiens, die sich in einer jahrhundertelangen Geschichte anbahnte, zeigte schon in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts in Ausbrüchen von Haß und Gewalt schreckliche Folgen. Nach dem 2. Weltkrieg ließ die kommunistische Führung in Jugoslawien keine Aufarbeitung der Geschichte und kein Bemühen um echte Aussöhnung zu. So konnten sich die nie überwundene Entfremdung und die nie verzeihen Gewalttaten zu offenem Krieg und zu schwersten Menschenrechtsverletzung steigern.

Eine gerechte Lösung des inzwischen heftig und grausam geführten Konflikts ist angesichts der ethnischen Vielfalt, ja Zersplitte-

rung des früheren Jugoslawien auf dem Verhandlungsweg nur schwer zu erreichen. Die Lage wird kompliziert durch zahlreiche Minderheiten, die zu benachbarten Nationalitäten gehören und allein dadurch die Gefahr einer Ausweitung des Krieges mit sich bringen. Andererseits erschweren fortbestehende Bindungen europäischer Staaten an Bevölkerungsgruppen oder Republiken notwendige Entscheidungen der Europäer und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Die serbische Politik des Landraubs und der Vertreibung, gekennzeichnet durch den menschenverachtenden Ausdruck „ethnische Säuberungen“, wurde von internationalen Gremien als rechtswidrig verurteilt. Zusätzlich werden die Serben weiterer schwerster Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. Dabei verkennen wir nicht, daß auch in anderen Republiken ähnliche Verbrechen geschehen.

Beschlüsse der Vereinten Nationen werden von den Serben weitgehend mißachtet. Dennoch erfolgten bisher keine wirklich wirksamen Maßnahmen der Staatengemeinschaft mit dem Ziel, Menschen zu schützen, dem Recht zur Geltung zu verhelfen und dadurch die Voraussetzungen für eine dauerhafte politische Lösung zu schaffen.

Die Folgen waren und sind in zahllosen Fällen Tod, Vertreibung, Vergewaltigungen, Verletzungen, Krankheit, Folter. Und weiteres

Unrecht geschieht täglich vor unseren Augen. In belagerten Städten breiten sich Not und Elend aus.

Der Konflikt trägt die Gefahr der Ausweitung in sich. Besonders drängend ist die Lage auf dem Kosovo (Amselfeld), wo eine albanisch-stämmige Mehrheit der Unterdrückung durch Serben ausgesetzt ist. Auch im Norden Serbiens, in der Wojwodina, hat die Lage der ungarischen Bevölkerung bereits Flüchtlingsbewegungen nach Ungarn ausgelöst. Auch die Kritik der islamischen Welt an der Untätigkeit des Westens angesichts der Verfolgung der Muslime in Bosnien und im Sandjak birgt den Keim der Konfliktausweitung in sich. Vor allem aber könnte ein Zugriff Serbiens auf Mazedonien eine internationale Krise hervorrufen.

## **Forderungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten**

Humanitäre Hilfe

Ende von Krieg und Vertreibung

Gerechte politische Lösung und Versöhnung

Verhütung neuer Krisen

Als katholische Soldaten sehen wir uns der Würde des Menschen und der Achtung des Völkerrechts verpflichtet. Wir begreifen uns als Diener des Friedens und der Freiheit der Völker (II. Vatikanisches Konzil), nicht nur unseres Volkes.

Angesichts der Not der Menschen im ehemaligen Jugoslawien

stellen wir allen Verantwortlichen die dringende Notwendigkeit zu handeln vor Augen. Das ehemalige Jugoslawien steht dabei nur als ein Beispiel für viele.

Wir fragen,

ob wir als Deutsche im ehemaligen Jugoslawien vor dem Hintergrund der Schuld, die Deutsche im 2. Weltkrieg auf sich geladen haben, aber auch als Christen, die sich der zwischenmenschlichen Solidarität verpflichtet fühlen, genügend humanitäre Hilfe geleistet haben.

Wir fragen,

ob angesichts der immer größer werdenden Not der Menschen das Argument noch gültig sein kann, deutsche Soldaten dürften wegen der geschichtlichen Ereignisse auch nicht im Rahmen von Friedensmissionen im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt werden. Tragen wir Deutsche nicht umgekehrt eine besondere Verantwortung für Hilfe und Frieden in dieser Region?

Wir fragen,

ob es moralisch vertretbar ist, in den Krisenregionen der Welt die notwendige und mögliche Hilfe durch die Bundeswehr, z.B. beim Schutz von Hilfstransporten oder bei der Sicherung von Schutzzonen für Flüchtlinge, mit der Begründung zu verweigern, die verfassungspolitische Klärung stehe noch aus. Dies ist besonders fragwürdig, weil die Parteien in unserem Land weitgehend darin übereinstimmen, daß friedenserhalten-

de Missionen einschließlich des Rechts zur Selbstverteidigung notwendig und verantwortbar sind.

## **Vorschläge zur Konfliktbewältigung**

Wir fordern

- umfassende Hilfe für die notleidende Bevölkerung
- die Ausarbeitung eines politischen Konzepts zur dauerhaften Befriedung des Landes
- die konsequente Anwendung aller zur Beendigung der Kämpfe und der Menschenrechtsverletzungen erforderlichen Maßnahmen
- die Wiederherstellung verletzter Rechte, soweit dies heute überhaupt noch möglich ist, oder angemessene Wiedergutmachung
- die strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen
- die zuverlässige Verhinderung einer Ausweitung des Konflikts auf andere Regionen innerhalb und außerhalb von Serbien und Montenegro
- die Unterstützung eines zukünftigen Friedensprozesses im ehemaligen Jugoslawien durch die Völkergemeinschaft, auch wenn dies Opfer kosten wird.

## **Lehren aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien**

Wir fordern

- die Entwicklung eines Systems von Maßnahmen der Krisenbe-

wältigung, durch das Krisenursachen mit politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln bekämpft und beginnende Konflikte entschärft werden können; VN und KSZE, aber auch einzelne Staaten oder Gruppen von Staaten müssen hier handeln

- die vorbeugende Stationierung ausreichend starker VN-Friedenstruppen in Gebieten, die von Krieg oder schweren Völker- und Menschenrechtsverletzungen bedroht sind
- die konsequente Weiterentwicklung des Rechts der Vereinten Nationen und der KSZE, bei einer Bedrohung des Friedens (Art. 39 VN-Charta) auch im Innern eines Staates eingreifen zu können: bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, bei drohendem Völkermord, bei massenhaften Vertreibungen, bei willkürlich herbeigeführten katastrophalen Notlagen, im Falle der Drohung mit einer überregionalen Umweltkatastrophe und beim Aufbau einer Produktion von Massenvernichtungswaffen.

Wir fordern

die Verwirklichung der durch den Generalsekretär der VN in seiner „Agenda für den Frieden“ geforderten Maßnahmen, insbesondere:

- Kampf gegen die tieferen Ursachen von Konflikten, gegen wirtschaftliche Verzweiflung, soziale Ungerechtigkeit und

politische Unterdrückung

- rechtzeitige Identifizierung konfliktträchtiger Lagen
- vorbeugende Diplomatie zur Beseitigung der jeweiligen Konfliktursachen (Vertrauensbildung; Fact-Finding-Missionen; Frühwarnung vor Umwelt- oder Naturkatastrophen, Nuklearunfällen, Flüchtlingsbewegungen, Hungersnöten und Seuchen; vorbeugende Dislozierung von VN-Kräften und Einrichtung demilitarisierter Zonen in konfliktbedrohten Gebieten)
- Friedensstiftung („peace-making“) mit friedlichen Mitteln (gem. Kap. VI der VN-Charta), wo ein Konflikt ausgebrochen ist, mit dem Ziel, die Streitursachen zu beseitigen; wenn nötig Anwendung von Sanktionen (Art. 41 VN-Charta) oder militärischer Gewalt („peace-enforcement“, Art. 42, 43 VN-Charta)
- Friedenssicherung („peace-keeping“) durch Präsenz von VN-Streitkräften („Blauhelmen“) oder VN-Polizeikräften, wo es gelungen ist, die Kämpfe zu beenden
- Friedensaufbau („peace-building“), wo nach einem Krieg oder Bürgerkrieg Institutionen und Infrastruktur eines Landes wieder aufgebaut werden müssen.

Wir wollen deutlich machen, daß wir es für ethisch geboten halten, dort zu helfen, wo Hilfe möglich ist.

Als Soldaten sind wir bereit, die damit verbundenen Risiken auf uns zu nehmen. Dazu brauchen wir innenpolitischen Konsens.

## Militärdekan Köster verabschiedet

Prälat Werner Köster ist am 16. Februar 1993 aus dem Bereich der Katholischen Militärseelsorge verabschiedet worden, um in sein Heimatbistum Würzburg zurückzukehren. Er übernimmt Anfang März die Pfarrei Johannes der Täufer in Theilheim.

Mit Werner Köster verläßt ein Geistlicher besonderer Prägung „die Kirche unter Soldaten“. Geboren im Ruhrgebiet, hat er durch die kriegsbedingten Wirren seine Jugend und seine Ausbildung im Bereich der Mainmetropole erfahren.

Nach fast 7 Jahren als Pfarrer vor Ort – davon längere Zeit in den USA – übernahm Werner Köster am 1.10.1974 das Referat V des Katholischen Militärbischofsamtes. Bis zum 31.1.1980 war er der geistliche Assistent der Laienarbeit und geistlicher Beirat der GKS. Er hatte wesentlichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung der internationalen Romwallfahrt im Heiligen Jahr 1975 und der A.M.I.-Konferenz. Immerhin strömten damals 15000 Soldaten aus 23 Ländern nach Rom, und eine große Arbeitslast lag beim deutschen Stab. Und diesem Stab ge-

hörte auch Msgr. Köster an. Seine internationalen Erfahrungen trugen zum guten Gelingen in großem Umfang bei. Insbesondere die Philippinen wußten das sehr zu schätzen und brachten es in einem Dankschreiben zum Ausdruck.

Von 1980 an war der verdiente Geistliche dann Personalreferent im Militärbischofsamt. Diese Aufgabe gehört zu den schwierigsten in der Militärseelsorge. Denn an der Geschicklichkeit des Inhabers dieses Amtes liegt es, ob er bei den Generalvikariaten der Diözesen die Geistlichen „loseisen“ kann, die nicht nur nach einem Abkommen gestellt werden sollen, sondern, die auch für diese schöne und schwere Aufgabe in der Seelsorge an Soldaten befähigt sind.

Danach aber beginnt erst die eigentliche Aufgabe, nämlich den richtigen Mann an den richtigen Platz zu setzen.

Ebenso wichtig aber war es, daß es gelungen ist, die kirchlichen Strukturen der Laienmitverantwortung – Räte – Verband – in den Gesamtrahmen zu integrieren und ein Miteinander von Orts- und Militärseelsorge zu ermöglichen.

Es würde zu weit führen und in die Laudatio des Militärgeneralvikars Dr. Niermann eingreifen, wenn man alle diese im Stillen geleisteten Arbeiten ausführlich darstellen und würdigen wollte.

Der damalige Bundessprecher der GKS, der leider so früh verstorbene Oberst i.G. a.D. Georg Hey-

men, verlieh Militärdekan W. Köster 1980 auf der 20. Woche der Begegnung in Vierzehnheiligen das erste Exemplar des Ehrenzeichens der GKS.

Was ist das nun für ein Mann, der Priester Werner Köster?

Er strahlt immer Ruhe und Glauben aus. Seine persönliche Bescheidenheit läßt zu ihm Vertrauen finden. Seine Gläubigkeit trägt er nicht laut zur Schau, sondern sie ergibt sich aus vielen kleinen Taten. Nur wenigen war bekannt, daß er seit 18 Jahren täglich in einem Altenheim in Bonn die Heilige Messe gelesen hat. Darüber hinaus war er auch der Ratgeber und Seelsorger vieler Besucher dieses Heimes.

Seine sportliche Erscheinung, seine klaren Analysen, aber auch sein verhalten frohes Wesen erwarben ihm schnell die Sympathien der Soldaten. Er hat das an sich, was man von guten Generalstabsoffizieren verlangt: Mehr sein als scheinen.

Er arbeitete gründlich und schnell, hatte Mut zum Entscheiden und wirkte dennoch nie gestreßt.

In der Unterhaltung witzig und schlagfertig, aber nie verletzend, war er ein geschätzter Gesprächspartner. Er wird der Militärseelsorge fehlen.

Seine Gemeinde in Theilheim aber sollte man beglückwünschen. Dennoch ist es erlaubt, die kirchlichen Oberen zu Überlegungen anzuregen, ob man sich der

vielen Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten des Prälaten Werner Köster nicht auch für größere Aufgaben versichern sollte.

*Helmut Fettweis*

## Predigt Dekan Köster

Und er sprach: „Begreift ihr immer noch nicht?“

Liebe Schwestern, liebe Brüder, verehrte liebe Gäste!

Das Evangelium, das wir gerade gehört haben, folgt der Leseordnung dieses Tages. Die Perikope steht im 2. Evangelium, dem nach Markus, dem man bis in die neueste Zeit wenig Beachtung geschenkt hat.

Erst im vergangenen Jahrhundert begannen die Exegeten, im Markustext das älteste Evangelium zu sehen, von dem andere, die synoptischen, abhängig sind. Die synoptische Frage schien so gelöst. Markus erscheint als die erste Quelle, unbeeinflußt durch theologische und literarische Rücksichten. Kurzum, das Evangelium nach Markus wird als die zuverlässigste Kunde vom Leben Jesu betrachtet, ein Originalbericht, und dazu noch recht originell.

Auch im heutigen Bericht, er erzählt von den Brotsorgen der Jünger, werden die handelnden Personen mit offenen Sinnen beobachtet: Es wird nicht einfach eine Szene geschildert: Etwa, beim schnellen Aufbruch Jesu zum einsamen Ost-Ufer übersehen die Jünger, ge-

nügend Nahrungsmittel einzupacken, und als sie dieses merkten, sei es schon zu spät gewesen. Gefragt wird vielmehr nach ihren Motiven: Was also ihr Gemüt in diesem Augenblick wirklich bewegt: „Über was macht ihr euch Gedanken?“, so müssen sie sich fragen lassen. Denken sie etwa nur an die nächste Mahlzeit? Sind sie wirklich so oberflächliche Typen, die Augen haben, aber das Wesentliche übersehen, Ohren haben, aber das wirklich Wichtige nicht wahrnehmen können. So sprach er zu ihnen: „Begreift ihr noch immer nicht?“

Wir, die Jünger unserer Tage, sollten uns selbstkritisch fragen, ob nicht auch wir oft begriffsstutzig sind. Im vergangenen September (24. September 1992) wandten sich die deutschen Bischöfe an ihre Priester in einem vielbeachteten, aber auch vieldiskutierten Schreiben; in diesem heißt es (S. 13): „Transparent werden wir, indem wir das, was wir den Menschen zu bringen haben, zunächst einmal im eigenen Leben darstellen!“

Das klingt folgerichtig: Doch mancher wird mutlos, wenn seine Sendung mit der der Jünger verglichen wird. Jesus hatte ihnen ja befohlen, nichts mit auf den Weg zu nehmen, kein Geld, keine Vorräte – noch zwei Röcke. Sie sollten sich bescheiden mit dem, was die Leute ihnen anbieten, sollten ganz verfügbar sein! Doch wer kann das? Wer hält das aus?

Ich zitiere die Bischöfe: „Wie wenig ist nötig, um die große Botschaft unter die Leute zu bringen! Wie wenig an Gütern, wie an Organisation, wie wenig an Strategie! Das Reich Gottes kann kommen durch armselige Boten. Denn es besteht in etwas anderem als in großartigen sichtbaren Dingen. Die Künder haben zusammen mit dem ganzen Volk als Fremdlinge in dieser Welt darzustellen, daß Gottes Reich inmitten unseres gewöhnlichen Umfeldes herbeikommt.“

„Begreift ihr immer noch nicht?“, so fragt Christus auch (Mat. 13), als ihn seine Jünger nach einer Gleichnisrede mit großen Augen anschauen! Es folgt ein therapeutischer Vorschlag und eine klare Weisung: „Jeder Schriftgelehrte, der Jünger des Himmelreiches geworden ist, gleicht einem Hausvater, der aus seinem reichen Vorrat Neues und Altes hervorholt!“

Bedeutet dies nicht, daß wir das Richtige und Wichtige der traditionellen Lehre zu bewahren haben; daß aber auch stets neue Wege zu finden und zu gehen sind?

Karl Rahner hat in einer Pfingstbetrachtung die Ängste der Traditionalisten und die Befürchtungen der Progressisten analysiert.

Erstere fürchten jedes Wagnis und jedes Experiment; es sei denn, der Ausgang stehe fest. Sie wollen die Einheit in der Kirche in ihre eigene Regie nehmen. Tradition ist für sie das festerworbene Land der



Väter, man muß es nur noch besiedeln und verwalten. Daß sie etwa nur Station sei und Ruheplatz auf einer Pilgerreise, ist unvorstellbar. Letztlich hätten sie Angst, sich dem Wirken des Heiligen Geistes anzuvertrauen.

Und die Progressisten: Haben sie Vertrauen auf die Macht des Geistes; daß er sich immer wieder durchsetzt mit erneuernder Kraft? Rahner fragt scharf: Warum also so viele gereizte Ungeduld bei den Progressisten: Wie passe der Glaube an den Geist Gottes, der das Angesicht der Erde erneuere, zu der bitteren Drohung, man werde aus der Kirche ausziehen, wenn sich nicht alles gründlich ändere?

Rahner warnt davor, lediglich „eine goldene Mitte“ zu suchen, da sei alles auszugleichen: so daß alles beim alten bleiben könne und jeder bei seiner Haltung und Meinung. Der Heilige Geist stehe nicht für Mittelmäßigkeit, seine Worte bedeuten Wagnis und Experiment und den Mut, Widersprüchliches zu ertragen. Mit solchem Mut habe jeder das Seine in der Kirche zu tun, und ich meine, dies gilt auch in der „Kirche unter Soldaten“.

Die Bundeswehr steht unter dem politischen Diktat einer Gesamtreform, und die „Kirche unter Soldaten“ hat ebenfalls Neuland zu betreten, die ersten Schritte wurden beherzt getan, und ich wünsche und bete auch für die vor uns liegende Zeit um Gottes Geleit. Amen

## **Verabschiedung durch Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann**

Militärdekan Werner Köster verabschiedet sich heute von der Katholischen Militärseelsorge und dem Katholischen Militärbischofsamt. Ich heiße alle herzlich willkommen, die der Einladung zur Feier des Gottesdienstes und zum anschließenden Beisammensein gefolgt sind. Ich entbiete diesen Willkommensgruß im Namen meiner Mitbrüder in der Militärseelsorge, im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kurie des Militärbischofs.

Militärdekan Köster wurde zum 1. Oktober 1965 vom Bischof von Würzburg für den Dienst in der Militärseelsorge freigestellt. Bis 1968 war er Standortpfarrer in Hammelburg; darauf folgten vier Jahre als deutscher katholischer Militärgeistlicher in Washington/USA. Seit 1972 arbeitet er im Katholischen Militärbischofsamt, zunächst im Referat „Kirche und Gemeinde“, dessen Leitung er aus der Hand von Prälat Mappes übernahm; seit Ende 1980 als Personalreferent und Vertreter des Militärgeneralvikars bei dessen Abwesenheit.

21 Jahre im Militärbischofsamt! Gestatten Sie mir, drei Worte bzw. Begriffe zu nennen, die aus dem Sprachgebrauch unseres Personalreferenten stammen und die die Leitlinie seiner Tätigkeit zum Ausdruck bringen.

1. „Adaptieren“. Mit dem Abschluß des II. Vatikanischen Konzils und der Übertragung seiner Ergebnisse in den deutschen Katholizismus stellte sich die Frage nach den Strukturen der Mitverantwortung aller Gläubigen im Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs. Für Köster war es selbstverständlich, daß sich diese Frage durch die sinnentsprechende und angemessene Übertragung von Strukturen aus dem deutschen Katholizismus in die Militärseelsorge lösen lassen müsse. Unter seiner geschickten und praktischen Anleitung gelang die Adaptation der Strukturen der Bistümer, wie sie in der sogenannten Würzburger Synode vorgedacht wurden, in die Militärseelsorge: Pfarrgemeinderäte vor allem, die Zentrale Versammlung und das Zusammenspiel mit dem Verband „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“. So wurden dauerhafte Formen geschaffen, die für die Prägung des Bewußtseins der Mitverantwortung aller Gläubigen unter uns hilfreich waren und sind.

Der zweite Begriff „Verbundseelsorge“. Hier mag Kösters Erfahrung in Hammelburg, seine Vorliebe für eine Standortseelsorge bestimmend gewesen sein. Gemeint war mit diesem Begriff das, was auf einer Seite unserer „Hilfen für den pastoralen Dienst der Militärseelsorger“ steht und für dessen Text Köster damals, Anfang der 70er Jahre, den Entwurf lieferte: „Das Verhältnis von Ortspfarrer

und Militärpfarrer bedarf... der Kooperation und der Koordination. Das gleiche gilt für das Miteinander von Gemeinden im militärischen Bereich und den örtlichen Pfarreien. Konkurrenzverhältnisse wären schädlich.“ Miteinander also anstelle der Versuchung zum „Nebeneinander“ von Pfarrern und Gemeinschaften der Gläubigen.

Und endlich das Dritte Wort, das vom „Zweiten Netz“.

Die Linie der Familienseelsorge in der Militärseelsorge geht grundsätzlich hin zur Integration der Soldatenfamilien in die Gemeinden am Ort. Dies setzt eben dies voraus: Koordination und Kooperation. Da, wo aus verschiedenen Gründen Integration nicht gelingen will, beispielsweise wegen der hohen Fluktuation dieser Personengruppe, sollte sich der Militärseelsorger bereithalten als zweites Netz, subsidiär zeitweise und dabei wissen, daß der eigentliche Ort der Familienseelsorge auch in der Militärseelsorge die Ortsgemeinde ist.

Ich habe Ihnen diese drei Worte genannt, weil sie für mich persönlich gute Erinnerungen sind. Vor allem aber darum, weil in der Rückschau auf die zwei Jahrzehnte die prägende Wirkung der Leitlinie deutlich wird, die diese Worte zum Ausdruck bringen. An ihnen wird deutlich, daß Köster ein Mann, ein Priester von einer festen, gläubigen, ausstrahlenden Kirchlichkeit ist. Er war in den Jahren unter uns wachsam und uner-

müdig besorgt, daß die Militärseelsorge ihre kirchliche Prägung behalte. Diese drei Worte machen es deutlich: es geht ihnen um das Justieren des Verhältnisses der Militärseelsorge zu der Kirche in den Bistümern. Es entspricht dieser seiner persönlichen Kirchlichkeit, wenn er schon früh und als einer der ersten Militärseelsorge nannte als die „Kirche unter Soldaten“ und entscheidend dazu beitrug, daß auch die Strukturen im Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs diesem Weltbild entsprachen.

Das Amt eines Personalreferenten gehört zu den schwierigsten, die diese Kirche in dieser Zeit vergeben kann. Im Namen des Militärbischofs, der Militärgeistlichen und ihrer Mitarbeiter, vor allem aber im Rahmen des Militärbischofsamtes danke ich herzlich für mehr als 27 Jahre in der Militärseelsorge, darunter 21 Jahre im Militärbischofsamt. Ich danke für alle Initiative und Impulse zur Weckung und Förderung der Mitverantwortung aller Gläubigen. Ich danke für die unverdrossene Mühe bei der Personalgewinnung und der Bestimmung des Einsatzes des Personals der Militärseelsorge, bei der Planung der Organisation dieser Seelsorge und nicht zuletzt für das Aushalten mancher Vergeblichkeit dieser Bemühungen. Persönlich danke ich Dir, lieber Werner, für die vielen Vertretungen bei meinen vielen, vielen Abwesenheiten und für die Unterstützung bei

der Leitung der Soldatenseelsorge GmbH bis zum Ende des vergangenen Jahres. Ich darf in dieser Öffentlichkeit die Urkunde unseres Bischofs übergeben und als Zeichen der Dankbarkeit derer, von denen Du Dich heute verabschiedest, die Faksimileausgabe eines der ältesten deutschen Soldatengebetbücher.

Nicht jeder Wehrbereichsdekan, der einen Pfarrer verabschiedet, hat das gleiche Glück wie ich, den Nachfolger gleich vorstellen zu können. Es ist vorgesehen, daß Militärdekan Wakenhut, Katholischer Standortpfarrer Hamburg III, ab dem 16. März die Aufgaben des Personalreferenten im Militärbischofsamt übernimmt. Es gibt Erwartungen an den früheren Pfarrer, Dekan und Standortpfarrer im Nebenamt in Regen im Bayerischen Wald und an den Pfarrer an der Führungsakademie der Bundeswehr:

- Die verstärkte Mitwirkung des Militärbischofsamtes bei der Gewinnung von Geistlichen in den nördlichen Wehrbereichen, die für uns Katholiken Diaspora sind.
- Schon längst ist die Militärseelsorge nicht mehr allein das Werk von Geistlichen und Pfarrhelfern. Im Laufe der Jahrzehnte kommen hinzu die Pastoralreferenten, einige Gemeindereferenten, im Osten Diakone. Hinzugekommen sind aber auch die ehrenamtlichen Dienste unserer Laien in den

Pfarrgemeinderäten und den örtlichen Kreisen der GKS. Es ist an der Zeit, die Zusammenarbeit dieser verschiedenen Dienste als Aufgabe auch des Personalreferates zu sehen und auch von dort zu fördern.

- Neben hundert katholischen Standortpfarrern gibt es jetzt schon über 70 nebenamtliche Militärseelsorger. Für diese Entwicklung waren die Verhältnisse bestimmend. Diese Entwicklung geht über das ursprüngliche Konzept hinaus, nach dem Standortpfarrer im Nebenamt dort einzusetzen sind, wo die Benennung eines hauptamtlichen weder notwendig noch möglich ist. Hier entsteht vielmehr eine eigene Gruppe innerhalb des Personals der Militärseelsorge; hier entsteht möglicherweise ein eigener Typus von Pastoral innerhalb der Militärseelsorge. Diese Entwicklung und die Einbeziehung in die Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen und ihren Pfarrhelfern sei der Aufmerksamkeit des neuen Personalreferenten dringend ans Herz gelegt! Als ich ihn vor sieben oder acht Jahren kennenlernte, war er selbst Standortpfarrer im Nebenamt mit einem eigenen Selbstbewußtsein dieser seiner Form der Militärseelsorge. Wir alle freuen uns auf den 16. März; heute sei lediglich angekündigt, daß wir alle dann ihm Gottes Segen

und viel Glück bei seiner neuen Aufgabe wünschen werden.

## **Grußwort durch LRDir Dr. von Gilsa BMVg – VR I 4**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihnen, sehr verehrter Herr Militärgeneralvikar Dr. Niermann, danke ich – zugleich im Namen der Angehörigen des Referates VR14 – sehr herzlich für Ihre freundliche Einladung zum heutigen Gottesdienst und zu diesem Empfang. Ihnen, sehr verehrter Herr Militärdekan Prälat Köster, gilt an dieser Stelle ein besonderer Gruß – ein Abschiedsgruß – von staatlicher Seite:

In zwölf Tagen endet Ihr Beamtenverhältnis, in das Sie vor mehr als 27 Jahren berufen wurden. Neben Ihrem geistlichen Amt haben Sie in einem Vierteljahrhundert in vielseitigen staatlichen Funktionen wichtige Aufgaben der katholischen Militärseelsorge wahrgenommen und sie dadurch mitgeprägt.

Aus dem schönen Unterfranken zog es Sie alsbald in die weite Welt (wie man zu sagen pflegt) an einen Ort, an dem damals – 1968 bis 1972 – wie heute das Weltgeschehen maßgeblich mitbestimmt wurde. In Ihrer Funktion als „Deutscher Katholischer Militärgeistlicher Washington, D.C.“ oblag Ihnen die geistliche Betreuung der katholischen Bundeswehrsoldaten in den vielen deutschen

Dienststellen auf dem nordamerikanischen Kontinent.

Ob man nun mangels Landeskenntnis seine Phantasie anstrengt, oder (wie beispielsweise ich) über persönliche Kenntnisse vor Ort verfügt – jeder kann die Besonderheit einer solchen ungewöhnlichen Aufgabe, deren Reiz in der Herausforderung liegt, nachempfinden. Was dem Betroffenen in jedem Falle bleibt, ist die persönlich – immaterielle! – Bereicherung in Form der Horizonterweiterung in des Wortes doppelter Bedeutung. Nach diesen „Wanderjahren“ folgte eine über zwanzigjährige Amtszeit im Katholischen Militärbischofsamt, auf die Sie nun mit Freude und Stolz zurückblicken können. Zunächst übernahmen Sie die anspruchsvolle Kirchen- und Gemeindegemeinschaft. Dem folgte ein 13jähriger Einsatz im Personalwesen, in dem es die vielfältigen Interessenlagen (individuelle, kirchliche, staatliche) auszugleichen galt. Schließlich waren Sie in den letzten 12 Jahren Vertreter des Militärgeneralvikars. Es gehörte dabei stets zu Ihrem Selbstverständnis, sich den Ihnen übertragenen Aufgaben mit Tat und Willenskraft zu widmen. Seelsorgerliche Erfahrung, Geschick im Umgang mit Menschen und ein sicheres Gespür für das Machbare waren hierbei Ihre hilfreichen Weggefährten.

Das Zusammenwirken zwischen der Militärseelsorge und der Seelsorge in den Bistümern war Ihnen

ein beständiges Herzensbedürfnis. Ein solches Miteinander steht als Voraussetzung dafür, daß die Soldaten in ihre Kirche – und damit in christliche Wertvorstellungen – integriert bleiben. Wo anders als in den von Ihnen wahrgenommenen Funktionen hätten Sie dies prägender mitgestalten können?

Auch die äußeren Formen gilt es zu pflegen, den Rahmenbedingungen anzupassen und weiterzuentwickeln. Die in der Realisierung stehende Umorganisation der Militärseelsorge als Folge der Truppenreduzierung wird im katholischen Bereich auch in Zukunft mit Ihrem Namen, sehr verehrter Herr Köster, verbunden bleiben. „Ja-Sager“ waren Sie nie, sondern stets bereit, sich mit dem, was Ihres Amtes war, kritisch und nutzbringend zugleich auseinanderzusetzen. Diese hohe Anforderung an sich selbst bestimmte Ihr Tun.

Ihre herausragenden Verdienste um die katholische Militärseelsorge wurden bereits 1989 durch die Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

Am vergangenen Freitag wurde Ihnen im Bundesministerium der Verteidigung durch Ministerialdirigent Dr. Kammerloher in Vertretung des Abteilungsleiters VR, Ministerialdirektor Hildebrandt, die Urkunde über die beantragte Versetzung in den Ruhestand ausgehändigt. Daraus möchte ich zitie-

ren:

„Für die dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste spreche ich ihm Dank und Anerkennung aus.“

Der Bundesminister der Verteidigung Rühle.“

Abteilungsleiter VR Ministerialdirektor Hildebrandt bedauert außerordentlich, heute wegen eines unaufschiebbaren Termins hier nicht teilnehmen zu können. In seinem Namen spreche ich das Bedauern des Bundesministeriums der Verteidigung über die Versetzung des Militärdekans Köster in den Ruhestand aus. Denn wir verlieren dadurch einen Partner, dem gute, vertrauensvolle und gewinnbringende Beziehungen zwischen den Handelnden der kirchlichen und staatlichen Stellen stets ein persönliches Anliegen war. Diesen Worten füge ich, sehr verehrter Herr Militärdekan Prälat Köster, noch meinen persönlichen Dank für beste Zusammenarbeit und alle guten Wünsche für Ihr künftiges persönliches Wohlergehen in Ihrem geliebten Frankenland hinzu.

## **Rede des Bundesvorsitzenden der GKS**

Im Namen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten möchte ich Ihnen heute Danke und Auf Wiedersehen sagen.

Sie waren – nach Prälat Alfons Mappes – der Laien- und Auslandsdekan im Katholischen Mili-

tärbischsamt – und Sie waren in dieser Funktion vom 1. Oktober 1974 bis zum 31. Januar 1980 der Geistliche Beirat der GKS. Aber Sie waren dies eben nicht nur, weil Ihre Funktion es verlangte, Sie waren es, weil die Laien und Ihre Arbeit Ihnen am Herzen lagen.

Die Pfarrgemeinderäte waren damals noch Beratende Ausschüsse, und nur ein Delegierter durfte noch 1976 bei den Wochen der Begegnung beide Gremien, also GKS und Beratende Ausschüsse, vertreten. Sie haben beide Formen der Laienarbeit gefördert – die beratende in der Kirche ebenso wie die verbandliche für die Kirche. Und Sie haben – was nicht immer selbstverständlich ist in unserer Kirche – die Freiheit und Selbständigkeit der Laienarbeit aus Überzeugung nicht nur geduldet, sondern mit Nachdruck unterstützt. Dabei wissen wir alle, daß es mit dieser selbständigen Arbeit auch nicht immer so recht klappt – und dann haben Sie eben ohne Aufhebens Ihren Part gespielt und geholfen, daß die Dinge richtig und in die rechte Richtung liefen.

In einer Meditation zum Thema Tapferkeit haben Sie 1976 gesagt, daß Tapferkeit sich zwar in der Extremsituation bewähren muß, daß sie aber im Grunde das tägliche Aushalten und Standhalten mit genau der gleichen Wichtigkeit verlangt. Solche Wegmarken haben wir von unserem Geistlichen Beirat gebraucht – und Sie haben sie

uns gegeben und zugleich selbst beachtet.

Nicht vergessen werden wir auch, wie Sie sich für die internationale Zusammenarbeit katholischer Soldaten im Apostolat Militaire International eingesetzt haben. Ob es um internationale Soldatenwallfahrten wie die nach Rom im Heiligen Jahr 1975 oder um die Konferenzen des AMI in den verschiedenen Ländern Europas ging – Sie haben sich für uns und mit uns engagiert – meist zurückhaltend und unauffällig, aber mit um so mehr persönlichem Einsatz und auch mit dem Mut, schwierige Entscheidungen zu treffen und dann auch zu ihnen zu stehen. Auch dies ist ja nicht mehr selbstverständlich in unserer Zeit.

Bei Ihrem Wechsel in einen anderen Aufgabenbereich im KMBA – ein Wechsel, der wohl mehr aus Pflichtgefühl denn aus Neigung erfolgte – hat Ihnen im April 1980 in Vierzehnheiligen der damalige Bundesvorsitzende Georg Heymen als erstem das neu gestiftete Ehrenkreuz der GKS überreicht. Er sagte damals: „Wir sind überzeugt, daß er trotz der veränderten Zuständigkeit und Verantwortung in seinem neuen Amt sein Herz für unser Anliegen weiter schlagen läßt.“ Ich weiß heute, daß Georg Heymen recht hatte. Sie haben sich Ihr Herz für uns weiter bewahrt, Sie haben weiter zu uns gestanden, Sie haben weiter mit uns für die Kirche unter Soldaten und für die Soldaten in

der Kirche gearbeitet. Herzlichen Dank für alles – viel Glück in der Zukunft –, und ich denke, es wird für viele von uns in Würzburg immer mal ein Wiedersehen mit Ihnen geben.

*Jürgen Bringmann*

### **Neuer Personalreferent im Katholischen Militär- bischofsamt**

Militärdekan Walter Wakenhut (50), bisher Katholischer Standortpfarrer Hamburg III, hat am 16. März die Leitung des Personalreferates im Katholischen Militärbischofsamt in Bonn übernommen. Wakenhut ist Priester der Diözese Passau. Nach dem Abitur 1962 studierte er dort Philosophie und Theologie. Nach der Priesterweihe 1968 war er für kurze Zeit als Kaplan in Passau tätig. 1969 wurde er Präfekt am Seminar Burghausen, wo er 3½ Jahre später die Stelle des Direktors übernahm. 1980 wechselte Wakenhut als Pfarrer der Pfarrei St. Michael in die größte Pfarrei des Bistums Passau, nach Regen. 1985 wurde ihm das Amt des Dekans für das Dekanat Regen übertragen. Trotz umfangreicher Seelsorgetätigkeiten übernahm er 1986 zusätzlich die Aufgaben des Katholischen Standortpfarrers im Nebenamt für Regen. 1989 wurde Wakenhut zum hauptamtlichen Militärgeistlichen für den Seelsorgebezirk Hamburg III eingestellt. Zu diesem Bezirk gehören die Führungsakademie und

die Logistikscheule der Bundeswehr sowie die Bundeswehrfachschule in Hamburg.

*Referat Militärseelsorge und Öffentlichkeit*

*(aus NIMM Nr. 8 vom 25.3.1993)*

## Leitungskreis- seminar in Polen

**vom 18. bis 28. September  
1992**

### **Der Versuch, keinen Reisebericht zu schreiben**

Eines Morgens waren mit der Post die Unterlagen gekommen, die endgültig bewiesen, daß es mit der Polenreise ernst wurde.

Erst jetzt machte ich mir eigentlich Gedanken über die Reise. Was wird dich, was wird uns erwarten? Wie sind die Hotels, die Straßen. Stimmt es, was man so im allgemeinen über Polen hört?

Am besten, man löscht das Gedächtnis aus dem Gedächtnis und läßt sich überraschen. Der Zeitpunkt war da. Die Hektik der Reisevorbereitungen ebte ab. Die äußeren Bedingungen waren vielversprechend. Eine Großwetterlage bescherte gutes Spätsommerwetter und in den Verkehrsmeldungen waren in Richtung Norden keine Staus gemeldet worden. So konnte das erste Etappenziel – Waldbröl – ohne Verzögerung erreicht werden. Bekannte und unbekannte Gesichter. Hallo und wie geht es,

bekannt machen, Gespräche über die Reise. Der Abend gemütlich in einer schönen Wirtschaft, Entspannung, Loslösen vom Alltag.

### **Der nächste Morgen**

Endlich der Beginn. Pünktlich erscheint der Bus mit den übrigen Teilnehmern und das gleiche Zeremoniell wie am Abend vorher. Man drängt zur Eile, denn acht Stunden Fahrzeit, mehr darf ja ein Reisebusfahrer nicht hinterm Steuer sitzen, sind schnell um.

Das Bergische Land zieht an den Fenstern vorbei, Monsignore Walter Theis liest Betrachtungen zum Tage vor und gibt uns den Reisesegen. Kilometer um Kilometer läßt der Bus hinter sich und es gibt Gelegenheit, den Gedanken freien Lauf zu lassen.

Wie war das doch vor drei Jahren? Fast zur gleichen Zeit hatten wir in Waldbröl Bundesvorstandssitzung. Am Fernseher wurden wir Zeuge, wie der damalige Außenminister, Hans Dietrich Genscher, den vielen Flüchtlingen in der Deutschen Botschaft in Budapest die Nachricht überbrachte, daß sie in die Bundesrepublik ausreisen dürfen. Die Wende begann. Wer von uns hätte damals zu hoffen gewagt, daran geglaubt, daß wir als Soldaten offiziell nach Polen fahren, um uns dort mit polnischen Soldaten zu treffen?

Ist es nicht eine Gnade Gottes, daß diese Entwicklung ohne Blutvergießen geschehen konnte?

Weiter geht die Fahrt – Auto-



bahnalltag „Stau“. Das Wetter läßt keinen Mißmut aufkommen. Gespräche hier und da. Volker Traß, der für die Dauer der Reise der sogenannte „Bärenführer“ ist, beginnt mit seinen Erläuterungen zur Reise. Kirchheimer Dreieck – Richtungsweiser Eisenach – wieder Gedanken – Grenzübergang Herleshausen/Wartha – Schikanen – gleißendes Lichtermeer – Wachttürme – bewaffnete Grenzsoldaten – stundenlanges Warten – Ängste – Schießbefehl. Nichts mehr von alledem. Welch eine Ironie. Was vor drei Jahren noch Angst und Schrecken hervorrief, gestattet heute eine großräumige, verschwenderische, moderne Raststätte. Noch sind nicht alle Spuren beseitigt. Reste vom Zaun, ein Wachturm.

Nicht viel Zeit bleibt zum Verweilen, noch sind es 350 km bis zum nächsten Ziel, Dresden.

Volker beginnt mit Informationen über die Städte, die links und rechts vorbeihuschen. Geschichtsträchtige Städte. Einige seien nur kurz erwähnt.

Eisenach – im gleichen Atemzug zu nennen die Warburg – Landgräfin Elisabeth – Martin Luther – Johann Sebastian Bach. Wettstreit der Minnesänger – Anlaß für Richard Wagner, den Tannhäuser zu vertonen. Luther übersetzt hier als Junker Martin 1521 – 1522 das Neue Testament aus dem Griechischen ins Deutsche. Wie es dazu kam, schildert in seiner ihm eigenen Art – Volker. Es ist köst-

lich, ihm zuzuhören.

Gotha, Erfurt, Weimar – welche große Deutsche beherbergten sie in ihren Mauern. Nicht nur die zwei großen Dichterfürsten Goethe und Schiller, sondern List, Herder, Lucas Cranach d.Ä. und Frau von Stein lebten hier. Jena – hier begann der Siegeszug optischer Linsen. Abbe und Zeiss und jetzt das „Schlaule“ aus Stuttgart. Abzweigung Leipzig – die Vergangenheit – brennende Kerzen, in den Kirchen Menschen im Gebet vereint – der Ruf „Einig – Freiheit – Vaterland – Wir sind ein Volk“, ist das erst zwei Jahre her?

So, wie die Richtungsschilder vorbeifliegen, so sind die Gedanken. Wieder eine Baustelle. Mit welchem Eifer wird hier versucht, Jahrzehnte aufzuholen. Straßenzustand erheblich besser als gedacht. Chemnitz, bis vor einem Jahr noch „Karl-Marx-Stadt“. Es hat sich „ausgemarxt“.

Nicht mehr weit bis Dresden. Beklemmende Gefühle. Wie wird sich die Stadt zeigen. Welche Vergangenheit hat diese Stadt? Eine der schönsten Barockstädte Europas – was ist davon geblieben? Beim Näherkommen entpuppt sie sich als eine Stadt, die, so scheint es, aus schwarzen Ziegeln gebaut ist. Verfall, wo man hinschaut. Je mehr wir uns dem Stadtkern nähern, um so deutlicher wird uns bewußt, welche Anstrengungen vorgenommen werden müssen, um zu retten, was noch zu retten ist. Vielleicht ist es noch nicht zu spät,

dem „Elbflorenz“ wieder den Glanz alter Tage zu verleihen. Das herrliche Wetter läßt manches nicht so trist erscheinen. Wie sieht die Stadt wohl bei schlechtem Wetter aus?

### **Der Gang durch die Stadt**

Wo man geht und steht, die Tragik der Stadt ist allgegenwärtig. Wie war das noch? August der Starke, er holte sich die besten Künstler und Handwerker und baute sich seine Stadt.

Jahrhunderte eines kulturellen, künstlerischen und geistigen Hochs bis zum tiefsten Sturz in den Wahnsinn eines menschenverachtenden Krieges, der animalische Instinkte frei werden ließ, die in einer einzigen Nacht und einem Tag darin gipfelten, diese mit Flüchtlingen überlaufende Stadt dem Erdboden gleichzumachen. Soll man Böses mit Bösem vergelten? – ich sage nein – auch deshalb sind wir auf dem Weg nach Polen. Wir haben die Chance, die Gnade geschenkt bekommen, daß wir aufeinander zugehen können.

Ein wunderbarer Abend in der Semperoper beschließt den ersten Tag. Es sind erlebnisreiche Stunden und Tage. Der Bummel über die Prager Straße hin zum Elbufer, vorbei am Altmarkt, an dem sich die Kreuzkirche befindet. Heimat des seit Jahrhunderten weltberühmten Dresdener Kreuzchors. Gleich daneben das Neue Rathaus. Die Vergangenheit ist wieder da. Der Kulturpalast – prot-

zig – , total fehl am Platz, aber er gehört dazu (Geschichte läßt sich nicht beugen).

Links im Hintergrund die Ruine des Stadtschlusses – schwarz, drohend. Der Neumarkt – als Mahnmal für die Opfer des Bombenkrieges, die Ruine der Frauenkirche – wie magisch wird der Blick auf die wie ein mahnender Finger emporragende Ruine im Trümmerhaufen stehend, angezogen. Ganz in der Nähe wie zum Hohn an einem Fries die Inschrift „Dem Vaterland zur Zier und Ehr“. Man möchte heulen. Es bedrückt, beklemmt, und dann die Wirklichkeit – modernste Architektur – das Erste Hotel am Platz – die Marktwirtschaft läßt grüßen.

Versöhnlich stimmt der Wille zum Wiederaufbau – ob Zwinger, Semperoper, katholische Hofkirche oder die Brühlschen Terrassen, überall sieht man den Fortgang der Erneuerung.

Die Fahrt nach Pillnitz, eine Flußlandschaft zum Verlieben, Weinberge, alte Villen, in der Ferne das Elbsandsteingebirge und dann das Schmuckstück, das Schloß Pillnitz. Hier kann man für Momente vergessen. Wieder zurück nach Dresden, Fahrt entlang dem Elbufer, Gedanken an die Menschen, die hier ihr Leben verloren haben. (Persönliche Anmerkung: Es ist Geschichtsklitterung, wenn man die Gedenktafeln am Zwinger, auch wenn sie vom sozialistischen Regime angebracht und in der ihr typischen Sprache ver-

faßt wurden, entfernt, nur weil die Königin von England zu Besuch kommt.)

Die Zeit vergeht wie im Flug, es heißt Abschied nehmen – doch zuvor das Erlebnis, das tief bewegt. Gottesdienst in der Hofkirche. Pontifikalamt mit dem Bischof von Dresden, Joachim Reinelt, für Gehörlose mit gleichzeitiger Taufe und Firmung von Gehörlosen. Es wird hierbei erst richtig bewußt, wie „taub“ wir sind. Wie wir unsere Fähigkeit zu sprechen mißbrauchen, wenn man die Hingabe und das Einfühlungsvermögen des Priesters miterlebt, der den Gehörlosen die Worte verständlich macht. Besinnung, Stille, Dankbarkeit für diesen Gottesdienst – der Bus wartet – wir wollen nach Breslau, oder sollte nicht der polnische Name geübt werden – Wroclaw. Bald ist Dresden verschwunden, noch ein Blick zurück, aber nicht im Zorn, denn 1994 ist sie die Stadt, die den 92. Deutschen Katholikentag ausgerichtet. Wir kommen wieder!

Ein Hinweisschild, daß die Autobahn zu Ende ist. Wir fahren an Bautzen vorbei. Einen traurigen Ruf hat sie, das gelbe Elend, war sie doch unter dem sozialistischen Regime das Gefängnis für Andersdenkende. Bis Görlitz ist es nun nicht mehr weit, die zweigeteilte Stadt an der Neiße.

Wie lange werden wir wohl an der Grenze warten müssen? Werden die Zöllner streng sein. Von allem, was so erzählt worden ist,

trifft nichts zu. Freundlich kommt der Beamte in den Bus, wirft nur einen kurzen Blick auf die Reisepässe, doch halt, einer hat aus Versehen den Reisepaß seiner Frau mitgenommen. Personalausweis – Fehlanzeige, aber der Truppenausweis ist am Mann (wie es sich für einen guten Heeressoldaten gehört). Dies ist heute kein Problem, er bekommt einen Übergangspassierschein für die Dauer der Polenreise. Was wäre vor Jahren geschehen?

### In Polen

Der Volksmund sagt: „Der erste Eindruck ist der beste“, die anfängliche Beklemmung ist gewichen. Volker witzelt von vorne, er glaubt, daß unsere Reisebegleiterin, die jetzt zusteigen wird, sicher rothaarig ist und grüne Augen hat, denn alle Polinnen sind so! An einer Kreuzung steht sie, Volker hätte die Wette gewonnen.

IWONA, ein Name, der uns in den nächsten zehn Tagen nicht mehr loslassen sollte. Sie war unsere Reiseleiterin und Dolmetscherin – ein Glückstreffer.

Der Magen macht sich bemerkbar, und über das polnische Essen weiß man nur, daß es sehr deftig sein soll. In einem Hotel, in welchem das Mittagessen vorbestellt war, erleben wir es dann. Eingedeckt wie zu einem fürstlichen Mahl, die Stühle dem Eingang entgegengedreht – Vorspeise, Suppe, Hauptgang, Nachspeise, Kaffee und Kuchen, freundliche zuvor-

kommende Bedienung, und das sollte sich die nächsten Tage nicht ändern. Befürchtungen wegen der „schlanken Linie“ wurden zu Recht geäußert.

Bald wurde zum Aufbruch geblasen, Wrocław (Breslau im deutschen Sprachgebrauch) wartet schon auf uns.

Das erste sind die uralten Straßenbahnen, die uns mit rasanter Fahrt überholen. Auf jeder Seite nur eine Einzelsitzreihe, viel Platz zum Stehen. Wird der Zustand der Stadt so sein wie die Tram? Das Hotel macht einen soliden Eindruck. Der Abendspaziergang dient hauptsächlich der Verdauung. Aus irgendeiner Straße tönt Jazz. Stimmt ja, die Polen haben immer schon guten Jazz gespielt. Man läßt sich anziehen und kommt am Rathaus an. In der Dunkelheit läßt sich die Schönheit nur erahnen. Bei Tag werden wir es sehen. Überraschung – Gegensätze – auf der einen Seite der Zerfall, aber auch Wiederaufbau, herrliche Gotik, Renaissance, Barock. Da ist die Dominikinsel mit ihren Kirchen. Schmuckstücke, sie zeugen auch von der starken und tiefen Religiosität der Bewohner dieser Region, die auch unter kommunistischer Herrschaft nicht gebrochen wurde. Für ein Ehepaar ist die Kreuzkirche mit ganz persönlichen Erinnerungen verbunden. In dieser Kirche war der Großvater tätig. Begegnungen mit der Vergangenheit, gestern noch ein Wunschtraum, heute Wirklichkeit. Geschichten,

die man hört.

Sind es schon zwölf Jahre her, als hier in Polen das Wort Solidarnosc in aller Munde war. Die Stadtführerin erzählt, wie es damals war. Man erfährt, mit welchem Geschick die Menschen gegen das Regime vorgegangen sind. Da ist die Rucksackaktion. Die Anhänger der Bewegung transportierten nachts die Flugblätter mit Rucksäcken; als dann mehrere von ihnen verhaftet wurden, wurde die Bevölkerung aufgerufen, nur noch mit Rucksäcken durch Wrocław zu laufen. Ergebnis: Keiner wurde mehr verhaftet. Die Führerin beendet ihre Ausführungen mit „Wir haben gewonnen“.

Ein Juwel der Baukunst, die Aula Leopoldina in der Universität, das Rathaus. Trotz der Schönheit, nur die hohe Kunst der Restauration läßt vergessen, daß diese Stadt fast völlig dem Erdboden gleichgemacht wurde, als sie im Zweiten Weltkrieg zur Festung gemacht wurde.

Die Zeit ist ein Faktor, den wir nicht außer acht lassen dürfen. In Trebnitz wartet schon die Schwester Oberin des Klosters voll Ungeduld.

Noch haben wir ihre vor Rührung zitternde Stimme in den Ohren, als sie in Heiligkreuztal, auf der Woche der Begegnung 1991, den Scheck für dringende Renovierungsarbeiten überreicht bekam. Der Empfang ist herzlich – wenn sie dürfte, sie würde uns alle umarmen.

Am Grabmal der heiligen Hedwig feiern wir einen Gottesdienst, Zeit der Besinnung, der Ruhe. Rückblick auf das Leben der hl. Hedwig. Herr und Frau Schmittinger stoßen wieder zu uns. Sie waren in dem Geburtsort von Frau Schmittinger. Glück spricht aus ihrem Bericht. Es war eine herzliche Aufnahme. Das Haus, die Wohnung, es ist alles noch wie damals – Erinnerungen an die Jugendzeit.

Die Schwestern verwöhnen uns mit einem köstlichen Essen. Unbekanntes wird aufgetischt. Die rote Suppe mit gefülltem Pfannkuchen. Von einigen mit Vorsicht probiert und dann herzlich gegessen. Es ist spät geworden, wir müssen nach Wroclaw zurück, es sind noch einige polnische Kilometer.

Bei Frühnebel, er verspricht einen schönen Tag, sind wir auf der Fahrt nach Krakau. Im Bus ist es noch still, Iwona beteuert unserem Fahrer, er solle ruhig unter der Brücke hindurchfahren, die Durchfahrthöhe sei eine polnische Höhe, was soviel heißt, wenn 3,60 m angegeben ist, so sind es in Wirklichkeit 3,80 m. Bis auf ein paar Ausnahmen hat es gestimmt. Im sich auflösenden Nebel zeigen sich die ersten Fördertürme. Wir durchfahren das Oberschlesische Kohlerevier. Der „Kohlenpott“, fast glaubt man sich ins Ruhrrevier der fünfziger – sechziger Jahre zurückversetzt. Iwona erklärt uns, auch hier beginnt sich eine Krise

zu entwickeln. Die Kumpels, die auch unter der sozialistischen Herrschaft Privilegien hatten, verlieren ihre Arbeit, die Jugend wandert ab. Konfliktherde bauen sich auf.

Krakau – Königsstadt – Hauptstadt – Heimatstadt des jetzigen Papstes Johannes Paul II. Der Wawel, die Festung mit Schloß und Kirche erhebt sich mächtig an der Weichsel, die wir überqueren, um zu unserem Hotel zu kommen. Peter muß mit dem Bus auf dem „Zahnfleisch“ fahren, denn die Höhenangabe stimmte nicht.

Der Gang durch die Stadt wird zum Erlebnis. Der Wawel mit seinen Bauten, der Hochaltar von Veit Stoß in der Marienkirche, das Auge wird überschwemmt von Eindrücken. Die Universität, altherwürdiges Gemäuer, hier studierte Kopernikus, zeigt, daß die Stadt in all den Wirren der Geschichte nicht zerstört wurde. Voller Leben ist die Stadt. Noch schnell einen Blick in den Hof des Kardinalssitzes, von Kardinal Woytila, der als Papst Geschichte gemacht hat. Müde, die Füße melden sich, der Abend dient zur Entspannung. Ein Wodka oder Bier als Schlummertrunk, es wird Zeit, ins Bett zu gehen. Ein Blick auf den Wawel bei Nacht – die Gedanken sind noch nicht zur Ruhe gegangen, sie beschäftigen sich mit dem morgigen Tag. Zwei Namen, die Beklemmung hervorrufen – Auschwitz und Birkenau. Die Müdigkeit ist stärker. Der Tag, an dem das fin-

sterste Kapitel der deutschen Geschichte nachempfunden wird.

### Die Konzentrationslager

Es ist wie an all den anderen Tagen. Herrliches Herbstwetter. Die ersten Färbungen des Laubes werden sichtbar. Nichts an der Landschaft läßt erkennen, welches Grauen sich hier zugetragen hat. Gedämpfte Unterhaltung. Die Gedanken eilen voraus. Es ist ein Unterschied, ob man nur etwas über diese zwei Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau gelesen hat oder ob man persönlich an diesen Stätten weilt. In der Landschaft vereinzelt kleine Ansiedlungen und Gehöfte. Es scheint, als wäre die Zeit hier langsamer vergangen. Der Fahrer biegt am Hinweisschild KL Auschwitz ab. Der Information zufolge, wurden 1940 alle Bewohner aus diesem Gebiet evakuiert. Der Parkplatz vor dem KL Auschwitz ist voll mit polnischen Bussen. Für polnische Schulklassen ist es eine Pflicht, hier hinzufahren. Beklemmendes Gefühl – wie viele der Kinder haben in diesem Lager Großeltern und Verwandte verloren?

Der polnische Museumsführer spricht gutes Deutsch. Ressentiments sind nicht zu spüren, als er uns durch das ehemalige Konzentrationslager führt. Seine sachlichen Erklärungen haben uns geholfen. Aufgewühlt im Innersten – quälende Gedanken, das Tor mit dem Spruch „Arbeit macht frei“. Nichtbegreifen – Ohn-

macht – Schauern – Mensch, wer gab, gibt dir das Recht, solche Verbrechen zu begehen? Und doch bei all dem Grauen, was lebendig zu werden scheint, die Frage „hat die Menschheit Lehren gezogen, in Betracht des in der heutigen Zeit vor unserer Haustüre stattfindenden Bruderkrieges im ehemaligen Jugoslawien oder im Nahen Osten?“ Die Aufzählung kann fortgesetzt werden, muß mit „Nein“ beantwortet werden.

Viele Fragen, wo war Gott in dieser Zeit? Er war da in all den Menschen, die auch wegen ihres Glaubens, ihrer Überzeugung, ihrer politischen Anschauung umgebracht wurden. Stellvertretend für alle – Pater Maximilian Kolbe – er ging für einen Mithäftling, der eine Familie hatte, in die Todeszelle und wurde dann von seinen Peinigern umgebracht. Vor seiner Todeszelle kommt man nicht zur Ruhe, zu viele Besucher. Brennende Kerzen, Licht im Dunkeln, Mahnung an alle. Draußen lichter Sonnenschein, Erkenntnis, wie Haß, Rachsucht und Neid die Menschen verrohen läßt.

Birkenau, genauso grauenvoll, sogar mehr, da hier die Menschen selektiert wurden, als sie aus ganz Europa wie Vieh ausgeladen wurden. Die roten Ziegelschornsteine der nicht mehr vorhandenen Baracken ragen wie drohend ausgestreckte Finger in den Himmel. In der Kirche des Konzentrationslagers (ehem. Offz. Casino) – Gottesdienst – Hineintauchen in das

Gebet, Zwiesprache, Bitte um Einsicht der Menschen, um Frieden und Verzeihung für die Untaten. Das Verlangen, diesen Ort zu verlassen, ist groß. Alles ist so unfassbar. Es gibt auch andere Gründe. Einer davon ist auch nach dem Besuch der Konzentrationslager vorhanden – der Hunger.

In Oswiecim, zu dem Auschwitz gehört, werden wir verköstigt. Ein typischer Polenmarkt lenkt die Gedanken ab. Die Autobahn nimmt uns wieder auf. Schnurgerade verliert sie sich am Horizont. An den Staßenrändern bieten die Bauern Körbe, gefüllt mit Pilzen, an. Auf dem Mittelstreifen weidet eine Kuh und ab und zu begegnet man einem Pferdefuhrwerk. Unberührte Landschaft. Bis zu unserem nächsten Ziel, Czestochowa, sind es noch viele polnische km. Nova Huta, größtes Stahl- und Hüttenwerk, liegt mächtig an der Straße.

### **Die Schwarze Madonna**

Czestochowa, ein Wallfahrtsort wie jeder andere? Händler, Souvenierläden, Kitsch, Kurioses, Lärm, Gedränge, Hast? Bei der Durchfahrt zum Hotel der Eindruck einer Kleinstadt, breite Einkaufsstraßen, kurz vor Feierabend zum Jasna-Gora hin, verebbt der Verkehr, vereinzelt streben ein paar Menschen zur Basilika, die sich hoch in den Abendhimmel reckt. Kein geschäftiges Treiben, keine Läden, man hat das Gefühl, in einer Bannmeile zu sein. Die von gleißendem Licht angestrahlte Kirche

zieht an, und trotz der Müdigkeit gehen wir zur Basilika. Die „Schwarze Madonna“, hier ist sie zu Hause.

Die Reihenfolge der Reise ist gut gewählt. Hier am Gnadenbild, wo unzählige Gläubige Trost, Schutz, Hilfe und Gnade erleben, können auch wir ein jeder für sich die Anliegen zur Mutter Gottes mit dem Kind tragen. Je näher wir der Basilika kommen, um so eiliger überholen uns Menschen. Wir werden mitgezogen – durch einen Torbogen weiter in das Innere der Kirche. Überall Menschen im Gebet vertieft, der befürchtete Lärm der „Nur-Touristen“. Nach vorn, wo sich das Gnadenbild befindet, wird die Anzahl der Gläubiger immer dichter, es gibt kein Durchkommen mehr. Glockengeläut, Bewegung, die Schutzwand vor dem Gnadenbild verschwindet. Es ist 21.00 Uhr – das Abendgebet, als der Aufruf von Jasna-Gora bekannt. Zum ersten Mal am 8. Dezember 1954 der Aufruf, für die Kirche, das Vaterland und die Befreiung des Primas zu beten.

Zum ersten Mal sehen wir die Schwarze Madonna in Wirklichkeit. Noch ist man zu weit entfernt, um das Bild genau zu sehen. „Das Bildnis der Mutter“, der lobenswerten und verehrenden Jungfrau, Herrscherin der Welt und der Menschen, so wird sie genannt. Es ist schon fast beängstigend, wieder ein strahlender Sonnentag. Heute werden wir direkt unter dem Gnadenbild unseren Gottesdienst

feiern. Welch eigenartiger Reiz geht von diesem Bildnis aus. Das dunkle, fast schwarze Gesicht, umrahmt von Silber, Gold und Edelsteinen auch bei dem Kind; die Striemen auf ihrer Wange – es zieht einen in seinen Bann. Eine Frömmigkeit wird hier miterlebt, wie sie in Deutschland fast ganz verschwunden ist. Pilger aller Altersklassen rutschen auf den Knien um den Altrarraum. Viele junge Pilger sind da.

Der Gottesdienst ist Gnade und Dankbarkeit. Die lange wechselvolle Geschichte des Klosters und ihrer Patres, den Paulinern, lernen wir bei einer Führung im Anschluß an den Gottesdienst kennen. Uns wird eine ganz besondere Ehre zuteil. Der Pater gibt uns die Gelegenheit, die Klosterbibliothek zu besichtigen. Voll Stolz zeigt er uns Bücher und Schriften von unschätzbarem Wert. Ganz besonders stolz ist er auf das Gästebuch des Klosters.

Persönlichkeiten wie Bismarck, Walesa oder Papst Johannes Paul II., um nur einige zu nennen, haben sich hier als Gäste verewigt. Zu allen erlauchten Namen fügt unser Geistlicher Beirat, Walter Theis, im Namen des Militärbischofs seinen Namen hinzu. Als Abschluß der Besichtigung wird es uns Männern gestattet, noch das Refektorium zu besuchen. Der Pater gibt den Ehefrauen die Zusicherung, daß alle Männer wieder zurückkommen. Sie sind alle zurückgekommen. Mit dem Kreuzweg um

das Kloster verlassen wir Czystochowa. Unser endgültiges Reiseziel Warschau wartet auf uns.

Gedanken an die bevorstehende Begegnung mit den polnischen Soldaten und den Warschauer Bürgern regen sich. Wie wird die Aufnahme sein? Deutsche Soldaten in Uniform – in Polen – und ganz besonders in Warschau.

### In Warschau

„Lieben sie Warschau? Wie gut wäre es, wenn diese Frage, die der dort lebende Deutsche Ludwig Zimmer bejaht, uns Deutsche hierzulande überhaupt gestellt werden könnte. Denn die Verhältnisse, sie sind nicht so, daß man als Deutscher – wie etwa in Paris – nach Warschau, ins ‚Paris des Ostens‘, reisen kann.“

So beginnt der Autor die Einleitung im Merianheft „Warschau“ aus dem Jahr 1970.

Heute können wir wieder in Europa reisen, ob nach Ost oder West. Warschau – welche Gedanken löst dieser Name aus! Jüngere Hauptstadt von Polen, Residenz August des Starken, Teilung Polens (wie viele) durch die westlichen und östlichen Nachbarn. Die deutsche Okkupation – Schuldgefühle – Vernichtung des Ghettos, der Warschauer Aufstand, die totale Zerstörung der Stadt – bewundernswerter Wiederaufbau. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die neue Knechtung und Vergewaltigung der Menschen durch den Kommunismus (Stalin)



und dennoch ein bewundernswerter Aufbau. Erkenntnis in der jüngeren Zeit, daß selbst das „Brudervolk“ der UdSSR dort weitergemacht hat, wo der Nationalsozialismus aufgehört hatte.

Die Eindrücke der Stadt sprengen alle Erwartungen. Nichts mehr von einer tristen Stadt. Der westliche Einfluß und die Konsumgesellschaft läßt grüßen – Mac Donald's und IKEA, das ist die Reklame, die ins Auge springt. Geschäftiges Treiben, Rush-hour, die Nobelkarossen aus Deutschland prägen das Bild mit.

Erschrecken – ein Verkehrsunfall, das Opfer liegt leblos auf der Straße, Schaulustige, kein Unterschied zu uns.

Info – Völker und Kulturpalast – Geschenk Stalins – für die Polen heute ein Schandfleck. Die Einstellung der Polen zum ehemaligen Waffenbruder hat sich gewaltig verändert. Es gab Bestrebungen, den Palast abzureißen. Er wird bleiben. Man hört, daß für dieses Geschenk viele Polen, die während der Stalinzeit als Andersdenkende in den Gefängnissen und Internierungslagern inhaftiert waren, auch Priester, die Bauteile gefertigt haben.

Ilwona hat so von der Altstadt geschwärmt, daß wir sie am Abend noch besuchen. Sind wir auf der „Kö“ oder in Warschau? Die Geschäfte könnten von da sein. Ein Café hat noch geöffnet, letzte Jazzklänge verklingen, ein Wodka zum Aufwärmen, was wird

der morgige Tag bringen. Warum getrenntes Frühstück?

Im Seminarraum sind die polnischen Kameraden mit ihren Ehefrauen sowie der Generalvikar des Militärbischofs, der deutsche Militärattaché sowie sein Dolmetscher und erwarten uns. Freundlichkeit und Herzlichkeit empfangen uns. Man macht sich miteinander bekannt. Es fällt auf, daß keine Unteroffiziere an dem Seminar beteiligt sind (vielleicht läuft hier die Entwicklung genauso wie in unserer Gemeinschaft). So wird nicht ganz die Voraussetzung für das Seminar geschaffen. Für den Verlauf des Seminars war dies jedoch nicht hinderlich. Die Verständigung wirft einige Probleme auf, zum Glück kann man sich in englisch unterhalten und wenn es gar nicht mehr geht, ist ja noch der Dolmetscher da. Das Seminar wird geprägt durch die Vorstellung der Katholischen Militärseelsorge in Deutschland und dem Aufbau und der Arbeit der GKS (zu lehrmeisterhaft und zu lang).

Es soll den polnischen Kameraden Hilfe und Anhalt sein für ihre beginnende Arbeit. Man merkt, wie begierig sie sind, von uns zu lernen. Hoffentlich geht das Pflänzchen auf.

Vom polnischen Generalvikar erfahren wir, wie die Militärseelsorge in der polnischen Armee aufgebaut ist. Interessant die Einbettung der Militargeistlichen in die Hierarchie. Der Kapelan in schmucker Hauptmannsuniform,



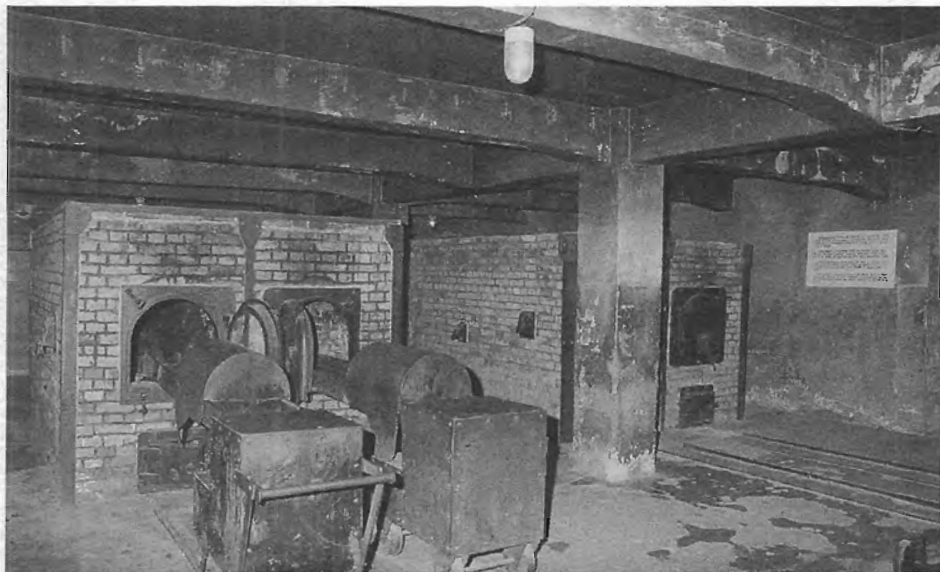
**Monsg. W. Theis bekommt von OTL Hanak den Teller der  
Offiziersakademie von Warschau überreicht**

**Foto: F. Brockmeier**



**Gottesdienst in der Kirche des Militärbischofs zum Abschluß der  
Polenreise**

**Foto: F. Brockmeier**



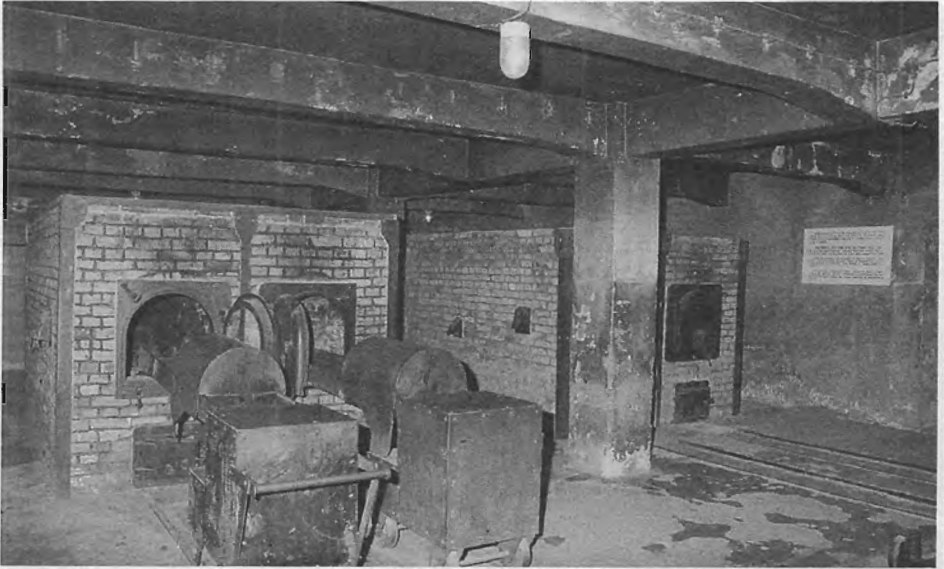
Auschwitz – Verbrennungsöfen

Foto: F. Brockmeier



Gottesdienst im Kloster Trebnitz vor dem Altar der hl. Hedwig

Foto: F. Brockmeier



Auschwitz – Verbrennungsöfen

Foto: F. Brockmeier



Gottesdienst im Kloster Trebnitz vor dem Altar der hl. Hedwig

Foto: F. Brockmeier



**Monsg. W. Theis bekommt von OTL Hanak den Teller der  
Offiziersakademie von Warschau überreicht**

**Foto: F. Brockmeier**



**Gottesdienst in der Kirche des Militärbischofs zum Abschluß der  
Polenreise**

**Foto: F. Brockmeier**

ein für uns ungewohntes Bild. Die Gespräche mit dem Nachbarn, dem Stabsarzt oder seiner Frau, da man sich in deutsch unterhalten kann, bringen einander näher. Fazit der Gespräche – die Kontakte dürfen nicht auf diese erste Begegnung beschränkt bleiben.

### **Das Rahmenprogramm**

Der Gang durch die Altstadt von Warschau. Die Altstadt, wie Canaletto sie malte – eine neue alte Stadt. Alle europäischen Städte, die im Zweiten Weltkrieg gelitten hatten, zeigen beim Wiederaufbau die Schwierigkeit, das Stadtbild zu gestalten – ob alt oder neu – am konsequentesten zeigt sich Warschau. Sie bauten nach Vorlagen der Gemälde von Bernardo Bellotto – genannt Canaletto –, der die letzten 13 Jahren seines Lebens in Warschau verbrachte und zahlreiche Ansichten schuf, die Altstadt wieder auf. Da das Wetter uns immer noch mit strahlendem Sonnenschein verwöhnte, konnten wir uns davon überzeugen. Ob in einem urigen Bierkeller an der Sigismundsäule vor dem Stadtschloß oder auf dem Alten Markt, überall wurde über diese Leistung der Warschauer gestaunt.

### **Die Oper**

Während des Seminars hatten uns die Polen eröffnet, daß sie für uns einen Opernabend vorgesehen hätten. Die Überraschung war jedoch noch größer, als sie uns mitteilten, daß wir gemeinsam mit ih-

nen Verdis Oper Nabucco sehen würden.

Voller Erwartung saßen wir dann abends im Opernhaus. Welch ein Bühnenbild, welch ein Aufwand, und die Aufführung – Gedanken – wir in Uniform neben den polnischen Kameraden, unsere Frauen festlich, die Aufführung nimmt uns gefangen. Assoziationen zu Warschau, in unmittelbarer Nähe das Ghetto, Verfolgung und Gefangenschaft der Juden, der Inhalt wird in der Pause gemeinsam aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt. Der Gefangenenchor – Schauer läuft über den Rücken. Der Schluß – die Freiheit – Gott, danke für dieses Erlebnis.

Man ist aufgewühlt, Ende der Vorstellung, sich treiben lassen mit dem Strom der Menschen, die das Haus verlassen. Kühle Luft – die Gedanken kehren in die Wirklichkeit zurück. Nur nicht gefahren werden, der Weg zum Grabmal des Unbekannten Soldaten tut gut. Stille, Gedanken an die unzähligen Toten der Kriege. Abgehacktes, kurzes Schlagen der Stiefel der Ehrenwache – Flackern der Flamme – Gebet – Stille!

Hinter dem Ehrenmal streiten sich Menschen im Park. Wirklichkeit! Ins Hotel zurück. Morgen werden wir Neues sehen.

### **Das Militärmuseum**

Unvorhergesehene Begegnung mit Veteranen aus dem 2. Weltkrieg. Verwunderung – Erstaunen – Erklärungen – die Reak-

tion – Tränen, die Bitte sich mit uns fotografieren zu lassen. Den Daheimgebliebenen zeigen können, daß einstige Todfeinde miteinander sprechen, Freundschaft knüpfen, Gott Lob und Dank.

### **Der Gang durch das Museum**

Die leidvolle Geschichte des polnischen Volkes durch wiederholte Teilungen – Darstellung des Überlebenskampfes durch die Jahrhunderte, bis hin zum Warschauer Aufstand. Was vermißt wird, sind die Waffenbrüder, die Verbündeten aus dem Warschauer Pakt.

Wenn die polnischen Soldaten nach den Verbündeten gefragt werden, spürt man Bitterkeit aus ihren Worten. Immer mehr Untaten der stalinistischen Ära werden aufgedeckt. Von selber sprechen sie nicht darüber.

Was auffällt – die tiefe Religiosität spiegelt sich auch hier wider. In vielen Darstellungen stellt man fest, wie unerschütterlich die Soldaten auf die Madonna bezogen sind. So sieht man ein Brustschild mit dem Bildnis der Schwarzen Madonna.

Durch den Teil, der die Zeit von 1939 bis 1945 behandelt, geht man bewegt und bedrückt. Ein Plakat in grellroter Farbe mit einem Aufruf der Gestapo, daß 93 inhaftierte Personen, keine älter als 23 Jahre, erschossen werden, wenn im ganzen Reich nur irgendeinem Angehörigen der Wehrmacht oder Gestapo ein Leid zugefügt wird.

Schuld der Väter – Grund für uns, aufeinander zuzugehen, damit sich dieses nicht mehr wiederholt.

### **Die Militärakademie**

Abgeschlossen in einem Waldstück wird ein kurzer Besuch in der Militärakademie absolviert. Voll Stolz zeigt uns der Kapelan der Akademie die neu aufgebaute Kirche, die bald eingeweiht wird. Es werden Erinnerungsgaben überreicht. Nach einem gemeinsamen Gebet in der Kapelle bekommt unser Monsignore von seinem Amtsbruder die Schirmmütze eines Militargeistlichen überreicht. Schmuck hat er ausgesehen mit der Mütze, unser lieber Walter.

### **Der Abschied**

Jedes Unternehmen führt irgendwann einmal zum Ende. Der Abschiedsabend findet im Offizierscasino des Verteidigungsministeriums statt. Festlichkeit empfängt uns. Das ausgiebige Essen und der Wodka sind uns fast schon zur Gewohnheit geworden. All das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zeit um ist. Wehmut kommt auf – wie schnell ging alles vorbei. Fast schon wieder gestern – doch heute wird gefeiert. Grund dazu haben wir. In den vergangenen Tagen haben sich Freundschaften gebildet. Sie sitzen zusammen – Bilder der Familien, der Kinder werden gezeigt, über Probleme gesprochen. Einer der polnischen Geistlichen nimmt



eine Gitarre zur Hand und singt mit ausgezeichnete Stimme polnische Lieder. Singe, wem Gesang gegeben – niemand singt falsch, sondern nur anders. Lieder schlagen Brücken, ein Chor der deutschen Teilnehmer findet sich im Nu – Volkslieder, Fahrtenlieder, der Funke springt über.

Tränen bei einer polnischen Dame, die sich das Lied „Hoch auf dem gelben Wagen“ gewünscht hat. Der Abend wird lang, die polnischen Gäste stehen nicht nach und haben ihrerseits einen Chor gebildet. Zum Schluß dirigiert General Koch den gemischten Chor. Das Abschiedslied – „Nehmt Abschied Brüder“, die Hände finden sich, der Kreis schließt sich, die Gefühle, die Empfindungen, die Gedanken – der Wumsch nach einem Wiedersehen. Gott mag es lenken, Gott mag es schenken, er hat die Gnad. Die Nacht ist kurz, trotz Ende der Sommerzeit.

Vom Hotelfenster noch ein langer Blick über die Dächer von Warschau, Kamera – klick – das letzte Bild, ein Blick ins Zimmer, nichts vergessen, verladen – in den Bus.

Der Schlußgottesdienst in der Bischofskirche. Noch einmal gemeinsames Gebet – die Gedanken an die Ereignisse, die langsam reifenden Erkenntnisse, wie wichtig diese Begegnung war. Fanfarenstöße zur Wandlung – Soldaten in Paradeuniform, die Stiefel scharren auf dem Marmor. Gemeinsamer Schlußsegen, der Mo-

ment des Abschiedes ist gekommen. Umarmungen, verstohlen werden Tränen verwischt, der Busfahrer läßt den Motor an, Einsteigen!!! Ein wehmütiger Blick zurück, am Straßenrand der Generalvikar, noch ein letzter Gruß – die Fahrt nach Görlitz wird lang.

Ohne längere Verzögerung, selbst die „polnischen Kilometer“ stimmen mit den eigentlichen überein. Letzte Übernachtung in Polen. Abschiedsreden, Dank an den „Bärenführer“ Volker, innigsten und lieben Dank an Iwona und vor allem an Peter, der uns so gut und sicher mit seinem Bus gefahren hat. Vergelt's Gott.

### **Der letzte Tag**

Fahrt gen Westen, nun schon bekannte Straßen, Monsignore liest zum letzten Mal auf dieser Reise das geistliche Wort.

Stau – der Bundesautobahnalltag hat uns wieder. Zwischenstation Waldbröl, ein Teil der Reisegruppe verläßt uns, der Rest fährt nach Bonn und strömt in alle Himmelsrichtungen davon. Eine kleine Gruppe bleibt – Bummel durch Bonn, es ist schön, ein wenig Bewegung zu haben, und so schnell kann man auch nicht abschalten. Das Gästehaus nimmt uns für die Nacht auf. Der nächste Morgen teilt auch die Übriggebliebenen. Das Wetter ist trüb und nass, fast sollte man meinen, der Stimmung des Abschiedsschmerzes angepaßt. Auf Wiedersehen, gute Fahrt, Behüt' euch Gott!!!



### Ausklang

Allen, die es ermöglicht haben, daß wir diese Reise unternehmen konnten, sei von ganzem Herzen Dank gesagt. Es war schön, diese Reise zu unternehmen, es war schön, mit Euch zusammenzusein, es war schön, Gespräche zu führen, es war schön, zuzuhören, es war schön, fremde Menschen, ihre Sitten und Gebräuche kennenzulernen, es war schön, neue Verbindungen zu knüpfen. Dafür Dank unserm Gott, denn er ist gut und seine Gnade währet ewig.

*Friedrich Brockmeier*

## Für ein besseres Verständnis – Barrieren überwinden

**Das polnisch-deutsche  
seelsorgerische Symposium  
vom 25. bis zum  
26. September 1992**

Warschau war die letzte Etappe einer zehntägigen „Reise nach Polen“, die eine ungefähr 30 Personen umfassende Gruppe von Berufssoldaten der Bundeswehr, die Mitglieder der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (AdÜ: Im Polnischen wörtlich „Vereinigung . . .“ / *Związek Katolickich Żołnierzy*) sind, zusammen mit ihren Ehefrauen unternommen hatte. Die Reise

führte sie nach Breslau (Wrocław), Krakau (kraków), Jasna Góra, . . . Die Reiseroute verlief auch über Auschwitz (Oświęcim), einen Ort, der den Gewissen der Deutschen keine Möglichkeit ließ, sich zu beruhigen. Und Trebnitz (Trzebnica) lag auf dieser Route, das in einem engen Zusammenhang mit den letzten Lebensjahren der Schutzheiligen Schlesiens, der Heiligen Hedwig (Święta Jadwiga) steht, d.h. jener bayerischen Fürstentochter und Ehefrau des Piastenherzogs Heinrich der Bärtige (Henryk Brodaty), „die zwei Völker, nämlich das deutsche Volk und das polnische Volk, verbindet (. . .) und inzwischen bereits seit sieben Jahrhunderten die Fürsprecherin des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Versöhnung verkörpert“ (Johannes Paul II. im Jahre 1983 in Breslau).

Auf die deutschen Gäste wartete in Warschau – ebenfalls in Begleitung ihrer Ehefrauen – eine Gruppe von Fähnrichen (AdÜ: In Polen eine eigenständige Laufbahngruppe) und Offizieren, d.h. gleichfalls von Katholiken. Gerade diese in dem Bekenntnis zu ein und demselben Glauben manifestierte Zusammengehörigkeit machte das Spezifische und den besonderen Charakter dieser Zusammenkunft in Warschau aus. Ich denke, daß sich die Beteiligten der Tatsache bewußt gewesen sind, daß sie durch ihre Gespräche und den gegenseitigen Informationsaustausch sowie vermittels

der im Laufe des Treffens geknüpften engeren Bekanntschaften am Prozeß der Schaffung einer neuen Gestalt für das vereinte Europa und an der Überwindung der während der Jahre der Isolation gefestigten Barrieren auf eine praktische Art und Weise mitgewirkt haben. Und genau von einer solchen Vision des vereinten Europas, das seine geistige Stärke aus der christlichen Tradition bezieht, sprach anlässlich der Eröffnung des zweitägigen Seminars (25. – 26. September 1992) der Priester und Generalvikar Oberstleutnant Jerzy Syryjczyk, der, da der Feldbischof der Polnischen Streitkräfte nicht im Lande weilte, die ehrenvolle Aufgabe übernommen hatte, die Gäste zu begrüßen.

Das in einem Konferenzsaal des Hotels „Forum“ durchgeführte Seminar diente in erster Linie einem ausführlichen Informationsaustausch. Die deutschen Gäste (der Priester und Prälat W. Theis – Vertreter des Feldbischofs von Deutschland (AdÜ: So wörtlich im Original), e/v Justenhoven – Refratsleiter im Amt des Feldbischofs (AdÜ: Die Abkürzung „e/v“ ist hier unbekannt), Oberstleutnant Heinrich Havermann und Oberstleutnant a.D. Paul Schulz – Ehrenvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten – boten eine umfassende und übersichtliche Darstellung der Aufgaben und Tätigkeiten der deutschen Militärseelsorge sowie der organisierten Gruppierungen des kirchlichen

Laientums.

Die deutsche Militärseelsorge ist ein Bestandteil der allgemeinen Seelsorge, für die die gesamte Ortskirche die Verantwortung trägt, und verfügt über eigene organisatorische Strukturen sowie über einen in Fulda residierenden Feldbischof (dieses Amt wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt von dem Priester und Erzbischof Johannes Dyba wahrgenommen). Die Militärseelsorge agiert im Rahmen eines gefestigten demokratischen Systems, das der Freiheit zur Manifestation von religiösen Auffassungen und Einstellungen – auch im Bereich der Streitkräfte – einen natürlichen Freiraum bietet. Die Aktivitäten der deutschen Militärseelsorge lassen den Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils spürbar werden, das dem katholischen Laientum die Aufgabe der Mitverantwortung für die Kirche übertragen hat.

Organisationsformen des Laientums sind Pfarrgemeinderäte und Vereinigungen zur Unterstützung des apostolischen Wirkens der Kirche. Eine von diesen Vereinigungen (ungefähr 50 von ihnen sind im Zentralkomitee der deutschen Katholiken zusammengeschlossen) ist die Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Im Augenblick verfügt sie über etwa 5000 Mitglieder, die in ungefähr 110 Kreisen an verschiedenen Standorten ihre Aktivitäten entfalten. Zu den Aufgaben der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zählen die Festigung der

christlichen Grundlagen des Lebens in Beruf, Familie und Gesellschaft, die Vertiefung der christlichen Bildung sowie die durch das persönliche Verhalten im praktischen Leben bekundete Zeugnishaftigkeit dafür, wie das Ideal von einem Soldaten Christi und Zeugen des Evangeliums, d.h. von einem wahrhaftigen Diener für die Sache der Sicherheit, der Freiheit und des Friedens, verwirklicht werden sollte.

Zu den traditionellen Veranstaltungen im Rahmen der seelsorglichen Aktivitäten innerhalb der deutschen Streitkräfte gehört die Organisierung der zweimal jährlich ausgesprochen feierlich begangenen „Tage des Friedens“. Es wurde der Vorschlag gemacht, auch polnische Soldaten aus Standorten im grenznahen Bereich zur Teilnahme an diesen Feierlichkeiten einzuladen.

Man sollte auch noch ergänzend hinzufügen, daß die Militärseelsorge in Deutschland ihre Aktivitäten in einem nicht nur von einer einzigen Konfession geprägten Land entfaltet: Vor der Wiedervereinigung machten die Katholiken und die Protestanten jeweils ungefähr 50 % aus, aber nach der Wiedervereinigung haben sich diese Zahlenverhältnisse geändert; bis zu 86 % der Soldaten aus den östlichen Bundesländern bekennen sich zu ihrer atheistischen Einstellung, während lediglich drei Prozent erklären, katholischer Konfession zu sein.

Von den Erfahrungen der polnischen Militärseelsorge, über ihre strukturelle Gliederung, ihre Probleme und Freuden berichtete der Priester Oberstleutnant Jerzy Syryjczyk. Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit wurden die Informationen über die in der Entstehung begriffenen Pfarrgemeinderäte aufgenommen. Im Verlauf der Diskussionen und der inoffiziellen Gespräche wurde anerkennend zum Ausdruck gebracht, daß es in einer so kurzen Zeit gelungen ist, so vieles zu organisieren, und auch, daß die Militärseelsorge in Polen so großen apostolischen Enthusiasmus an den Tag legt.

Der Austausch von Informationen bildete einen der Bestandteile dieser Zusammenkunft. Einen anderen, außerordentlich wichtigen Bestandteil stellte die Wirklichkeit des Glaubens dar – die tägliche, gemeinsame Feier der Eucharistie in der Feldkathedrale. Außerdem gab es noch einen gemeinsamen Rundgang durch die Altstadt, einen Besuch des Grabes Stefan Kardinal Wyszyńskis – des Fürsprechers der Versöhnung zwischen den Polen und den Deutschen – in der Kathedrale des Heiligen Johannes, einen Rundgang durch das Museum der Polnischen Streitkräfte, einen kurzen Besuch im Feldordinariat und in der Garnisonskirche in Rembertów, einen Besuch einer abendlichen Vorstellung der Oper „Nabucco“ im „Teatr Wielki“ (Großes Theater) und schließlich nach dem

Ende der Vorstellung einen nächtlichen Augenblick der Besinnung am Grabmal des Unbekannten Soldaten mit einem Gebet und mit militärischen Ehrenbezeugungen.

Darüber hinaus kam es auch zu Begegnungen am gastlichen polnischen Tisch – in einer freimütigen, ungezwungenen und freundschaftlichen Atmosphäre. Es kam sogar zu Auftritten zweier ad hoc improvisierter Chöre: Den deutschen Chor dirigierte der ranghöchste deutsche Gast, der General der deutschen Luftwaffe P. Koch, während auf der polnischen Seite der Priester Hauptmann Marek Pietrusiak durch die Bandbreite seiner sängerischen Möglichkeiten eindeutig den Ton angab. Die Lieder „Pierwsza Brygada“ (Die Erste Brigade) und „O mój rozmarynie“ (Oh mein Rosmarin) wechselten mit deutschen Soldatenliedern und lustigen Volksliedern aus Bayern ab. Das „Alleluja“ (Halleluja) und die „Czarna Madonna“ (Schwarze Madonna) sangen alle gemeinsam.

Für einen kurzen Augenblick vor der Abreise – nach der feierlichen Verabschiedung im Feldordinariat, der eine Heilige Messe vorhergegangen war –, unterhielt ich mich mit einem der deutschen Gäste, mit Oberstleutnant Volker Trassl. Er sagte u.a.: „Im Verlauf unserer Reise durch Polen, die wir in Görlitz-Moys (Zgorzelec) begonnen haben, vergaßen wir die unseelige Vergangenheit, fanden hier Freunde und die Hoffnung auf eine

bessere Zukunft für unsere beiden Völker.“ Ich denke, daß dieser Satz den Sinn dieses ersten Treffens von Soldaten der beiden Völker, Bekennern des christlichen Glaubens, in hervorragender Weise als Resümee zusammenfaßt.

*Jędrzej Lukawy*

Hier erteilen wir Teilnehmern des Warschauer Treffens das Wort.

Priester und Prälat W. Theis: „Europa ist um vieles größer als wir bisher angenommen hatten, weil wir – notwendigerweise – nach Westen geschaut haben. Die großartige polnische Gastfreundschaft und die Unmittelbarkeit unserer Kontakte haben uns sehr beeindruckt. Voller Bewunderung betrachten wir den Weg, den die Militärsorge in Polen beschreitet. Es versetzt uns in Erstaunen, daß die Militärsorge in so kurzer Zeit und auf so eine interessante Art und Weise ihre Organisationsstrukturen geschaffen wie auch ihren Platz innerhalb der polnischen Streitkräfte gefunden hat.“

Oberstleutnant Paul Schulz: „Über viele Jahre hinweg bestand für uns keine Möglichkeit, nach Polen zu fahren. Wir gehörten zwei gegensätzlichen militärischen Strukturen an. Heute haben wir einen bedeutenden Schritt in Richtung auf die Einheit Europas gemacht. Ich bin davon beeindruckt, wie Sie hier in Polen den katholischen Glauben mit der Liebe zum

Vaterland verbinden, wie sich hier bei Ihnen diese beiden Elemente gegenseitig durchdringen. Ein Beispiel dafür ist u.a. der polnische Adler im Chorraum der Feldkathedrale.“

Oberstleutnant Volker Trassl: „Ich bewundere die großartige Leistung des Wiederaufbaus in Polen nach den Zerstörungen, die der Krieg und das System, von dem Polen geknechtet worden ist, hinterlassen haben. Wir haben hier viele Freunde gefunden, wir werden diese Verbindungen und Kontakte ausbauen und intensivieren. Polen liegt neben Deutschland. Und Deutschland liegt neben Polen. Wir sind Nachbarn. Wir müssen eine neue, vom christlichen Geist erfüllte Atmosphäre unserer gegenseitigen Nachbarschaft schaffen.“

(aus „*Nasza Sluzba*“ vom 1. 11. 1992, S. 4 – 5)

## Arbeitskonferenz WB III

In der Zeit vom 26. Februar 1993 bis 28. Februar 1993 fand in der Bildungs- und Erholungsstätte Haus St. Meinolf, 4773 Möhnesee-Körbecke, die Arbeitskonferenz I/93 unter Leitung des Katholischen Wehrbereichsdekans III, Prälat Hermann-Josef Kusen, statt.

Erstmalig war Oberst i. G. Rolf Gotzmann Moderator der Arbeitskonferenz, an der neben dem Wehrbereichsdekan und dem Mo-

derator noch 19 Delegierte aus den verschiedenen Standorten des Wehrbereichs III teilnahmen. Die Militärgeistlichen wurden durch Pater Josef vertreten.

Eine vollgepackte Tagesordnung versprach harte Arbeit für das Wochenende.

Nach der Schriftlesung durch den Wehrbereichsdekan ging es direkt zur Tagesordnung über.

Neben dem Bericht des Wehrbereichsdekans widmete man sich in aller Ausführlichkeit den Berichten aus den Seelsorgebezirken. Es wurde von den verschiedensten, bereits durchgeführten und auch geplanten Aktivitäten berichtet. Doch eines wurde überall besonders deutlich. Mit dem „Nachwuchs“ sieht es in fast allen Bereichen sehr schlecht aus. Es ist gerade in der heutigen Zeit, aufgrund von Umstrukturierungen und der unsicheren Situation für fast alle Soldaten sehr schwer, neue Mitarbeiter zu finden, die bereit sind, Verpflichtungen oder ein Amt zu übernehmen. Die gesamte Laienarbeit ruht überwiegend auf den Schultern von „den Älteren“ bzw. den „Ruheständlern“. Hier müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um „Nachwuchs“ zu gewinnen.

Der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich III, Herr Oberstleutnant Klein, stellte die erste Ausgabe der „GKS-aktuell“ vor und gab Erläuterungen hierzu. Des weiteren sprach er, neben dem Termin der nächsten Wehrbereichskonfe-

renz der GKS im gleichen Hause vom 21. 5. – 23. 5. 1993, verschiedene Programme/Seminare an und verteilte hierzu Informationsmaterial. In diesem Zusammenhang erging auch von ihm nochmals die Aufforderung, daß ehemalige Soldaten in aktive GKS-Kreise eintreten sollen.

Eine Lagefeststellung entfiel aufgrund der Umstrukturierung und wird durch Oberstleutnant Klein gesondert erstellt.

Als wichtiger Tagesordnungspunkt stand auch noch die Wahl der Delegierten für die Woche der Begegnung 1993 vom 26. 4. bis 30. 4. 1993 in Duderstadt an. Es wurden jeweils 4 Delegierte (PGR und GKS) des Wehrbereiches III gewählt.

Als Vertreter GKS wurden gewählt:

Oberstleutnant Klein, Oberstabsfeldwebel Beulmann, Hauptfeldwebel Schacherl und Hauptfeldwebel Stenzig.

Als Vertreter PGR wurden gewählt:

Oberstleutnant Schmitt, Oberstabsfeldwebel Möller, Stabsfeldwebel Rückert und Stabsfeldwebel Seifert.

Im Rahmen des Besinnungsteils am Sonntag morgen wurde mit den Teilnehmern der AK – Leitung Pater Josef – über das 4. Gebot gesprochen. Nach den Ausführungen und der Diskussion zog der Moderator eine kurze Bilanz, bedankte sich bei allen Teilnehmern und beendete die AK I/93 mit ei-

nem kurzen Schlußwort.

Der Termin für die nächste AK II/93 ist vom 19. 11. – 21. 11. 1993.

*Johann-Adolf Schacherl*

## Sicherheitspolitische Veranstaltung in Freyung

### Ende des Ost-/West- konfliktes, Ende der Sicherheitspolitik?

Die Vorgänge in Rußland werfen sogar die Frage auf, stehen wir am Anfang einer neuen Konfrontation? Die Veranstaltung sollte einen Beitrag zur Information vor Ort leisten.

Die Veranstalter waren

- die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in Freyung
- der Verein Freunde und Förderer der Garnison Freyung e.V.
- das Bildungswerk Stadt Freyung

Zur Podiumsdiskussion hatte der Organisator StFw Heinrich Vierlinger eine bunt gemischte Runde eingeladen. Erschienen waren:

- Militärdekan Dr. Wolfgang Habbel, kath. Militärpfarrer UNI BW München
- General Friedhelm Koch  
Leiter ProjektGrp „Luftwaffenstruktur 4“,  
Leiter Sachausschuß „Frieden und Sicherheit der GKS“

– OTL Anton Söllner, Bataillonskommandeur Freyung

– MdL Josef Blöchl, CSU

– MdL Hans-Günter Schramm, Die Grünen

– OTL a. D. Bernd Haletzki

Vorsitzender des Arbeitskreises „Frieden und Sicherheit der SPD“

– Josef Wagner

Diözesanreferent des BDKJ Passau

– Hptm Helmut Eberle

Bezirksvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes

In einem einleitenden Referat behandelte Gastredner Uwe Kranenpohl vom Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Uni Passau das Thema.

Er führte den ca. 100 Zuhörern – darunter zahlreichen Soldaten des Freyunger Bataillons – deutlich vor Augen, daß die Frage, ob Sicherheitspolitik in Zukunft notwendig sei, sich angesichts der Ereignisse der letzten 2 Jahre so wohl nicht mehr stelle. Die „Neue Weltordnung“ sehe leider anders aus als von vielen erhofft. Als Beweis führte er die Konfliktherde in Europa sowie weitere Probleme, wie die kaum mehr kontrollierbare Anzahl von Atomwaffenbesitzern, die Verbreitung von Chemiewaffen, die mittel- und langfristigen Sicherheitsrisiken durch ökologische Bedrohungen und den höchst ungleich verteilten Wohlstand auf dieser Erde an. In der deutschen Sicherheitspolitik der neunziger Jahre müßten deshalb die nicht-militärischen Elemente gestärkt

und ausgebaut werden. Die Militärpolitik aber müsse den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Die Beiträge der Diskussionsteilnehmer spiegelten sehr anschaulich die ganze Bandbreite der Meinungen der gesellschaftlich relevanten Schichten unseres Staates wider, und zwangsläufig spielte dabei natürlich die verheerende Situation im ehemaligen Jugoslawien eine beherrschende Rolle. Trotzdem kamen vor allem von Militärdekan Dr. Habbel und von Brigadegeneral Koch über den Parteienstreit hinausgehende, in die Zukunft weisende Forderungen an die künftige Sicherheitspolitik. Sie müsse auf die neuen Risiken ausgerichtet, aktiv zur Friedenshaltung und vorbeugend zur Krisenbewältigung beitragen. Eine umfassende Sicherheitspolitik habe, über verteidigungspolitische Perspektiven hinaus, die Lösung der vorrangig drängenden Menschheitsfragen anzustreben.

Noch während der Veranstaltung setzte die GKS Freyung ein Zeichen der Solidarität mit den hilfsbedürftigen Menschen im Kriegsgebiet des ehemaligen Jugoslawien. StFw Heinrich Vierlinger übergab für die GKS Freyung einen Scheck über DM 500,- an General Koch für Nachbarschaftshilfe 1992/93.

*Heinrich Vierlinger*

# Rede anlässlich der Verabschiedung von Oberstleutnant Fritz Werner vom Bundeswehrzentral-krankenhaus in Koblenz

A.

Vielen Dank für den freundlichen Empfang. Ich bin der Einladung meines Freundes und Kameraden, Oberstleutnant Fritz Werner, hier anlässlich seiner Verabschiedung zu sprechen, gerne gefolgt. Das hat vor allem zwei Gründe:

1. Weil wir uns nun seit 30 Jahren kennen – von der Leutnantzeit bis zur Altersgrenze. Zum ersten Mal sind wir uns beim Sport in der Lahnsteiner Deines-Bruchmüller-Kaserne begegnet. Der damalige Leutnant Werner meinte mit dem schalkhaft amüsierten Blick, der ihm auch heute noch eigen ist, auf meine eben neu gekauften Sportschuhe: damit müsse ich wohl ein schneller Mann sein. Ob das so gewesen ist, stehe dahin. Heute bin ich es jedenfalls nicht mehr, trotz der guten Pflege, die ich gelegentlich in den verschiedenen Abteilungen dieses Krankenhauses erfahren habe.

2. Und damit bin ich beim zweiten Grund meines Hierseins: Ich fühle mich dem Bundeswehrzentral Krankenhaus, dessen „militärischer Chefmanager“ Fritz Werner über so viele Jahre gewesen ist, ebenso verbunden. Dies ist das zentrale Krankenhaus der Bundeswehr, dessen Leistungsfähigkeit mir nicht nur als Patient, sondern auch als Politiker im Standort Koblenz am Herzen lag. Manche Anregung, manche parlamentarische Anfrage sollte dazu beitragen, daß dieses Relikt aus französischer Besatzungszeit modernisiert und ausgebaut werden konnte. Ich erinnere mich noch gut an eine gemeinsame Aktion mit Frau Verhülsdonk, als wir den damaligen Verteidigungsminister Wörner davon überzeugen konnten, daß der Status eines Lehrkrankenhauses seine Reputation und seine Bedeutung auf Dauer sichern werde.

In einer Zeit, in der wegen der künftigen Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen der kollektiven Sicherheitsorganisationen die Bedeutung des Sanitätsdienstes zunehmen wird – der Bundeswehreinsatz in Kambodscha ist dafür ein beredtes Beispiel –, wird auch die medizinische Zentrale der Bundeswehr vor neuen Herausforderungen stehen. So, wie das amerikanische Militärhospital in Wiesbaden ein entscheidender Rückhalt ist für die Einsatzfähigkeit



amerikanischer Streitkräfte in Europa und weit darüber hinaus, wird die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr 2000 mitbestimmt werden von dem Rückhalt, den ihr diese zentrale sanitätsdienstliche Basis in Koblenz gibt.

## B.

Als Oberstleutnant Werner und ich im Pionierbataillon 5 zusammengetroffen sind, war die Mauer in Berlin, die die DDR endgültig zum Gefängnis gemacht hatte, einige Monate alt. Wenig später hielt die Welt während der Kuba-Krise den Atem an. Die Weltmacht USA sah sich durch die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen in der Karibik gezwungen, die weitere militärische Expansion der anderen Weltmacht mittels einer Seeblockade, also mit militärischer Gewalt, zu stoppen. Chruschtschow hat eingelenkt, weil er einsehen mußte, daß ein Atomkrieg in niemandes Interesse sein könne.

Aus dieser Erfahrung entwickelten die beiden Supermächte jene Philosophie der Abschreckung, die dann für nahezu 30 Jahre zur Grundlage der „balance of power“ im Kalten Krieg wurde. Die atomaren Supermächte respektierten ihre Interessensphären. Deshalb gehörte die andauernde Teilung Deutschlands zu den „Geschäftsgrundlagen“ des Waffenstillstandes im Kalten Krieg. Für uns in Westdeutschland mußte Freiheit

vor Einheit gehen, solange die Vereinigung Deutschlands in ihrem Machtbereich zu den Fernzielen der sowjetischen Koexistenzpolitik gehörte. Dabei hatten wir am 17. Juni 1953 erfahren, daß für die 17 Millionen Deutschen in der DDR Freiheit und Einheit zusammengehörten. Verzicht auf Einheit wäre für sie gleichbedeutend gewesen mit Überantwortung an den Sowjetkommunismus. Manche haben das vergessen oder verdrängt. Selbst in Deutschland haben viele die „Normalität“ in der Teilung angestrebt – nicht nur aus Bequemlichkeit, wie es das omiöse SPD/SED-Papier aus 1987(!) beweist. Der Status quo des geteilten Europa in einer bipolaren Welt mag vielleicht für unsere Partner im Westen bequem gewesen sein. Im deutschen Interesse lag er nicht; dieses erforderte seine Überwindung.

Wir Soldaten der Bundeswehr waren im Kalten Krieg Partei – und das auf der richtigen Seite, der Seite der Freiheit. Wir haben in unserem Lebenswerk dazu beitragen wollen, daß die Freiheit wenigstens für den Teil unseres Vaterlandes gesichert bleiben sollte, der in Jalta den Westmächten als Besatzungszonen zugeschrieben worden war. Wir wußten, wofür wir dienten – auch wogegen. 1948 in der Tschechoslowakei, 1953 in der damals noch sogenannten SBZ, 1956 in Polen und erst recht in Ungarn und später noch einmal, 1968, in der Tschechoslowakei haben

wir gesehen, daß unsere Freiheit im Westen bedroht war durch eine totalitäre Macht. In deren ideologischer Begründung galt die Würde der Menschen nichts, die Macht der Gesellschaft alles. Ganz im Gegensatz zu den Prognosen ihres Vordenkers Karl Marx führte aber die Diktatur des Proletariats nicht zur klassenlosen Gesellschaft, sondern zur despotischen Herrschaft einer neuen Klasse, zu Schauprozessen, Arbeitslagern und zur Liquidierung Andersdenkender.

Fritz Werner kann – wie viele andere Anwesende hier – ein wenig stolz darauf sein, daß im Westen die Freiheit gegen diese permanente und starke Bedrohung bewahrt werden konnte. Der freie Teil Deutschlands konnte seine Reifeprüfung als Demokratie und Verfassungsstaat ablegen und in den Kreis der freien Völker und Staaten zurückkehren, in den die Macht durch das Recht begrenzt wird. Das war die m.E. beste Antwort auf die Schrecken der Nazi-Herrschaft in Deutschland. Es war eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Deutschen in der DDR ihre ursprünglich auf sowjetischen Bajonetten gegründete Zwangsherrschaft schließlich abstreifen konnten. Das freiheitliche Deutschland zu schützen war der Sinn unserer soldatischen Existenz. Wir alle können glücklich darüber sein, daß die Bundeswehr diesen Auftrag – im Rahmen des Bündnisses – erfüllen konnte,

ohne kämpfen zu müssen. Die Bundeswehr ist eine überaus erfolgreiche Armee. Sie hat ihre Aufgabe im Frieden erfüllt.

Fritz Werner und ich sind uns in unserem militärischen Leben immer wieder begegnet: Wir waren Leutnante im selben Bataillon; später waren wir Kompaniechefs Block an Block; wir haben einige Jahre zusammen in der Panzerbrigade 14 in Koblenz gedient und haben innerhalb dieser Brigade nacheinander dieselbe Panzerpionierkompanie geführt. Wir sind oft miteinander im Manöver gewesen und haben dabei so manchen Abend beim Doppelkopf verbracht – oder in sonst angemessener Weise die (geringe) Freizeit gestaltet. Ich erinnere mich aber auch an eine Geländebesprechung am Todesstreifen bei Eisenach, wo unser Verteidigungsabschnitt begonnen hätte, an einer Stelle, von der wir einen Blick auf die für uns Soldaten damals unerreichbare Wartburg werfen konnten.

Zusammenfassend möchte ich im Lichte dessen, was ich vorhin über die Entwicklung unseres Vaterlandes in Europa ausgeführt habe, sagen: Es hat sich gelohnt.

### C.

Der Kommunismus ist tot. Deutschland ist in den Gebieten, die 1945 nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich deutsch geblieben sind, vereint. Die mittel-

und osteuropäischen Staaten, die seit 1945 in den Fängen des Sowjetimperiums stagnierten, wenden sich gegen Westen und werden sich ihrer historischen Wurzeln bewußt.

Man kann darüber spekulieren, ob der Zerfall der Sowjetunion früher möglich gewesen wäre. Zu ihrem Beharrungsvermögen haben viele Faktoren beigetragen: die Respektierung seitens der antagonistischen Gegenmacht als Partner in der atomaren Welt; der Gewinn, der dem bis dato größten Öl-exporteur der Welt aus der OPEC-Politik erwuchs; die Beschwichtigungspolitik der 70er Jahre, die erst 1979 in den Straßen von Kabul ihr Ende gefunden hat.

Selbst die KSZE, die glücklicherweise 1989 als Vehikel für den geordneten Umbruch in Europa zur Verfügung stand, war erst seit ihrer zweiten Folgekonferenz, der von Madrid, zum Erfolgskonzept geworden. Das war nach der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa. 1983 zog sich noch die Sowjetunion von allen Verhandlungstischen zurück. Doch schon damals war den Chef-Beratern des Generalsekretärs Antropow endgültig klargeworden, daß die Sowjetunion nicht mehr den Kapital-, auch nicht mehr den Energiebedarf ihrer westlichen Vasallen decken könne und daß diese deshalb an den Westen zu entlassen seien. Das COMECON zerbrach an seinem Unvermögen – nicht unter dem

Druck des Westens.

Zweifellos hat aber die große Anziehungskraft der Europäischen Gemeinschaft, die im Schatten des Kalten Krieges unter dem Schutz der NATO und gegen den Willen Moskaus zum Gravitationszentrum Europas geworden war, viel dazu beigetragen.

Viele in der Moskauer Nomenklatura wollten das nicht einsehen, trotz „Glasnost“, was doch bekanntlich soviel heißt wie: „klare Sicht“. Erst ihr kläglich gescheiterter Putsch – seltsam nicht nur insofern, als es immer noch keine Hauptverfahren gegen die Beteiligten gibt – markierte den „point of no return“ im Zerfall des größten Imperiums der Geschichte. Es ist ein doppelter: Das sowjetische Imperium zerfiel über Nacht; das russische Kolonialreich wird sich langsamer auflösen.

D.

Es ist die Freiheit, die sich durchgesetzt hat. Die Völker des Ostens „kehren nach Europa zurück“ (Vaclav Havel), aber auch zu sich selbst. Ihre Auflehnung gegen den sterbenden Kommunismus war stark genährt von dem Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung. Europa erlebt eine Renaissance des Nationalen. Achten wir darauf, daß diese nicht zu einem Wiederaufleben des unheilvollen Nationalismus wird, jener hybriden Selbstüberschätzung der

Völker, die im 19. und angehenden 20. Jahrhundert so viel Unglück über Europa gebracht hat.

Die Freiheit der Staaten birgt den Keim des Zerfalls, die Freiheit der Gesellschaft die Gefahr des Interessenpartikularismus und der Entsolidarisierung. Das Gemeinwesen braucht gemeinschaftsstiftende Ideen. Die Idee der Nation ist gut: Nationalismus ist schlecht, Chauvinismus bringt die Völker gegeneinander auf, auch dort, wo sie als Nachbarn friedlich zusammenleben müssen.

Das, was heute im Osten und Südosten Europas geschieht, könnte morgen auch im Westen des alten Kontinentes seinen Widerhall finden. Es war auffallend, daß sowohl in Dänemark als auch in Frankreich die Gegner des Vertragswerkes von Maastricht Stimmung gemacht haben mit der Angst vor einem übermächtigen Deutschland. In Frankreich haben sogar Gegner und Befürworter dieses (falsche) Argument benutzt. Das war altes Denken! Im neuen Europa werden nicht Einflußzonen, nicht die Größe des Territoriums und auch nicht das Gewicht militärischer Macht die Grundlage des Erfolges sein, sondern allein die Fähigkeit zur Kooperation von Gleichberechtigten unter gleichen Bedingungen auf der gleichen rechtlichen Grundlage.

Luxemburg ist dafür ein Beispiel: Nur ein Bataillon, aber die meisten Banken und der höchste Lebensstandard. In Luxemburg ist

auch die aus dieser Sicht wichtigste Einrichtung der EG angesiedelt: der Europäische Gerichtshof. Es gibt nicht einen Fall in der Geschichte der Gemeinschaft, in dem ein Spruch dieses Gerichtes nicht ohne Wenn und Aber von der unterlegenen Partei anerkannt worden wäre, sogar beim deutschen Reinheitsgebot. Das ist der wahre Fortschritt in Europa: die stetige Entwicklung gemeinsamen Rechts und die Möglichkeit, es durchzusetzen.

Das Referendum in Frankreich war aus überwiegend innenpolitischen Gründen veranstaltet worden. Das war gefährlich für Europa. Doch nun können wir aufatmen. Die europäische Integrationspolitik wird an Frankreich nicht scheitern, auch nicht stolpern – wie 1954, als in der Nationalversammlung die EVG abgelehnt wurde.

## E.

Selbstbestimmungsrecht der Völker, Menschenrechte, offene Grenzen und Gewaltverzicht sind der Kern einer europäischen Friedensordnung, die nun auf ganz Europa übertragen werden muß.

Diese Aufgabe ist keineswegs gelöst. Wir sind vor schweren Rückschlägen nicht gefeit, wie uns der fürchterliche Vernichtungs- und Ausrottungskrieg der Serben gegen ihre Nachbarvölker im untergegangenen Jugoslawien lehrt. Europa hat versagt in

diesem Krieg – bisher jedenfalls.

Nicht allein, weil sich Europa immer noch als nicht handlungsfähig erwiesen hat, das kann man der reinen „Zivilmacht“, welche die EG von ihrer Gründung bis zum Vertrag von Maastricht gewesen ist, nicht vorwerfen – versagt hat Europa, weil es in Jugoslawien diese Prinzipien verraten hat, die vor zwei Jahren erst feierlich in der Charta von Paris als Grundlage der künftigen europäischen Friedensordnung niedergelegt worden sind.

Das ist kein Argument gegen Europa. Das zeigt nur, wie notwendig die Einigung Europas ist, aber auch, wie weit wir von einer handlungsfähigen Europäischen Union entfernt sind.

Das Wichtigste, was wir in Europa brauchen, ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Der Vertrag von Maastricht fordert diese, ohne sie jedoch zu verwirklichen. Das ist die Schwäche des Maastrichter Vertragswerkes: Die Parallelität zwischen Währungsunion und Politischer Union, die Bundeskanzler Helmut Kohl immer gefordert hat, ist nicht gewährleistet. Die Politische Union hinkt hinterher. Deshalb muß spätestens bei der im Vertrag für 1996 vorgesehenen Revision diese Parallelität durchgesetzt werden.

Immerhin weist der Maastrichter Vertrag zu dieser Politischen Union den richtigen Weg. Er sieht vor, daß die 1954 aus dem Brüsseler Pakt geschaffene Westeuropäi-

sche Union als europäische Pfeiler der NATO zum bewaffneten Arm der Europäischen Gemeinschaft ausgestaltet wird. Auf dieser Basis kann dann Europa eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik formulieren. Erst dann kann die Europäische Union – wie sie in diesem Vertrag genannt wird – in Europa den Frieden wahren und notfalls wieder herstellen.

Mit Jean Monnet haben wir in Europa begonnen, das selbstzerstörerische Gegeneinander der Nationalstaaten zu überwinden. Maastricht ist ein großer Schritt vorwärts. Es geht um nicht weniger als um die Verwirklichung einer dauerhaften friedlichen Ordnung unseres Kontinentes aus eigener Kraft, damit Europa gegen die weltweiten Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts gewappnet ist.

Europa wird dabei nicht zu jenem bürokratischen Monstrum, das die Briten fürchten. In ihm werden die Nationen ihren Platz behalten, so wie die kleinen Völker im „Europa der Regionen“ Heimat finden müssen. Dieses Europa wird weder ein Staatenbund noch ein Bundesstaat sein. Am besten umschreibt der de Gaulle zugeschriebene Begriff „Europa der Vaterländer“ das eigentliche Ziel: eine Europäische Union, in der nach dem Grundsatz der Subsidiarität und in demokratischer Legitimation entschieden, gestaltet und gehandelt werden kann.

Das, was die Nationalstaaten

(noch) leisten können, sollen diese tun. Das, was regional entschieden werden muß, muß auch regional entschieden werden können. Und das, was nur in Europa gemeinsam gemacht werden kann – ich habe die Außenpolitik genannt und füge hinzu: die Asyl- und die Einwanderungspolitik, bestimmte Probleme der Wirtschaftspolitik, wenn auch beileibe nicht alle, die Währungspolitik –, das muß in Europa gemeinsam entschieden werden.

Europa hat die Wahl zwischen zwei Spielregeln: den Regeln des konstruktiven Miteinander oder jenen des destruktiven Gegeneinander. Das sogenannte Mächtegleichgewicht der Vergangenheit war ein Null-Summen-Spiel, das zum permanenten Gegeneinander, zum Krieg und damit zur Vernichtung von großen Teilen unserer Ressourcen geführt hat. Maastricht hingegen befestigt den Weg zur Zusammenarbeit mit großen Chancen für alle.

F.

Das wiedervereinigte Deutschland wird in diesem Europa der Vaterländer die Mitte bilden. Die Mitte, das ist Aufgabe und Chance zugleich. Deutschland hat die meisten Nachbarn. Der Weg der nordischen und baltischen Staaten, von Polen, der Tschechischen und Slowakischen Republik und Ungarn in die EG führt über Deutschland. Andererseits ist es

Frankreich, das Deutschland an den Westen bindet, und es hat mit seinem „Ja“ zu Europa diese Aufgabe angenommen.

Deutschland ist heute verlässlicher Verbündeter des Westens und wichtiger Partner des Ostens. Das ist für uns in der Mitte eine günstigere Ausgangslage, als sie dem Bismarckreich je vergönnt gewesen ist. Diese Konstellation des Friedens, der Zusammenarbeit und damit der Prosperität zu erhalten ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik. Wir werden sie am besten erfüllen können, wenn wir auf jede Sonderrolle verzichten und unseren Verpflichtungen nachkommen, die wir mit dem Beitritt zu den verschiedenen Bündnissen übernommen haben: zur WEU, zur NATO, zur EG, zu den VN. In diesem Zusammenhang möchte ich noch den Europarat erwähnen, die älteste europäische Institution, deren Bedeutung wieder zunimmt.

Das korrespondiert mit den Prinzipien der KSZE, die sich als äußerer Rahmen für die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas bewährt hat. Zu ihr gehören nun alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Die KSZE kann deshalb nur den Rahmen bilden für eine gesamteuropäische Friedensordnung; garantieren – auch das lehrt uns der Krieg im zerfallenen Jugoslawien – kann sie diese nicht. Deshalb behalten unsere kollektiven Sicherheitsbündnisse ihre Bedeu-

tung, auch wenn deren Strategie und Politik sich ändert. Deshalb brauchen wir auch weiter die Bundeswehr.

Die existentielle Bedrohung, unter der wir während des Kalten Krieges leben mußten, gibt es nicht mehr. Dafür gibt es neue Risiken, die ihre Ursachen nicht nur in den Folgen des „real“ nicht mehr „existierenden Sozialismus“ haben. Deutschland muß seine Bürger schützen und seine Grenzen verteidigen können. Die Sicherheitsbündnisse sind dafür eine Hilfe. Im Gegenzug müssen wir aber auch bereit sein, gemeinsame Friedensmissionen dieser Organisationen mit angemessenen Beiträgen zu unterstützen. Unsere Bereitschaft und die Fähigkeit, diese für Maßnahmen der Friedenserhaltung und der Wiederherstellung des Friedens durch unseren Beitrag zu stärken, ist für unsere Sicherheits- und Außenpolitik konstitutiv.

G.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung. Als Oberstleutnant Werner und ich Kinder waren, wurde Deutschland in den Krieg geführt. Als wir eingeschult wurden, lag es in Trümmern, war besetzt und zerstückelt. Heute ist Deutschland ein weithin blühendes Land. Die „neuen Länder“, die noch unter den schlimmen Folgen von Marx und Murks leiden, sind nun frei, sind Teil un-

seres gemeinsamen Rechtsstaates. Die Deutschen in der DDR haben 1989 ihre Würde erkämpft – ein großer Beitrag zum Gelingen des Ganzen, den selbst die Skinheads und deren Claqueure (noch) nicht zunichte machen konnten, auch nicht ihre Richter in Eberswalde. Recht und Freiheit, das sind die höchsten Güter. Alles andere läßt sich richten. Auch im Westen Deutschlands hat das Wirtschaftswunder etwas länger gedauert. Entscheidend dafür ist der gute Wille aller Beteiligten. Wenn alle den gemeinsamen Erfolg wollen, dann wird es gelingen, die „neuen Länder“ bald zum Subjekt der sozialen Marktwirtschaft zu machen, statt zu ihrem Objekt und Kostgänger.

Heute spricht man in Deutschland wieder von einer Erben-Generation. Wenn ich auf das blicke, was während unseres Berufslebens aus Deutschland geworden ist, dann möchte ich behaupten: Wir hinterlassen unseren Nachfahren ein großes und angesehenes Land, in dem sich gut leben läßt und für das zu arbeiten sich lohnt. Fritz Werner kann – wie wir alle – stolz sein auf dieses Land, auch auf seinen ganz persönlichen Beitrag.

*Markus Berger*

## Fahrt der GKS-Hammelburg

Am Sonntag, dem 28. März 1993, starteten zwei Busse mit 110 Teilnehmern zur nun schon traditionell gewordenen Fahrt der Gemeinschaft Kath. Soldaten in der Fastenzeit. – Bei sonnigem, aber kaltem Wetter war das Ziel diesmal die Domstadt Bamberg. Erster Besichtigungsort war der Bamberger Heinrichs-Dom. In zwei Gruppen fand eine Domführung statt. Das imposante, spätromanische Bauwerk beeindruckt vor allem durch seine zwei Chöre und birgt im Inneren das Grab seiner Stifter, Kaiser Heinrichs, und seiner Ehefrau Kunigunde, die beide im Dom begraben sind und im Mittelalter heiliggesprochen wurden.

Zweites prägnantes Wahrzeichen des Domes von Bamberg ist der Bamberger Reiter, ein klares, schlichtes und doch beeindruckendes Standbild.

Eine weitere Besichtigung galt dem neben dem Dom gelegenen Diözesanmuseum mit seinen interessanten Schätzen aus kirchlichem Besitz.

Danach war Gelegenheit für einen Stadtbummel oder einen Café-Besuch.

Mit einem Abendessen und gemütlichem Beisammensein im Gasthof „Gogler“ in Sand am Main fand der schöne Ausflug seinen Abschluß.

Eva Albert

## Hack- Ordnung



Foto: Misse

*Keine Hackordnung. Hier wird gemeinsam geplant und gemeinsam angepackt. Wiederaufforstung in der Region Cotonou, Benin, Westafrika. MISEREOR unterstützt von Anfang an. Nur noch 18 Prozent des Landes sind bewaldet. Für ausreichende Niederschläge müßten es 33 Prozent sein. Jährlich werden 100 000 Bäume gepflanzt. Jeder Baum ist eine "Firma" für sich. Die Kommandozentrale sitzt in der Wurzel. Speichert Wasser. Pumpt jährlich mehrere tausend Liter Nährstoffe in Stamm, Äste und Blätter. Die Krone verdunstet hunderte Liter Flüssigkeit am Tag. Produziert Tonnen von wichtigem Sauerstoff. Filtert Giftstoffe aus der Luft. Die "Firma Baum" bietet Arbeitsplätze für Kleintiere aller Art. Die wirtschaftlichen und ökologischen Vorteile des Aufforstungsprogramms haben überzeugt. Die Bevölkerung ist aktiv mit dabei. In fleißiger Hack-Ordnung. Sie auch?*

**Die Schöpfung bewahren,  
damit alle leben können**

**MISEREOR**  
Post giro Köln 556-505

Mozartstr. 9 · W-5100 Aachen



## INFORMATIONEN

### Deutsche Katholiken steigern Hilfe für Lateinamerika

Die Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland haben ihre Hilfe für die Katholiken in Lateinamerika erneut gesteigert. Wie der Vorsitzende der Bischöflichen Kommission ADVENIAT, der Essener Weihbischof Franz Grave, bei der Sitzung der Kommission in Bensberg heute feststellte, sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Grenze von 130 Millionen DM an Spenden wieder überschritten wird. Grave würdigte besonders, daß die deutschen Katholiken trotz der rezessiven wirtschaftlichen Situation ein offenes Herz für die Brüder und Schwestern in der dritten Welt haben. Der Weihbischof nannte die Spendenbereitschaft einen wirklichen Solidarpakt in der einen Welt. Grave hob hervor, daß mittlerweile nicht nur zu Weihnachten, sondern das ganze Jahr hindurch für die Aufgaben von ADVENIAT gespendet werde. Das endgültige Ergebnis der Aktion 1992 wird zum Stichtag am 1. Juli 1993 feststehen.

Der ADVENIAT-Vorsitzende erinnerte noch einmal an das Leitwort der vergangenen Aktion „Der Glaube lebt“. Der lebendige Glaube der Christen in Lateinamerika fordere

unsere Hilfe geradezu heraus. Andererseits zeige die Spendenbereitschaft der Deutschen, daß auch hier großes christliches Engagement zu erkennen sei. „Es muß zu einer Vertiefung der Partnerschaft zwischen der Kirche in beiden Kontinenten kommen, von der beide nur profitieren können.“

Die Kommission bewilligte für 1863 Projektinitiativen der Kirche in Lateinamerika weitere 34,44 Millionen DM. Bisher sind damit aus der Weihnachtskollekte 1992 bereits 102,1 Millionen DM bereitgestellt worden. Die erste Rate im Dezember betrug 67724893 DM für insgesamt 3091 Projektinitiativen. Über die Verwendung des Restbetrages von voraussichtlich etwas mehr als 30 Millionen DM soll in der Juli-Sitzung entschieden werden. Neben der Ausbildungsförderung bleibe die Unterstützung der Pastoral an der Basis und für die Armen auch weiterhin besondere Priorität der ADVENIAT-Förderung, betonte Weihbischof Grave.

*(ADVENIAT-Pressemitteilung vom 24.3.93 – 93/2)*



# 40 Jahre Katholische Nachrichtenagentur

## Brückenfunktion hervorgehoben

Papst Johannes Paul II., der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, Medienbischof Hermann Josef Spital, Bundeskanzler Helmut Kohl und der Vorsitzende der SPD, Björn Engholm, gehörten zu den Gratulanten: Mit einem Festakt in Bonn feierte die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) ihr 40jähriges Bestehen. Reden und Glückwunschschriften hoben vor allem die Vermittlerrolle der KNA für Informationen zwischen Kirche und Gesellschaft hervor.

In einem in Bonn verlesenen Grußwort des Papstes heißt es, der Apostolische Stuhl wisse sich der KNA in vielfältigen Bemühungen um eine Medienarbeit im Lichte der christlichen Lebensauffassung verbunden. Auch in Zukunft müsse die Kirche dem Austausch von Informationen und Meinungen im Konkurrenzgeflecht der Medien gerecht werden. Dazu müßten junge Journalisten mit den modernen Techniken der Nachrichtenübermittlung vertraut gemacht werden.

## KNA zwischen den Fronten

Bischof Karl Lehmann betonte, die Agentur erfülle eine „unver-

zichtbare Brückenfunktion“ zwischen Kirche und Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in denen das Verhältnis zwischen Kirche und Medien vielfach gespannt sei, stehe der KNA-Redakteur zwischen den Fronten. Die kirchlichen Erwartungen an die katholische Presse und speziell die KNA seien „bisweilen unrealistisch, wenn sie die Eigenart des Nachrichtengeschäfts nicht berücksichtigen“. Kirchenvertreter sollten die steigende Akzeptanz des KNA-Textangebots in den säkularen Medien und auch die Erfolge des KNA-Rundfunkdienstes dankbar zur Kenntnis nehmen. „Wenn es darauf ankommt, wissen wir, was wir an der KNA haben“, so Lehmann.

## Spital: Keine PR-Agentur

Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Hermann Josef Spital, sprach allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Agentur seinen Dank für ihre Arbeit aus. Die KNA erlaube der Kirche, wenigstens zu einem gewissen Grad Einfluß auf die öffentliche Diskussion zu nehmen.

Im Gegensatz zu manchen PR-Agenturen betreibe sie dabei keine „Schönfärberei und Hofberichterstattung“ und sei nie das „Instrument eines Bekehrungsimperialis- mus“.

Auch Bundeskanzler Kohl lobte in einem Schreiben die Mittlerfunktion der KNA zwischen Kirche, Politik und Gesellschaft. Als kon-

fessionelle Presseagentur trage sie in der pluralistischen Medienlandschaft dazu bei, die Stimme der Kirche in der Diskussion um die Grundfragen menschlichen Zusammenlebens zu stärken und Orientierung zu geben. Der SPD-Vorsitzende Björn Engholm schrieb in einem Grußwort, die KNA mache einerseits kirchliche Vorgänge und Ereignisse nach außen transparent und erlaube andererseits in der Kirche einen realistischen Blick auf die Gesellschaft.

In der Bonner Zentralredaktion der KNA, ihren sieben Landesredaktionen und ihrem Vatikan-Büro arbeiten derzeit 35 Redakteurinnen und Redakteure. Das Angebot der Agentur umfaßt durchschnittlich 22000 Texte im Jahr. Am 14. November 1952 war sie mit Sitz in München als Gemeinschaftswerk der deutschen Bistümer, von Verlagen der katholischen Presse und einer Gruppe chrstlich orientierter Tageszeitungsverleger gegründet worden.

*(aus AKP-Mitteilungen Nr. 4/1992)*

## „Radio Campanile kommt voran“

### Im katholischen Medienbereich schlägt eine junge Pflanze langsam Wurzeln

Anfangs war das junge Gewächs eher mitleidig belächelt

worden. Als sich ein paar katholische Laien zusammentaten und den „Verein zur Förderung und Schaffung eines Hörfunkprogramms aus christlicher Verantwortung“ gründeten, stießen sie auch in kirchlichen Kreisen zunächst auf Skepsis und Zurückhaltung. Dabei waren und sind sich die „Katholiken im Rundfunk“ mit ihren mehr oder weniger wohlwollenden Kritikern in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation weitgehend einig: Die Kirche und ihre Anliegen sind weder in den öffentlich-rechtlichen Medien noch in den Privatsendern gut genug aufgehoben. „So schlecht, wie wir oft in der Öffentlichkeit und in den Medien dastehen, sind wir nicht“, heißt es bei „Radio Campanile“, wie der Verein sein Projekt getauft hat.

Die „Katholiken im Rundfunk“ wollen, daß Religion in den Medien selbst dargestellt wird, unverfälscht und im Original zu Wort kommt: nicht nur Berichterstattung über Kirche, sondern eine moderne, selbstbewußte, neue Form der Glaubensverbreitung. Dabei soll dieser geplante Hörfunk natürlich kein kirchlicher Amtssender werden. Das Programm soll vielmehr „die christliche Verantwortung ganz dezidiert in den Mittelpunkt stellen“, wie es in einer Selbstdarstellung von „Radio Campanile“ heißt. Und weiter dort: „Ein Hörfunkprogramm aus christlicher Verantwortung, eingebettet in alle säkularen Geschehnisse

der Welt, von Profis gemacht, aktuell, ohne Scheuklappen, wahrheitsgetreu, verantwortungsbewußt, mit einem ganz bestimmten christlich geprägten Ordnungsbild. Nicht eng, sondern offen, nicht moralisierend, die Nöte und Sorgen der Menschen darstellend und ernst nehmend, kein Zeigefingerprogramm, sondern ein attraktives Unterhaltungsprogramm, immer mit einer optimistisch und positiv geprägten Leitlinie, ohne daß die Probleme verschwiegen werden.“

Willy Trost, Geschäftsführer von „Radio Campanile“, hat „wachsenden Unmut über die Darstellung oder auch die Abwesenheit christlicher und familienfreundlicher Themen“ in der derzeitigen Medienlandschaft festgestellt. Das müsse anders werden. „Wir beabsichtigen ein Informationsprogramm mit Nachrichten und Meinungen aus Kirche und Welt, Wirtschaft, Kultur und Sport. Es soll Platz sein für Bildung und Beratung, Erklärung von Hintergründen, Kommentare und Live-Berichte.“ Trost ist optimistisch – nicht trotz, sondern wegen der Überfülle von mehr als 300 Hörfunkprogrammen im deutschsprachigen Raum. „Das Bedürfnis nach verlässlicher Information ist gewachsen. Und dem wollen wir mit unserem Wortprogramm nachkommen. Nicht Musik wird das Erkennungsmerkmal sein, sondern das Wort, die Nachricht und die sofortige Diskussion darüber quasi als Element

der Unterhaltung.“

Die Pflanze „Radio Campanile“ hat mittlerweile Wurzeln geschlagen. Fast 300 Mitglieder gehören dem Förderverein an. Es gebe, sagt Trost, einen deutlich positiven Meinungsumschwung in der Kirche, „nur noch zustimmende Äußerungen“. Konzept und Ziele seien praktisch überall bekannt, juristische, technische und strukturelle Vorbereitungen abgeschlossen. Dennoch, und daraus macht man bei „Radio Campanile“ kein Hehl, können zwei entscheidende Fragen derzeit noch nicht beantwortet werden – die nach der Finanzierung und daraus folgend die nach dem Sendebeginn.

Trotz der positiven Resonanz ist „Radio Campanile“ nach wie vor eine Sache für Eingeweihte. Die Pflanze wächst im Verborgenen. Um zu erblühen, braucht sie noch in erheblichem Umfang ideellen und monetären Dünger, braucht der Verein, so Trost, noch viele Mitglieder. Interessenten steht der Geschäftsführer als Ansprechpartner zur Verfügung:

*Willy Trost*

*Katholiken im Rundfunk e. V.*

*Fritz-Tillmann-Straße 13*

*5300 Bonn 1*

*Telefon: 0228/2280432*

## **Österreichische Bischofskonferenz Neuer Medienreferent**

Christian Werner, österreichischer Weihbischof und Koadjutor

mit Nachfolgerecht des Militärbischofs Alfred Kosteletzky, ist von der Österreichischen Bischofskonferenz zum Medienreferenten bestellt worden. Der 49 Jahre alte Bischof Werner war im Februar des vergangenen Jahres zum Oberhirten geweiht worden. Er übt derzeit auch das Amt des Generalvikars im Wiener Militärordinariat aus. Er war erst 1977, nach mehreren Jahren als Berufsoffizier des österreichischen Bundesheeres, zum Priester geweiht worden.

### **„aktion kaserne“: Bericht des Wehrbeauftragten deutliches politisches Signal**

Der neueste Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages belegt nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der „aktion kaserne“ („ak“), Enno Bernzen, einer Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige, die von einigen Mitgliedsverbänden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) getragen wird, „die dringende Notwendigkeit, den Primat der Politik nicht nur ständig zu beschreiben, sondern ihn auch wirksam werden zu lassen.“ Der Bundesvorsitzende der „ak“ betont in diesem Zusammenhang, daß der „äußerst politisch gehaltene Jahresbericht“ die Motivationslage der Soldaten „zutreffend beschreibt“. Er fordert das Parlament auf, aus den bereits zum zweiten Male in einem Jahres-

bericht beschriebenen Mängeln „die notwendigen Konsequenzen zu ziehen“. Ansonsten bestehe die Gefahr, so Bernzen weiter, „daß die Grundsätze der Inneren Führung völlig den Bach hinuntergehen könnten“.

Als „eindeutige Verstöße gegen die Grundsätze der Inneren Führung“ bewertet Bernzen ferner die defizitäre Umsetzung der durch Gesetz geregelten Beteiligungsrechte der Soldaten. „Wir können die Erkenntnisse des Wehrbeauftragten in diesem Zusammenhang leider nur bestätigen“, so der „ak“-Vorsitzende.

Die „aktion kaserne“ führt in allen Wehrbereichen der Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung Tagungen für Vertrauenspersonen der Mannschaften durch.

(bdkj-pd-14 vom 29.3.93)

### **Am 2. Mai 1993 findet in allen Gottesdiensten der über 13000 katholischen Pfarrgemeinden eine Kollekte zugunsten der Aktion RENOVABIS statt.**

Diese neue Aktion der deutschen Katholiken soll die Hilfe für die Menschen in Ost- und Südosteuropa verstärken. Ziel ist es, den Aufbau einer gerechten und sozialen Ordnung zu unterstützen und der Kirche bei der Erfüllung ihres pastoralen und sozialen Auftrags zu helfen.

RENOVABIS will deshalb in erster Linie in die Bildung und Ausbildung von Menschen investieren. Mit dieser neuen Aktion sollen die bereits vorhandenen Hilfen fortgeführt werden und neue Impulse erhalten. In 27 Ländern mit 121 Diözesen wird sich RENOVABIS engagieren. Diesen Ländern ist gemeinsam, daß die Kirche über lange Zeit hin unterdrückt wurde und zum Teil nur im Verborgenen arbeiten konnte.

Jetzt setzen viele Menschen Hoffnungen auf die Kirche als eine geistige und gesellschaftliche Kraft. Viele erwarten von der Kirche in ihren Ländern auch ganz konkrete Hilfe.

Die deutschen Bischöfe und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken sahen sich deshalb veranlaßt, die neue Aktion der partnerschaftlichen Solidarität der deutschen Katholiken ins Leben zu rufen und ihr den Namen RENOVABIS – Du wirst erneuern – zu geben.

*Pressestelle der  
Deutschen Bischofskonferenz*

*Pressestelle des Zentralkomitees  
der deutschen Katholiken*

## **Weiterbildungskurse für Senioren Lust am Lernen**

„Omi, spielst du mit mir Video?“  
Wenn ein Enkelkind auf diese Frage nur einen verständnislosen Blick erntet, dann ist klar: Die

Großmutter ist nicht mehr „up to date“. Der Nachwuchs wird sich wohl nach einem anderen Spielgefahren umsehen. Angesichts der rasanten Entwicklung von Technik und Wissenschaft droht den älteren Menschen das Abstellgleis, wenn sie nicht auf den Hochgeschwindigkeitszug der gesellschaftlichen Entwicklung aufspringen. Der Erwerb von Wissen ist darum für Senioren keine belanglose Freizeitbeschäftigung, sondern hilft, aktiver Teil der Gesellschaft zu sein.

Es ist darum kein Wunder, daß viele Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen Veranstaltungen für Senioren anbieten. Eine von ihnen ist die Akademie Klausenhof in Hamminkeln-Dingden bei Wesel. Die katholische Akademie verfügt über ein umfangreiches Programm – von Rhetorikkursen für Frauen bis zu vollständigen Umschulungsmaßnahmen. Der Bereich der Seniorenbildung werde in Zukunft einen wichtigen Anteil im Spektrum der Weiterbildung nicht nur am Klausenhof haben, so Akademie-Direktor Dr. Alois Becker. Zum Europäischen Jahr der älteren Menschen hat der Klausenhof sein Angebot nochmals erweitert. Das Spektrum reicht von Studienseminaren zur Erforschung der Familiengeschichte oder der Lebenswelt und Alltagskultur der sogenannten „guten alten Zeit“ über Computer- und Fremdsprachenkursen, bis zu Radio-Werkstätten oder Veran-

staltungen zur Gesundheitsbildung.

Für die meisten Senioren steht nicht die Anhäufung von Wissen im Vordergrund. Viele suchen den Kontakt zu anderen. Besonders längere Veranstaltungen mit Übernachtungen, wie sie der Klausenhof anbietet, sind eine gute Möglichkeit, sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und Freundschaften zu knüpfen.

Darüber hinaus zeigt sich immer wieder, daß es wichtig ist, die Eigenaktivität zu fördern. Denn, so belegen wissenschaftliche Studien, der ältere Mensch lernt, weil er lernen will – und nicht, weil er lernen muß. Viele Senioren erfüllen sich im Alter Bildungswünsche aus der Jugendzeit. Das Lernen macht ihnen Spaß, und diese Freude soll auch über den Kurs hinaus Ansporn sein, sich mit dem Thema weiter zu beschäftigen.

Schwächen beim Lernen sind meistens Folge von Unsicherheit oder fehlender Technik, nicht aber von nachlassender Fähigkeit. Vorteilhaft ist, so die ehemalige Familienministerin und Professorin für Gerontologie Ursula Lehr, wenn der Stoff nicht zu rasch dargeboten wird. Es könne aber nicht davon gesprochen werden, daß ältere Menschen eine schlechtere Auffassungsgabe haben als jüngere.

Wer sich näher für das Programm der Akademie Klausenhof interessiert, kann sich an folgende Adresse wenden: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 4236

Hamminkeln-Dingden, Telefon: 02852/89326.

## **Pilgerweg des Vertrauens: Interkontinentale Jugendtreffen in Taizé im Sommer '93**

Nach dem Europäischen Jugendtreffen über Neujahr in Wien, wo sich über 100 000 Jugendliche zu Gebet und Begegnung versammelt haben, ist die nächste Station des „Pilgerwegs des Vertrauens“ wieder das kleine Dorf Taizé in Burgund/Frankreich.

Dort kommen in den wöchentlichen Treffen Jugendliche aus allen Erdteilen zusammen.

- mehr Zeit für Gebet, Stille und für längere Gespräche mit Leuten aus aller Welt haben. . .
- gemeinsam nachdenken über Bibelstellen und den „Brief“ von Frère Roger. . .
- Jugendliche aus ganz Europa wiedersehen, die in Wien mit dabei waren. . .

Die einfachste Art nach Taizé zu kommen, ist der Pendelbus, der Samstags in Karlsruhe startet und am Abend in Taizé ist. Außerdem kann man verbilligte Zuganschlussskarten nach Karlsruhe und zurück zum Heimatort bestellen. Zurück geht es dann am folgenden Sonntag nach dem Gottesdienst.

Speziell für den Einzugsbereich Ruhrgebiet und manche nördliche Region sind Sonderfahrten *direkt mit dem Bus ab Köln* geplant.

Und zwar zu den Terminen Samstag 10.7./17.7./24.7./31.7./7.8. und 14.8. Auch zu diesem Bus können verbilligte Zuganschlußkarten vermittelt werden.

Diese Busse werden wieder in Absprache mit den Brüdern von Taizé zentral organisiert: Kontaktadresse: Andreas Lung, Rüter Str. 33, W-7000 Stuttgart 60, Telefon 0711/421131 oder Fax 0711/422739.

## **Christentum auf Probe – Gemeinsam leben im Jugenddorf**

Sein Zimmer in Ordnung halten, pünktlich sein, den Tag einteilen – das sind einige der ersten Dinge, die ein Jugendlicher lernt, wenn er im Internat des Jugenddorfs Heidenau aufgenommen wird. „Das war hart, aber jetzt haben wir uns daran gewöhnt“, sagt Jan. Gelächter bei den umstehenden Jugendlichen. Die Atmosphäre vor dem Speisesaal kurz vor dem Mittagessen (Reis mit Hühnerfrikassee) ist locker, die 15-, 16jährigen schubsen, drängeln, lärmern wie in der Schule, und David meint: „Man kann hier fast alles machen.“ Die Betonung liegt auf dem Wörtchen „fast“.

Rund 90 Jugendliche aus dem Arbeitsamtsbezirk Pirna (östliches Erzgebirge) besuchen derzeit das Christliche Jugenddorf Heidenau. 48 wohnen in der hoch am Hang über Heidenau gelegenen früheren

Villa der Baronin von Lützow, die schon als Müttergenesungsheim und als Kinderkurklinik gedient hat. Die anderen sind Pendler.

### **„Ach, schon wieder ein Heim...“**

Manfred Weigel, der Jugenddorfleiter, kennt die Reaktion: „Ach, schon wieder ein Heim...“. „Da ist erst einmal eine Sperre“, meint er, „doch durch Reden und Zuwendung, durch Zuhören und Nachfragen wollen wir jedem das Gefühl geben: Du bist hier nicht abgegeben worden, hier ist jemand, der sich für dich interessiert.“

Das Jugenddorf bietet den 15- bis 16jährigen eine zweite Chance – und das gleich doppelt: Sie können hier ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) absolvieren, ihre fehlende Schulausbildung nachholen und Förderlehrgänge besuchen. Und sie lernen, in einer Gemeinschaft zu leben, Freud und Leid mit anderen zu teilen, zu Erwachsenen (wieder) Vertrauen zu fassen. Sie haben hier die Gelegenheit, in einem geschützten Bereich ihre eigenen Möglichkeiten und Schwächen zu entdecken. Am BVJ, das in 22 Jugenddörfern geboten wird, nehmen jährlich rund 3000 schulentlassene und noch nicht berufsreife Jugendliche teil.

Wenn sie das Jugenddorf wieder verlassen, sollen sie von ihrer Persönlichkeit und ihrer Ausbildung her dazu fähig sein, einen Lehrberuf zu ergreifen und im Le-



ben ihren Mann/ihre Frau zu stehen. Marco zum Beispiel hat keine Lehrstelle mehr gefunden, seitdem die Kunstseidefabrik, wo er eine Lehre als Chemieteilfacharbeiter begonnen hatte, dichtgemacht hat. Er absolviert ein Berufsvorbereitungsjahr und will Bäcker oder Kellner werden. Katrin („mir gefällt es sehr gut hier“) büffelt mit einer Stützlehrerin für die Berufsschule und arbeitet halbtags in der Großküche und der Wäschepflege. Ihr Berufsziel: Haushaltshelferin.

### **Mauern aus Schweigen und Aggressivität**

Weigel erzählt noch von zwei ganz anderen Jungen, die er in der Heidenau aufgenommen hat. Einer – nennen wir ihn Ingo – hatte in seinem Leben nur gelernt, sich mit seinen Fäusten auszudrücken. Kein Bock auf Schule und Lehrstelle, der Polizei gut bekannt, zu jedem voller Aggressivität und voller Zerstörungswut widerstand er zunächst allen Angeboten. Er ließ sich erst dann in die Gemeinschaft herüberziehen, als diese ihm Verantwortung übertrug. „Wir machten ihn zum Tutor, also zum Sprecher für seine Gruppe“, erzählt Weigel. Ingo fing sich, brachte es später bis zum Jugenddorfsprecher und absolviert heute in Dresden erfolgreich eine Malerlehre.

„Der andere – nennen wir ihn Klaus – war genau das Gegenteil“, fährt der Jugenddorfleiter

fort. Klaus kam als zurückhaltender, stiller Junge, wurde von anderen gehänselt und gegängelt, verstummte irgendwann ganz. Eine Angstreaktion, die ein halbes Jahr anhielt. Erst nach einer langen Reihe von Einzelgesprächen, vielen Annäherungsversuchen der Mitbewohner und viel Liebe und Geduld faßte Klaus wieder Vertrauen und kehrte zur Sprache zurück. Heute macht er eine Ausbildung als Metallwerker und fühlt sich in der Gemeinschaft wohl.

### **Ideale, die noch etwas wert sind**

Und was bedeutet das „christlich“ im Namen des Dorfes für sie? „Mal ausprobieren“, meint Marco. „Beten gehört hier halt dazu“, antwortet Annett. „Ich bete nicht, aber in der Kirche war ich schon“, sagt David. Sandra und Doreen „interessiert“, was in der Bibel steht.

Steffi Kirst, die Stützlehrerin, ergänzt: „Ich bin – wie die meisten im Osten – ohne Konfession groß geworden. Aber ich glaube, daß die christlichen Ideale doch etwas wert sind.“ Ungewollt spricht sie aus, was die Idee des Christlichen Jugenddorfs am besten kennzeichnet: „Die Atmosphäre hier ist gerade für die Jugendlichen, die es schwerer haben als andere, die schwer Anschluß ans Berufsleben finden, besser als irgendwo anders, wo sie eine Ausbildung machen könnten.“

Manfred Weigel, der Leiter des

Dorfes, hat sich einiges einfallen lassen, um die 15-, 16jährigen daran zu erinnern, daß sie etwas aus ihrem Leben machen müssen. „Zum Jugenddorfabend habe ich einen alten Herrn eingeladen, aus seinem Leben zu erzählen.“ Der 83jährige war Leistungssportler, hat im Krieg beide Beine verloren, kam auf Krücken nach Hause – und fand trotzdem eine Arbeitsstelle, gründete eine Familie und meisterte sein Leben.

### **„Keiner darf verlorengehen.“**

Der Begriff „Jugenddorf“ steht für ein pädagogisches Konzept: Gemeinsam leben – von Jugendlichen und Erwachsenen, Einklang von Ausbildung und Freizeit, Leben und Persönlichkeitsentwicklung, Leistung und Spiel. Gegenseitige Hilfe und Hilfe für andere ist selbstverständlich: Der Hauswirtschaftskurs kocht und bereitet Mahlzeiten auch für ältere Menschen, Rentner, die zu Mittag zu Gast sind.

Manfred Weigel und seine Mitarbeiter sind zufrieden, wenn sie es geschafft haben, einen schwierigen Jugendlichen auf Kurs zu bringen, und er das auch durchhält: „Es gibt noch zu viele, die den Ernst ihrer Lage nicht erkannt haben.“ Das Dorf ist für sie die „letzte Aufenthaltsstation“. Die Ausbilder handeln nach dem Prinzip: „In jedem steckt ein Talent – wir haben die Aufgabe, dies herauszufinden und zu fördern.“

### **Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands (CDJ) – Jugenddorf Heidenau**

Das CDJ ist ein gemeinnütziger Verband mit Sitz in Stuttgart. In 162 Jugenddörfern werden jährlich rund 93000 Jugendliche und Erwachsene von über 7000 Ausbildern, Schul- und Sozialpädagogen begleitet und schulisch und beruflich ausgebildet. Anliegen des CDJ ist es, junge Menschen aller sozialen Schichten und Bildungsstufen zu unterstützen, die besonderer Hilfen bedürfen, um eine Ausbildung durchzustehen. In den neuen Bundesländern sind mittlerweile rund 30 Jugenddörfer neu gegründet worden. In Heidenau arbeiten 27 Lehrer, Ausbilder und Erzieher. Manfred Weigel kommt als einziger aus dem Westen. Das Jugenddorf Heidenau finanziert sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und hilft Jungen und Mädchen zur Berufsreife.

### **Christliches Jugenddorf Heidenau**

Pechhüttenstraße 10

O-8312 Heidenau

Manfred Weigel

Telefon: 03529/515592

Telefax: 03529/75592

(aus KABI Nr. 10 vom 19.3.93)

### **Die Salesianischen Nachrichten heißen jetzt Don Bosco magazin**

Don Bosco magazin heißt die neue Zeitschrift, die die Salesianer

Don Boscos herausgeben. Sie tritt an die Stelle der bisherigen Salesianischen Nachrichten und ist das Medium all derer, die sich in unterschiedlichster Form für Kinder und Jugendliche einsetzen. „Don Bosco“ steht dabei als Markenname für die kirchliche Arbeit mit jungen Menschen.

Zielgruppe des Magazins sind Menschen, die sich beruflich oder ehrenamtlich für die Förderung von Kindern und Jugendlichen engagieren wie etwa Lehrer, Erzieher und alle Eltern. Insbesondere junge Familien mit Kindern werden verstärkt angesprochen.

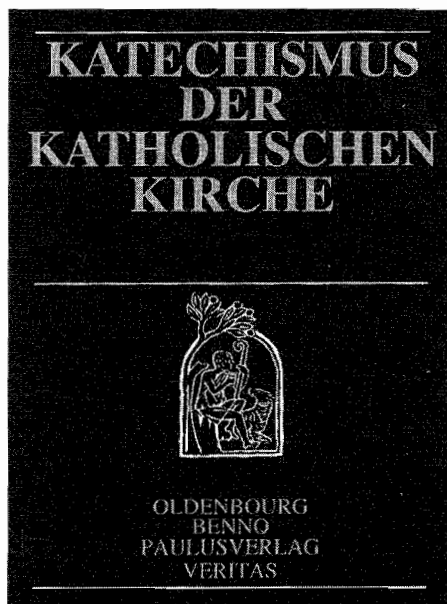
Die Zeitschrift informiert über die Situation von Kindern und Jugendlichen in Kirche und Gesellschaft, stellt die Vielfalt salesianischer Einrichtungen und beispielhafte Initiativen und soziale Projekte in der Bundesrepublik, den Ländern Europas und in anderen Kontinenten vor. Vor christlichem Hintergrund thematisiert das Blatt Erziehungsfragen und bietet seinen Lesern Impulse und Hilfestellungen für die eigene Lebensdeutung und Glaubenspraxis.

Die Aufmachung des Heftes wurde völlig überarbeitet. Es erscheint jetzt in einem größeren Format und erhielt eine großzügige, vierfarbige Gestaltung mit vielen Fotos und Graphiken. Auf 24 Seiten bietet sich den Lesern eine Fülle an Informationen und auch Unterhaltung.

Das Don Bosco magazin erscheint alle zwei Monate in einer Auflage

von 55000 Exemplaren. Den Angehörigen der „salesianischen Familie“, zu der Ordensleute, Mitarbeiter der salesianischen Einrichtungen, Ehemalige und die Freunde und Förderer des Werkes gehören, und allen weiteren Interessenten wird die Zeitschrift kostenlos zugestellt. (Bestellungen an: Don Bosco Verlag, Redaktion Don Bosco magazin, Sieboldstraße 11, 8000 München 80)

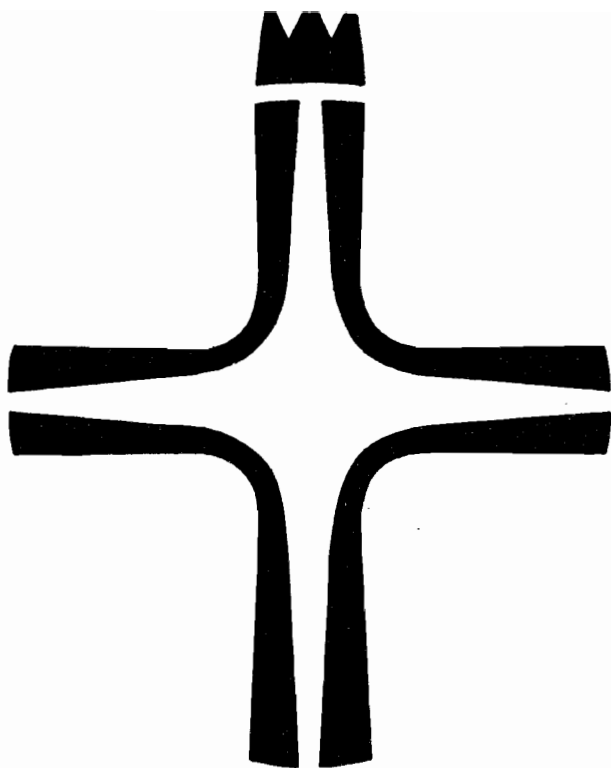
Für Rückfragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Herrn Elmar Pabst, Don Bosco Verlag, Tel. 089/48008-246.



<b>Broschur</b>	<b>DM</b>	<b>36,—</b>
	<b>ÖS</b>	<b>278,—</b>
<b>Leinen</b>	<b>SFR</b>	<b>37,—</b>
	<b>DM</b>	<b>45,—</b>
	<b>ÖS</b>	<b>348,—</b>
	<b>SFR</b>	<b>45,—</b>



✚ **Pfarrgemeinderat Wahlen'93**  
Katholische Militärseelsorge 7.11.-12.12.



## Impressum

„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint fünfmal jährlich

**Herausgeber:** GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

**Redaktion:**

Klaus Brandt, Oberstleutnant a. D., verantwortlicher Redakteur

Helmut Fettweis, Oberst a. D., Redakteur

Wilhelm Lehmkämpfer, Oberstleutnant a. D., Gesellschaft und Kirche

**Brief-Zuschriften:** Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1  
(ab 1. Juli 1993: Postfach 300303, 51413 Berg. Gladbach)

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postgiroamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

**Druck:** Köllen Druck + Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.